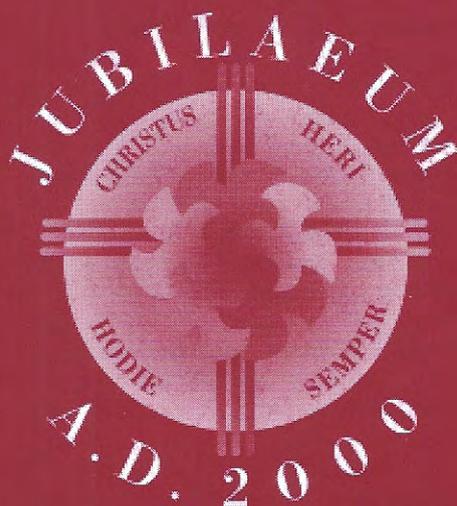


AUFTRAG



HEFT 228 / 1997

36. JAHRGANG



**»Das Dritte Jahrtausend kommt auf uns zu
– alle sind eingeladen«**

37. Woche der Begegnung 1997

- Leitthema Zentrale Versammlung:
»Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen
Mittendrin Nachfolge leben«
- Leitthema Bundeskonferenz:
»Lebens- und Lerngemeinschaft –
Im Glauben auf dem Weg«

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

WELTFRIEDENSTAG 1997

„Biete die Vergebung an, empfangen den Frieden“	4
Papst zum Frieden in der Welt	5
Krisen und Konflikte 1996	6
Ins Marschgepäck des Soldaten gehören Glaube, Hoffnung und Liebe (PS)	8
Verzeihen ist Voraussetzung für dauerhaften Frieden (Franz-Josef Hosse)	11
„Biete Verzeihung an – erhalte den Frieden“ (Matthias Gillner)	13

37. WOCHE DER BEGEGNUNG

Das dritte Jahrtausend kommt auf uns zu (PS)	16
„Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen. Mittendrin Nachfolge leben“ (Manfred Heinz)	18
„Lebens- und Lerngemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“ (Walter Theis)	19
Aktionsplan für das Jahr der Vorbereitung	20
Europa und der deutsche Katholizismus (Wilhelm Schätzler)	21
Harmonie in Form und Farbe (Richard Dutkowiak)	27

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Keine Tötungslizenz (Walter Bayerlein)	28
Verbleib der katholischen Kirche in der Schwangerenberatung (PS)	30
Weil Sterben auch Leben ist – Solidarität statt Verweigerung (Rolf Faymonville)	31
Den eigenen Glauben offensiv vertreten	33
Werteerziehung heute (Jürgen Nabbefeld)	34
Pfadfinderorden hinterlässt Spuren (Jörg Hammann)	36
Depressionen – Die unheilvollen Begleiter menschlichen Lebens (Karl-Heinz Ditzer)	37

CHRISTLICHES ZEUGNIS

Luther war Vorbild für katholischen Gegenreformer (Anselm Verbeek)	45
Philipp Schwarzerd – genannt Melanchthon (bt)	46
Gerhard Tersteegen, ein evangelischer rheinischer Mystiker	47
Kennen Sie Barsabbas? (Johannes Siebner SJ)	48
C r e d o (Helmut Fettweis)	49
Furcht vor der Ökumene (Joachim Georg Görlich)	50

MILITÄR UND GESELLSCHAFT	
Eine Provokation und geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören (Gerd-H. Komossa)	51
„Es waren Menschen, die Ihr Vaterland liebten“ (Eckhard Stuff).....	52
Befürchtungen für die Verteidigungsbereitschaft Israels (Laurence Weinbaum).....	53
Wie können wir in Zukunft einen Völkermord verhindern? (Klaus Liebetanz)	56
Polnische Militärseelsorge in der Krise (Joachim Georg Görlich)	61
Die größte Seeschlacht der Geschichte (Eckhard Stuff)	62
AUS MILITÄRSEELSORGE, RÄTEN UND GKS	
41. Gesamtkonferenz der Kath. Militärseelsorge (PS)	64
Die Lage der Katholischen Militärseelsorge (Jürgen Nabbefeld)	65
Militärseelsorge gibt Familienerholungshäuser auf	73
Eine Sicht betroffener Familien: Das Ende der katholischen Familienseelsorge in der Bundeswehr? (Claudia Klein)	73
Der Bamberger Alterzbischof und ehemalige Militärbischof, Elmar Maria Kredel, wird 75 (Jörg Hammann). 75	
DAS INTERVIEW: „Glauben Pfarrer an Gott?“	76
Frauen in der Bundeswehr (Jürgen Nabbefeld)	79
Bundesvorstand gründet Verein zur Förderung der GKS	82
Nowospasskoje – die Heimat des Komponisten Glinka	85
GKS IM WB I	86
GKS IM WB III	87
WEHRBEREICH IV	89
WEHRBEREICH VI	90
WEHRBEREICH VII/VIII	91
GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN: Soldat im internationalen Friedensdienst: Sinn – Identität – Ethik ...	92
PERSONALIA	80, 81
KURZ BERICHTET	15, 18, 35, 81
GEFUNDEN	30, 44, 72
AUTOREN	94
TERMINE	94
BUCHBESPRECHUNGEN	95

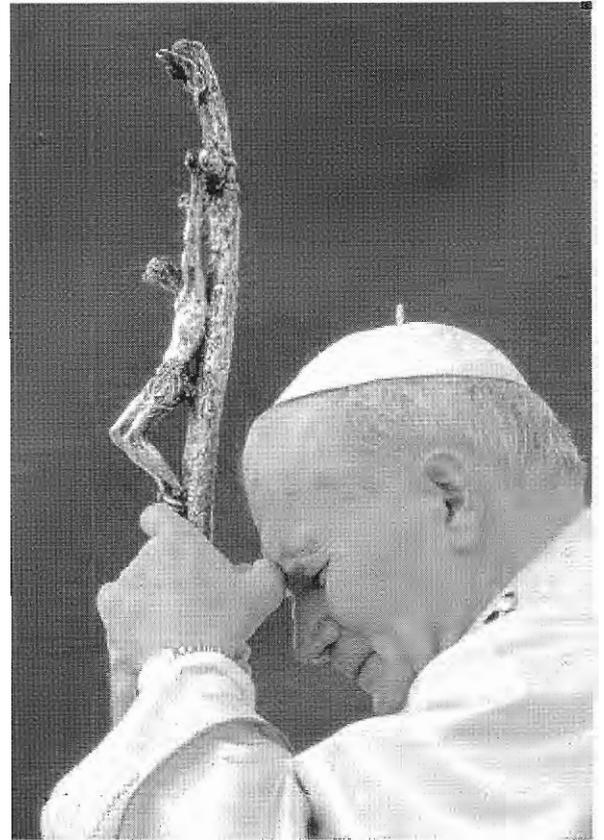
WELTFRIEDENSTAG 1997

„Biete die Vergebung an, empfange den Frieden“

Der Weltfriedenstag wird 1997 zum 30. Mal begangen. Das AML regte, unterstützt von der GKS, bereits im Jahr 1975 an, dass Soldaten den Weltfriedenstag gemeinsam mit den Ortskirchen feiern. Ausgehend vom Internationalen Soldatengottesdienst, den der Erzbischof von Köln mit den in seinem Erzbistum stationierten Soldaten aller Nationen alljährlich seit 1977 im Januar im Dom feiert, und von der Festveranstaltung des Bonner GKS-Kreises hat sich der Brauch – mit den Diözesanbischöfen und in den Standorten um den Weltfriedenstag zu beten – auf ganz Deutschland ausgedehnt. Die Soldaten dürften in Deutschland die stärkste geschlossene Gruppe sein, die unbeirrt alljährlich den Weltfriedenstag feiert.

Im Vatikan wurde am 17.12.1996 die Botschaft von Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1997 veröffentlicht. Das Leitwort „Biete Verzeihung an – erhalte den Frieden soll anzeigen, dass es an den Menschen liegt, die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen. Damit Versöhnung gelingen kann, müssen sie bereit sein, trotz erlittenen Unrechts und Leids zu verzeihen. Und die Bereitschaft dazu müssen sie zu erkennen geben.“

AUFTRAG übernimmt einen von der Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) dokumentierten Auszug aus der Botschaft in der offiziellen Übersetzung. Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz hat eine Arbeitshilfe, Heft 130, herausgegeben, in der thematische und methodische Anregungen zur Gestaltung des Weltfriedenstages, bis hin zur Gottesdienstgestaltung, gegeben werden. Die Arbeitshilfe und der Wortlaut der Papstbotschaft können beim Sekretariat der DBK, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn, Tel: 0228/103-0, bezogen werden. (PS)



1. (...) Es gibt gewiss viele Faktoren, die unter Wahrung der Forderungen nach Gerechtigkeit und Menschenwürde die Wiederherstellung des Friedens günstig beeinflussen können. Aber kein Friedensprozess wird sich je in Gang bringen lassen, solange nicht in den Menschen eine Bereitschaft zu aufrichtiger Vergebung heranreift. Ohne sie bluten die Wunden weiter und nähren in den nachfolgenden Generationen einen unaufhörlichen Groll, der Quelle von Rache und Ursache immer neuer Katastrophen ist. Die angebotene und empfangene Vergebung ist die unerlässliche Voraussetzung für den Weg zu einem echten und dauerhaften Frieden. Aus tiefer Überzeugung will ich daher an alle appellieren, das Ziel des Friedens auf dem Weg der Vergebung zu verfolgen. Ich bin mir völlig bewusst, wie sehr das Vergeben scheinbar im Widerspruch zur menschlichen

Logik stehen kann, die häufig der Dynamik des Streites und der Rache gehorcht. Die Vergebung hingegen atmet aus der Logik der Liebe, jener Liebe, die Gott jedem Mann und jeder Frau, jedem Volk und jeder Nation, ja der ganzen Menschheitsfamilie erweist. (...)

3. Die mühsame Arbeit der Vergebung hängt nicht allein vom gegenwärtigen Geschehen ab. Eine schwere Bürde an Gewaltakten und Konflikten, der man sich nur schwer zu entledigen vermag, trägt die Geschichte mit sich. Übergriffe, Unterdrückungen und Kriege haben unzähligen Menschen Leid zugefügt. Auch wenn sich die Ursachen für jene schmerzlichen Vorgänge in längst vergangenen Zeiten verlieren, bleiben ihre Nachwirkungen auf quälende Weise lebendig. Sie nähren Ängste, Verdächtigungen und Hass. Sie lassen Bande zerbrechen zwischen Familien, ethnischen

Gruppen und ganzen Völkern. Dies sind Tatsachen, die den guten Willen dessen auf eine harte Probe stellen, der sein Verhalten nicht davon bestimmen lassen möchte. Doch wahr bleibt, dass man nicht Gefangener der Vergangenheit bleiben kann: Für die einzelnen und für die Völker bedarf es einer Art „Reinigung des Gedächtnisses“, damit die Übel von gestern sich nicht wiederholen. Es geht nicht darum, das Geschehene zu vergessen, sondern es mit neuen Gefühlen noch einmal zu lesen und dabei gerade aus den erlittenen Erfahrungen zu lernen, dass allein die Liebe aufbaut, während der Hass Zerstörung und Verfall hervorruft. An die Stelle der tödlichen Wiederholung der Rache muss die befreiende Neuheit der Vergebung treten. (...)

4. Auch wenn Kriege die Probleme, durch die sie entfacht wurden, „lösen“, hinterlassen sie dabei nur Opfer und Zerstörung.

gen, die auf den nachfolgenden Friedensverhandlungen lasten. Diese Erkenntnis muss die Völker, Nationen und Staaten veranlassen, die „Kultur des Krieges“ endgültig zu überwinden, und zwar nicht nur in der höchst verabscheuungswürdigen, als Werkzeug der Gewalt gebrauchten Ausdrucksweise einer Kriegsmacht, sondern auch in jener weniger gehässigen, aber darum genauso verderblichen Anwendung von Waffengewalt, die als schnelles Mittel verstanden wird, um die Probleme anzugehen. Besonders in einer Zeit wie der unsrigen, die über die ausgeklügeltsten Vernichtungstechnologien verfügt, ist es dringend geboten, eine solide „Kultur des Friedens“ zu entwickeln, die der unaufhaltsamen Entfesselung der bewaffneten Gewalt zuvorkommen und sie abwenden soll, und dabei auch Eingriffsmöglichkeiten vorzusehen, die das Anwachsen der Rüstungsindustrie und des Waffenhandels verhindern.

Zuvor aber muss der aufrichtige Wunsch nach Frieden noch in den festen Entschluß umgesetzt werden, jedes Hindernis zu beseitigen, das sich der Erreichung des Friedens in den Weg stellt. In diesem Bemühen können die verschiedenen Religionen in der Spur dessen, was sie schon wiederholt getan haben, einen wichtigen Beitrag dadurch leisten, dass sie ihre Stimme gegen den Krieg erheben und mutig den Folgegefahren entgegentreten. Aber sind wir vielleicht nicht alle aufgerufen, noch mehr zu tun, indem wir aus dem unverfälschten Erbe unserer religiösen Überlieferungen schöpfen? Wesentlich in diesem Anliegen bleibt freilich die Aufgabe der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft, deren Sache es ist, zum Aufbau des Friedens durch die Förderung solider Strukturen beizutragen, die imstande sein sollen, den Turbulenzen der Politik zu widerstehen und so Freiheit und Sicherheit für alle und unter allen Umständen zu gewährleisten. Einige dieser Strukturen bestehen bereits, müssen aber noch gestärkt wer-

den. Die Organisation der Vereinten Nationen zum Beispiel hat in jüngster Zeit eine immer größere Verantwortung bei der Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens übernommen und ist so der Idee gefolgt, unter der sie einst ins Leben gerufen wurde. Gerade aus dieser Sicht scheint es fünfzig Jahre nach ihrer Gründung geboten, den Wunsch nach einer entsprechenden Anpassung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu äußern, um ihr die Möglichkeit zu geben, den neuen Herausforderungen unserer Zeit wirksam zu begegnen. (...) Der dauerhafte Friede ist jedoch nicht nur eine Frage der Strukturen und Mechanismen. Er stützt sich vor allem auf die Annahme eines Stils menschlichen Zusammenlebens, der von gegenseitiger Annahme geprägt und zu freundlicher Vergebung fähig ist. Wir brauchen alle die Vergebung unserer Brüder und Schwestern, wir müssen daher alle bereit sein, selbst zu vergeben. Vergebung erbiten und gewähren ist ein Weg, um aus Situationen herauszukommen, die von altem, gewalttätigem Hass gekennzeichnet sind. (...)

8. Ich möchte diese Botschaft, die ich anlässlich des bevorstehen-

den Weltfriedenstages an die Gläubigen und an jeden Menschen guten Willens richte, mit einem Aufruf an jeden einzelnen abschließen, ein Werkzeug des Friedens und der Versöhnung zu werden.

An erster Stelle wende ich mich an euch, meine Brüder im Bischofs- und Priesteramt: Seid ein Spiegel der barmherzigen Liebe Gottes, nicht nur in der Gemeinschaft der Kirche, sondern auch im Bereich der weltlichen Gesellschaft, besonders dort, wo nationalistische oder ethnische Kämpfe toben. Lasst trotz möglicher Leiden, die ihr ertragen müsst, nicht eure Herzen vom Hass durchdringen, sondern verkündet freudig das Evangelium Christi, indem ihr durch das Sakrament der Versöhnung die Vergebung Gottes ausspendet. (...)

Ihr Politiker, die ihr dem Gemeinwohl dienen sollt, schließt niemanden aus eurer Sorge aus, kümmert euch besonders um die schwächsten Gruppen der Gesellschaft. Setzt nicht den persönlichen Vorteil an die erste Stelle, indem ihr der Verlockung der Korruption nachgibt, und vor allem: Begegnet auch den schwierigsten Situationen mit den Waffen des Friedens und der Versöhnung. (...) □

Papst zum Frieden in der Welt

Ansprache zum Neujahrsempfang im Vatikan

Papst Johannes Paul II. hat am 13. Januar 1997 die beim Apostolischen Stuhl akkreditierten Diplomaten zur traditionellen Neujahrsaudienz empfangen. Der Papst äußerte die Hoffnung, dass das Jahr 1997 einen entscheidenden Schritt zur Festigung des Friedens und eine bessere Verteilung des Wohlstands unter den Völkern bringen werde. Es müsse alles getan werden, „um eine sichere Welt zu bauen“. Wir veröffentlichen Auszüge seiner Ansprache in einer Übersetzung der römischen Korrespondentin der Deutschen Tagespost, Claudia Reimüller, aus dem französischen Original (aus: DT v. 14.01.1997).

1. ...

In meiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1997 habe ich alle Menschen guten Willens eingeladen, „gemeinsam mit Entschlossenheit einen echten Pilgerweg des Friedens anzutreten, ein jeder aus der konkreten Situation heraus, in der er sich befindet“ (Nr.1). Wie

sollte man besser antreten, wenn nicht mit Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie fähige und aufmerksame Beobachter des Lebens der Nationen sind? Wie steht es zu Beginn dieses Jahres um die Hoffnung und den Frieden? Diese Frage möchte ich gerne gemeinsam mit Ihnen beantworten.

Bosnien
NATO-Friedenstruppe (IFOR) sichert Dayton-Friedensabkommen.

Korsika/FR
Anschläge korsischer Separatisten. Bombenterror wird auf französisches Festland getragen.

Zypern
Blutige Zusammenstöße an der griechisch-türkischen Demarkationslinie mit Toten und Verletzten.

Israel/Libanon
Bombenanschläge der Hamas-Terroristen. Großoffensive gegen Hizbollah-Miliz. Siedlungspolitik gefährdet Friedensprozess.

Ägypten
Terror islamischer Extremisten. Blutige Anschläge gegen Ausländer.

Algerien
Terror islamischer Fundamentalisten. Bisher 50.000 Opfer. Bombenanschläge in Paris.

Mexiko
Linke Guerrillas entfachen neuen Bürgerkrieg. Auch Zapatisten drohen mit neuen Aktionen.

Guatemala
Unterzeichnung Waffenstillstand beendet 36jährigen Bürgerkrieg mit 100.000 Toten.

Kuba
Konflikt mit den USA wegen Abschluß von zwei Zwillingzeugen mit Exil-Kubanern. Washington verschärft Wirtschaftsembargo.

Kolumbien
Guerrilla-Krieg und Gewalt erschüttern das Land. Spektakuläre Entführungen.

Nordirland/GB
Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken. Blutige Kiavalla und Bombenanschläge.

Türkei/Griechenland
Konflikt wegen Inseln und Hoheitsrechte in der Ägäis. Weiter Kurdenrebellion in der Türkei.

Georgien
Abchasien strahlt weiter nach Unabhängigkeit. Waffenruhe. Konflikt ungelöst.

Tschetschenien
Waffenruhe nach einem zerstörerischen und verlustreichen Krieg. Russen ziehen ab. Tschetschenen wollen Unabhängigkeit.

Tadschikistan
Bürgerkrieg. Islamische Rebellen kämpfen gegen die von Moskau unterstützte Regierung.

Irak
Krieg zwischen Kurden im Nord-Irak. Irak marschiert in die UNO-Schutzzone ein. Militärische Vergeltungsschläge der USA.

Armenien/Aserbaidschan
Waffenruhe nach Krieg wegen Enklave Berg-Karabach. Konflikt weiterhin ungelöst.

Afghanistan
Bürgerkrieg. Radikale Taliban-Miliz erobert Hauptstadt Kabul und will "Gottesstaat" errichten. Gegenoffensive der Armees.

Pakistan/Indien
Dauerkonflikt um die Region Kaschmir. Religionskriege im Inneren.

Korea
Nordkoreanische Kampfverbände überschreiten Waffenstillstandslinie. Alarmbereitschaft der Armees Südkoreas und US-Armees.

Taiwan
China droht mit Invasion der Inselrepublik. Großmanöver verschärfen Spannungen. USA schicken Kriegsschiffe.

Philippinen
Friedensvertrag zwischen muslimischen Rebellen und Regierung beendet Bürgerkrieg mit 150.000 Toten.

Kambodscha
Bürgerkrieg. Rote Khmer gespalten. Mehrere Rebellenverbände laufen zur Regierung über.

Liberia
Bürgerkrieg, Anarchie, Terror. Evakuierung aller Ausländer durch dramatische Rettungsaktionen der US-Armees.

Nigeria/Kamerun
Hinrichtungen von Oppositionellen durch die Militärjunta lösen weltweit Proteste aus. Grenzkrieg mit Kamerun.

Zaire/Ruanda/Burundi
Bürgerkrieg, Chaos, Flüchtlingsland. Endlose Trecks. Internationale Hilfstruppe geplant.

Somalia/Äthiopien
Grenzgefechte wegen territorialer Ansprüche. Milizchef Aidid getötet.

Saudi-Arabien
Radikale Islamisten verüben verheerenden Bombenanschlag gegen US-Luftstützpunkt.

Birma
Militärjunta unterdrückt Opposition. Demonstrationen. Bewaffneter Widerstand.

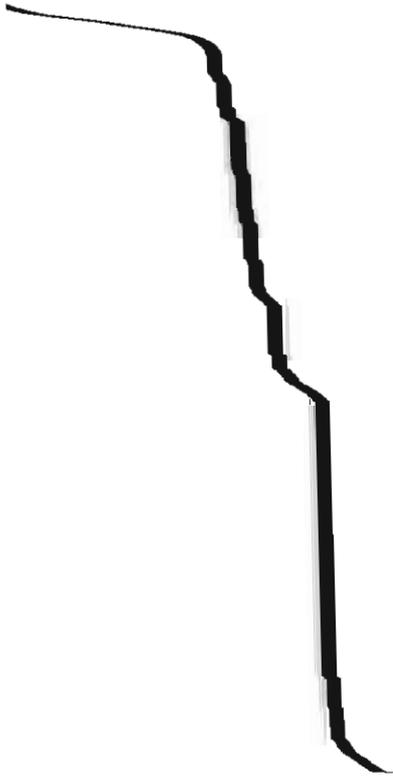
Eritrea/Jemen
Streit um die strategisch wichtigen Hansich-Inseln im Roten Meer (Erdölvorkommen).

Sri Lanka
Blutiger Guerilla-Krieg der Tamilen, die einen eigenen Staat wollen. Bisher 50.000 Tote.

Indonesien
Krawalle in Jakarta wegen Unterdrückung der Opposition und Unruhen in Ost-Timor. Bevölkerung will Unabhängigkeit.

IAP-Grafik
aus: IAP-Dienst 1/97

Krisen und Konflikte 1996



WELTFRIEDENSTAG 1997

2. Die Hoffnung. Glücklicherweise ist sie nicht am Horizont der Menschheit verschwunden. Die Abrüstung hat mit der Unterzeichnung des Vertrags über das vollständige Verbot von Atomtests, unter den übrigens auch der Heilige Stuhl in der Hoffnung auf weltweite Zustimmung seine Unterschrift gesetzt hat, einen wichtigen Schritt vollzogen. Von nun an ist der nukleare Rüstungswettlauf gesellschaftlich geächtet.

Das darf uns jedoch weder gegenüber der Produktion immer ausgefeilterer konventioneller oder chemischer Waffen weniger wachsam machen, noch dürfen wir dem Problem der Antipersonen-Minen gleichgültig gegenüberstehen. Was letztere betrifft, so hoffe ich, dass bei dem für den kommenden Juni in Brüssel vorgesehenen Treffen eine juristisch zwingende Vereinbarung mit angemessenen Kontrollmechanismen erzielt wird. Es muss alles getan werden, um eine sicherere Welt zu bauen.

Fast alle Regierungen, die im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen in Istanbul bei der zweiten Konferenz über menschliches Wohnen sowie in Rom beim Weltgipfel der FAO versammelt waren, haben im Blick darauf, Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Solidarität besser aufeinander abzustimmen, konkrete Verpflichtungen übernommen. Das Recht auf Unterkunft

nicht gerecht und dauerhaft sein wenn er nicht, im Respekt vor der Identität und der Geschichte eines jeden, auf einen ehrlichen Dialog zwischen gleichen Partnern sowie auf dem Recht der Völker auf freie Bestimmung ihres Schicksals, auf ihrer Unabhängigkeit und ihrer Sicherheit beruht. Dabei kann es keine Ausnahme geben.

...

Wenn wir uns endlich Europa zuwenden, so kann man beobachten, dass die Schaffung europäischer Institutionen und die Vertiefung des europäischen Sicherheits- und Verteidigungskonzepts den Bürgern der Länder des Kontinents ein stabilere Zukunft sichern müssten, da sie auf einem Erbe gemeinsamer Werte beruhen: dem Respekt der Menschenrechte, dem Primat der Freiheit und der Demokratie, dem Rechtsstaat, dem Recht auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. All das natürlich im Blick auf die umfassende Entwicklung der menschlichen Person. Aber die Europäer müssen auch wachsam bleiben, denn ein Abweichen ist, wie das die Balkankrise gezeigt hat, immer möglich: das Fortbestehen ethnischer Spannungen, übertriebener Nationalismus und Intoleranz jeder Art stellen ständige Bedrohungen dar. Die weiterhin bestehender Spannungsherde im Kaukasus zeigen uns, dass der Ansteckung durch diese negative Energien nur

sten fehlt, sind weder schriftliche Konventionen noch Foren, auf denen sie sich ausdrücken können: Diese gibt es im Überfluss. Es fehlt vielmehr ein Moralgesetz und der Mut, sich darauf zu beziehen.

Die Gemeinschaft der Nationen kann wie jede menschliche Gesellschaft diesem Grundprinzip nicht ausweichen: sie muss unter einer Rechtsvorschrift stehen, die für alle ohne Ausnahme Gültigkeit besitzt. Jedes Rechtssystem hat, wie wir wissen, das Gemeinwohl als Fundament und als Ziel. Und das bezieht sich auch auf die internationale Gemeinschaft: das Wohl aller ist das Wohl des Ganzen. Das erlaubt, gerechte Lösungen zu finden, wo niemand zum Vorteil anderer Schaden erleidet, selbst, wenn diese sich in der Mehrheit befinden: die Gerechtigkeit gilt für alle, ohne dass jemandem Ungerechtigkeit zugefügt wird. Der Zweck des Rechts ist es, jedem das zu geben, was ihm zukommt, ihm zu geben, was ihm in aller Gerechtigkeit zusteht. Das Recht beinhaltet also eine starke moralische Konnotation. Und das internationale Recht selbst ist auf Werte gegründet. Die Würde der Person oder die Garantie der Rechte der Nationen zum Beispiel sind, bevor sie juristische Normen sind, zunächst einmal moralische Prinzipien. Und das erklärt, dass es Philosophen und Theologen waren, die zwischen dem fünfzehnten und

ihre Kulturmodelle, Wirtschafts-diktate oder Ideologien aufzuerlegen. Die Versuche, ein internationales Strafrecht zu schaffen, sind in diesem Sinne ein wirklicher Fortschritt des moralischen Gewissens der Nationen. Die Entwicklung der zwischenstaatlichen oder privaten humanitären Initiativen ist auch ein positives Zeichen für ein Erwachen der Solidarität, im Hinblick auf Situationen der

Gewalt oder nicht tolerierbarer Ungerechtigkeit. Aber auch hier muss sichergestellt werden, dass eine solche Großzügigkeit nicht schnell die Gerechtigkeit der Sieger wird und dass sie keine hegemonistischen Hintergedanken verbirgt, die über Einflussbereiche, Erhaltung der Kontrolle oder Rückeroberung von Handelsmärkten ihre Entscheidungen fällen.

Das internationale Recht ist

lange ein Kriegs- und Friedensrecht gewesen. Ich glaube, es sollte immer mehr ausschließlich ein Recht des Friedens werden, beruhend auf Gerechtigkeit und Solidarität. Und, in diesem Kontext, muss die Moral das Recht befruchten; sie kann sogar eine vorbereitende Rolle in der Gesetzgebung ausüben, in dem Maße, in dem sie ihm die Richtung anzeigt, über das was gerecht und gut ist. ... □

Ins Marschgepäck des Soldaten gehören Glaube, Hoffnung und Liebe

Feier des Weltfriedenstag in Köln am 27. Januar 1997

Am 27. Januar feierte der Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, den traditionellen Internationalen Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag. Über tausend Soldaten der Bundeswehr, ausländischer Streitkräfte sowie Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Polizei waren der Einladung des Katholischen Wehrbereichsdekans III Militärdekan Rainer Schadt, in den gewohnt winterlich kalten Dom gefolgt. In seiner Predigt forderte der Kardinal die Soldaten auf, sich positiv auf den Wert der Tugenden zu besinnen. Denn Tugenden bedeuteten

im Leben Tüchtigkeit, Tapferkeit, Treue und Zuverlässigkeit. Als die eiserne Ration des Christen könnten die göttlichen Tugenden „Glaube“, „Hoffnung“ und „Liebe“ bezeichnet werden, die in das Marschgepäck eines jeden Bundeswehrsoldaten gehörten.

Bei einem Empfang im Maternushaus im Anschluss an den Gottesdienst wies der Erzbischof darauf hin, dass die Bundeswehr das Privileg habe, als Kriegsverhinderungsarmee berufen zu sein. Er forderte die anwesenden Soldaten, an ihrer Spitze der Generalinspekteur, General Hartmut Bagger,

auf, sich nicht in eine Minderwertigkeitshaltung hineinmanövrieren zu lassen. Wörtlich sagte Meisner: „Sie haben gleichsam die äußere Front in Europa geschützt und gesichert. Die innere Front bröckelt. Helfen Sie mit, dass die innere Front gestärkt wird, dass Kinder nicht abgetrieben und geschändet werden. Gott ist ein Freund des Lebens. Deshalb können Sie sich Freunde Gottes nennen, weil Sie Leben schützen.“ Abschließend forderte der Kardinal auf, neben seinem Gruß an die Ehepartner der Soldatinnen und Soldaten auch den Familien dafür zu danken, dass sie so viel Verständnis für den Dienst und die Belastung des militärischen Dienstes aufbrächten.

Der Generalinspekteur dankte für alle Soldaten Kardinal Meisner für die Feier des Internationalen Soldatengottesdienstes. Er betonte, bei den Fürbitten habe ihn be-



Empfang der Katholischen Militärseelsorge im Wehrbereich III aus Anlass des Internationalen Soldatengottesdienstes zum Weltfriedenstag im Maternushaus. Im Bild von links: Der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Bernhard Mende, der Kath. Wehrbereichsdekan III Rainer Schadt, der Inspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger, der Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, und der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein. (Foto: M. Beyel, KMBA)

sonders bewegt, dass diese u.a. in russischer, weißrussischer und arabischer Sprache vorgetragen wurden. „Welchen gewaltigen Weg haben wir in den letzten Jahren zurückgelegt“, meinte General Bagger. Ausdrücklich bedankte sich der General bei der katholischen Militärseelsorge, für

- das Mittragen der „Umkrempelung“ der Bundeswehr trotz der nicht einfachen Folgerungen für die Militärseelsorge,
- die Arbeit und die Vorbildfunktion der katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern,
- die Unterstützung bei Auslandseinsätzen.

In Anspielung auf die Predigt des Kardinals sagte Bagger, ohne Glaube, Hoffnung und Liebe sei Friede durch diese Einsätze nicht zu erreichen. Die Soldaten erführen dort im Ausland Dinge, mit denen sie erst in der Fremde konfrontiert würden. Junge Männer suchten und brauchten den Rat der Militargeistlichen. Ohne ihre Unterstützung sei der soldatische Friedensauftrag schwer zu erfüllen, so der General.

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Karl-Jürgen Klein dankte in einem Grußwort ebenfalls Kardinal Meisner für seine Bereitschaft, alljährlich mit den in seinem Erzbistum stationierten Soldaten aus vielen Ländern sowie den Beamten des Bundesgrenzschutzes und der Polizei einen Friedensgottesdienst zu feiern (s. Beitrag im Anschluss an die Predigt von Kardinal Meisner). Er erinnerte an die vom Apostolat International Militaire aufgegriffene Initiative der GKS aus dem Heiligen Jahr 1975 in Rom hin, alljährlich den Welttag des Friedens durch Soldatengottesdienste in den Ortskirchen zu feiern. „Nach einer ähnlich zündenden Idee suchen wir bereits jetzt schon für das Jahr 2000 in Rom“ meinte Klein.

Zu Beginn konnte Militärdekan Rainer Schadt, der als einladender Wehrbereichsdekan den Empfang moderierte, mit Kardinal Meisner auch den evangelischen Wehrbereichsdekan Dr. Ulrich von den Steinen, den Landespolizeidekan von Nordrhein-Westfalen Karl-Ferdi Vater und mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger, auch den Be-

fehlshaber im Wehrbereich III/Kommandeur 7. Panzerdivision, Generalmajor Gert Gudera, zahlreiche Inspekture, stellvertretende Inspekture, Abteilungsleiter aus dem BMVg, Amtschefs und nicht zuletzt viele Kameraden aus den britischen, belgischen und holländischen Streitkräften begrüßen. Mit dem Hinweis auf das

Grundanliegen des von Papst Johannes Paul II. gegebenen Leitworts zum Weltfriedenstag 1997 „Biete Verzeihung an, erhalte den Frieden“ forderte er alle auf, sich bei Auseinandersetzungen für friedliche Konfliktlösungen einzusetzen. In diesem Sinne wünschte Dekan Schadt allen ein friedvolles Jahr 1997. (PS)

„Der Soldat ist Hüter seiner Brüder und Schwestern“

**Predigt von Kardinal Meisner
zum Internationalen Soldatengottesdienst in Köln**

In der Militärsprache weiß jeder, was man unter „eiserner Ration“ zu verstehen hat. Sie ist jene knappste Dosierung von Kalorien, die dem Soldaten das Überleben der nächsten Tage garantiert. So etwas gibt es auch im geistigen und geistlichen Leben der Christen. Die eiserne Ration eines Christen für seinen Weg durch das Leben sind die sogenannten drei göttlichen Tugenden: Glaube, Hoffnung und Liebe.

Tugenden finden für den Zeitgenossen heute keinen positiven Anklang, vielmehr wirken sie eher abstoßend. Als tugendhaft möchte keiner bezeichnet werden. In Wirklichkeit jedoch bedeuten Tugenden Tüchtigkeit, Tapferkeit, Treue und Zuverlässigkeit. Sie sind gleichsam der Inbegriff von Zivilcourage und damit auch für den Dienst des Soldaten unverzichtbar.

Im ältesten Dokument des Neuen Testaments, im 1. Thessalonicherbrief, begegnen sie uns schon im 3. Vers des 1. Kapitels. Dort heißt es: „Wir danken Gott für euch alle, so oft wir in unseren Gebeten an euch denken; unablässig erinnern wir uns vor Gott, unserem Vater, an das Werk eures Glaubens, an die Opferbereitschaft eurer Liebe und an die Standhaftigkeit eurer Hoffnung auf Jesus Christus, unseren Herrn.“ (1 Thess 1,2-3). Hier werden die drei christlichen Grundtugenden nicht nur beim Namen genannt: Glaube, Hoffnung und Liebe, sondern sie werden sofort auf präziseste Weise erklärt durch den jeweils dazu gehörenden Genetivus possessivus. Da ist die Rede vom Werk eures Glaubens, von einem Glauben

also, der im Werk – in der Tat – spürbar und wirksam wird; von der Opferbereitschaft eurer Liebe, die ihre Bewährungsprobe im Opfer besteht; von der Standhaftigkeit eurer Hoffnung, die Stehvermögen und Standfestigkeit verleiht. Ich meine zur Grundausrüstung eines Soldaten, dem der Schutz der Menschen anvertraut ist, müsste eigentlich die Einübung in Glaube, Hoffnung und Liebe als erste Aufgabe der Grundausbildung gehören.

1. Das Glaubenswerk

Es gibt kaum einen Dienst, der einem Menschen soviel Verantwortung abverlangt, wie der Soldatendienst. Als der Brudermörder Kain von Gott für seine unselige Tat zur Verantwortung gezogen wird, gibt er die trotzigste Antwort: „Bin ich denn der Hüter meines Bruders?“ Wir werden antworten müssen: Genau das ist die Definition des Soldaten: „Du bist Hüter deiner Brüder und Schwestern.“ Das aber verlangt eine hohe Sensibilität des Soldaten für die Gefährdungen des Menschen.

Aus der politischen und gesellschaftlichen Situation der Welt gehen Anrufe, gehen Signale an den Menschen aus, die ihn zugunsten von Gesellschaft und Welt in die Pflicht nehmen. Solche Anrufe und Signale zu vernehmen, ist dem Menschen gegeben, weil er mit Vernunft ausgestattet ist – Vernunft hat etwas mir Vernehmen zu tun. Darauf hat er in entsprechender Weise zu antworten, d.h. er hat durch sein Tun und Handeln Verantwortung für den

Menschen und sein Zusammenleben mit anderen zu übernehmen. Diese Verantwortung für die Gesellschaft macht ihm seine Rückbindung, lateinisch Religio, an Gott bewusst. Rückbindung an Gott macht den Menschen erst fähig, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Hier findet er in dem Auf und Ab der Meinungen einen klaren Orientierungspunkt. Die Bindung an Gott entbindet ihn von menschlichen Abhängigkeiten und verleiht ihm den Mut zu den nötigen Handlungen, selbst wenn sie unpopulär sein sollten. Hier bewahrheitet sich das Wort: „Fürchte Gott und scheue niemand!“ Nur solche Soldaten, die um ihre Verantwortung vor Gott wissen, sind imstande, den Menschen und seine Sache wirksam zu schützen.

2. Die Hoffnungskraft

Wer hofft, ist sich selbst immer einige Schritte voraus, während die Resignation den Menschen nach rückwärts orientiert. Resignare heißt, den Rückwärtsgang einschalten, den Menschen nach hinten orientieren und ihn in die Depression bringen. Das kann es für eine ganze Gesellschaft geben, dass sie depressiv wird. Die Hoffnung dagegen orientiert nach vorwärts, sie inspiriert und sensibilisiert den Hoffenden gleichsam auf die unbegrenzten Möglichkeiten Gottes hin.

Gerade in Zeiten des Mangels bringt die Hoffnung auf die Fülle Gottes den Menschen in eine neue

Zukunft. Darum macht die Hoffnung krisenfest und lässt den Menschen Negativsituationen überstehen und zwar nicht nur mit zusammengebissenen Zähnen, sondern auch mit Glanz und Gloria. Denn der Hoffende ist sich bewusst, dass dort, wo der Mensch mit seinen Möglichkeiten am Ende ist, die unbegrenzten Möglichkeiten Gottes erst beginnen.

Der Hoffende lebt im Vorgriff auf die Fülle Gottes, die seinen Mangel überwinden lässt. Die Kultur lebt vom Kultus, d.h. der Menschendienst vom Gottesdienst. Die Gottesverehrung lässt den Menschen in Hoffnung über sich selbst hinauswachsen und macht ihn fähig, an einer wirklichen Zivildienstleistung der Liebe mitzuarbeiten.

3. Die Liebesmühe

Sie ist die eigentliche Macht, die uns Menschen verliehen ist. Die Liebe ist gleichsam ein Stück von Gott selbst. Im Zapfenstreich der Bundeswehr wird der Choral gespielt: „Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart“. Liebe bedeutet eigentlich nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass wir das „Wie du mir“ so ich dir“ umwenden in das „Wie Gott mir, so ich dir“. Wie sieht denn das aus? Gott hat sich für mich hingegeben, obwohl ich darauf nicht antworte. Gott hat sich an mich verschenkt, obwohl er darauf kein Echo von mir erhält. Gott hat mich geliebt, ohne dass ich zurückliebe.

Wir hingehen leben nach dem

„Wie du mir, so ich dir“ oder „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus“. Wir sind gefesselt im Verhaltensschema von Aktion und Reaktion: „Du grüßt mich nicht, also grüße ich dich auch nicht.“ „Du schlägst mich, ich schlage sofort zurück.“ Dort aber, wo der Mensch auf eine Aktion keine Reaktion, sondern eine neue Aktion setzt, in der Liebe, dort geschieht Befreiung, dort werden die Gefängnisse von Reaktion und Aktion aufgesprengt: „Du sprichst nicht mehr mit mir, aber ich spreche trotzdem mit dir.“ Das alles erneuert das Angesicht der Erde wirklich.

Uns ist eine solche Befreiung der Menschheit aufgegeben, die schon in der Kaserne, in der eigenen Familie, im eigenen Lebensumkreis beginnen muss, indem wir die Mühe der Liebe auf uns nehmen, wie sie im 1. Thessalonicherbrief konzipiert und definiert wird. Hier ist wirklich Tapferkeit und Tüchtigkeit gefragt. Schwachheit und Feigheit dagegen nehmen dem Menschen den Mut zur Liebe.

Alle guten Dinge sind drei: Glaube, Hoffnung und Liebe. Sie gehören in das Marschgepäck jedes Bundeswehresoldaten. Wenn diese Tüchtigkeiten zum Lebensstil eines Soldaten gehören, dann brauchen wir keine Angst haben vor zukünftigen Bedrohungen unseres Landes, dann ist bei ihnen das Schicksal unseres Volkes in guten Händen. Glaube, Hoffnung und Liebe hat Gott uns selbst ins Marschgepäck hineingelegt. Amen.

‡Joachim Kardinal Meisner

Grußwort des Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein

Als Bundesvorsitzender der GKS möchte ich Ihnen, verehrter Herr Kardinal, im Namen aller katholischen Soldatinnen und Soldaten für die gemeinsame Eucharistiefeier im Hohen Dom zu Köln danken.

Dieser Internationale Soldatengottesdienst, unter Beteiligung der Beamten des Bundesgrenzschutzes, ist ja inzwischen hier in Köln zur Tradition geworden und die GKS ist

stolz darauf, dass sie im Heiligen Jahre 1975 in Rom zusammen mit dem damaligen Militärgeneralvikar Dr. Martin Gritz, Mitinitiator dieser inzwischen an vielen Orten der Bundesrepublik Deutschland gefeierten Weltfriedenstag sein durfte. Nach einer ähnlich zündenden Idee suchen wir bereits jetzt schon für das Jahr 2000 in Rom.

Mit Ihrer Präsenz drücken Sie wie auch Ihr verehrter Vorgänger,

Herr Kardinal Höffner, unmissverständlich und eindeutig Ihre persönliche Haltung zu uns Soldaten aus. Sie stehen hinter uns und begleiten uns in der Erfüllung unseres bisweilen schwierigen Auftrages.

Zu dieser Begleitung gehören zweifellos Ermutigung, wie auch Ermahnung auf die Rückbesinnung christlicher Tugenden und Werte, wie Sie es in Ihrer Predigt deutlich gemacht haben.

In dieser pluralistischen Gesellschaft, die zu einem großen Teil von Anonymität, überzogenem Individualismus und Egoismus und einem übersteigerten Materialis-

mus geprägt ist, erscheint es gerade für uns Soldaten nicht immer ganz so einfach, Orientierung und Richtschnur eigenen Handelns auf den Grundlagen christlicher Ethik zu finden.

Diese Ethik ist die philosophische Wissenschaft vom Sittlichen – die Lehre von den Normen menschlichen Handelns und deren Rechtfertigung. Die Begründung der Ethik des soldatischen Auftrages muss Aufschluss geben über die Sittlichkeit militärischer Verteidigungsziele und die Verantwortbarkeit von Sicherheitspolitik, Strategie und Einsatz der Streitkräfte.

In diesem Jahr hat unser Papst, Johannes Paul II., den Weltfriedenstag unter das Thema „Biete die Vergebung an, empfangen den Frieden“ gestellt. In dieser Botschaft ruft er alle Völker dazu auf, einen „echten Pilgerweg des Friedens“ anzutreten. Der Papst betont deutlich, dass kein Friedensprozess sich in Gang bringen lasse, solange nicht in den Menschen die Bereitschaft zu aufrichtiger Vergebung heranreife. Diese Vergebung müsse an die Stelle der „tödlichen Wiederholung der Rache“ treten.

Die Religionen forderte er auf, ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben und mutig Folgegefahren entgegenzutreten. Besonders stellte der Papst in seiner Botschaft die Organisation der Vereinten Nationen heraus, die in jüngster Zeit eine immer größere Verantwortung bei der Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens übernommen hat.

So wird sich in wenigen Tagen ein weiteres Kontingent deutscher Soldaten im Einsatz in Bosnien befinden. Es soll mithelfen, den bereits begonnenen Aufbau demokratischer Strukturen sicherzustellen und während dieses Prozesses den Frieden zu bewahren ggf. auch wiederherzustellen. Dieses Mal handelt es sich nicht wie bisher um die Durchführung eines rein logistischen und pionier-technischen Auftrages, sondern die militärischen Kräfte haben ihren Auftrag notfalls mit Waffengewalt durchzusetzen. Diese Soldaten wurden für diesen Einsatz verantwortungsvoll fachlich-militärisch, aber auch mental-psychisch sehr gut vorbereitet.

Als Gemeinschaft Katholischer Soldaten unterstützen wir unein-

geschränkt die Notwendigkeit internationaler Einsätze und internationaler militärischer Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen, um Menschen zu schützen und Völkerrecht wiederherzustellen.

Es bleibt aber nach wie vor eine sehr wichtige Aufgabe, diese besonderen Aufträge, die Verantwortbarkeit und die ethischen Grenzen solidarischen Handelns in derartigen Einsätzen zu überprüfen und zu definieren. Daher haben wir in unserer Dokumentation „Gemeinsam in die Zukunft“ Ziele und Wege der Gemeinschaft Katholischer Soldaten eindeutig formuliert: „Katholische Soldaten werden unter Anlegen eines strengen ethischen Maßstabes bei militärischen Einsätzen im In- und Ausland die sittlich erlaubten Maßnahmen durchführen, die nach der Entscheidung der zuständigen legitimen nationalen oder internationalen Autoritäten zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens erforderlich sind.“

In diesem Sinne haben wir als Gemeinschaft es uns zur Aufgabe gemacht, unseren Kameraden, die

auf der Suche nach den ethischen Grundlagen ihres Berufes und dem Sinn ihres Lebens sind, Hilfe und Orientierung zu geben. Dazu gehört insbesondere auch die Mitwirkung bei der Vor- und Nachbereitung dieser Auslandseinsätze für unsere Soldaten und deren Angehörige.

So werden wir uns in diesem Jahr beim 6. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“ mit dem Thema beschäftigen:

„Soldat im internationalen Friedensdienst –

Sinn – Identität – Ethik“

An dieser Stelle darf ich allen hohen und höchsten Vorgesetzten, besonders Ihnen, Herr General Bagger, als dem ranghöchsten Soldaten, sehr herzlich danken für die stete Unterstützung, die wir vorbehaltlos aus dem militärischen und zivilen Bereich erhalten.

Ich schließe in den Dank unsere Militärgeistlichen ein, mit denen wir vertrauensvoll und fruchtbringend zusammenarbeiten. Gerade bei Auslandseinsätzen zeigen sich Wert, Bedeutung und die Hilfe der Militärseelsorge vor Ort für alle Soldaten besonders deutlich. □

Verzeihen ist Voraussetzung für dauerhaften Frieden

Feier des Weltfriedenstages im Wehrbereich I

Franz-Josef Hosse

Das diesjährige Friedensmotto des Papstes stand auch als Überschrift über der Feier des Weltfriedenstages im Wehrbereich I am 22. Januar in Rendsburg.

Vor einer für norddeutsche Diasporaverhältnisse großen Anzahl von weit mehr als 300 Soldaten – nicht nur katholischer Konfession – zelebrierte der Bischofsvikar des Erzbistums Hamburg, Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke, mit Militärgeistlichen aus Schleswig-Holstein und Hamburg eine feierlichen Messe in der Rendsburger St. Martins-Kirche. Der Versöhnungsgedanke des Tages wurde durch die Mitfeier des Gottes-

dienstes durch den Erzpriester der russisch-orthodoxen Kirche, Dr. Ambrosius Backhaus, unterstrichen. Anwesend war auch der Evangelische Dekan beim Flottenkommando Irmin Barth.

In der Predigt erinnerte Bischof Jaschke an die Greuelthaten in Bosnien, an Kriege, die trotz der Beendigung des Ost-West-Konfliktes immer wieder aufflammten. Der Bischof machte den Soldaten Mut, Ihre Aufgaben trotz verschiedener Angriffe auf ihre Ehre weiter so ernst und besonnen wie bisher wahrzunehmen. Solange kein Friede herrsche, müsse der Soldatenberuf akzeptiert werden



Eucharistiefeier in der Rendsburger St. Martinikirche aus Anlass des Weltfriedentages im Wehrbereich I
(Foto: F.-J. Hosse)

und solange werde er auch seitens der Lehre der katholischen Kirche angenommen.

Der Weg zum Jahr 2000 muss nach Ansicht von Bischof Jaschke für Europa ein großer Friedensweg werden. Jaschke erinnerte an den „Prozeß 2000“, zu dem die katholische Kirche einlädt: „Christen auf der ganzen Welt sollen aus der Kraft des Glaubens Zeugnis geben und ihre Verantwortung für das Leben der Menschheit unter Beweis stellen“, sagte er. Vor der Jahrtausendwende zeige sich, wie lebensnotwendig der Dienst des Militärs sei, der den Schutz der Schwachen sowie Ordnung und Sicherheit garantieren wolle. Als dringendste Aufgabe für Europa bezeichnete der Weihbischof den weiteren Aufbau des europäischen Sicherheitssystems. Es müsse die Völker in freier Selbstbestimmung so miteinander verbinden, dass sie in Frieden leben könnten. Das Jahr 1997 stehe für die Kirche unter dem Zeichen Christi, des Friedenskönigs. Es ermutige christliche Soldaten, ihren Beitrag für Frieden und Sicherheit der Menschen zu leisten, sagte Jaschke.

Bei einem anschließenden Empfang, zu dem der Katholische Wehrbereichsdekan I, Prälat Franz Stenzaly, geladen hatte, richtete der stellvertretende Befehlshaber, Flottillenadmiral Otto H. Ciliax, ein Grußwort an die zahlreichen Gäste. Admiral Ciliax ging auf die Kausalität zwischen „Verzeihen“ einerseits und „Frieden“ andererseits ein. Er sehe darin die Grundlage des Auftrags, den die Bundes-

wehr zu erfüllen habe. Der Teil des Auftrages, Frieden zu sichern, könne nur von Soldaten erfüllt werden, der andere Teil, Verzeihung anzubieten, aber nur von den Betroffenen, meinte Ciliax. Dies könne auch bewusst machen, in welcher komplexen politischen, ethischen und militärischen Situation Soldaten dabei stünden.

Die Legitimität des Auftrages erwachse für die Soldaten aus dem Selbstverständnis, in einem Rechtsstaat ihren Aufgaben nachkommen zu dürfen, meinte der Admiral. Das hieße, jegliches Handeln beruhe auf politischen Entscheidungen von Politikern, welche die Mehrheit des Volkes und dessen Willen verträten. Auch Admiral Ciliax erinnerte an den Krieg auf dem Balkan, der in seinen Dimensionen an Grausamkeiten und

Irrationalitäten in keiner Hinsicht voraussehbar oder berechenbar gewesen wäre. Um solche Auswüchse menschlichen Handelns zu verhindern, müssen Streitkräfte eingesetzt werden. Mit Worten allein könne man dem nicht Einhalt gebieten, so Ciliax. Gleichzeitig sei an 52 tote und verletzte Soldaten zu erinnern, die dieser Friedenseinsatz bisher gefordert habe. Dass unter den Toten bisher kein deutscher Soldat sei, könne uns mit Dankbarkeit, aber nicht mit Freude erfüllen. Diesen toten Kameraden gelte an diesem Tag in besonderer Weise das Friedensgebet. Der Admiral erinnerte auch an ein erfolgreiches Beispiel, wie dem Frieden Verzeihung vorausgehe, das Bundespräsident Roman Herzog anlässlich seines Polenbesuches 1995 gegeben habe. Der Bundespräsident bat im Namen der Deutschen das polnische Volk um Verzeihung für das, was während des Krieges und unmittelbar danach geschah.

In einem Vortrag über das Friedensmotto „Biete Verzeihung an – erhalte den Frieden“ führte Dr. Matthias Gillner vom Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel Beispiele an, in denen einem Friedensschluss kein Verzeihen voran gegangen war. Weil diese Friedensschlüsse nicht erfolgreich waren, sei daraus ersichtlich, wie eng der Zusammenhang von Verzeihen und Frieden ist. Die Gedanken von Dr. Gillner sind im folgenden Beitrag dokumentiert.



Der Bischofsvikar des Erzbistums Hamburg, Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke, als aufmerksamer Zuhörer beim Empfang der Kath. Militärseelsorge im Wehrbereich I.

(Foto: F.-J. Hosse)

„Biete Verzeihung an – erhalte den Frieden“

Vortrag zum Friedenstag am 22.01.1997 in Rendsburg

Matthias Gillner

Sie erinnern sich vielleicht an die bekannte Stelle aus dem alttestamentlichen Weisheits-Buch Kohelet:

„Alles hat seine Stunde. Für jedes Geschehen unter dem Himmel gibt es eine bestimmte Zeit:

*eine Zeit zum Gebären und
eine Zeit zum Sterben,
eine Zeit zum Töten und
eine Zeit zum Heilen,
eine Zeit zum Weinen und
eine Zeit zum Lachen,
eine Zeit zum Zerreißen und
eine Zeit zum Zusammennähen,
eine Zeit zum Lieben und
eine Zeit zum Hassen,
eine Zeit für den Krieg und
eine Zeit für den Frieden.“*

(3,1–2a.3a.4a.7a.8)

Wenn wir den Aufrufen diesjähriger Neujahrsansprachen in aller Welt Vertrauen schenken, dann sollen die Jahre vor dem Eintritt ins dritte Jahrtausend eine Zeit der Versöhnung anbrechen lassen. Papst Johannes Paul II. forderte mit dem Verweis auf die Untrennbarkeit von Frieden und Vergebung zur Beilegung militärischer Konflikte auf. Boris Jelzin mahnte zu gesellschaftlicher Versöhnung als notwendiger Voraussetzung friedlichen Zusammenlebens in Rußland, und Frère Roger, Prior der ökumenischen Brüdergemeinschaft von Taizé, ermunterte die 70.000 Jugendlichen in Stuttgart zum „Abenteuer Versöhnung“.

Und in der Tat! Es gibt nicht wenige Belege für den Willen von Völkern und Nationen, von Regierungen und Rebellen, den Kriegen und bewaffneten Konflikten ein Ende zu setzen und die Auseinandersetzungen friedlich zu lösen.

Wenige Tage nach Weihnachten beendet ein Friedensabkommen in **Guatemala** den längsten Bürgerkrieg der lateinamerikanischen Geschichte (1980–1996). 100.000 Indianer wurden von Sol-

daten und paramilitärischen Einheiten umgebracht, mehr als 40.000 verschwanden spurlos, mehrere hundert Indianerdörfer wurden niedergebrannt, Pfarrhäuser ermordeter Priester zu Folterstätten umgewandelt. Jetzt sitzen Militärs und Guerilleros an einem Tisch und bekunden gemeinsam die Bereitschaft zu Frieden und Versöhnung.

Vor etwa genau einem Jahr (18.01.96) wurde der Krieg im **mexikanischen Bundesstaat Chiapas** beendet. Gemäß dem Teilabkommen zwischen Regierung und der Guerilla (EZLN), soll jetzt den Indianern in der Verfassung der Autonomiestatus gewährt werden.

Auch in Timbuktu, einer Oasenstadt am Rande des Niger-Deltas, wurde letztes Jahr die Friedensflamme entzündet. Rebellengruppen der Tuaregs warfen symbolisch ihre Waffen ins Feuer. In dem kriegerischen Konflikt in **Mali** hatten Deutsche Entwicklungshelfer und Diplomaten erfolgreich vermittelt und eine Rebellion beendet, die mehr als 2.000 Menschen das Leben gekostet hatte.

Und selbst das Waffenstillstandsabkommen in **Tschetschenien** vom August letzten Jahres hat – allen Unkenrufen zum Trotz – sich bislang als tragfähig erwiesen.

Von einem weltumspannenden Anbruch einer Ära der Versöhnung kann jedoch nicht die Rede sein. Die Zeichen der Zeit haben bei weitem noch nicht alle erkannt.

Selbst im 18. Kriegswinter scheint in **Afghanistan** kein Ende der Gewalt in Sicht. Die von den UNO-Vertretern geleiteten Friedensgespräche sind bislang erfolglos geblieben. 1.500.000 Kriegstote reichten den Konfliktparteien nicht aus, um einzulernen. Die Taliban-Milizen, die im

September die Hauptstadt Kabul eroberten, setzen ihren Vormarsch unvermindert fort.

Auch **Tadschikistan** findet keine Ruhe. Die rivalisierenden Clans scheren sich nicht um das Ende Dezember zwischen Staatschef Rachmonow und der islamischen Opposition vereinbarte Friedensabkommen. Bereits vier Tage später begann eine neue Serie von Terroranschlägen in Duschanbe.

Der ethnische Konflikt zwischen Hutus und Tutsis in **Ruanda und Burundi** hat sich sogar ausgedehnt. Die mehr als eine Million ruandischer Kriegsflüchtlinge in **Ost-Zaire** wirkten als Katalysator in einem innergesellschaftlichen Konflikt, der sich jetzt gewaltsam entlud und inzwischen die ganze zentralafrikanische Region bedroht.

Dennoch. Nach Erkenntnissen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) an der Universität Hamburg wurden 1996 weltweit 28 Kriege und 21 bewaffnete Konflikte geführt, und damit ist die Zahl der Kriege seit dem Nachkriegshöhepunkt 1992 bereits im vierten Jahr rückläufig.

Kriegsbeendigung ist aber nur die notwendige Voraussetzung für Frieden, nicht aber schon dessen hinreichende Bedingung. Die Gewaltexzesse im Krieg haben die sozialen Beziehungen der Konfliktparteien nachhaltig zerstört, so dass nur ein mühsamer Prozess der Verständigung untereinander zu einer Überwindung der Feindschaft führen kann. Ohne Versöhnung kein dauerhafter Friede!

Aber Vorsicht! Die Rede von Versöhnung weckt nicht selten das Unbehagen, dass man sich ihrer nur zur Verschleierung von Verbrechen und zur Stabilisierung von Unrechtsverhältnissen bedient. Der bis heute in Lateinamerika anhaltende Konflikt zwischen der Theologie der Befreiung und der Theologie der Versöhnung zeugt von solch einem ideologischen Missbrauch. Ihr korrespondierte eine nationale Politik des Ausgleichs mit den Tätern während der Militärdiktatur, die offiziell mit der Notwendigkeit der Ausöhnung gerechtfertigt wurde. Damit eine Versöhnung gelingen kann, die nicht bereits den Keim neuer Konflikte in sich trägt, müs-

sen erst entsprechende **gesellschaftspolitische Voraussetzungen** geschaffen werden, die dann auch ein günstiges Klima für **versöhnungsdienliche Haltungen** bilden.

1. Wahrheit und Gerechtigkeit als gesellschaftspolitische Voraussetzung für Versöhnung

Auf der politischen und sozialen Ebene kann die Versöhnung nicht ohne die **Wahrheit** auskommen. Ohne Wahrheitsfindung gibt es keine echte Versöhnung.

Zunächst dürfen Verbrechen nicht verschwiegen oder vergessen werden. Folter, Deportationen, Massensexekutionen, Vergewaltigungen und andere Formen der Gewalt müssen aufgeklärt und ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Dies gilt sowohl für Verbrechen in Bürgerkriegen wie in Diktaturen. Dazu hat sich in zahlreichen Ländern - angefangen in Chile, Argentinien und El Salvador bis jüngst in Südafrika und Guatemala - die Einsetzung von „Wahrheitskommissionen“ bewährt. Für die erfolgreiche Arbeit spielte es keine Rolle, ob sie offiziell von oben eingesetzt wurden oder auf die Initiative von Menschenrechtsorganisationen zurückgingen. Nur wer wie in Peru sich der Untersuchungskommissionen zur „Reinwaschung“ staatlicher Funktionsträger bedient, der sollte sich auch nicht über das Fortdauern terroristischer Organisationen, wie den Sendero Luminoso oder die Bewegung Tupac Amaru (MRTA) beklagen.

Neben der Erstellung einer Dokumentation über Verbrechen und Repressionen sollte die „Wahrheitskommission“ auch eine möglichst objektive Analyse der Konfliktursachen durchführen. Eine solche „Rekonstruktion der Vergangenheit“ ist aber nicht nur Teil eines nachträglichen Kampfes gegen die Verbrechen, sondern soll vor allem Wiederholungen zu vermeiden helfen. Einseitigkeiten können dabei am ehesten dadurch vermieden werden, wenn keiner der Betroffenen ausgegrenzt wird, Täter wie Opfer zu Wort kommen dürfen. Thematisiert werden müssen sowohl das Leid der Opfer (z.B.

die Zerstörung von Lebenshoffnungen, die Erfahrungen menschlicher Erniedrigung, das Erleiden von furchtbaren Qualen) als auch die Scham und der Schmerz der Täter (z.B. die Erkenntnis, missbraucht worden zu sein, der Verlust dessen, woran man irrtümlich geglaubt und wofür man sich eingesetzt hatte). Dabei müssen Ambivalenzen und Grauzonen gehalten werden. So mancher ist in unterschiedlichen Lebensphasen mal Opfer, mal Täter gewesen. Um zu einem möglichst objektiven Urteil zu gelangen, muss die Situationseinschätzung der anderen einbezogen werden. Nicht nur das eigene Leid darf gesehen und groß geschrieben werden, die Konfliktgeschichte muss auch mit den Augen der anderen gelesen werden. Wenn etwa Sudetendeutsche nur die Greuel der Vertreibung und Tschechen ausschließlich die Verbrechen der Besatzungsmacht thematisieren, und so jeweils die Leidensgeschichte des anderen tabuisieren, dann wird Versöhnung trotz offizieller Erklärung niemals gelingen.

Die Versöhnung kann auf der politischen und sozialen Ebene auch nicht ohne die **Gerechtigkeit** auskommen. Zu ihr gehört zweifellos auch die Bestrafung der Täter. Das heißt nicht, Rache zu üben und eine Hexenjagd auf Menschenrechtsverletzer zu eröffnen. Es geht darum, den Opfern Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen. Straflosigkeit hat traumatische Auswirkungen für die Opfer und deren Angehörige. Wer daher durch eine allgemeine Amnestie, wie sie etwa als Preis für die Ablösung der Diktaturen in Lateinamerika von den hohen Militärs gefordert wurde, die Strafverfolgung verhindert und so einen „großen Frieden mit den Tätern“ (Ralph Giordano) schließt, der verhindert nicht nur die soziale Rehabilitierung der Opfer, sondern gleich den gesamten Versöhnungsprozess. Dass damit auch nicht der Schlussstrich unter die Vergangenheit gelingen wird, zeigen die Demonstrationen in Uruguay letzten Jahres. Zwölf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur wurde unter dem Motto „Verdad, memoria y nunca más“ (Wahrheit, Erinnerung und niemals mehr) die Diskussion über die Menschenrechtsverletzungen wieder aufgerollt.

Und die Zukunft muss von Anfang an auf die Würde der menschlichen Person, auf die Achtung der Menschenrechte gegründet werden. Insofern muss eine die rechtsstaatlichen Prinzipien achtende Justiz aufgebaut, muss die Umsetzung der partizipativen Demokratie gefördert und müssen sozioökonomische Bedingungen geschaffen werden, die auf der sozialen Gerechtigkeit basieren.

Wer dagegen die liberalen Schutzrechte Andersdenkenden und die politischen Partizipationsrechte Oppositionellen verweigert, wer die kulturellen Identitätsrechte von Minderheiten nicht achtet, wer gar die sozialen Anspruchsrechte der Ärmsten noch weiter abbaut, der lässt erst gar nicht einen Prozess der Versöhnung in Gang kommen.

Und dies gilt ungeteilt. Wer sich wie in Guatemala - mit 50% Indianern; 40% Mestizen und jeweils 5% Schwarze und Weißen - sich endlich im Friedensabkommen als plurikultureller Staat versteht, aber eine gerechtere Landverteilung - 2,6% der Einwohner besitzen zwei Drittel des kultivierbaren Bodens - von vorn herein ausschließt, oder wer wie in Brasilien die „politische Säuberung“ nur durch eine „soziale Säuberung“ (Hinrichtung von Straßkindern und Landlosen durch Todesschwadronen) ersetzt, der lässt den Kreislauf der Gewalt nur von vorn beginnen.

2. Reue und Bereitschaft zur Vergebung als versöhnungsdienliche Haltungen

Das Ziel Versöhnung kann aber nicht erreicht werden, wenn nicht auch auf persönlicher Ebene der **„Weg der Vergebung“** eingeschlagen wird. Und gerade auf diesen Aspekt legt die diesjährige Botschaft von Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag ihren Schwerpunkt: „Kein Friedensprozess wird sich je in Gang bringen lassen, solange nicht in den Menschen eine Bereitschaft zu aufrichtiger Vergebung heranreift. Ohne sie bluten die Wunden weiter und nähren in den nachfolgenden Generationen einen unaufhörlichen Groll, der Quelle von Rache und Ursache immer neuer Katastrophen ist. Die

angebotene und empfangene Vergebung ist die unerlässliche Voraussetzung für den Weg zu einem echten und dauerhaften Frieden.“

Der Logik der Vergeltung muss die Logik des Verzeihens entgegengesetzt werden. Oder mit den Worten des Papstes: „An die Stelle der tödlichen Wiederholung der Rache muss die befreiende Neuheit der Vergabung treten.“ (L'Osservatore Romano, 20.12.96, S. 4)

Aber: Vergabung kann nicht eingeklagt, um sie muss geworben werden. Der Täter hat kein Recht, sie einzufordern. Er kann nur auf Verzeihung hoffen.

Selbst bei aller Großzügigkeit und guten Willen seitens der Opfer. Sie können am Leid zerbrechen, das sie zu tragen haben. Schutzmauern, die Menschen um sich gebaut haben, um erlittenes Leid auszuhalten, können bestehen bleiben.

Und ohne die Einsicht der Täter, ihre **Reue**, ihre Umkehr, ihre Bereitschaft zur Buße (Wiedergutmachung) wird es keine tragfähige Versöhnung geben. Trotz aller Bereitschaft zum Verzeihen. Sie können sich verhärten und nicht den zweiten Schritt machen, selbst wenn das Opfer den ersten Schritt getan hat.

Versöhnung ist kein Automatismus. Ob sie gelingt, hängt letztendlich von Bedingungen und Umständen ab, die sich der menschlichen Verfügbarkeit entziehen.

Aber trotz der Ungewissheit im Ausgang, trotz der häufigen Rückschläge im Versöhnungsprozess, Christen sollten hinreichend motiviert sein, nicht aufzugeben, Verzeihung zu gewähren und Böses mit Gutem zu vergelten. Der Glaube kann zu einer Kraftquelle werden, die dem anscheinend natürlichen Empfinden, Unrecht mit Unrecht zu begegnen, widerstehen lässt. Die Erfahrung der vergebenden Liebe Gottes im Glauben kann zur eigenen Versöhnungsbereitschaft hin befreien.

Der Glaubende weiß um die Bedeutung der Versöhnungsbereitschaft für eine christliche Existenz, eine Bereitschaft die sogar Priorität vor der verordneten kultischen Feier besitzt. „Wenn du deine Opfergabe zum Altar bringst und dir dabei einfällt, dass dein Bruder etwas gegen dich hat, so lass deine Gabe dort vor dem Altar

liegen; geh und versöhne dich zuerst mit deinem Bruder, dann komm und opfere deine Gabe.“ (Mt 5,23f)

Der Glaubende weiß auch um die Verpflichtung zur Versöhnungsbereitschaft, eine Bereitschaft, die sich bewährt haben muss, ehe man sich an den Vater wenden darf: „Und erlass unsere Schulden, wie auch wir sie unseren Schuldnern erlassen haben.“ (Mt 6,12)

Der Glaubende weiß auch um die Vorbildlichkeit Gottes in Jesus, der in der Praxis der Mahlgemeinschaft mit den Zöllnern und Prostituierten diese von ihm geforderte Versöhnungsbereitschaft selbst gelebt hat (Mt 9,9–13).

Und der Glaubende weiß, dass er sich selbst der vergebenden Liebe Gottes verdankt. Im Kreuzestod Jesu hat Gott die Welt mit sich versöhnt, in dem er die Macht der Gewalt an sich selbst hat auswirken lassen und ihren Kreislauf so für immer durchbrochen hat. „Da wir mit Gott versöhnt wurden durch den Tod seines Sohnes, als wir noch (Gottes) Feinde waren, werden wir erst recht, nachdem wir versöhnt sind, gerettet werden durch sein Leben.“ (Röm 5,10)

3. Der christliche Dienst an der Versöhnung

Der einzelne Christ weiß aber nicht nur um die Verpflichtung zur Versöhnungsbereitschaft, sondern auch um den „**Dienst der Versöhnung**“ (vgl. 2 Kor 5,18–20), zu der er gerufen ist. Ja, die ganze Kirche soll nach dem Willen ihres Stifters zum „Werkzeug der Versöhnung“ werden. Doch hat sie in ihrer Geschichte es eher selten vermocht, jene Fähigkeit zum Frieden zu begründen. Häufig genug hat sie in Konflikten nicht nur kein Wort der Versöhnung gefunden, sondern an ihnen partizipiert und sie durch die Lieferung geistiger Munition noch verschärft. Die Beteiligung zahlreicher Bischöfe und Priester am Massenmord an den Tutsis in Ruanda ist dabei nur ein trauriger Höhepunkt.

Aber es wachsen die Anzeichen, dass die Kirche sich ihres Auftrages als Friedensstifter neu besinnt. Und das gilt nicht nur für das unermüdliche Friedensengagement von Papst Johannes Paul II, symbolisiert durch den Aufruf zum

Friedensgebet der Weltreligionen in Assisi und jüngst erst praktiziert im Grenzkonflikt zwischen Peru und Ecuador. In El Salvador, Guatemala, Mexiko, in Südafrika, auf den Philippinen und vielen anderen Ländern spielten die Kirchen eine zentrale Vermittlerrolle.

Aber nicht nur Papst und Bischöfe, sondern auch kleine Gemeinden und Gemeinschaften können in die Rolle des Friedensstifters schlüpfen. Ein letztes Beispiel sollte uns selbst motivieren, sich in den Dienst der Versöhnung stellen zu lassen.

Die katholische Laiengemeinschaft Sant'Egidio in Rom hatte diese Rolle in Mosambique übernommen und vermittelnd in den Bürgerkrieg eingegriffen. Nach 14 Kriegsjahren mit einer Million Toten, zwei Millionen Flüchtlingen und drei Millionen Menschen am Rande des Hungertodes haben die Widerstandsbewegung Renamo und die Regierung in Mosambik in den Räumlichkeiten dieser Gemeinde Friedensverhandlungen aufgenommen. Durch erworbenes Vertrauen und eine Diplomatie, die von dem Verbindenden und nicht dem Trennenden ausgeht, gelang es der Gemeinschaft Sant'Egidio nach zwei Jahren, am 4. Oktober 1992, die Kriegsgegner zur Unterzeichnung eines Waffenstillstands- und Friedensvertrag zu bewegen, der bis heute nicht gebrochen wurde. □

KURZ BERICHTET

Festakt in Bonn zum Weltfriedenstag

Beim diesjährigen Festakt der GKS Bonn am 27. Februar im Collegium Josephinum Bonn sprach die Wehrbeauftragte der Deutschen Bundeswehr, Claire Marienfeld, zum Thema „Der Beitrag der Soldaten der Bundeswehr zum Frieden in der Welt“. Da der GKS-Kreis Bonn seinen Weltfriedenstag nach Redaktionsschluss feierte, kann ein Bericht darüber erst im nächsten AUFTRAG 229 erscheinen. □

37. WOCHEN DER BEGEGNUNG

Das dritte Jahrtausend kommt auf uns zu

Die Woche der Begegnung wird durch die Zentrale Versammlung (ZV) und die Bundeskonferenz der GKS geprägt. Die 37. Woche der Begegnung, die vom 21. – 26. April 1997 in der Wolfsburg bei Mülheim/Ruhr stattfindet, zielt mit ihrer thematischen Arbeit auf die Herausforderungen ab, die sich in der derzeitigen Situation einem christ-gläubigen Menschen stellen, wenn er seine Lebenswelt mitgestalten will. Zugleich wollen sich ZV und GKS mit den gewählten Leitthemen an den Vorbereitungen der Kirche auf das Jubeljahr 2000 beteiligen. Grundlage hierfür bieten die Anregungen von Papst Johannes Paul II. im Apostolischen Schreiben „Tertio Millenio Adveniente“ (TMA).

In den nachfolgenden Beiträgen werden zunächst die thematischen Inhalte der Zentralen Versammlung und der Bundeskonferenz vorgestellt. Daran schließen sich Erläuterungen der Leit-/Jahresthemen der ZV und der GKS sowie ihrer Auswirkungen auf den einzelnen an. Die Leitthemen werden darüberhinaus durch einen Beitrag aus dem Aktionsplan der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) zur Vorbereitung und Durchführung des Hl. Jahres 2000 „Das dritte Jahrtausend kommt auf uns zu – alle sind eingeladen“ in den Zusammenhang der Kirche in Deutschland gestellt.

Der sich anschließende Beitrag „Europa und der deutsche Katholizismus“ von Prälat Wilhelm Schätzler, bis 30. Juni 1996 Sekretär der DBK, aus der Deutschen Tagespost vom 04.01.1997 bietet ein Beispiel für Nachfolge leben und die Wirkungsgeschichte des Christentums in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

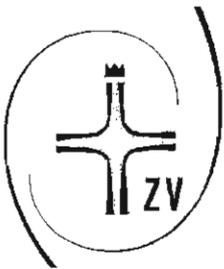


el Schlagheck, Direktor der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ zum Thema:

„Offenheit für das Andere –
Entschiedenheit für das Eigene.
Kirchliche Orientierung in der
Erlebnisgesellschaft“

Die ZV wird in die Behandlung ihres Leitthemas erstmals die bildende Kunst einbeziehen. Ein Schwerpunkt der Akademie ist es, die Werke zeitgenössischer Künstler in das Bildungsprogramm einzubeziehen. Diese Künstler zeigen, wie sie die Lebenswirklichkeit wahrnehmen. Sie wollen damit den Blick der Betrachter für die sie umgebende Realität schärfen. Der Aspekt „Wahrnehmen“ aus dem Leitthema könne, so Bös, durch die bildende Kunst konkret unterstützt werden, weil durch sie erfahrbar werde, was und wie mit den Sinnen zu erfassen sei, was von außen oder von innen auf den Menschen einwirke. So treffe es sich gut, meint Bös, dass das Tagungshaus auf die Befassung mit der Kunst großes Gewicht lege. Zum Zeitpunkt der Woche der Begegnung seien Arbeiten des Düsseldorfer Malers und Bildhauers Roland Peter Litzenburger zu sehen, und das Haus werde zu dieser Ausstellung eine Einführung geben.

Am Dienstagnachmittag steht schwerpunktmäßig die Befassung mit internen Themen der Militärseelsorge auf der Tagesordnung. Zunächst spricht Militärdekan Walter Wakenhut zur Fortschreibung des Seelsorgekonzeptes in der Katholischen Militärseelsorge. Er stellt personelle Planungen und strukturelle Konsequenzen vor.



Einführung in die Zentrale Versammlung

Mit einem Rundbrief hat sich der Vorsitzende

des Vorstandes der Zentralen Versammlung (ZV), Oberst i.G. Werner Bös, zum Jahresbeginn an die Militärpfarrgemeinderäte und die GKS gewandt und ihnen Ablauf und Inhalt der ZV vorgestellt. Damit fordert er die Gremien zugleich auf, sich frühzeitig Gedanken über die Auswahl und Vorbereitung der Delegierten zu machen.

Die Zentrale Versammlung tritt vom 21. bis 24.04.1997 im Rahmen der 37. Woche der Begegnung (21. bis 26.04.1997) im Haus für Erwachsenenbildung des Bistums Essen, Katholische Akademie „Die Wolfsburg“, in Mülheim/Ruhr zusammen. Sie steht wie die gesamte 37. Woche der Begegnung unter dem Leitgedanken:

**„Wahrnehmen – Austauschen
– Umsetzen
Mittendrin Nachfolge leben“**

Wie Bös in seinem Schreiben betont, will die ZV sich „mit dieser Themensetzung den Vorbereitungen der Gesamtkirche auf das große Jubeljahr 2000 anschließen“. Die drei Jahre von 1997 an habe Papst Johannes Paul II. jeweils unter ein besonderes Motto gestellt. So trage das Jahr 1997 die Überschrift „Jesus Christus: Das menschliche Antlitz Gottes – Jahr der Wahrnehmung, des Austausches und der Vergewisserung im Glauben“ (s.a. die folgenden Beiträge Seite 17 f.).

Eingeleitet wird die ZV am Montagnachmittag mit dem Eröffnungsgottesdienst, der Begrüßung durch den Vorsitzenden und der offiziellen Eröffnung der Beratungen durch Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld. Anschließend sollen sich die Delegierten zum internen Erfahrungsaustausch innerhalb ihres (Wehr-)Bereiches treffen.

Im Bildungsteil der ZV (Dienstagvormittag) referiert Dr. Micha-

Oberst Bös macht darauf aufmerksam, daß die Sachkompetenz der Delegierten besonders bei den Tagesordnungspunkten: „Die Organisationsform und Aufgabenbeschreibung der Laienmitverantwortung im (Wehr-)Bereich“ und „Vorstellung des Entwurfes einer neuen Ordnung für den Pfarrgemeinderat“, den die Arbeitsgruppe „Konzepte und Wege zum Pfarrgemeinderat 2000“ erarbeitet habe, gefordert sei.

Weitere Themen der Tagesordnung am Mittwoch sind: die Fortsetzung der Aktion Nachbarschaftshilfe in 1997/98 mit der Beschlussfassung eines neuen Projektes, die Ökumene und die Neubildung der Gremien der Mitverantwortung auf Ebene des Seelsorgebezirkes (Pfarrgemeinderäte) Ende 1997, der Bericht der Vertreter im ZdK über ihre Arbeit sowie der Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS. Am Mittwochnachmittag nimmt der Herr Militärbischof an den Beratungen teil und steht zum Gespräch zur Verfügung. Höhepunkt und Abschluss der ZV wird ein Pontifikalamt sein, das der Militärbischof mit uns feiern wird.

In diesem Jahr wählen die Delegierten der ZV den Vorsitzenden und die übrigen Mitglieder des

Vorstandes (bis zu 8 Personen) neu. Die Mandatszeit des Vorstandes beträgt vier Jahre. Der bisherige Vorsitzende weist in seinem Rundschreiben darauf hin, dass in den Vorstand jeder gewählt werden könne der zum Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs gehöre und das 18. Lebensjahr vollendet habe. Der Vorsitzende müsse aber ein Soldat sein und das 25. Lebensjahr vollendet haben. Auch Nichtanwesende könnten gewählt werden, so Bös. Deren Einverständniserklärung zur Übernahme eines solchen Mandates müsse aber schriftlich vorliegen.

Personell neu besetzt werden auch die Sachausschüsse des Vorstandes ZV, die für den Vorstand Sacharbeit leisten sollen. Sie stehen stets unter der Leitung eines Mitgliedes des Vorstandes. In den vergangenen Mandatszeit waren folgende Sachausschüsse eingerichtet:

„Dienstalltag und Christsein“, „Gemeindearbeit“, „Organisation/Planung“, „Verbandsarbeit“, „Soziales Engagement“, „Entwicklung, Friede, Mission und Umwelt“, „Information“, „Frau und Familie“. Nähere Informationen zu den Aufgabenfeldern der Sach-

ausschüsse sind im PGR-Handbuch, Sachbereich „Unsere Ordnung“ I, 4 zu finden.

Bös fordert alle auf, bei den bevorstehenden Arbeitskonferenzen Vorüberlegungen für die Wahl des Vorstandes zu treffen und zu prüfen, wer sich zur Mitarbeit in einem Sachausschuss zur Verfügung stellen könne.

Auch bitte er darum, dass alle (Wehr-)Bereiche versuchen, die Zahl ihrer Delegierten auszuschöpfen. Vermehrt sollten auch wieder katholische Ehefrauen von Soldaten oder Soldatinnen als Delegierte in die ZV entsandt werden. Für eventuelle Verhinderungen sollten Nachrücker benannt werden.

Dem Rundbrief als Anlage beigefügt ist der Entwurf einer neuen „Ordnung für den Pfarrgemeinderat in den Militärseelsorgebezirken“, verfasst von der Arbeitsgruppe „Konzepte und Wege zum PGR 2000“, die sich aus drei Vertretern des Priesterrates, drei Vertretern des Vorstandes der Zentralen Versammlung und zwei Vertretern des KMBA zusammensetzte. Die Vorsitzenden der PGR sind aufgefordert, Anmerkungen, Anregungen, Hinweise, Änderungs- und Korrekturwünsche zum Entwurf einzubringen.

Kurze Einführung in die Bundeskonferenz der GKS

Die Bundeskonferenz der GKS (BK), die unter dem Leitthema des Jahres 1997 **„Lern- und Lebensgemeinschaft – im Glauben auf dem Weg“** steht, beginnt am Mittwoch, den 26.04., mit der Teilnahme der Delegierten am Pontifikalamt und Empfang des Militärbischofs. Soweit die GKS-Vertreter bereits an der ZV teilgenommen haben, bleiben sie zur BK am Konferenzort. Da aber die BK nicht von einem Delegiertenschlüssel abhängig ist, reisen zusätzlich die Vertreter der GKS-Kreise sowie Ansprechpartner der GKS an, die bei der ZV noch nicht vertreten waren. Ziel ist es, dass möglichst jeder GKS-Kreis und, je nach Kapazität des Hauses, auch möglichst viele Ansprechpartner vertreten sind.

Während der Donnerstagvormittag der verbandlichen Sach-

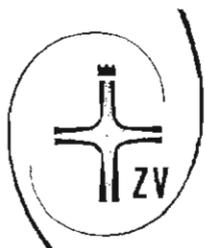
arbeit mit verschiedenen (Lage-) Berichten gewidmet ist, wird am Nachmittag nach einem einführenden Grundsatzzvortrag (gehalten vom Dozenten der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ Dr. Dirk Ansorge) in Gruppen zum Jahresthema gearbeitet. Abends wählt der Bundesvorstand seinen Vorsitzenden, seine Stellvertreter und bestellt die Vorsitzenden sowie die Mitglieder der Sachausschüsse. Die thematische Arbeit wird am Freitagvormittag mit dem Vorstellen der Arbeitsergebnisse fortgesetzt. Am Nachmittag wird mit einem Kulturprogramm den Delegierten ein Einblick in Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten des Ruhrgebietes gegeben.

Am Freitag schließt die BK mit der Verabschiedung von Erklärungen, Billigung von Beschlüssen,



Planungen für die bevorstehende Jahresarbeit und einem Ausblick des Bundesvorsitzenden auf die Schwerpunkte der Arbeit der Gemeinschaft ab.

Wichtiges Thema für die BK und bestimmend für die Entwicklung der GKS über die Jahrtausendwende hinaus wird die Bekanntgabe der Gründung eines „Förderkreises der GKS e.V.“ bei der letzten Sitzung des Bundesvorstandes am 1. Februar in Bonn sein (s.a. AUFTRAG 227, Seite 68, und Seite 82 ff. in diesem AUFTRAG). (PS)



„Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen Mittendrin Nachfolge leben“

Einführende Überlegungen zum Leitthema der Zentralen Versammlung

Manfred Heinz

Der erste Schritt dazu heißt, sensibel zu machen für das Notwendige, d.h. für das, was die heutige Not wirklich wendet, worin also echter Bedarf besteht. Die **Zentrale Versammlung (ZV)** will die aktiven Laien unter den Soldaten in ihrem spezifischen Lebensbereich mit dessen Gegebenheiten herausfordern, aufgrund der apostolischen Berufung aktuelle Akzente zu setzen.

Als Teil der Gesamtkirche muss die ZV dabei die Anregungen mit aufgreifen, die Papst Johannes Paul II. mit seinem Apostolischen Schreiben „Tertio Millennio Adveniente“ (TMA) der Weltkirche zur Gestaltung der Feier des Jahres 2000 vorlegt. „Ein jeder ist eingeladen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit die große Herausforderung des Jahres 2000 ... nicht vernachlässigt wird“ (TMA 55).

Die drei Jahre von 1997 an sollen auf universaler und lokaler Ebene zur Vorbereitung auf dieses große Ereignis genutzt werden. Sie stehen jeweils unter einer bestimmten Thematik. So trägt das Jahr 1997 den Leitgedanken:

Jesus Christus: Das menschliche Antlitz Gottes – Jahr der Wahrnehmung, des Austausches und der Vergewisserung im Glauben.

Hieran knüpft das Motto der Zentralen Versammlung 1997 an: „Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen. Mittendrin Nachfolge leben“

Wahrnehmen

Das Wort hat verschiedene Bedeutungen.

- Wahrnehmen im Sinne von: sich jemandem zuwenden, jemandem Aufmerksamkeit schenken, sich auf jemanden einlassen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte ich den Glauben, der mich mein

Leben lang begleitet hat, neu wahrnehmen, neu entdecken.

- Wahrnehmen im Sinne von: etwas ergreifen, etwas nutzen, z.B. eine Chance, ein Angebot, eine Einladung.
- Wahrnehmen im Sinne von: etwas mit den Sinnen erfassen, etwas davon mitbekommen, was von innen oder von außen auf mich einwirkt, sensibel werden für die Menschen, für die Zeit, die Kultur, die uns umgeben.

Austauschen

Wir reden über das, was wir wahrgenommen haben. Sprache schafft Bewusstsein und Identität. Wir tauschen unsere Erfahrungen aus und treten in einen Dialog mit unseren Zeitgenossen, auch denen, die nicht unsere Auffassungen teilen. Im Gespräch stärken wir uns untereinander und lernen durch die anderen uns selber besser kennen.

Umsetzen

Wir bleiben nicht passiv, in unserem Verhalten nicht rezeptiv, sondern handeln und gestalten mit. Das als richtig Erkannte soll verwirklicht werden.

Mittendrin

Mittendrin sein beschreibt den Ort unserer christlichen Existenz. Nicht abseits irgendwo, sondern mittendrin, an diesem Ort, in dieser Zeit, in dieser Kaserne, an diesem Arbeitsplatz sind wir Christen. Wir leben in der Gemengelage der Ereignisse, sind einbezogen ins Geflecht der Alltagsgeschehnisse. Mittendrin ist spannungsreich und nicht immer ohne Risiko.

Nachfolge leben

Ein biblischer Begriff, der den Blick zurückwendet auf das Ereignis vor 2000 Jahren: die Menschwerdung Jesu Christi und hinweist

auf 2000 Jahre Geschichte seiner Nachfolge und die Wirkungsgeschichte des Christentums.

Nachfolge fordert mich zum einen in meinen ganz persönlichen Lebensvollzügen. Zum anderen haben Christen den Auftrag, die gesellschaftlichen Bereiche mitzugestalten und dafür einzutreten, dass Gerechtigkeit, Friede und Solidarität, die Gesellschaft, die Kultur und Politik das Zusammenleben der Menschen und Völker bestimmen. Zur Gestaltung braucht es Willen, Kraft, Orientierung, Entscheidungsfreudigkeit und Verantwortungsbereitschaft.

Auf diesem Lebens- und Lernweg sind wir nicht allein, sondern haben die Zusage, dass Gott mit uns gehen wird. Jeder wird seinen individuellen Weg der Nachfolge finden müssen. Doch können andere ihm/ihr Modelle und Vorbilder sein. □

KURZ BERICHTET

Vatikan: Jahr 2000 mit Hindus und Buddhisten feiern

Der Vatikan möchte Vertreter von nichtchristlichen Religionen an den religiösen Feiern zur Jahrtausendwende beteiligen. „Es wäre unser Wunsch, dass die Vertreter anderer Religionen bei dieser Feier dabei wären“, sagte Bischof Michael Fitzgerald bei der Vorstellung des Vorbereitungsprogramms gegenüber Radio Vatikan. Der Bischof ist Vorsitzender der Kommission für

„Lebens- und Lerngemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“



Zum Leitthema der Bundeskonferenz der GKS

Walter Theis

Die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten als Repräsentanz des Verband im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs versucht ihrerseits diese Herausforderung unter dem Aspekt des derzeit erlebten Spannungsverhältnisses zwischen Individualisierungstendenz einerseits und Gesellschaftsverpflichtung andererseits heraus anzugehen.

Ihr Thema formuliert sie:
„Lebens- und Lerngemeinschaft –
Im Glauben auf dem Weg“

Die eigene Arbeit muss reflektiert werden; und das nicht nur im Hinblick auf die eigene Befindlichkeit, sondern auch hinsichtlich der Aufgaben, die das von ihr mitzugestaltende Umfeld erfordert.

Das 3. Jahrtausend stellt die Menschheit grundsätzlich nicht vor ganz neue Herausforderungen;

die Bedingungen werden jedoch schwieriger: Welt- und Glaubenserfahrung entwickeln sich auseinander. Nach Auffassung vieler Zeitgenossen durchdringen sich säkularer Weltgeist und Religiosität kaum noch. Sie verzichten immer mehr auf gegenseitige Ergänzung und Befruchtung.

Von seiten der Religiosität sieht sich dies u.a. so an:

- Hier die *böse Welt*, die unbelehrbar ihren Weg geht und ihre bösen Einflüsse geltend macht.
- Dort die *Gutwilligen*, die davon allzu leicht infiziert werden können. Es gilt sich davor zu schützen und zu bewahren. Also wendet man sich ab, zieht sich zurück und beklagt aus einer *sicheren Ecke* heraus.

Von seiten des säkularen Weltgeistes wird die Erfahrung der Auseinanderentwicklung wie folgt erlebt:

Wir kommen ohne die Anregung und Einmischung des Religiösen gut aus, denn unsere säkulare Welt lebt nach anderen Regeln und Gesetzmäßigkeiten. Transzendenz und Diesseitigkeit behindern sich gegenseitig in ihrer Effizienz. Wenn das religiöse Element, aus welchen Gründen auch immer, unbedingt erhalten bleiben soll, dann nur in der Form, dass es für alle erträglich bleibt, auf keinen Fall polarisierend wirkt. Konkret bedeutet das den weitgehenden Verzicht auf Glaubensinhalte und Glaubensvermittlung; dafür das Engagement auf dem Felde der Betreuung und Fürsorge, d.h. eine Reduzierung auf soziale Nützlichkeit.

Gibt es eine „Versöhnung dieser beiden Erfahrungs- und Erlebniswelten?“

Können und müssen wir einen

Beitrag dazu leisten? Wenn ja, wie müssen Schritte dazu aussehen?

Da es sich um zwei Bereiche handelt: *Welt und Religion*, zu denen gläubige Soldaten jeweils eine unverzichtbare Beziehung haben, weil sie aus ihrem Selbstverständnis zum *Welt-/Heilsauftrag* berufen sind, ist als Einstiegsforderung die Offenheit für einen immer häufigeren Perspektivenwechsel angebracht, und das von zwei Seiten her:

- Aus anthropologischer Sicht, die Wechselwirkung zwischen Individualität und Sozialbezug des Menschen.

Unsere sogenannte Risikogesellschaft hat auch die Einzelbiografie deutlich riskanter gemacht. Zwar werden dem einzelnen Individuum ungeahnte Wahlmöglichkeiten geboten, die ihm die Chance einer größeren sogenannten Selbstverwirklichung zu bieten scheinen, und damit eine relativ große Unabhängigkeit versprechen. Zugleich wird aber dasselbe Individuum verschärft gesellschaftlichen Zwängen unterworfen, die es, ob es will oder nicht, darauf verweisen, dass es sich und seinen Lebensentwurf nur mit anderen verwirklichen kann, will es kein „Selbstling“ werden.

Die ständige Frage nach den Chancen unter diesen polaren Gegebenheiten, das eigene unverwechselbare Wesen, seinen Weg, seinen Beruf/Berufung und damit seine Bestimmung zu entdecken und zu behaupten, findet nur Beantwortung, wenn der Mensch sein Bestimmtheit durch beides, Individualität und Sozialität, wechselweise im Blick behält und kultiviert.

- Aus der Sicht des Apostolats die Wechselwirkung zwischen eige-

den interreligiösen Dialog innerhalb des Vorbereitungskomitees für das Heilige Jahr 2000. Die Kommission erarbeitet für die Ortskirchen Empfehlungen, wie die 2000-Jahrfeier der Geburt Christi als „gemeinsames Fest“ mit Muslimen, Buddhisten, Hindus und anderen gestalten könnte. Es würden Unterlagen zu dem Thema, wie Christus von den anderen Religionen gesehen werde, vorbereitet. Mit einigen religiösen Führern des Judentums und des Islam im Nahen Osten seien bereits Kontakte aufgenommen worden. (KNA)

ner Gläubigkeit und Zeu- gen- schaft, d.h. „Wie komme ich zu meinem persönlich gelebten Glauben und wie werde ich auf- grund dieser Realität Zeuge meines Glaubens für mein Um- feld?“

Glaube ist nicht auf den Kopf bzw. Verstand beschränkt, er- nimmt den ganzen Menschen mit all seinen Kräften in Anspruch. Das heißt nun nicht, dass Glaube diffus zu leben ist. Die Haltung ei- nes Gläubigen als Christ und als Soldat muss durch Inhalte des Glaubens formiert sein. Das ist ebenso zwingend wie ein mündiges Gewissen nicht ohne solides Wis- sen funktioniert.

Im Zusammenhang mit den Forderungen der Vorbereitungs- bemühungen auf das 3. Jahrtau-

send legt Papst Johannes Paul II. einen bedenkenswerten Aspekt nahe: Die Wiederentdeckung der Katechese in ihrer ursprünglichen Bedeutung als Voraussetzung der Glaubensweitergabe bzw. Glau- bensvermittlung. Katechese ist nicht rationaler Gedanken-/ Infor- mationsaustausch über Glaubens- formen und Glaubensinhalte. Sie hat die Qualität der Glaubens- verkündigung. Dies geschieht auf den verschiedensten Ebenen und es geschieht von den verschiede- sten Trägern, die Nachfolge ver- wirklichen wollen. Nur solcher Glaube gestaltet Leben. Glaube und Leben müssen gemeinsam ge- lernt werden, und dies auf den ver- schiedensten Reife- und Entwick- lungsstufen des Menschen: Zu- nächst beim unmündigen Men- schen, dem Kleinkind in Familie,

Schule und Freundeskreis und wie die übrigen Prägefaktoren heißen.

Glaube muss jedoch auch unbe- dingt weitergeführt werden in die Mündigkeit und damit Lernziel bis ans Lebensende sein.

Weil unser Leben nichts für Anfänger ist, muss alles, was mit Leben zusammenhängt, gelernt werden. Dabei ist Leben mehr als ein theoretischer Vorgang, der nur auf Erkenntniserweiterung ab- zielt. Immer ist auch Verhaltens- änderung mitgemeint. So, wie man aber nicht für sich allein lebt, lernt man auch nicht für sich allein.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten versteht sich u.a. auch auf diesem Gebiet als Hilfestel- lung, um die Spannungsfelder des Menschseins geglückt bestehen zu lassen. Sie will damit Lebens- und Lerngemeinschaft sein. □

Aktionsplan für das Jahr der Vorbereitung

1997 – Jesus Christus: Das menschliche Antlitz Gottes

Jahr der Wahrnehmung, des Austausches und der Vergewisserung im Glauben

In TMA gibt Papst Johannes Paul II. für dieses Jahr als Gene- ralthema vor: „Jesus Christus als alleiniger Retter der Welt, gestern, heute und in Ewigkeit“. Akzente sind: Erneuerung des Interesses an der Bibel, Wiederentdeckung der Taufe, Stärkung des Glaubens und Vertiefung des Glaubens- wissens, Maria als Vorbild und Schwester im Glauben (vgl. TMA 89–48).

Jesus Christus ist die Mitte un- seres Glaubens. Wir müssen ihn neu wahrnehmen, wie er uns be- gegnet im Zeugnis der Schrift, in der Lehre und im Leben der Kir- che durch 2000 Jahre hindurch und in unserem Leben selbst.

Konkretionen:

Da in den Diözesen und Ge- meinden sowie in Gemeinschaften und Gruppen viele Formen christ- lichen Lebens und Glaubens prak- tiziert und unter unterschiedlichen Voraussetzungen gestaltet wer- den, sollte das Augenmerk darauf

liegen, diese Aktivitäten wahrzu- nehmen, zu sammeln, zu koordi- nieren und sich auszutauschen. Dies soll eine Stärkung des Glau- bens an den gegenwärtigen Chri- stus ermöglichen. Wahrnehmung, Austausch und Glaubensvergewis- serung in den Gemeinden, den Verbänden, den Bistümern kön- nen in folgenden Bereichen reali- siert werden:

Martyria

Anregungen und Beispiele:

- Den Jesus der Bibel als Glau- bens- und Lebensbegleiter der Menschen heute verdeutlichen
- Die Spuren der Nachfolge Chri- sti in der Geschichte wahrneh- men
- Verborgenes Christsein in un- terschiedlichen Biographien, Bezie- hungen und Lebensformen ent- decken
- Unterschiedliche Lebensräume in den Gemeinden und Verbän- den, im privaten und berufli- chen Bereich, an verschiedenen

gesellschaftlichen Orten ernst- nehmen (Netzwerke, Eltern- initiativen, Caritasgruppen)

- Unauffällige Glaubenszeugen in den Gemeinden ermutigen und für die Glaubensvermittlung fruchtbar machen
- Den Auferstandenen als Beglei- ter über den Tod hinaus erfah- ren

Diakonia:

Anregungen und Beispiele:

- Die Würde des Menschen als Bruder und Schwester Jesu Christi wahrnehmen
- Für die Rechte aller Menschen eintreten und sie zu umfassender Solidarität ermutigen (auch mit Fremden und Ausländern)
- Für gerechte und solidarische Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft eintreten
- Zu ehrenamtlicher Arbeit in Kirche und Gesellschaft moti- vieren und befähigen – Das En- gagement vieler als Nachfolge Christi wertschätzen

- Durch Hausbesuche Nöte wahrnehmen und Hilfen vermitteln
- Frauen und Männer in ihren vielfältigen Familien- und Lebensformen annehmen und ermutigen

Liturgia

Anregungen und Beispiele:

- Die Liturgie wieder neu als Feier des Lebens, des Todes und der Auferstehung Christi entdecken und dadurch die persönliche Beziehung zu Christus vertiefen
- Das Taufbewusstsein der Gemeinde neu wecken (z. B. durch das sonntägliche Taufgedächtnis, durch Taufen in der Sonntagsmesse, durch besondere u. U. ökumenische Taufgedächtnisgottesdienste)
- Die österliche Vorbereitungszeit als „Exerzitienzeit“ der Gemeinde verstehen, in der die Gemeinschaft mit Christus eine neue Vertiefung erhalten soll

- Bußgottesdienste mit den Themenschwerpunkten des Jahres 1997 feiern (z. B. „Erneuerung des Taufbewusstseins“ bzw. „Glaube“)
- Die Vielfalt der Sakramentalien, Riten und Symbole als Glaubenshilfen an den Knoten- und Wendepunkten des Lebens neu erfahren (z.B. im Kreis der Fa-

milie, in der Gemeinde, in der Öffentlichkeit)

- Ein besonderes Christusgebet für den privaten Vollzug empfehlen, das auch die Jahresthemen „Glauben“ und „Getauftsein“ aufgreift
- Das Angelus-Gebet als besonderes Inkarnationsgedenken neu entdecken

DIE THEMEN DER FOLGENDEN JAHRE LAUTEN:

1998 – Gottes Reich in der Welt

Jahr der Entdeckung von Hoffnungszeichen

1999 – Der Gott Jesu Christi: der Vater aller Menschen

Jahr der Erinnerung und Orientierung

2000 – Der dreifaltige Gott

Jahr der Feier der Gegenwart Gottes in der Welt

Europa und der deutsche Katholizismus

Gedanken zur geschichtlichen Dimension

Wilhelm Schätzler

Die Wechselbeziehung zwischen Europa und dem Katholizismus hat eine gut 1200 Jahre alte Geschichte. Insofern ist es nicht zu umgehen, diese historischen Gegebenheiten und Entwicklungen mit einzubeziehen, wenn man dieser Wechselbeziehung auf die Spur kommen will. Nur sind weder „Europa“ noch „Katholizismus“ quantifizierbare Größen, die einfach in Beziehung gesetzt und gegeneinander aufgerechnet werden können. Das phänomenale Substrat einer Zeitspanne, eines politischen Beisammenseins und eines politischen Zueinandergehörens sei nicht eine einmalige Einheit, sondern es seien Lebenselemente, die sich durchsetzen und ergänzen, die miteinander korrespondieren

und diese Einheit konstituieren, schreibt Robert Musil in seinem Essay „Das hilflose Europa“. Daher ist die Klärung dieser Frage der Wechselbeziehung zwischen Europa und dem Katholizismus an der Schwelle der politischen Verhandlungen um „Maastricht II“, die einen großen weiteren Schritt im Hinblick auf die Einheit Europas erbringen sollen, eine sehr wesentliche und nicht nur für Europa, sondern auch für den Katholizismus wichtige Klärung. Dabei dürfte die Tatsache, dass die katholische Kirche den Anspruch anmeldet, katholisches Denken und Handeln in diesen Einigungsprozess Europa einzubringen, und der deutsche Katholizismus hier sogar eine profilierte Rolle dabei zu spie-

len beabsichtigt, eventuell bei einzelnen, Gruppen oder Parteien, gegebenenfalls auch innenkirchlich umstritten sein.

Reaktionen dieser Art gibt es nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit. So hat Walter Dirks in den Frankfurter Heften September 1951 in einem Beitrag über Novalis „Die Christen und Europa“ sehr aggressiv behauptet: „Also schulden die europäischen Christen heute einander, den anderen Europäern und der Welt ein weltliches, ein politisches Europa. Ein 'christliches Europa' als politisches Konzept ist die Verkennung des wirklichen und die Sabotage des möglichen Europa.“ Dieser Behauptung ist entgegenzuhalten: Das Lebenselement und die Le-

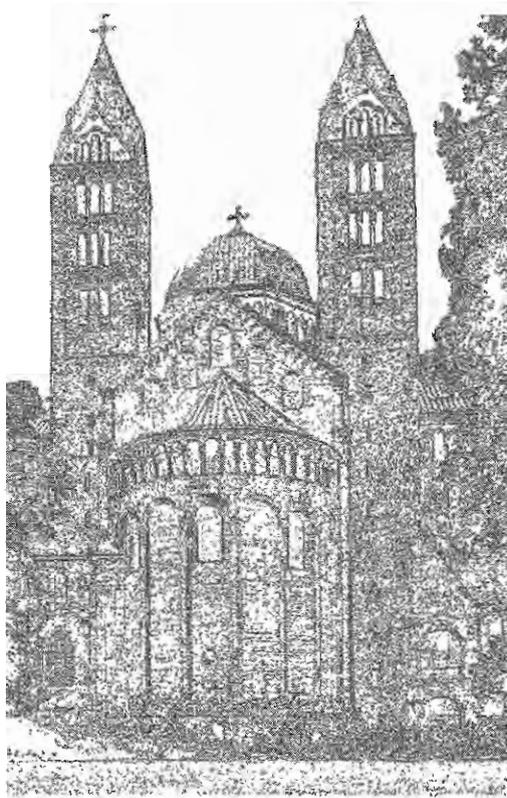
bensform „katholisch“ war im Lebensraum Europas sowohl in der Vergangenheit wie auch heute immer gegeben und wird daher Europa auch in der Zukunft prägen, ob das dem einen oder dem anderen passt oder nicht.

Die geschichtliche Dimension dieses Verhältnisses von Europa und Katholizismus lässt sich am Beispiel zweier Persönlichkeiten aus der über tausendjährigen Geschichte Europas aufzeigen und erschließen. Karl der Große, der als Vater Europas bezeichnet wurde, hat diesen Titel deswegen bekommen, weil er in Ablösung des Imperium Romanum das Imperium Christianum geschaffen hat, nachdem zuvor Karl Martell die Araber, die sich anschickten, nach Spanien auch Frankreich zu erobern, zurückgeschlagen hatte. Sowohl dieses Moment in der Abwehr der Gefährdung der katholischen Christenheit durch die Araber wie auch die politische Formierung eines Imperium Christianum, das der katholischen Christenheit eine politische Form geben sollte, die Kirche beschützte und Raum für ihre lebendige Entfaltung gab, beinhaltet der Begriff Europa. Diese beiden Zielsetzungen waren zu Zeiten Karls des Großen der Kern der Europaidee. Die Sehnsucht nach dieser europäischen Einheit, in der die Verbindung mit der Kirche ein Wesensbestandteil sein sollte, lässt sich über die Jahrhunderte hinweg verfolgen.

Eine zweite Persönlichkeit der Geschichte: Enea Silvio de Piccolomini, der im fünfzehnten Jahrhundert lebte und der nachmalige Papst Pius II. hat sowohl publizistisch wie auch in seinem politischen Agieren in seiner Zeit eben denselben Europagedanken vertreten, der Europa diese Schutzfunktion für die Christenheit zuwies. Ein allgemeiner Kongress der christlichen Fürsten und Völker sollte eine europäische friedvolle Einheit herbeiführen. Pius II. sah die Funktion dieses allgemeinen Kongresses der christlichen Fürsten und Völker als die einer übergeordneten Autorität und Macht im weltlichen Bereich, welche er als notwendig für Europa erachtete. Diese übergeordnete Autorität und Macht im weltlichen

Bereich sollte eine ähnliche sein wie die des Papstes im geistlich/kirchlichen Bereich. Niedergelegt ist dies in seinem Werk Europa, das er leider nicht mehr ganz vollenden konnte.

Durch die Reformation und die neue kirchliche wie staatliche Konstellation trat diese Europaidee etwas zurück, weil über das Landeskirchentum im evangelischen Bereich die nationale Komponente sehr viel stärker, sowohl



Staatsrecht und Gesetze und politisches Handeln das christliche Menschenbild und die Menschenwürde verletzen oder nicht. Dieses Recht wird nur dem Einzelnen zugestanden, der allein vor Gott steht.

Das wirkte sich auch auf die Europaidee in der Folgezeit aus, so dass man in der Hochzeit der Europadiskussion im neunzehnten Jahrhundert zwei Typen von Europaprogrammen, Ideen und

Die Kultur Europas ist geprägt durch das Christentum, nicht nur die Kirchenbaukunst – hier eine Ansicht des romanischen Speyerer Domes, Grundsteinlegung durch Konrad II. 1025, Schlussweihe 1061 unter dem erst elfjährigen König Heinrich IV. – zeugt davon. Die abendländische Kultur ist ohne die Kenntnis des Christentums gar nicht verständlich.

Utopien unterscheiden konnte, auf der einen Seite die politischen Programme von Gentz, Fichte, August Wilhelm Schlegel und vor allem englischer Autoren mit ihrer Herkunft aus dem protestantischen Raum mit der erwähnten Einstellung Luthers, und auf der anderen Seite die Europavision der katholischen Romantiker, von Novalis, dem katholischen Schlegelbruder Friedrich, Adam Müller, Franz von Baader, Joseph Görres, und einer Reihe französischer Autoren,

die bei aller Trennung des Politischen vom Religiösen eben auch das korrespondierende Verhältnis von Politik und Religion, Staat und Kirche betonten und daraus eine theologisch akzentuierte, auf Europa bezogene theologische Geschichtsphilosophie entwickelten. Sie bemühten sich dabei, an dieser Europaidee aus der Zeit vor der Reformation anzuschließen. Religion war in diesen Entwürfen eben nicht nur Privatsache, sondern konnte und musste sehr wohl in politischen Handeln eine Rolle spielen. Welt und Staat unterliegen in ihrem Handeln sehr wohl der kritischen Prüfung und Korrektur durch eine christliche, sittlich-moralische Norm.

Die Europaidee dieser „Romantiker“ ist auch heute nicht überholt. Das Grundprinzip, das diesen

was die Schutzfunktion für die Kirche anbelangt, als auch hinsichtlich der Eröffnung der Entfaltungsmöglichkeiten der Kirche betont wurde. Luthers Einstellung zu Europa hat Thomas Mann in einem Vortrag, den er kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in der Kongressbibliothek in Washington hielt, als „separatistisch – antirömisch“ und „antieuropäisch“ bezeichnet. Theodor Haecker versucht in seinen Betrachtungen über Vergil, Vater des Abendlandes, auch aufzuzeigen, woraus diese antieuropäische Einstellung Luthers resultiert. Das politische Europa beziehungsweise das Reich und der Bereich Religion/Kirche werden bei Luther voneinander getrennt, zugleich wird der Kirche das Recht abgesprochen, souverän zu entscheiden, ob faktisches

Europaentwürfen der katholischen „Romantiker“ zugrunde liegt, ist ein sehr modernes: Es ist heute in der Staat-Kirche-Diskussion weitgehend ein unbestrittener Grundsatz, dass der Staat die geistigen Grundlagen, auf denen er ruht, aus sich selbst nicht schaffen kann, noch das moralische Maß bestimmen und finden kann, nach dem er seine politischen Maßnahmen und Entscheidungen trifft. Es sei denn, er wächst sich zum Mon-

Der Kaiser überreicht einem Bischof den Hirtenstab zum Zeichen seiner Würde. An der Frage, ob der Kaiser dazu das Recht habe, entzündete sich der Investiturstreit, der mit dem Bußgang Heinrichs IV. nach Canossa 1077 einen Höhepunkt erreichte. Der Investiturstreit ist auch Ausdruck des Selbstbehauptungswillens und der Rechtmäßigkeit der imperialen Macht gegenüber römischen, kirchlichen Ansprüchen.

ster eines totalitären Staates aus, das sich für omnipotent und allzuständig erklärt, das seine Bürgerinnen und Bürger tyrannisiert und unterdrückt.

Bei aller Umstrittenheit, wie tief und wie weit die christlich-katholische Prägung des heutigen Europa reicht, derzeit wird darüber in diversen Zeitschriften eine umfangreiche Diskussion geführt, bleibt unbestritten, dass die christlich-katholische Tradition bei den europäischen Einigungsbemühungen nach 1945 Pate stand. Die großen Europäer der Ersten Stunde, de Gasperi, Schuman, Adenauer, waren katholisch. Die Reihe könnte im zweiten Glied der Politiker noch fortgeführt werden. Bedauerlich ist, dass nach dem Krieg in Deutschland die Bewegung „Neues Abendland“, die europäisch und außerdem ökumenisch war (Propst Asmussen, Bischof Stählin), in der publizistischen Öffentlichkeit hässlich diskreditiert wurde.

Aus einer kleinkarierten Ideologie heraus hat man sich an der Wiederbelebung der „Reichsidee“ gestoßen. Nun konnten die Protagonisten dieser Bewegung nicht dafür haftbar gemacht werden, dass der Reichsbegriff des Sacrum Imperium durch die Qualität des „zweiten“ und „dritten Deutschen Reiches“ in Verruf und Misskredit geraten war. Aber diese negative

Belastung, die diesem Begriff des „Reiches“ und auch dem Begriff des Abendlandes anhaftet, hat leider bewirkt, dass es nur zu einer kurzen Bedeutung dieser Bewegung und ihres Publikationsorgans „Neues Abendland“ in den fünfziger Jahren kam. Diese Bewegung hätte die christlichen Wurzeln Europas bewusst gemacht und ihr Einfluss auf das Konzept der europäischen Einigung hätte sich sicher positiv auf die Entwick-



lung Europas ausgewirkt. Ein wesentliches Anliegen der Bemühungen dieser abendländischen Bewegung hat sich dennoch erfolgreich durchgesetzt. Konrad Adenauer schrieb aus Anlass der Vertragsunterzeichnungen in Rom 1957 in der Zeitschrift „Neues Abendland“: „Die Erkenntnis, dass die Zeit des engen Nationalismus vorüber ist und die europäischen Völker sich finden müssen, wenn sie Freiheit und Wohlstand erhalten wollen, ist im Bewusstsein der Nationen lebendig geworden.“

Insgesamt war die Ausgangssituation und Offenheit im Katholizismus für die Schaffung eines eigenen Europas in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg optimal.

Die Katholiken in Deutschland hatten mit dem Nationalismus des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts keine guten Erfahrungen gemacht. Sie wurden beizeiten sogar der nationalen Unzuverlässigkeit geziehen, weil sie bei Fragen des Glaubens und der Sitte ihr Heil nicht in Berlin, sondern in Rom suchten. Nationalismus ist dazu für ein Mitglied einer Weltkirche ohnehin von sekundärem

Belang. Auch die seit mehr als tausend Jahren konstitutive Komponente des Europagedankens, sich gegenüber Machteinflüssen von außen, die die eigene europäische Identität gefährden könnten und die nicht zuletzt in der entschiedenen Abwehrhaltung der katholischen Kirche gegenüber dem Bolschewismus einen neuzeitlichen Ausdruck fand, zur Wehr zu setzen und sich zu bewahren, übte sicher ebenfalls einen Einfluss darauf aus, dass Katholiken „europäisch“ dachten. Die Philosophie und Publizistik im katholischen Raum in Deutschland war in dieser Zeit ebenfalls der europäischen Einigung sehr geneigt und hat diese mit ihren Mitteln vorbereitet. Die Redaktion des Rheinischen Merkur mit Paul Wilhelm Wenger und die Redaktion der Deutschen Tagespost mit ihrem Autor Emil Franzel, Philosophen, Historiker und Schriftsteller wie Alois Dempf, Theodor Haecker, Reinhold Schneider, Max Picard, Hans Sedlmayr, Georg Stadtmüller, Karl Buchheim, Emil Franzel, Franz Herre und Heinrich Böll, der zum Beispiel schon damals die Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten in das sich formierende Europa forderte.

Für die Haltung und Einstellung des deutschen Katholizismus darf man auch nicht den großen Einfluss der französischen katholischen Philosophen, Schriftsteller und Dichter wie Jaques Maritain, Gabriel Marcel, Etienne Gilson, Georges Bernanos, Francois Mauriac, Paul Claudel und anderer übersehen. Sie hatten nach dem Krieg im katholischen Raum einen eminent prägenden Einfluss gewonnen. Wenn in dieser Literatur auch nicht immer ausdrücklich von Europa die Rede war, so atmete sie doch einen europäischen Geist, der jeden engen Nationalismus obsolet werden ließ. Diese Erkenntnisse fielen im Katholizismus auf einen vorbereiteten Boden und nicht unter die Dornen. Dass die deutsche katholische Theologie mit der französischen Theologie nicht nur einen lebendigen Austausch, sondern fast eine Symbiose eingegangen war, lässt sich zumindest im Hinblick auf die Rezeption der Theologie für die Nachkriegsgeneration behaupten. Congar, De Lubac, Chenu und an-

dere waren uns genauso Lehrer wie die deutschen Theologen Söhngen, Pascher, Schmaus, Karl Rahner und Guardini.

Systematisch ausgebaut hat das, was man eine Theologie Europas nennen könnte, vor allem Karl Rahner mit seinem Bruder Hugo, der die historischen Bezüge für diese europäische Theologie beisteuerte. Es ist darin der Platz und die Bedeutung des Christentums, in und für Europa, und dessen Strukturen des Daseinsraums aufgegriffen. Dabei werden die Europa eigentümlichen Elemente im Bereich des geistigen Lebens wie das „Anthropozentrische“, das „Humane“, das „Apollinische“, das „Faustische“, das „Wort“ neben und zusammen mit dem Christlichen gesehen und aufgegriffen. Dies alles gehört zu dem Substrat und den Lebenselementen Europas. Sie liegen diesem Europa zugrunde und prägen es.

Nun macht diese geistig theologische Ebene nicht allein den Katholizismus aus. Wie steht es mit den Katholiken, die weder Karl Rahner noch Alois Dempf, noch Bernanos und wie sie alle heißen, gelesen haben? Ist bei ihnen ebenso eine europäische Disposition vorhanden? Man stelle sich einen Katholiken vor, der den heiligen Antonius von Padua – den Patron der Schlamperer – verehrt und sich beizeiten an ihn wendet. Er hat ein Lebensbild vom heiligen Antonius gelesen, hat in der Predigt davon gehört und er wendet sich an ihn, wenn er verzweifelt etwas sucht, was er offensichtlich verlegt hat und nicht findet, dieses aber, was er sucht, braucht. Der heilige Antonius von Padua wurde in Lissabon in Portugal geboren, er hat in Padua gelebt und gewirkt. Er gehört aber nicht nur den Italienern und Portugiesen, er gehört auch den deutschen Katholiken. Und eben derselbe deutsche Katholik pilgert, seitdem die Reisemobilität das zulässt und er sich das leisten kann, nach Padua wegen des heiligen Antonius, nach Assisi wegen des heiligen Franziskus, nach Santiago de Compostela wegen des Apostels Jakobus, nach Fatima und Lourdes wegen der Marienerscheinungen, oder auch nach Rom wegen des heiligen Petrus und seines Nachfolgers, des Papstes im Vatikan. Dieser Katho-

lik kann gar nicht anders als europäisch denken und eine nationalistisch eingeengte Denkweise, wenn er sie denn gehabt haben sollte, relativieren. Das hat sichtbare und merkbare gesellschaftspolitische Konsequenzen. In den fünfziger Jahren, in denen viele italienische, portugiesische und spanische Gastarbeiter nach Deutschland kamen, haben diese, wohl auch wegen des Sprachproblems, eigene italienische, portugiesische und spanische Personalpfarreien gebildet. Aber diese standen nur in seltenen Fällen der Integration in die Orts-Pfarrei hinderlich entgegen. Von diesen Vorgegebenheiten her ist die Offenheit des Katholizismus für Europa, für die Struktur dieses Daseinsraumes Europa, einfach gegeben.

Die Idee Europas, aus christlichen Wurzeln gespeist, war da. Die christlichen Politiker, die diese Europaidee verwirklichen wollten, hatten in Europa das Sagen und sie brachten zielstrebig diese Idee auf den Weg der Konkretisierung, weil auch die Menschen in Europa das wollten. Dass es dabei immer wieder Hemmnisse und Stillstände gab, ist bekannt. Vorrangig wurden bei dieser Einigung Europas wirtschaftliche Belange berücksichtigt und der Fortschritt wurde vor allem auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erzielt. Das wurde von kirchlicher Seite beklagt, Äußerungen dazu gibt es in den vergangenen vierzig Jahren zuhauf, aber die sicher berechtigte Klage, die Einigung Europas dürfe nicht nur ein im Bereich der Wirtschaft sich vollziehender Prozess sein, sondern es müssten die christlichen Wurzeln Europas bei diesem Einigungsprozess eine größere Rolle spielen, wurden doch etwas abgehoben von der Realität vorgebracht.

Die wirtschaftlichen Belange standen nun einmal in diesen Jahrzehnten nach den Verheerungen des Krieges im Vordergrund. Über dieser Klage wurde die Suche nach einer tragfähigen und politischen Gestalt für diese Einigung Europas, die sich an christlichen Wurzeln zu orientieren hätte, vergessen. Für die Baupläne Europas wurden im öffentlichen Gespräch von den Kirchen zu wenig konstruktive Beiträge, geprägt von der

christlichen Tradition und zunehmend auf die christlichen Wurzeln Europas, eingebracht. So wurde die Diskussion, ob Europa ein Bundesstaat oder ein Staatenbund werden solle, im kirchlichen Bereich fast nicht zur Kenntnis genommen. Sie wurde als Interessendiskussion zwischen zentralistischen Eurobürokraten und föderalistisch orientierten Ministerpräsidenten von Ländern abgetan.

Nun sind die Kirchen nicht an eine bestimmte Regierungs- und Staatsform gebunden, aber das Staat-Kirche-Verhältnis, das für die Staatsform Europas gefunden werden muss, kann sehr verschiedenartig aussehen, je nachdem, ob man einen Bundesstaat oder einen Staatenbund als Staatsform für Europa anstrebt. Im Staatenbund wird das jeweilige nationale Staat-Kirche-Verhältnis nicht angetastet. Dagegen würden bei einem europäischen Bundesstaat die nationalen Ausprägungen des Staat-Kirche-Verhältnisses über kurz oder lang von einem einheitlichen Staat-Kirche-Verhältnis auf europäischer Ebene abgelöst werden müssen. Nur ist dann die Frage: Wählt man die laizistische Version der Trennung von Staat und Kirche oder die Version, die in Deutschland praktiziert wird und die neben dieser Trennung von Staat und Kirche auch eine vernünftige und verständige Zusammenarbeit beider mit einschließt. Schließlich handelt es sich um denselben Menschen und dessen Wohl, um den sich Staat und auch Kirche bemühen. Hinter dieser Auffassung steht, dass Religion und Kirche eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung haben und zwar nicht nur in der Theorie, sondern auch in der gesellschaftlichen und politischen Praxis. Setzt man sich dafür ein, und es gibt keinen Grund dies nicht zu tun, dann hat dies strukturelle Konsequenzen im Hinblick auf die Frage, ob Europa seinen Ausbau auf dieser christlich-katholischen Basis vornehmen will oder nicht.

Katholizismus ist und bezeichnet nicht nur eine Milieugegebenheit und eine geistige Einstellung, sondern konkretisiert sich auch in der verbandlichen und hierarchischen Struktur der katholischen Kirche. Das heißt, den Katholizismus europäisch geltend

zu machen als ein Lebenselement Europas hat die Konsequenzen, dass sich dieses Lebenselement im gesellschaftlichen, politischen Systemaufbau Europas auch in einem adäquaten Staat-Kirche-Verhältnis ausformt. Es gibt diesbezüglich einen festen ökumenischen Konsens, der sich in einer gemeinsamen Stellungnahme zu Fragen des europäischen Einigungsprozesses, initiiert von der EKD und herausgegeben vom Kirchenamt der EKD und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Januar 1995, konkretisierte. „Zum Verhältnis von Staat und Kirche im Blick auf die Europäische Union.“ Anzumerken ist, dass sich gerade in diesen europäischen Fragen und Handlungsnotwendigkeiten eine Ökumene herausgebildet hat, die vielleicht das Haltbarste und Solideste ist, was wir an Ökumene in unserem Land derzeit haben. Auf struktureller Ebene liegt unter anderem auch die Aufforderung des Papstes, die Neuevangelisierung Europas zu betreiben. Bei einigen evangelischen Christen, die stark konfessionalistisch orientiert sind, hat dies unnötigerweise Katholizismusphobien hervorgerufen. Dieses konfessionalistische Phänomen auf evangelischer Seite hat sich in einigen Ausprägungen auch im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands bemerkbar gemacht.

Zu fragen ist nun auch, wurde diese strukturelle Problematik auch in der katholischen Kirche voll erkannt und die Konsequenzen daraus gezogen? Wertend muss leider festgestellt werden, dass kirchlicherseits im Erkennen der Zeichen der Zeit Sehmängel festzustellen waren, so dass strukturell verspätet reagiert wurde. Der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) wurde 1972 gebildet, eine Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE), die die Zusammenarbeit zwischen den Episkopaten und dem Vatikan in den die Europäische Union betreffenden Fragen fördern sollte, erst 1980. Das Büro von ComECE wurde in Brüssel eingerichtet. Daneben gibt es die Vereinigung der europäischen Konferenzen der Ordensoberen, die Arbeitsgemeinschaft der Priesterräte Europas (CCPE), das europäische Forum

der nationalen Laienkomitees, Caritas Europa (mit eigener Kontaktstelle zu den Organisationen der Europäischen Union), europäisches Komitee für katholische Erziehung (CEEC, katholisches Komitee für innereuropäische Wanderung und europäische Gliederung der katholischen Kommission für Wanderungsfragen (ICMC) und dergleichen mehr.

Nun besagt eine solch stattliche Zahl europäischer, kirchlicher Einrichtungen und Zusammenschlüsse leider nicht allzuviel hinsichtlich ihrer Bedeutung und Effizienz. Eine reine Aufzählung könnte sogar als eine unseriöse Hochstapelei ausgelegt werden.

Zu spät wuchs auch in den Bischofskonferenzen die Einsicht, dass Fragen der europäischen Einigung nicht allein Wirtschaftsfragen sind, dass selbst die regional unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsdynamik moralische Fragestellungen einschließt. Daneben gibt es ein großes Spektrum von Problembereichen, wie die der Sozialstandards, der Stellung kirchlich caritativer Einrichtungen in der sozialen Fürsorge, der wirtschaftlichen 'Beziehung zu den Ländern der Dritten Welt, alles Fragen, die nicht nur unter wirtschaftlich orientierten Aspekten beantwortet werden können.

Noch dringlicher stellten sich diese Probleme für die Kirche nach dem Vertrag von Maastricht dar, weil dabei in der Europäischen Union über den wirtschaftspolitischen Bereich hinaus gesellschaftspolitische Bereiche vertraglich geregelt wurden. Aufmerksam wurden die kirchlichen Instanzen auch bei bürokratischen Regelungen der Brüsseler Behörden in Bereichen, in denen diese zwar die Regelungskompetenz haben, die aber auch Auswirkungen auf kirchliche Belange haben. Ein Beispiel aus der letzten Vergangenheit sind die Datenschutzregelungen der Europäischen Union. Die Konfessionsangabe und deren Weiterleitung bei den öffentlich erfassten Daten sollte dabei eingeschränkt beziehungsweise verboten werden. Ohne die Weitergabe dieser Daten der Meldebehörden an die Kirchen oder die Gewährleistung des Datenflusses zwischen Arbeitgebern und Finanzämtern wäre das in Deutschland bestehen-

de Kirchensteuersystem nicht aufrecht zu erhalten, da die Kirchensteuer bereits bei der Lohnsteuerfestlegung in den Betrieben einbehalten wird. Hier stünde aber nicht nur die Praxis des Kirchensteuereinzugs zur Disposition, sondern in wesentlichen Bereichen auch das Verhältnis von Staat und Kirche, beziehungsweise welche gesamtgesellschaftliche Bedeutung den Kirchen im Staat zugemessen wird. Die im Bereich der EKD entwickelte Plattform zum Fragenkomplex des Staat-Kirche-Verhältnisses, der sich die Deutsche Bischofskonferenz anschloss, zeigt im einzelnen die Bereiche auf, in denen der Platz der Kirchen ausgehend von den deutschen Verhältnissen auf europäischer Ebene bestimmt und geregelt werden muss. Es geht hier vor allem um die positive und institutionelle Religionsfreiheit. Sie muss auch in der Europäischen Union den Kirchen eingeräumt werden. EKD und Deutsche Bischofskonferenz haben daher unsere Regierung gebeten, in den Verhandlungen zu „Maastricht II“ sicherzustellen, dass die positive und institutionelle Religionsfreiheit zumindest in den Ländern, in denen sie besteht, nicht angetastet wird. In den Maastrichtvertrag soll daher die Formel aufgenommen werden: „Die Gemeinschaft achtet die verfassungsrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften in den Mitgliedsstaaten als Ausdruck der Identität der Mitgliedsstaaten und ihrer Kulturen sowie als Teil des gemeinsamen kulturellen Erbes.“

Die Aufnahme einer solchen Bestimmung, die das Staat-Kirche-Verhältnis der nationalen Kompetenz und Regelung zuweist, stieß zunächst auf Widerstand. Zum einen mit Recht, weil indirekt durch die Aufnahme einer solchen Bestimmung den Behörden der Europäischen Union eine Kompetenz über Fragen des Staat-Kirche-Verhältnisses zugesprochen wird, zum anderen aber wird übersehen – und in der Europadiskussion hat sich das in den vergangenen Jahrzehnten ergeben –, dass die Europäische Union zunehmend eine Rechtsgemeinschaft geworden ist, der in vielen Bereichen eine rechtliche Direktionskompetenz zusteht, die nationalem Recht übergeordnet ist. Nun besteht sicher

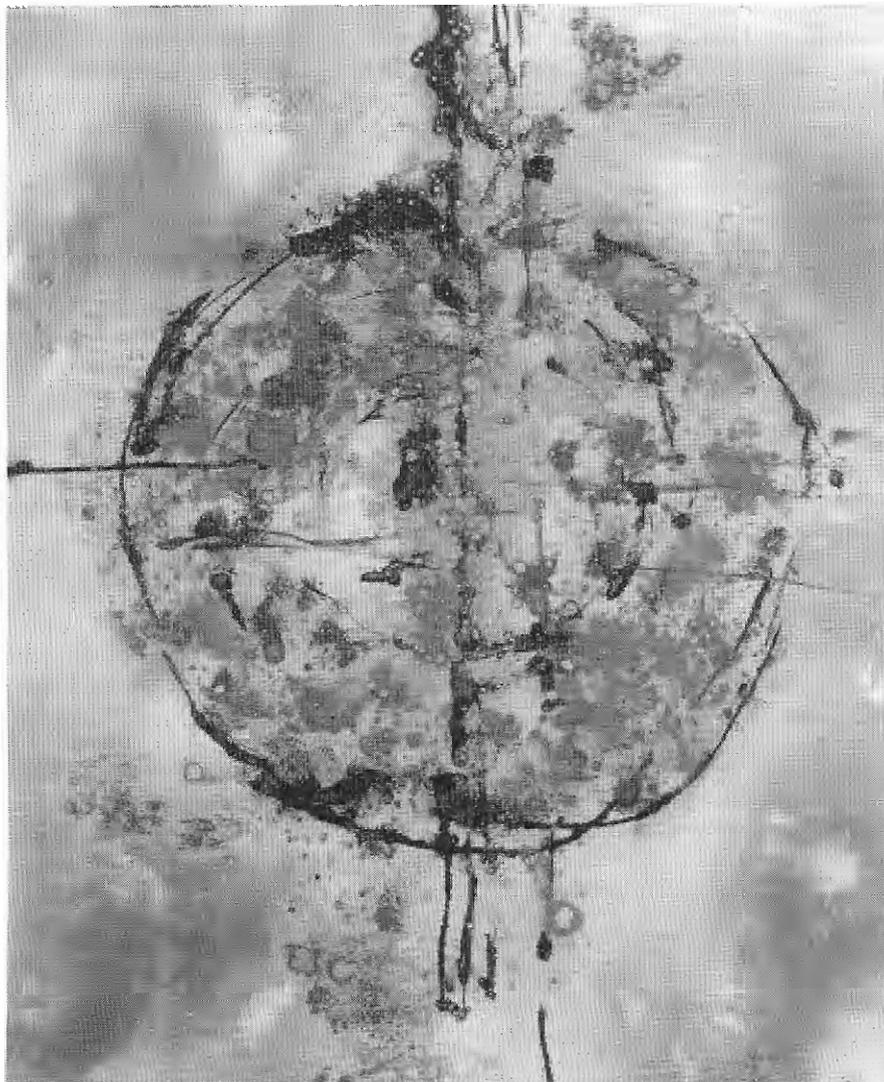
für die Europäische Union keine Kompetenz, kirchliche Belange zu regeln, aber es gibt eine Reihe von Bereichen, deren Regelungen einen indirekten Einfluss auf und damit Konsequenzen für kirchliche Belange haben. Durch diese scheinbar überflüssige Feststellung, die da in den Maastrichtvertrag aufgenommen werden soll, wird zum einen die institutionelle Religionsfreiheit als nationales Problem, als nicht in die Kompetenz der Europäischen Union fallende Gegebenheit erklärt und in den Nationen, in denen die positive und institutionelle Religionsfreiheit das Staat-Kirche-Verhältnis wesentlich bestimmt, nicht in Frage gestellt, auch nicht durch Bestimmungen der Europäischen Union, die es tangieren. Einer Ab-

schaffung ist damit ein Riegel vorgeschoben.

Zum anderen ist die Tür offen gehalten für eine generelle Anerkennung der institutionellen Religionsfreiheit auf europäischer Ebene. Es dürfte trotz gegenteiliger Behauptung ziemlich sicher sein, dass auch das Staat-Kirche-Verhältnis auf längere Sicht in der Europäischen Union einheitlich geregelt werden wird. Es genügt daher nicht, eine solche Abgrenzungsformel in den Maastrichtvertrag einzubauen, sondern das Staat-Kirche-Verhältnis in der Europäischen Union muss nicht nur in einzelnen Staaten der Union, sondern in der Europäischen Union durchgehend vom Wesensmerkmal der garantierten positiven und institutionellen Religions-

freiheit bestimmt werden. Ein dynamischer und offensiver ökumenischer Einsatz der Kirchen ist hier gefordert. Die positive Religionsfreiheit ist für das Wirken der Kirche nicht nur in einem einzelnen Staat und in der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung, sondern ebenso im geeinten Europa. Nur so können die christlichen Wurzeln Europas geltend gemacht werden.

Dieses ökumenische Anliegen braucht nicht nur aus der Tradition abgeleitet werden, sondern ergibt sich auch als Forderung aus einer nüchternen und sachbezogenen Analyse unserer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Dies aufzuzeigen ist eine ökumenische Aufgabe in der Diskussion um Europa.



Kreuz und Kreis

*Das Kreuz ist unendlich offen,
wenn wir die Balken verlängern.
Der Kreis ist für immer geschlossen
und deshalb auch unendlich.
Diese beiden Strukturen
tauschen sich spielerisch aus.
Der Kreis will Ruhe und Meditation,
das Kreuz eher Aufbruch, Explosion.*

*In unserem Menschsein
ist es manchmal umgekehrt:
Das Kreuz möchte sich zurückziehen
in die innere Ruhe,
doch die Ruhe zerbröselt am Rande.*

*Was sage ich zu mir selbst
beim Anschauen des Bildes,
der beiden Symbole?
Kann ich mich mit der Deutung
des Malers identifizieren?*

*Franz Senn
(siehe nebenstehender Beitrag)*

Harmonie in Form und Farbe

Pater Franz Senn, Kapuziner, Seelsorger und Künstler

Richard Dutkowiak

Die Gemälde von denen hier die Rede ist, sind von einem Künstler komponiert, der als Pater Franz Senn dem Bettelorden der Kapuziner (OFMCap.) angehörte. Pater Franz Senn war ein beliebter Seelsorger, ein humorvoller Mitbruder und ein phantasievoller Künstler. 1942 wurde er in Ravensburg geboren. Im Juli 1995 starb er im Alter von 53 Jahren an einem schweren Krebsleiden. 1964 trat er in den Kapuzinerorden ein und wurde 1970 zum Priester geweiht. Von 1970 bis 1973 war er Schulseelsorger am Fidelis-Kolleg und Religionslehrer am Gymnasium in Bensheim. Viele Soldaten kennen ihn noch als Militärfarrer in den Jahren 1973 bis 1985 in Koblenz und Mainz. Von 1985 bis 1993 war er Pfarrseelsorger in Bebra, anschließend bis zu seinem Tod Wallfahrtsseelsorger in Waghäusel.

Neben seinem priesterlichen Wirken malte er als Autodidakt. Er selbst nannte seine Bilder „Farbarbeiten – Harmonie in Form und Farbe“. Bei der Betrachtung der Bilder, stellt Harmonie in ihrer Vielfältigkeit ein wesentliches Ausdrucksmittel dessen dar, was Pater Franz mit Gott, mit der Welt, mit sich selbst, mit den Mitmenschen erlebt hat. Die Bilder sind Ausdruck einer göttlichen Weltordnung, von der wir glauben, in sie mit unserem Denken und Erleben, auch mit unseren subjektiven Empfindungen eingebunden zu sein.

Die Kunst von Pater Franz ist von tiefer Religiosität, von tiefem Glauben durchdrungen. Er malte seinen Glauben, dass Gott alles gut gemacht hat, dass Gott den von ihm geschaffenen Menschen zur Harmonie berufen hat, auch wenn er in einer oft unordentlichen und unharmonischen Welt leben muss.

Die Bilder von Pater Franz sind Ausdruck seines Lebens, das geprägt war von dem Streben, dem Dasein des einzelnen in seinen Erlebnissen und Erfahrungen, in sei-



nem Umgang mit Menschen, in seinem Ringen mit Gott Harmonie zu verleihen.

Pater Franz will Harmonie. Sie drückt er aus in Form und Farbe; in abstrakten Formen, in menschlichen Gesichtern und Haltungen, in Landschaften, in Phantasiegebilden. Sogar in einem eigentlich nicht fassbaren Begriff wie „Gemüt“ versucht er in der Harmonie von Form und Farbe Gestalt zugeben. Selbst im verblühenden Leben entdeckt er im Rot der geknickten Blumen noch die Harmonie von Form und Farbe, entdeckt er, dass verblühendes Leben nicht unbedingt trauriges Leben sein muss. Er gibt ihm die Form und Farbe der Freude und nennt ein Bild „verblüht, aber noch farbig und lustig“.

Pater Franz lässt in einem seiner Bilder „Kreuz und Kreis“ die Harmonie von Kreuz und Welt Gestalt annehmen, gibt ihr Ausdruck in Form und Farbe. So schafft er ein Bild, das Ausdruck seines gesamten künstlerischen Schaffens, seines gesamten Suchens nach Harmonie in der Welt ist.

Das gekreuzigte Kind

Ein Kind schürft sich das Knie auf und schreit unkontrolliert und ohne Rücksicht. Sein Schmerz ist der einzige und größte, dem kleinen Erdenbürger hilft es, wenn man ihm über den Kopf streichelt und auf die kleine Wunde bläst.

Dieses Kind ist ohne Schrei aus sich selbst, es unterlässt das Schreien, das dem Schmerz seiner Seele die Tür öffnen würde. heute werden Millionen von Kindern durch Gewalt, Ungerechtigkeit und Hunger gequält und gekreuzigt. Sie schreien nicht mehr, aber sie fragen fassungslos, innerlich weinend: Warum?

Bitte nicht gleich weiterblättern, sondern den Blick aushalten!

Franz Senn

Mit einem Büchlein wollen die Kapuziner die Erinnerung an ihren Mitbruder und Weggefährten Franz Senn wachhalten, der in der Rheinisch-Westfälischen Kapuzinerprovinz durch seinen Humor und seine Lebensfreude hervorragte. Sein seelsorgerisches Wirken mit allen Erfolgen und Schwierigkeiten versuchte er im Laufe der Jahre vermehrt in Farben widerzuspiegeln. Dabei verhalf ihm sein Talent, erstaunliche Farbkombinationen mit verblüffender Aussagekraft zu erstellen. Sein Bestreben war bis zum letzten Atemzug, immer wieder in Harmonie zu kommen mit sich selbst und mit Gott.

Franz Senn, Harmonie in Form und Farbe – gemalte Glaubenserfahrungen

38 Bilder und Meditationen, Verlag Butzon und Berker.

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Keine Tötungslizenz

Beratung als Chance für Mutter und Kind

Walter Bayerlein

Die innerkirchliche Auseinandersetzung, ob die Katholische Kirche ihre Schwangerschaftskonfliktberatung im Rahmen des 219 StGB fortsetzen oder ob sie daraus aussteigen soll, ist härter geworden. Besonders umstritten ist dabei die Ausstellung einer Beratungsbescheinigung.

Walter Bayerlein hält in diesem Beitrag ein überzeugendes Plädoyer für einen Verbleib der Kirche in der Beratung. Besonders lehrreich für uns Soldaten ist Bayerleins Argumentation hinsichtlich der kausalen Handlungslehre, nach der die „Zurechnung einer Tatsache zum Handlungserfolg entscheidend von der Zielrichtung des Handelnden bestimmt wird“. Die hier gebrauchte Beweisführung ist auch beispielhaft für eine auf die unleidliche „Soldaten sind Mörder“-Debatte anzuwendende Argumentationskette.

Der Haupteinwand der Gegner einer Fortsetzung der kirchlichen Schwangerschaftskonfliktberatung ist die Ausstellung der Beratungsbescheinigung, in der sie einen mittelbaren oder unmittelbaren Beitrag zur Tötung des Kindes sehen, in besonderer Zuspitzung von ihnen gelegentlich als „Tötungslizenz“ bezeichnet.

Viele von ihnen sehen dadurch die Kirche in ein System eingebunden, das zum Tod des Kindes führt, gewissermaßen als ein Rad in der „Todesmaschinerie“. Der „Beratungsschein“ sei die Voraussetzung der Straflosigkeit, die Straflosigkeit die Ursache der konkreten Abtreibung. In eine solche „Kausalkette“ dürfe sich die Kirche schon der Optik wegen nicht einbinden lassen. Diese Begründung ist bei näherem Hinsehen nicht überzeugend. Der „Beratungsschein“ ermächtigt nicht zur Tötung des Kindes oder billigt diese auch nur. Er bestätigt vielmehr ausschließlich die Tatsache der erfolgten Beratung.

Verengter Blick auf Kausalität

Manche Juristen messen dieser Bescheinigung eine rechtlich unzutreffende Bedeutung bei. Sie gehen erkennbar von der strafrechtlichen Kausalität im Sinne der „conditio sine qua non“ aus und bestimmen daraus den Unrechtscharakter der Schein-Erteilung, weil diese die „einzige Bedingung“

der Straflosigkeit der Abtreibung sei. Auch im Strafrecht ist jedoch die streng kausale Handlungslehre weithin durch finale Elemente modifiziert worden. Danach wird die Zurechnung einer Tatsache zum „Handlungserfolg“ entscheidend von der Zielrichtung des Handelnden bestimmt.

Der verengte Blick auf die Kausalität im quasi naturwissenschaftlichen Sinn übersieht, dass in diesem Sinne in der Kausalkette vom Erzeuger des Kindes über die Wähler der Bundestagsmehrheit bis hin zum Taxifahrer, der die Mutter zum abtreibenden Arzt fährt, „kausale“ Beiträge geleistet werden. Im Strafrecht ist das Korrektiv zur Bestimmung des rechtlich bedeutsamen Ausschnitts aus dieser Kausalkette der Maßstab der Schuld („Ich will den Tod des Kindes, und deshalb handle ich so, wie ich handle.“), eben die finale Komponente, gleichgültig, ob man sie rechtsdogmatisch schon dem Tatbestand oder erst der Schuldfrage zuordnet.

Außerstrafrechtlicher Weg

Mit strafrechtlichen Kriterien ist jedoch die Frage nach dem Unrecht einer Beratungsbescheinigung schon deshalb nicht zu lösen, weil der Gesetzgeber insoweit gerade nicht von strafrechtlichen Sanktionen ausgeht, sondern mit dem „Beratungskonzept“ zum Schutz ungeborener Kinder ganz

bewusst einen außerstrafrechtlichen Weg beschritten hat. Außerhalb des Strafrechts, z.B. im Zivilrecht – aber vor allem bei der moralisch-ethischen Bewertung einer Handlung –, muss nach der adäquaten Zurechenbarkeit, gemessen an Ziel und Methode der Handlung im Einzelfall, gefragt werden.

Beratung schützt Leben

Die Beraterinnen wollen gerade nicht den Tod des ungeborenen Kindes, sondern das genaue Gegenteil: Sein Leben schützen und erhalten, indem sie der Mutter helfen. Ihnen den (leider) gesetzlich akzeptierten – oft vom Druck der Umgebung abhängigen – Entschluß einer Mutter anzulasten, trotz der Beratung und konkreter Hilfsangebote abzutreiben, verkehrt die Zusammenhänge ins Gegenteil. Nicht die Bestätigung der Tatsache einer Beratung oder die erfolglos gebliebene Bemühung ist die dem Berater zurechenbare Ursache der Tötung, sondern der Entschluß der Mutter und die Haltungen oder Äußerungen ihres sozialen Umfelds, die sie dazu treiben.

Nach alledem „beteiligt“ sich die Kirche, wenn sie in der staatlich anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatung bleibt, am Schutz der ungeborenen Kinder, nicht an deren Tötung. Sie erfüllt damit einen wichtigen pastoralen Auftrag und leistet damit zugleich einen gesellschaftspolitisch unverzichtbaren Dienst.

Es trifft im übrigen nicht zu, dass der „Beratungsschein“ die einzige Bedingung der Straflosigkeit ist. Der Arzt, der die Abtreibung vornimmt, hat die Schwangere eigenständig und erneut auf den Ernst und die Folgen der Abtreibung hinzuweisen.

Entschluss der Ortskirche

Die Frage, ob die Kirche in der staatlich anerkannten Konfliktberatung schwangerer Frauen verbleiben oder diese verlassen soll, muss in erster Linie von der Ortskirche, und zwar in gemeinsamer Verantwortung der Bischöfe und der Organe der gewählten Laienvertretung bedacht und entschieden werden. So wie die Lage in Deutschland voraussichtlich in verschiedenen Bundesländern unterschiedlich sein wird, so sind die Gesetzeslage und die gesellschaftliche Situation bezüglich der Abtreibung mit den Gegebenheiten in anderen Ländern, auch in anderen europäischen Industriestaaten, nicht vergleichbar. Die Leitung der Weltkirche wäre daher gut beraten, im Sinne der Subsidiarität wegen der ortsnäheren Beurteilung der jeweiligen Ortskirche und wegen der ureigenen Verantwortung des Ortsbischofs

für die Menschen in dem von ihm geleiteten Bistum insoweit nur allgemeine Empfehlungen, aber keine konkreten Handlungsanweisungen zu geben.

Verlässliche Hilfe

Gerade zu einem Zeitpunkt, da in unserer Gesellschaft diskutiert wird, wo gespart werden muss, muss nachdrücklich daran erinnert werden, dass besonders Schwangere ausreichende und vor allem verlässliche soziale Rahmenbedingungen brauchen, wenn sie einen Weg suchen, der sie und ihr Kind leben lässt. Wenn das Gesetz schon – wie wir meinen zu Unrecht – das Lebensrecht des Kindes davon abhängig macht, dass das Kind der Mutter „zumutbar“ ist, müssen Bund, Länder und Kommunen alles tun, durch verlässliche Hilfen „Unzumutbarkeit“ nachhaltig zu vermindern. □

ZdK: Arbeit der katholischen Beratungsstellen fortsetzen

Für die Fortführung der Arbeit kirchlicher Beratungsstellen auch unter den Bedingungen des Schwangeren- und Familienhilfänderungsgesetzes hat sich das ZdK ausgesprochen

In einer am 22. November 1996 von der Vollversammlung verabschiedeten Stellungnahme unterstreicht das ZdK, dass die katholischen Beratungsstellen damit ein deutliches Zeichen für den Schutz des ungeborenen Kindes setzen können.

Die Beratungsstellen könnten Frauen in ihrer Entscheidung für das Kind unterstützen, praktische Beiträge zur Überwindung von Not- und Konfliktsituationen leisten und damit Schwangerschaftsabbrüche vermeiden helfen.

Das ZdK fordert in seiner Stellungnahme, dass eine Beratung zu einem Gespräch über die individuelle Konfliktlage und über die Möglichkeiten ihrer Bewältigung führen müsse. Nur dann entspreche sie auch den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Die Bescheinigung über eine auf der Grundlage des Gesetzes und der Bischöflichen Richtlinien geführte Beratung bedeute keine Rechtfertigung eines möglichen Schwangerschaftsabbruchs im Rechtssinne und schon gar nicht seine Billigung, unterstreicht das ZdK.

Es forderte die Länder dazu auf, nur solche Beratungsstellen anzuerkennen, die dem Schutz des ungeborenen Lebens vorbehaltlos dienen.

Die Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden fordert das ZdK auf, trotz notwendiger Sparmaßnahmen die unverzichtbaren sozialen Leistungen für Schwangere sowie für Mütter und Familien mit Kindern zu sichern.

(Der Wortlaut der Stellungnahme kann beim Generalsekretariat des ZdK bestellt werden: Zentralkomitee der deutschen Katholiken Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn, Tel: 0228/332970) □

Bischof DDr. Karl Lehmann zum Thema „Beratungsbescheinigung“

„... Eines sollte man jedoch auch mit einem unvollkommenen Gesetz nicht tun, nämlich die positiven Ansatzmöglichkeiten ignorieren und die unbefriedigenden Seiten noch schwärzer malen. Im Gegenteil. Durch den Rückgriff auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 28. Mai 1993 gibt es Kriterien, an denen dieses Gesetz allein schon im säkular-juristischen Bereich zu messen ist. Jede Auseinandersetzung, wenn es sein muss auch gerichtlicher Natur, kann daran anknüpfen.

Eine solche Einstellung kann und soll selbstverständlich nicht verhindern, ein unbefriedigendes Gesetz mit aller Nüchternheit zu analysieren und notwendige Konsequenzen ins Auge zu fassen...

Damit steht unsere Tendenz nicht im Widerspruch, die dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes im Gesetz zuerkannte vorrangige Bedeutung und die realen Chancen einer ernsthaften Beratung zum Lebensschutz voll in Anspruch zu nehmen ...

Die Bischöfe bitten aber auch um Verständnis, wenn ihnen auf

Grund ihrer Verantwortung eine zweifelsfreie Klärung der strukturellen Voraussetzungen aufgetragen ist, unter denen Beratung im Namen der Kirche geschieht...

Wir haben die bisher geltenden Regeln für die Arbeit der Beratungsstellen angesichts der neuen Gesetzessituation in den „Vorläufigen Bischöflichen Richtlinien“ präzisiert, wobei wir nach unserer festen Überzeugung Unklarheiten und Spannungen im Gesetz interpretiert, aber nicht grundsätzlich gegen das im Lichte des Bundesverfassungsgerichtsurteils gedeutete Gesetz verstoßen haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir im Sinne dieser Richtlinien nach dem Beratungskonzept vorgehen sollen, das wir im Lauf der Jahrzehnte millionenfach erprobt haben und das durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 bestätigt und bekräftigt worden ist...“

(Auszüge aus dem Referat des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz vor der Vollversammlung des ZdK am 22. November letzten Jahres) □

Verbleib der katholischen Kirche in der Schwangerenberatung

Bis auf weiteres bleibt die Mehrheit der deutschen Bischöfe laut Bischof Karl Lehmann bei ihrer Haltung in Sachen Schwangerschaftskonfliktberatung. Trotz der Mängel und „inneren Widersprüche der Gesetzgebung“ verblieben die Bistümer mit Ausnahme der Diözese Fulda vorerst im staatlichen System der Beratung. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) äusserte sich zu dieser Frage am 21. Februar nach Abschluss der Frühjahrskonferenz dieses Gremiums.

Nach Ostern – der Termin ist noch nicht bekannt – wird vermutlich eine Gruppe von fünf deutschen Bischöfen zu erneuten Gesprächen nach Rom reisen. Sie werden mit der Glaubenskongregation unter Führung von Kardinal Joseph Ratzinger über das Problem sprechen. Im Dezember 1995 hatte es eine erste Konsultation in dieser Sache im Vatikan gegeben. Denn für die Weltkirche ist die deutsche Situation einmalig: Nirgendwo sonst engagiert sich die Kirche in einem in dieser Form rechtlich gefassten Beratungssystem.

Kirchliche Beratung für Schwangere in Konfliktsituationen leiste eine Hilfe, „die von Beratungsstellen anderer Träger in keiner Weise ersetzt werden kann“, betonte Lehmann. Ein „erheblicher Anteil“ von Frauen, die einen Abbruch erwögen, nehme nach der Beratung davon Abstand und verzichte zum Teil auf die Beratungsbescheinigung. Allerdings sei erneut auch deutlich geworden, dass die Kirche in einem Dilemma stehe. Die Beratung und der entsprechende Nachweis könnten – „ohne dass ein zwingender Zusammenhang besteht“ – zur „maßgeblichen Voraussetzung für die Straffreiheit der Tötung ungeborenen Lebens werden“. Lehmann stellte aber klar, dass die Beratung keine Mitwirkung an Abtreibungen im Sinne einer „formellen Kooperation“ der beratenden Personen und Träger der kirchlichen Beratungsstellen bedeute. Das Dilemma, das wegen einer „entfernten materiel-

len Kooperation“ tatsächlich gegeben sei, müsse nach den Kriterien der Ethik und der katholischen Moralthologie entschieden werden. Der Episkopats-Vorsitzende wandte sich gegen eine teilweise „verletzende Schärfe“ in der innerkirchlichen Diskussion über die Schwangerenberatung. Die Bischöfe riefen alle Beteiligten zu nüchternen Sachlichkeit, menschlicher Fairness und zum objektiven Eingehen auf die Beweggründe Andersdenkender auf.

Die Situation für die Kirche ist vertrackt. In Bayern zum Beispiel hat die Staatsregierung gegen öffentlichen Widerstand ein Schwangerenberatungsgesetz durchgesetzt, das der Kirche nach Ansicht der Bischöfe den Verbleib im Beratungssystem ermöglicht. Jetzt wäre mit massiver Verstimmung zu rechnen, wenn die Kirche sich verabschieden würde, wie Sozialministerin Barbara Stamm (CSU) bereits mehrfach deutlich machte. In anderen Bundesländern geht das Entgegenkommen der Kirche gegenüber nicht so weit. Streitfrage bleibt, ob die Be-

ratungsrichtlinien der Bischöfe auch in allen nicht unionsregierten Bundesländern die dauerhafte Billigung der staatlichen Stellen erhalten. Im Kern geht es darum, dass in katholischen Stellen größter Wert auf die Mitwirkung der Frauen am Gespräch gelegt wird, damit es nicht bei einer „Scheinberatung“ bleibt. Außerdem dürfen die kirchlichen Berater keine Auskünfte über Abbruchmöglichkeiten und deren Finanzierung geben.

Im Hintergrund steht auch eine Finanzfrage. Viele Befürworter des Ausstiegs sind der Meinung, dass die Kirche auch danach in vollem Umfang Frauen beraten und helfen müsse, aber eben ohne Geld vom Staat. Wegen der Kirchensteuerkrise ist der Spielraum der bischöflichen Finanzdirektoren minimal. In keinem Bistum kann derzeit in größerem Stil Personal neu angestellt werden. Ein Ausstieg aus dem bisherigen Beratungssystem hätte nach den derzeit bekannten Fakten eine deutliche Reduzierung des Hilfsangebots zur Folge.

(PS nach KNA)

GEFUNDEN

Kontroverspunkt Militärseelsorge

In einem zweiteiligen Artikel in der Wochenzeitung Rheinischer Merkur vom November 1996 hat Axel Frhr. von Camphausen, u.a. Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD in Göttingen, Stellung zu staatskirchenrechtlichen Entwicklungen genommen. Seine Äußerungen zum Thema „Militärseelsorge“ aus diesem Beitrag wird hier im Wortlaut wiedergegeben (s.a. RhM vom 29.11.1996).

„... Ein ärgerlicher Kontroverspunkt war seit 1990 die Militärseelsorge. Nach der EKD-Synode in Halle im November 1994 schien der Weg für eine vernünftige Regelung frei, die man freilich schon immer hätte haben können, nämlich im Ausnahmefällen kirchliche Bedienstete in der Militärseelsorge zu beschäftigen, die nicht in den Beamtenstatus eingebunden sind. Eine solche Regelung gibt es seit dem Jahr 1987 für den Einsatz von Pastoralreferenten in der katholischen Militärseelsorge.

Aber in Wirklichkeit ging es ja wohl überhaupt nicht um eine sachliche Problematik, denn noch nie in dem ganzen Streit um die Militärseelsorge ist irgend ein Gramamen (*Beschwerde, Anm. d. Red.*) vorgebracht worden. Das Argument, es sei nicht angängig, dass staatliche Beamte zugleich kirchliche Funktionen ausübten, ist in seiner ganzen Unwahrhaftigkeit schon dadurch erkennbar, dass alle Theologieprofessoren und fast alle Religionslehrer in der gleichen Situation sind, ohne dass bisher je-

Weil Sterben auch Leben ist – Solidarität statt Verweigerung

Menschenwürdiges Sterben als
gesellschaftliche Herausforderung

Rolf Faymonville

Wie eine Gesellschaft mit dem Sterben umgeht, ist auch ein Spiegel für Verständnis von Leben. Die Hospizarbeit hat hier insbesondere in den letzten zehn Jahren neue Akzente gesetzt.

„Es hat doch sowieso alles keinen Sinn mehr. Ich halte es nicht mehr aus. Ich will so nicht mehr leben.“ Wie oft habe ich diese Worte schon aus dem Mund junger Männer gehört. Sie hatten Aids, waren von der Gesellschaft, von ihren Arbeitskollegen und von ihren Familien abgeschrieben aus Furcht vor Ansteckung, aus Unsicherheit angesichts des drohenden Sterbens oder einfach, weil ihre Krankheit mit einer Lebensgeschichte assoziiert wurde, die Argwohn, Beunruhigung oder gar Abscheu weckt. Sozial gestorben schon lange vor dem Tod, medizinisch hoffnungslos erkrankt und immer in der Angst vor Schmer-

mandem entsprechende Bedenken gekommen wären.

Es geht bei diesem für das Ansehen der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit schmerzlichen Widerstand gegen eine praktikable Lösung nicht um die möglichst rasche und geräuschlose Wahrnehmung des kirchlichen Verkündigungs- und Missionsauftrags, hier in der Gestalt der geistlichen Versorgung der Staatsbürger in Uniform, sondern um einen sichtbaren Ausdruck kirchlicher Militärfreundlichkeit. 1996 stimmten aber alle ostdeutschen Landeskirchen einer Rahmenvereinbarung zu, wonach Soldatenseelsorger in den neuen Bundesländern bei der Kirche angestellt bleiben und nicht wie im Westen Staatsbeamte auf Zeit werden. ...“ □

zen, körperlichem Verfall und Entstellungen waren diese jungen Männer angewiesen auf Menschen, die ihnen ein wenig ihrer Zeit schenkten, die ehrenamtlich als „Buddies“, als echte Kumpel zu ihnen hielten bis zum bitteren Ende.

Hilfloses Umfeld

Bitter ist aber nicht nur das Ende, der letzte Lebensabschnitt von Aids-Kranken. Auch Menschen mit Krebs, Multipler Sklerose und anderen fortschreitenden und todbringenden Erkrankungen erfahren immer wieder, wie sich Freunde und Bekannte, oft auch die eigenen Angehörigen zurückziehen. Wer lässt sich schon gerne daran erinnern, daß er selbst auch einmal sterben muss? Wer ist bereit und in der Lage, sich dem mitunter mühsamen und kräftezehrenden Prozess der Begleitung eines Sterbenden durch alle Krisen hindurch zu stellen? Auch Ärzte und Pflegekräfte wenden sich nicht selten ab, wenn sie sehen, dass ihre auf Heilung ausgerichtete Medizin nicht mehr weiterhilft. Sie sind dann nicht mehr zuständig – oder verfallen in technokratischen Aktionismus und versuchen um jeden Preis, das Unausweichliche zu verzögern. „Ich möchte nicht so sinnlos an Schläuchen und Apparaten dahinsiechen und nur noch allen zur Last fallen. Ich will in Würde sterben dürfen“, fordern viele Menschen in unserer Gesellschaft angesichts des beschriebenen Horrorszenarios und meinen damit das Recht auf aktive Euthanasie.

Schmerztherapie

Die vermeintlich „humane“ Todesspritze könnte manchem tatsächlich als akzeptable Antwort

erscheinen, gäbe es da nicht eine in der Diskussion leider zu wenig beachtete Alternative: qualifizierte palliativmedizinische, d.h. lindernde Therapie und umfassende menschliche Begleitung, wie sie die Hospizbewegung anbietet.

Es ist ein Skandal, daß über 50 Prozent der 300.000 Tumorpatienten in Deutschland unter chronischen Schmerzen leiden und nicht angemessen schmerztherapeutisch versorgt werden. Betrachtet man die Vergleichszahlen der Weltgesundheitsorganisation zum jährlichen Morphinverbrauch pro einer Million Einwohner, so fällt die Bundesrepublik Deutschland mit 4,4 kg beispielsweise gegenüber Dänemark mit 47,9 kg deutlich ab.

Dabei müsste es die weit verbreitete Unkenntnis moderner schmerztherapeutischer Methoden und die Zurückhaltung allzu vieler Ärzte bei der Verordnung von Morphinpräparaten heute nicht mehr geben. Die Weltgesundheitsorganisation hat schon vor Jahren ein Stufenschema zur oralen Schmerztherapie erstellt. Zahlreiche, gut zugängliche wissenschaftliche Publikationen beschreiben in der Praxis erprobte Behandlungskonzepte für Patienten, die am Ende einer schweren todbringenden Erkrankung unter Schmerzen leiden. Die weitverbreitete Angst vor Morphinen als Suchtmittel ist in der Schmerztherapie völlig unbegründet. Eventuelle Nebenwirkungen und anfängliche Beschwerden lassen sich durch eine sinnvolle Symptomkontrolle und eine begleitende Medikation meist gut behandeln oder sogar verhindern.

Ganzheitliche Sterbebegleitung

Palliativmedizinische Betreuung, wie sie die Hospizbewegung praktiziert, beschränkt sich aber nicht nur auf die Schmerztherapie und Symptomkontrolle. Schwerstkranke und sterbende Menschen möchten zwar nicht unter Schmerzen und anderen körperlichen Beschwerden leiden müssen. Sie wünschen aber auch, nicht allein gelassen zu werden. Sie stellen die Sinnfrage, äußern Ängste und Zweifel und wollen noch letzte Dinge („unerledigte Geschäfte“) regeln können. In der Sorge um die ihnen nahestehenden Menschen wollen sie Unterstützung er-

halten und die soziale, aber vor allem auch wirtschaftliche Zukunft der direkt abhängigen Angehörigen klären können. Sie möchten ihren letzten Lebensabschnitt dort verbringen, wo sie sich geborgen, sicher und zu Hause fühlen. Wenn ein sterbender Mensch in solcher Weise ganzheitlich, das heißt in seiner physischen, psychischen, sozialen und spirituellen Dimension ernst genommen wird, wenn er Verständnis und Unterstützung erfährt, dann kann auch der letzte Lebensabschnitt als „lebenswert“ empfunden werden. Dies hat die Hospizbewegung seit Ende der sechziger Jahre, ausgehend aus dem angelsächsischen Sprachraum, weltweit demonstriert.

Gegen das Verdrängen

Dabei geht es keineswegs um die Verbreitung eines „Kuschelsterbens für alle“. Die Hospizbewegung will das Sterben nicht idealisieren. Aber Sterben ist auch ein Teil des Lebens. „Humanes Sterben“ kann nicht heißen, die Wirklichkeit zu verdrängen. Unsere Gesellschaft verliert ihre Menschlichkeit, wenn sie Sterbende abschiebt. Eine humane Gesellschaft existiert nur da, wo ein Mensch Gelegenheit erhält, auch seine letzte Lebensphase seinen Bedürfnissen gerecht zu durchleben. Und das gilt auch für seine Angehörigen und Freunde, die sich selbst meist überfordert, alleingelassen und hilflos fühlen angesichts der Sterbesituation.

Ehrenamtliche Tätigkeit

Die ersten deutschen Hospize in Aachen, Recklinghausen und Halle konnten in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum feiern. Heute engagieren sich bundesweit 28 Palliativstationen, 34 stationäre Hospize, 6 Tageshospize und rund 300 ambulante Hospizdienste für die Bedürfnisse Schwerstkranker und sterbender Menschen und deren Angehöriger und Freunde. Ehrenamtliche Begleiter, fachkompetente Pflegekräfte, Ärzte, Psychologen, Sozialarbeiter und Seelsorger arbeiten dabei eng vernetzt zusammen. Sie geben damit ein Zeichen für eine neue Solidarität. Sie setzen an die Stelle einer „Kultur des Todes“ (Papst Johan-

nes Paul II.) die Achtung der Menschenwürde und des Lebens bis zuletzt. Sie zeigen exemplarisch, daß ein anderer Umgang mit Sterben, Tod und Trauer möglich ist. Insbesondere das freiwillige soziale Engagement der über 10.000 ehrenamtlichen Hospizmitarbeiter ist ein ermutigendes Zeichen in einer Zeit individualistischer Lebenseinstellungen und zerbrochener Familienstrukturen. Aber es gibt noch viel zu tun, um die Hospizidee in Deutschland in das bestehende Gesundheits- und Sozialsystem dauerhaft zu integrieren.

Wirtschaftliche Grundlage sichern

Hier Hilfe zu leisten, ist eine Aufgabe, der sich Staat, Kirchen und jeder einzelne gleichermaßen stellen müssen. Radikale Thesen zur Euthanasie, wie sie der umstrittene australische Ethiker Peter Singer vertritt, scheinen Gott sei Dank in weiten Kreisen unserer Gesellschaft (noch) keine größere Akzeptanz zu finden. Therapieabbruch bei Sterbenden aus Kostengründen wird auch durch die Gesundheitsstrukturreform nicht angestrebt. Dennoch ist die wirtschaftliche Grundlage für Hospizdienste sehr unsicher. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz, die Interessenvertretung der deutschen Hospizinitiativen, versucht zur Zeit zu erreichen, dass die bisherigen Finanzierungsgrundlagen

stationärer Hospize zumindest erhalten bleiben. Doch mussten sich die Hospizdienste bisher schon zu einem Großteil aus Spenden finanzieren. Dies kann dauerhaft kein solides Fundament sein.

Auch die ambulanten Hospizdienste, die Basis aller Hospizarbeit, haben keinen leichten Stand. Sie machen zwar durch die zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter ein Sterben zu Hause im Sinne der Hospizidee erst möglich und helfen dadurch, unnötige Krankenhausaufenthalte zu vermeiden. Aber für ambulante Hospizdienste gibt es bislang keinerlei Regelfinanzierung. Dabei verursachen auch ehrenamtliche Dienste nicht unerhebliche Kosten. Die freiwilligen Helfer müssen sorgfältig vorbereitet und fachlich kompetent begleitet werden. Dazu sind Bildungsangebote und professionelle Koordinatoren erforderlich. Fahrkostenerstattung und Basisversicherungen für Ehrenamtliche während ihres Einsatzes sollten ebenfalls selbstverständlich sein.

Menschenwürdiges Sterben darf letztlich keine Frage des Geldes sein. Menschen dürfen nicht aus unserer Fürsorge und Solidarität herausfallen, weil sie nicht mehr produktiv sind. An der Art unseres Umgangs mit Sterbenden wird sich entscheiden, ob unsere Gesellschaft lebens- und zukunftsfähig ist. Sterbende brauchen unsere Solidarität und Begleitung – weil Sterben auch Leben ist. □

Studie: Junge Ehepaare erfüllen sich den Kinderwunsch sehr früh

Junge Eheleute in Deutschland erfüllen sich ihren Kinderwunsch nach einer wissenschaftlichen Untersuchung meist schon in den ersten Ehejahren. Vier von fünf westdeutschen Paaren hätten bereits in den ersten sechs Jahren mindestens ein Kind bekommen, heißt es in einer am 21. Januar in Bonn von Bundesfamilienministerin Claudia Nolte (CDU) veröffentlichten Studie über die Lebensplanung junger Ehepaare. Auch in Ostdeutschland, wo nur drei Jahre untersucht wurden, waren in diesem Zeitraum 60 Prozent Eltern geworden. Die Zahl der Paare, die kinderlos bleiben wollten, habe sich nur gering-

fügig von zwei auf sechs Prozent erhöht, heißt es.

Nach der Studie haben junge Paare bereits vor der Eheschließung klare Vorstellungen über die Zahl der gewünschten Kinder. Lediglich knapp ein Viertel der westdeutschen und ein Drittel der ostdeutschen Eheleute hätten bei der Heirat noch nicht entschieden, ob sie Kinder wollten oder nicht. Dabei wünschten sich in Westdeutschland rund ein Drittel mehr als zwei Kinder; nur sechs Prozent wollten ein Einzelkind. Im Osten dagegen wollten 20 Prozent ein Kind. Mehr als zwei Kinder streben dort nur wenige Paare an. (KNA)

Den eigenen Glauben offensiv vertreten

Die Allensbach-Geschäftsführerin Renate Köcher auf dem Essener Priestertag zur Lage der Kirche

Als „nicht dramatisch“ betrachtet die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Renate Köcher, die derzeitigen Kirchenausstritte. Auf dem Priestertag des Bistums Essen sagte Frau Köcher, die Kirche müsste sich allerdings stärker um die religiös und kirchlich gebundenen Menschen kümmern und vor allem auf eine gesunde Altersstruktur achten. Dieser „Kern“ der Kirchenmitglieder müsse vitalisiert werden, damit er Strahlkraft in die Gesellschaft entwickeln könne.

Als zentrale Aufgaben für die Kirchen bezeichnete es die Meinungsforscherin, Kindern Zugang zum Glauben zu ermöglichen und die eigene Kommunikationsfähigkeit zu erhöhen. Engagierte Christen seien in den Medien zu wenig präsent. Die Kirchen verfügten über nicht genug Selbstbewusstsein und bemäßen ihren Wert zu stark an Quantitäten. „Die Vitalität einer Religionsgemeinschaft hängt nicht von Mehrheiten ab“, sagte Frau Köcher.

Langfristig rechnet die Demoskopin mit einem weiteren Rückgang der konfessionellen Bindung der Bevölkerung. Während derzeit noch mehr als achtzig Prozent der Menschen in Westdeutschland einer der beiden großen Kirchen angehören, sei davon auszugehen, dass es in etwa zwanzig Jahren nur noch etwa sechzig Prozent seien. Die Zahl der „Austrittsanfälligen“ betrage bei beiden Kirchen zusammen etwa einundzwanzig Prozent.

Zwar werde als häufigster Grund für den Austritt die Kirchensteuer genannt, doch sei das tieferliegende Motiv in den meisten Fällen eine tiefgreifende und langandauernde religiöse Entfremdung. Dabei korreliere die kirchliche Bindung hoch mit der religiösen Verankerung: „Austrittsanfällige und Ausgetretene haben meistens auch keine religiöse Substanz“, sagte Frau Köcher.

Der Wert der Kirchenmitgliedschaft werde von vielen Menschen

nicht mehr erkannt. So würden die Kirchen vor allem als „Zeremonienmeister“ bei bestimmten Anlässen, beispielsweise bei Hochzeit, Taufe und Beerdigung, wahrgenommen. Die Religionsgemeinschaften müssten sich deshalb fragen, wie die „Gratifikationen“ der Kirchen wieder erlebbar gemacht werden könnten. Bei den meisten Christen sei eine große Scheu festzustellen, über Glaubensüberzeugungen zu sprechen. „Dieses Feld wird den Sekten überlassen“, kritisierte die Demoskopin. Die Glaubensüberzeugung sei die „wahre Intimsphäre der heutigen Zeit“ geworden. „Was ist los mit einer

Glaubensgemeinschaft, die sich scheut, über ihre Überzeugung zu sprechen?“, fragte Frau Köcher.

Diese Zurückhaltung der Kirche und ihrer Mitglieder, offensiv ihren Glauben zu vertreten, laufe den Bedürfnissen eines großen Teils der Bevölkerung aber zuwider. „Wir haben kein kirchenfeindliches Klima in der Gesellschaft“, sagte die Meinungsforscherin. Die Menschen wünschten sich eine moralische Wende und eine Rückbesinnung auf christliche Werte und hofften auf richtungsweisende Antworten der Kirchen, sagte Frau Köcher.

(aus: DT vom 16.01.1997)

Gaillot: Keine Angst um Zukunft der Kirche

Der vom Vatikan amtsenthobene französische Bischof Jacques Gaillot ist nach eigenen Worten „nicht besorgt um die Zukunft der Kirche“. Heute gebe es in den Gemeinden eine Vitalität, wie sie zur Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils in den 60er Jahren noch nicht bestanden habe, sagte der frühere Bischof von Evreux am 15.01.1997 in der Katholischen Universität Eichstätt. Auch das Gottesvolk wisse, was es wolle. Dieses „Aufkeimen“ habe noch nicht alle Früchte getragen. Er sei überzeugt, die Kirche habe „gute Tage vor sich“, sagte der Bischof. Auch ziehe er persönlich die heutige Kirche der „viel klerikaleren“ in den sechziger Jahren vor.

Zugleich forderte Gaillot von der Kirche mehr menschliche Nähe und Bodenhaftung. Ausgangspunkt aller Seelsorge müsse die Arbeit für Randgruppen sein, um die sich die Kirche nach dem Vorbild von Jesus mehr kümmern sollte. In einer Gesellschaft, die hart und gewalttätig sei, solle die Kirche für die Ausgegrenzten da sein und dürfe nicht auch noch ausgrenzen, sagte Gaillot. Eine „wahrhaftige“ Kirche dürfe auch nicht an den Ereignissen der Zeit

vorbeigehen. Sie sollte sich vielmehr mit allen Themen auseinandersetzen und zeigen, dass es für sie keine Tabus gebe. Das erfordere eine Freiheit des Ausdrucks und eine demokratische Sprechweise. Außerdem sollte sich die „noch zu sehr europäisch geprägte Kirche“ mehr öffnen und die Kultur der afrikanischen und asiatischen Länder stärker integrieren.

„Suche nach Sinn“

Als Herausforderung für alle Religionen wertete der Bischof die Suche der Menschen nach Sinn und Spiritualität. Es gebe viele, die nach Gott und Sinn fragten. Sie klopfen aber nicht bei der Kirche an, da sie fürchteten, statt Sinn Normen zu bekommen, meinte er. Die Religionen dürften hier nicht in Konkurrenz zueinander treten, sondern sollten sich gemeinsam um das geistliche Wohl der Menschen bemühen und sich für Frieden, Gerechtigkeit und die Erhaltung der Umwelt einsetzen. Das bedeute nicht gleich eine Reduzierung auf einen „bloßen Humanismus“. Voraussetzung für den Dialog sei, dass jede Religion „sie selbst bleibt“.

Werteerziehung heute

Kann man Werte lehren?

Jürgen Nabbefeld

Wo immer alte und ältere Menschen zusammen sind, sprechen sie gerne von früher, wie doch alles so viel anders, so viel besser war, und beklagen den Verlust der Werte. So ist es um so erstaunlicher, dass die Idee zu diesem Aufsatz nicht von mir stammt, sondern von einem jungen Mann, der mich nach einer Diskussion bat, über dieses Thema meine Gedanken zu schreiben:

Wie ist es nun: Kann man Werte lehren? Im vergangenen Jahr sprachen wir in einem kleinen Kreis über Werte und Normen und lasen kluge Aufsätze zu diesem Thema. Dann versuchten wir, die Gedanken der klugen Schreiber, Theologen und Soziologen, festzumachen, damit man sie auflisten könnte. Da merkten wir, dass das gar nicht so leicht war, weil vieles recht schwammig war und die Autoren auch oft widersprüchliche Aussagen gemacht haben, manchmal sogar innerhalb desselben Artikels. Also scheint man Werte nicht lehren zu können? – Zu diesem Schluss muss man auch kommen, wenn man die Klagen bei Plato hört oder bei Konfuzius, dass all die guten alten Werte verloren gegangen sind. Wenn aber damals schon über Werteverlust geklagt wurde, wie kommt es dann, dass wir heute immer noch über Werte sprechen können, immer noch ihren Verfall beklagen? So viel Zeit ist verflossen, seit Plato gelebt hat, und wenn Werte nicht hätten vermittelt werden können, dann müssten sie doch bis heute endgültig verloren gegangen sein.

Ich behaupte, es kommt in diesem Zusammenhang auf des Verb ab; vielleicht kann man Werte nicht lehren, aber man kann sie vermitteln, man kann sie vorleben, und so kann man Werte tradieren, auch über einen langen Zeitraum. Allerdings muss man festhalten, dass sich Werte ändern, einen anderen Stellenwert bekommen, andere Schwerpunkte gesetzt wer-

den, und das ist es, was die Alten beklagen.

Ich möchte einige Beispiele herausnehmen, recht willkürlich, wie sie mir bei der Beschäftigung mit diesem Thema eingefallen sind.

Da wäre die EHRFURCHT. Ehrfurcht vor dem Leben, Ehrfurcht vor der Schöpfung, Ehrfurcht vor dem Alter. Der von mir hochverehrte Urwald doktor, Arzt, Philosoph und Musiker Albert Schweitzer hat vor gut siebzig Jahren den Begriff EHRFURCHT VOR DEM LEBEN geprägt. Dies war sicher eine Antwort auf den Ersten Weltkrieg, eine Antwort auf die industrielle Revolution und ihre Folgen, das Elend der Massen in den Industriezentren, aber auch eine Antwort auf die Machbarkeitsideologie des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Ehrfurcht vor dem Leben meint bei ihm nicht nur Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben, sondern Ehrfurcht vor der gesamten Schöpfung. Niemand soll nur so zum Spaß, aus Gedankenlosigkeit, ohne Not ein Tier töten, eine Blume köpfen, Leben zerstören, und sei es noch so gering, wie des Leben einer Ameise oder Spinne. Da hinein, in diese so weit gesteckte Ehrfurcht vor dem Leben passt natürlich ganz und gar nicht die Umweltzerstörung aus Profitgier und Kommerzdenken, wie wir sie in unseren Jahrzehnten erlebt haben und wogegen in den letzten zwanzig Jahren immer mehr Menschen protestieren. Also scheint MAN sich wieder stärker auf die Ehrfurcht vor der Schöpfung besonnen zu haben? Wunderbar, aber wie ist es dann zu verstehen, dass Menschen, die für die Erhaltung des Regenwaldes in Brasilien demonstrieren und sich dafür engagieren, sich gleichzeitig für die Abschaffung des Paragraphen 218 einsetzen, Thesen vertreten wie „mein Bauch gehört mir“ und Abtreibung als etwas ganz Selbstverständliches ansehen? Hat das

werdende Leben im Mutterleib keinen Anspruch auf Schutz?

Bei diesem Aspekt stellt sich natürlich die Frage nach dem Umgang mit Sexualität. Wenn es stimmt, was mir junge Leute (im Alter zwischen 13 und 15 Jahren) vor einem Jahr erzählt haben, dann hat sich das sexuelle Verhalten junger Menschen so sehr verändert, dass ich mit meinen Thesen, man solle auch für den Partner VERANTWORTUNG übernehmen, gar nicht mehr verstanden werde. Wenn diese sexuelle Zügellosigkeit, von der mir da berichtet wurde, tatsächlich gängige Praxis ist, dann muss ich auch vom Verfall dieses Wertes reden, nämlich von der VERANTWORTUNG. In diesem Zusammenhang denke ich auch an den Wert TREUE. Wie kann ich Treue als einen hochzuschätzenden Wert herausstellen, wenn Kinder überall sich trennende Eltern und zerbröckelnde Familien erleben? Wie steht es dann mit der Familie? Wenn schon in der Gesetzgebung der Schutz der Familie nicht mehr gewährleistet wird, wenn über die Gleichbehandlung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften laut nachgedacht und sie gefordert wird, dann kann es nicht verwundern, wenn Jugendliche und junge Erwachsene die Ehe als etwas Überholtes ansehen und vielleicht nur noch heiraten wegen des großen Festes und des weißen Kleides oder aber gar nicht mehr heiraten, weil „dann die Trennung billiger ist“, also kein „Ja fürs Leben“, sondern „Gemeinschaft auf Zeit“.

Vielleicht wird durch dieses Beispiel deutlich, dass Werte durch VORBILDER vermittelt werden. Wenn der Mensch, der Vorbild sein soll, den Wertmaßstäben nicht gerecht wird, so verliert der Wert an Ansehen und Gültigkeit. Es ist unsere ganze Gesellschaft, die die Werte vermitteln soll, es sind nicht nur die Erzieher und Lehrer, die etwas lehren sollen, sondern die Eltern und die Familie, aber auch die breite Öffentlichkeit, die Politiker, die Vorgesetzten, die Idole, und einen ganz großen Stellenwert schreibe ich heute den Medien zu. Wenn im Fernsehen (oder in der Illustrierten und den Zeitungen) nur die skandalträchtigen Ereignisse erwähnt werden und der „brave Bürger“, der verant-

wortungsbewusste Familienvater, die pflichtbewusste Mutter und Hausfrau keine Erwähnung wert sind, dann glauben bald die meisten Menschen, dass Werte wie Treue, Verantwortung für Kinder und Familie, Einsatzbereitschaft für andere nur etwas für Dumme sind, dass aber diejenigen, die diese Werte nicht beachten, Erfolg haben, im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen und zu den großen Vorbildern werden.

Es ist allgemein bekannt, dass mit zunehmendem Alter der Mensch Werte höher einschätzt. Für einen jungen Menschen sind Wert altmodisch, konservativ und verstaubt. Der einzige Wert, den man in der Jugend gelten lässt, allerdings oft genug nicht als Wert benennt, das ist die FREIHEIT. Unter Freiheit versteht man dann meist das Freisein von Zwängen, von Bindungen und Fesseln, welche Eltern, Schule und Institutionen, auch die Kirche, uns anlegen, nicht so sehr die politische Unfreiheit, wie sie Menschen in der DDR erleben mussten; aber das scheint auch schon vergessen zu sein.

Neben den Werte-Schwerpunkten im Lebensalter ist das, was man als Wert bezeichnet, auch von der jeweiligen Zeit, von dem Zeitgeist abhängig. Daraus resultiert auch die Klage über den Werte-

verfall, denn was vor zwei Generationen noch ein geschätzter Wert war, ist heute schon nicht mehr im Bewusstsein der Menschen. Natürlich gibt es auch Werte, die von der Nationalität abhängen, so wird in den romanischen Ländern dem jungen Mädchen weniger Freiheit zugestanden als in unserer westeuropäischen Welt. Mit zunehmender Kenntnis über den Islam durch das Eindringen der Türken in unseren Kulturkreis wird uns auch immer deutlicher, wie sehr Werte auch von der Religion abhängig sind. Doch nicht nur Nationalität und Religion bestimmen unsere Werte, auch das soziale Umfeld, in dem wir aufwachsen, und das Bildungsniveau, des wir genießen, prägen unsere Wertevorstellung.

Wir nehmen also die Werte unseres Volkes, unserer Religion, unserer Gesellschaftsschicht und unseres Zeitalters als vorgegebene Maßstäbe für unser Verhalten, und selbst wenn wir uns als junge Menschen gegen das Wort „Wert“ sperren, wird unser Handeln und Verhalten doch von der Werteskala unserer Umgebung geprägt.

Ich möchte schließen mit einem Gedicht von Friedrich Schiller, der die ihm wichtigen Werte FREIHEIT, TUGEND und GOTT uns nahebringen will.

*Drei Worte nenn ich euch, inhaltsschwer,
sie gehen von Munde zu Munde;
doch stammen sie nicht von außen her,
das Herz nur gibt davon Kunde.
Dem Mensch ist aller Wert geraubt,
wenn er nicht mehr an die drei Worte glaubt.*

*Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei,
und würd er in Ketten geboren,
lasst euch nicht irren des Pöbels Geschrei,
nicht den Missbrauch rasender Toren;
vor dem Sklaven,
wenn er die Kette zerbricht,
vor dem freien Menschen erzittert nicht.*

*Und die Tugend ist kein leerer Schall,
der Mensch kann sie üben im Leben;
und sollt er auch straucheln überall,
er kann nach der göttlichen streben;
und was kein Verstand
der Verständigen siehet,
das übet in Einfalt ein kindlich Gemüt.*

*Und ein Gott ist, ein heiliger Wille lebt,
wie auch der menschliche wanke;
hoch über der Zeit und dem Raume webt
lebendig der höchste Gedanken;
und ob alles im ewigen Wechsel kreist,
es beharret im Wechsel ein ruhiger Geist*

*Drei Worte bewahret euch, inhaltsschwer,
sie pflanzt von Munde zu Munde,
und stammen sie gleich nicht von außen her
euer Inneres gibt davon Kunde;
dem Menschen ist nimmer sein Wert geraubt,
solange er noch an die drei Worte glaubt.*

KURZ BERICHTET

Kirchen fordern: Reiche sollen mehr für soziale Aufgaben zahlen

Besserverdienende und Reiche sollen nach Vorstellung der Kirchen mehr für soziale Gerechtigkeit und die Kosten der deutschen Einheit zahlen. Die Lasten der gegenwärtigen Krise müßten gerecht verteilt werden, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, am 21. Februar in Mainz. Eigentum sei sozialpflichtig. Die Kirchen bestünden deshalb auf einer entsprechenden Beteiligung „vermögensmäßig Stärkerer an der Finanzierung der sozialen Aufgaben und an den Kosten der deutschen Einigung“. Erforderlich seien eine gerechte Ver-

mögensverteilung und die breitere Beteiligung am Produktivvermögen. Es gebe ein „Recht aller auf die Nutzung der Güter der Schöpfung“. – Lehmann äußerte sich auf einer Bilanz-Presskonferenz zur Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz, die am Donnerstag im niederbayerischen Mallersdorf zu Ende gegangen war.

Mit ihrem gemeinsamen Sozialwort, plädieren die Kirchen nach den Worten Lehmanns für mehr Gemeinsamkeit in Politik und Gesellschaft. „Wir wollen zusammenführen und nicht trennen“, sagte er. Dem ökumenischen Wort unter

dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, das die katholischen Bischöfe in Mallersdorf abschließend behandelt hatten, stimmte am 22. Februar auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu. Der Rat würdigte in einer Presseerklärung die Ausrichtung des Gemeinsamen Wortes auf einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens. Die Kirchen wollten damit die Handlungsspielräume der Politik in der gegenwärtigen Situation erweitern helfen, „damit die notwendige Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft möglich“ wird, heißt es in der Pressemitteilung. Der Text ist das Ergebnis eines mehr als zweijährigen Konsultationsprozesses. Er wurde am 28.02. veröffentlicht. (PS nach KNA)

Pfadfinderorden hinterlässt Spuren

Offiziell haben die „Diener Jesu und Mariens“ Bayern verlassen

Jörg Hammann

„Alles Käse“, verlautbarte die österreichische Zentrale des Pfadfinderordens „Servi Jesu et Mariae“ (SJM) Anfang Januar 1997 zu Gerüchten, sie habe nach ihrer offiziellen Ausweisung aus dem Bistum Augsburg dort ein Gebäude mit Grundstück gekauft. Trotz des Dementis werden die Aktivitäten des Ordens in kirchlichen Kreisen mit gesteigerter Aufmerksamkeit beobachtet. Die „Diener Jesu und Mariens“, von Rom anerkannt und mit der Seelsorge an der „Katholischen Pfadfinderschaft Europas“ (KPE) beauftragt, sind in bayerischen Diözesen nicht wohlgekommen. Nachdem der Augsburger Bischof Viktor Josef Dammertz nein zu einem SJM-Kloster in Mussenhausen gesagt hatte, lehnte auch der Bamberger Erzbischof Karl Braun die Aufnahme des Ordens ab.

SJM ist eine ganz junge „Kongregation päpstlichen Rechts“, die zum traditionalistischen Teil in der katholischen Kirche gehört. Sie erhielt im Jahr 1994 die Anerkennung und untersteht der Päpstlichen Kommission „Ecclesia Dei“, die katholische Traditionalisten in der Kirche halten soll. Die SJM-Priester dürfen ebenso wie die Mitglieder der Priesterbruderschaft St. Petrus die Messe lateinisch im vorkonziliaren tridentinischen Ritus lesen. Der Nachwuchs der „Diener Jesu und Mariens“ rekrutiert sich aus jungen Männern, die dem Pfadfinderalter entwachsen sind. Sie werden zum Teil am Internationalen Priesterseminar der Petrusbruderschaft in Wigratzbad/Allgäu ausgebildet.

Dammertz und Braun begründeten ihre Ablehnung damit, dass sich die SJM-Arbeit nicht in die Gesamtpastoral ihrer Diözesen einfügen lasse. Aus diesem Grund werden bislang auch keine Mitglieder der Petrusbruderschaft in deutschen Pfarrgemeinden als Seelsorger eingesetzt. Die Bischöfe befürchten Spaltungen. Gründer der

„Servi Jesu et Mariae“ ist der ehemalige Jesuit Pater Andreas Hönisch, der auch die KPE im Jahr 1975 auf die Beine stellte. Dieser Jugendverband führt ein Eigenleben außerhalb des Bundes der deutschen Katholischen Jugend. Seine Arbeit findet teilweise euphorische Zustimmung bei Eltern von Mitgliedern, löst aber auch massive Gegenwehr von Eltern aus, zum Beispiel in Petersdorf bei Alsmoos im Bistum Augsburg, wo ein KPE-Internat entstehen sollte.

Offiziell ist der Pfadfinderorden inzwischen aus Bayern abgezogen. Die Nachwuchsschule (Noviziat) in Mussenhausen musste zum 1. November geschlossen werden. Die letzten Ordensangehörigen gingen zum Jahresende. Aufnahme fanden sie bei Bischof Kurt Krenn in der niederösterreichischen Diözese St. Pölten. Grolend hatte aber der Generalobere hinterlassen, niemand könne seine Ordensmitglieder hindern, sich privat irgendwo anzusiedeln. Anfang Dezember wurde bekannt, dass der Orden im Gebiet des Erzbistums Bamberg in der Nähe von Markt Erlbach ein größeres Anwesen erworben hat. Nähere Angaben über Sinn und Zweck der Aktion machte Hönisch nicht. Er betonte nur: „Wir haben in Deutschland keine Residenz und werden auch so schnell keine haben.“

Alles „sehr geheim“

Von seiten der SJM-Kongregation wurde außerdem bestätigt, dass ein Teil ihres theologischen Nachwuchses weiterhin am Seminar der Petrusbruderschaft in Wigratzbad ausgebildet wird. Damit eine gewisse Eigenständigkeit gewahrt bleibe, wohne der Ordensnachwuchs schon seit einiger Zeit in einem Haus im nahegelegenen Opfenbach, das dem Orden aber nicht gehöre. Derzeit handelt es sich um vier SJM-Studenten. Der Opfenbacher Ortspfarrer Pater

Eugen Kurz weiß zu berichten, dass in dem Gebäude eine Privatkapelle mit Altar für die Hönisch-Leute untergebracht ist. Alles laufe „sehr geheim“ ab.

Bischöfe, die sich gegen die „Servi Jesu et Mariae“ stellen, geraten unter Druck von Kreisen, die sich selbst als kirchentreu bezeichnen. Der „Initiativkreis katholischer Laien und Priester in der Diözese Augsburg“ nannte den Abzug der SJM-Mitglieder aus dem Kloster Mussenhausen einen „Tag der Schande“. Diese „Vertreibung“ eines vom Papst mit der Pfadfinderseelsorge beauftragten Ordens sei ein „skandalöser Vorgang“. Hönisch und seinen Priestern sei es im Gegensatz zu den Jugendverbänden des BDKJ in „staunenswertem Umfang“ gelungen, den jungen Leuten das „ganz normale katholische Leben“ zu vermitteln: „Diese Jugendlichen beten täglich, gehen selbstverständlich jeden Sonntag zur Messe, sie beichten regelmäßig und sie bekennen sich zu Papst und Bischöfen und identifizieren sich mit der katholischen Kirche und ihrer Lehre.“

Dem Augsburger Bischof wird aus dem „kirchentreuen“ Lager immer wieder sein mittlerweile verstorbener Vorgänger vorgehalten: „So etwas hätte es bei Erzbischof Josef Stimpfle nicht gegeben“, heißt es. Der Benediktiner Dammertz, der eher die leisen Töne bevorzugt, hält aber an seinem „pastoralen Kurs des Ausgleichs um der Einheit in der Vielfalt willen“ fest, und zwar „unbeschadet der Kritik aus einer bestimmten kirchenpolitischen Richtung“, wie sein Sprecher Bernhard Gattner betont. Dammertz bemühe sich, auf der Basis des brüderlichen Miteinanders das Evangelium und die Lehre der Kirche „unverfälscht und unverkürzt zu verkündigen“. Die kirchenpolitischen Verhärtungen und Grabenkämpfe raubten unnötigerweise Kräfte und Zeit. □

Depressionen – Die unheilvollen Begleiter menschlichen Lebens ¹⁾

Karl-Heinz Ditzer

Depressionen sind keine „Erfindung“ erst unserer Zeit. In allen Kulturen auf allen Kontinenten kamen sie vor und aus jeder Zeit wurde von ihnen berichtet sowie nach Möglichkeiten einer Heilung gesucht. Im Mittelalter sprach man davon, dass die „schwarze Galle“ das Gehirn durchsetzt habe. Wenngleich heute Epidemiologen und Kenner der Szene prognostizieren, dass sich der Hauptteil psychiatrischer Erkrankungen im ausgehenden 20. Jahrhundert um die beiden Erkrankungsgruppen Depression und Demenz ordnen würde und Hausärzten – als ersten sowie Hauptansprechpartnern – von daher empfohlen wird, sich darauf einzustellen, reichen die bisher vorliegenden Anhaltspunkte nicht aus, von einer Zunahme der Häufigkeit von Depressionen in den letzten Jahrzehnten zu sprechen. Aber es gehen mehr depressiv Kranke zum Arzt. Auch hat sich das Erscheinungsbild gewandelt. Standen früher viel stärker religiöse Wahn- und Schuldvorstellungen im Erlebensmittelpunkt, scheinen heute – möglicherweise als Folge der Säkularisierung – Insuffizienz-, Schuld-, Kleinheits- und Wertlosigkeitsideen als den häufigsten Denkinhalten eher zu somatisieren. Jedenfalls ist die körperbezogene Symptomatik in den Vordergrund gerückt. Zukunftsloses farblos-blasses Gegenwärtserleben tötet jeden Aktivitätsansatz und Konfliktbewältigungsversuch. Fachärzte verstehen Depression heute als ein biologisch-psychophysisches und psychodynamisch-psychosoziales Geschehen, das sich im kommunikativen Bereich abbildet, und weisen darauf hin, dass eine Symptomlinderung mittels einer Pharmakotherapie noch keine Heilung ist sondern es ebenso einer therapeutischen Beziehung und einer Psychotherapie bedarf. In diesen Prozess sind auch die Angehörigen depressiv Erkrankter einzubeziehen. Deshalb wird es in dem Vortrag nach einer Abklärung von Grundverständnissen um den „hilfreichen Umgang mit Depressiven“ gehen.

I. Nicht-Betroffene begegnen Depressiven häufig verständnislos und hilflos

Zu sagen: „Depressionen sind keine ‚Erfindung‘ erst unserer Zeit. Sie kamen in allen Jahrhunderten, in allen Kulturen und auf allen Kontinenten vor“ (soweit man überhaupt davon wissen kann), ist kein Trost für diejenigen, die depressiv erkrankt sind. Ein Erleben, das z. B. davon bestimmt ist, dass man alles nur noch farblos-blaß, grau in grau sieht, die Welt alle Farben verloren hat, das Gefühl keine Höhen und Tiefen mehr kennt, sondern alles ‚eingeebnet‘ zu sein scheint, nichts mehr Freude macht, sondern nur noch Traurigkeit produziert darüber, dass man sich nicht mehr freuen, dass einen nichts reizen kann, sich für irgend etwas zu engagieren, dass man sich ohnmächtig, hilflos, kraftlos und antriebslos erlebt, sich nicht aufraffen kann, irgend etwas oder, was man als zu tun erkennt, tatsächlich zu tun ..., ist für

einen „gesunden“ Menschen nur schwer oder überhaupt nicht nachzuvollziehen oder nachzufühlen. Es gibt in unserer psychischen Struktur angelegte Gründe, weshalb wir uns in solche Zustände nicht gut einfühlen können – vor allem wenn wir selbst immer davon verschont geblieben sind. Aber es ist nicht unbedingt Bössartigkeit, sondern häufig Ausdruck purer Hilflosigkeit, wenn Äußerungen wie die folgenden getan werden: „Die/der soll sich doch zusammenschließen“ ... „Der/die muss doch nur wollen“ ... „Wir haben doch alle unser Päckchen zu tragen“ ... „Schließlich hat er doch eine Familie“ – oder wie ein Schwiegervater über seinen Schwiegersohn mir gegenüber einmal äußerte: „Dem müsste man nur mal anständig Feuer unter den Arsch machen!“ Dabei handelte es sich in dem betreffenden Fall um einen verdienstvollen Bankangestellten in leitender Funktion, der mit der Übertragung in eine höhere Position depressiv erkrankte. Der Nicht-

Inhalt

- I. Nicht-Betroffene begegnen Depressiven häufig verständnislos und hilflos
 - II. Die Welt, mit der wir umgehen, ist die Welt, die wir im Kopf haben
 - III. Tretmühlhaftes Gefangensein und Eingefahrensein
 - IV. Schulterfahrung und Wertpräferenzen
 - V. Religiosität und Depression
 - VI. „Jein“-Entscheidungen
 - VII. Erscheinungsbilder von Depressionen und Klassifikationen
 - VIII. Hilfreicher Umgang mit depressiv Erkrankten
- Anmerkungen

Betroffene begegnet dem Betroffenen in der Regel ziemlich verständnislos und hilflos. Man kann sich kaum oder gar nicht in die Situation und Wahrnehmungswelt des Betroffenen hineinversetzen.

II. Die Welt, mit der wir umgehen, ist die Welt, die wir im Kopf haben

Es gibt Gründe dafür aus strukturellen psychologischen Vorgegebenheiten der Informationsverarbeitung und der ihr zu Grunde liegenden Gehirnorganisation, da wir nur mit der Welt jeweils umgehen, die wir im Kopf (angelegt, konstruiert) haben, und nicht mit der, wie sie wirklich ist. Wenn unsere Welt z. B. farbig ist und immer farbig war, können wir uns nicht vorstellen, dass es auch einmal anders sein könnte. Unsere Welt im Kopf, oder das Symbol von ihr, mit der/dem wir umgehen, ist „farbig“, bzw. das, was wir dafür halten. Es sei denn, wir hätten auch schon et-

was anderes erlebt und erfahren. Oder: Da bei uns alles, was wir wahrnehmen, mit irgend einem Gefühl (und einer Wertung oder besser Bedeutungsverleihung) verbunden ist (und verbunden sein muss, damit es zu einem Ich-Kontinuitäts-Erleben kommen kann), können wir uns gar nicht vorstellen, dass da jemand irgend etwas wahrnimmt mit der Emotion: bedeutungslos, einerlei, könnte auch nicht sein ... und somit kein Gefühl mit Bewertung der Zustimmung oder Ablehnung sondern nur der Gleichgültigkeit im Sinne von „Nicht-Beziehung“ entwickelt, ein Gefühl der Gefühllosigkeit. Nach eigenem Bekunden leiden Betroffene darunter am meisten. Es unterscheidet diesen Zustand gravierend von einer „depressiven Stimmungslage“, die wir alle vielleicht schon einmal erlebt haben und deswegen uns Situationen charakterisieren lässt mit den Worten: „Das kann einen ja depressiv machen!“ Aus hirnanatomischer Forschung ist bekannt, dass wir Außen- wie Innenreize bzw. -Impulse in „Zeitfenstern“ (Pöppel sammeln²), die durch „Jetzt“-Erleben gekennzeichnet sind, und die wir durch Bewertungs- und Bedeutungsverleihung emotional miteinander verknüpfen, so dass ein Kontinuitäts-Erleben zustande kommt und ein Ich-Bewusstsein entsteht. Wenn nun gerade diese Funktion gestört ist, wird verständlich, weshalb ein so Betroffener die Welt in einer Weise erlebt, dass er da eigentlich mit seinem Ich nicht mehr vorkommt. Oder wie der Chefarzt des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Weissenau Wolfersdorf³) formuliert: „Zeitbezogenheit, ‘Werden in der Zeit’⁴“, wie es von Gebattel (1939) treffend nannte, scheint dem Depressiven nicht mehr möglich zu sein. Zukunftslose Gegenwart und allseits präsente Vergangenheit sowie der bevorstehende Zusammenbruch all dessen, was das eigene Leben, die eigene Existenz ausgemacht haben, ausmacht und ausmachen wird, kennzeichnen das zentrale Erleben.“ Dabei bleibt es zur Zeit vollständig offen, warum es zu dieser Störung kommt. Hier gibt es noch viel Forschungsbedarf.

Da wir in der Zwischenzeit von den Hirnforschern lernen mussten, dass Denken und Fühlen sehr eng miteinander verbunden sind und es scheinbar keine kognitiven Prozesse ohne gleichzeitige emotionale Prozesse gibt, wird auch die weitere Feststellung Wolfersdorfs verständlich: „Man könnte sagen, die reduzierte Affektivität führt zur Einengung kognitiver Funktionen, das Denken wird aus der herabgestimmten Affektivität heraus überflutet, die Logik des Denkens ist beim Depressiven die Logik des Gemüts.“⁵)

III. Tretmühenhaftes Gefangensein und Eingefahrensein

In seiner Beschreibung der Symptomatik fährt er dann fort: „Unabhängig von den Denkinhalten – den Sorgen und Ängsten, den Erwartungen und Befürchtungen, den Überzeugtheiten und Gewißheiten depressiver Menschen – leiden viele unter quälenden Grübelzuständen, die besonders dann stark werden, wenn äußere Ablenkungs- und Entlastungsmöglichkeiten fehlen oder diese den Patienten nicht mehr zu erreichen vermögen. Ein tretmühenhaftes Gefangensein und Eingefahrensein mit ziellosem Kreisen der Gedanken hüllt das Erleben des Depressiven ein, dessen Bahnen wie tiefe Radspuren nur in eine Bewegungsrichtung laufen können, immer um die gleiche Thematik gehen, der nicht entflohen werden kann. Neben dieses enge Gedankenkreisen um bestimmte Inhalte, die planerisch nicht mehr weiterentwickelt werden können, nicht zur Entscheidung führen, nicht in Handlung umgesetzt werden, kann auch ein überfülltes Grübeln treten, bei dem wie in einer leerlaufenden Maschine der Gedanke von einem quälenden Bruchstück zum anderen springt. Auch hier ist es nicht möglich, Entscheidungen zu treffen, sich zu Handlungen durchzuringen, einen Gedanken zu Ende zu bringen. In einer dritten Form erleben depressive Patienten eine Verlangsamung des Denkens, was sie wie Denken durch Nebel, farblos, unscharf und zähflüssig beschreiben, und das häufig auch in einer monotonen

Sprache, mit großen Pausen, langsamer Formulierung, angestregtem Denken und Reden zum Ausdruck kommt.“⁶)

IV. Schulterfahrung und Wertpräferenzen

An dieser Stelle sei mir eine Zwischenbemerkung erlaubt: Wenn wir einem depressiv Erkrankten helfen wollen, ist es wichtig, ihn zu verstehen zu versuchen. Um ihn verstehen zu können, ist es unverzichtbar, dass wir alle Anstrengung unternehmen, unser Gedächtnis nach Erlebnisinhalten abzusuchen, die mit Ohnmachts-, Hilflosigkeits-, Verlassenheits-, Schuld- und Schamgefühlen, unbestimmter Angst, Gesichtsverlust usw. verbunden waren, und sie uns vergegenwärtigen – wohl wissend, dass dies nur „Krücken“ sein können, uns dem Erleben zu nähern.

Dabei werden wir die Entdeckung machen, dass wir in einigen Situationen auch Schuldgefühle entwickelt haben, obwohl wir unter moralischer Rücksicht uns eigentlich keiner Schuld bewusst zu werden brauchten. Obwohl uns dies rational, verstandesmäßig, klar ist, lässt sich dieses Gefühl dennoch nicht so einfach abschütteln. So gibt es z. B. Soldaten, die in Gefangenschaft geraten sind, und nun in der Gefangenschaft ein Schuldgefühl gegenüber ihrer Familie entwickelt haben, weil sie sich um diese in dieser Zeit nicht kümmern konnten. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass es nicht irgendwie internalisierte christliche Normvorstellungen waren, die dieses Gefühl produzierten, sondern dass es der uns einprogrammierte Sozialbezug ist, der, aufbauend auf dem genetisch vorgegebenen „Symmetrieprinzip“⁷), im „psychologischen Gewissen“ wirksam wird. Man muss um solche psychischen „Mechanismen“ wissen, um zu verstehen, warum auch depressiv Kranke Schuldgefühle (und ihre durchaus auch aggressiv sein könnenden Abwehrmechanismen) produzieren, obwohl sie vielleicht sonst in ihrer Lebensorientierung überhaupt nicht religiös orientiert sind. Allerdings unterscheidet sich das „Er-

scheinungsbild“ der Schuld deutlich zwischen religiös und nicht-religiös Orientierten. Religiöse fühlen sich nicht nur ihrer Familie usw. gegenüber schuldig, sondern auch Gott gegenüber. Sie sehen „ihr Versagen“ als Sünde an, für die sie bestraft zu werden fürchten. U. U. prägen sie sogar einen Wahn aus: ewig verdammt zu sein. Für Nicht-Religiöse hat das „Leben hier“, sowie eine Selbstverwirklichungs-Vorstellung i.S. eines „Sich-selbst-machen-müssens“, häufig verbunden mit dem Kriterium psychophysischer Fitneß sowie einer Dominanz der Außenorientierung in der Selbstdarstellung und -inszenierung, oberste Priorität in ihrem persönlichen Sinn- und Wertesystem. Diese Art der Selbstorientierung führt notwendigerweise auf Grund der Begrenzung des Menschen auf Dauer wegen Überforderung nicht nur zu Stresserfahrungen, die in der Regel somatisch kanalisiert werden, sondern auch zu Versagens-, Scham- und Schuldserfahrungen:

1. weil man den Entwicklungs- und Lebensaufgaben, die jeder Mensch bewältigen sollte, nicht gerecht geworden ist;
2. weil man in der Selbstinszenierung mehr „vorgespielt“ hat, als man selbst war oder konnte, und so vor sich selbst „das Gesicht verloren“ hat, obwohl es die anderen vielleicht gar nicht bemerkt haben.

Dies wiederum kann dazu führen, dass der Körper seinerseits gleichsam die „Notbremse“ zieht und vom „Aktivitäts-“ aufs „Passivitätsprinzip“, mit all seinen bekannten Erscheinungen wie: Müdigkeit, Antriebslosigkeit, Erschöpfungsgefühl ..., umschaltet. Wenn die Bewältigung dieser Phase, die ja zugleich Sinn- und Wertneurorientierung sowie Trauerarbeit bzgl. des Verlustes alter Lebenskonzepte beinhaltet, nicht gelingt, kann es im Bereich der zentralen

Bewertungsvorgänge, wie oben eingangs angedeutet, zu gravierenden Störungen kommen, die nun ihrerseits die Basis für die Depressionen sind, die sich neben den Somatisierungen entwickeln. Warum es letztlich im Prozess der Bewertung und Bedeutungsverleihung der Inputs in den Zeitfenstern zum Umschlag in Richtung „Nichts-bedeutendes-Bewertung“, Informations- „Abwehr“ oder -unterdrückung⁸⁾, „nicht-Ge-

(physischen und psychischen) Ebenen hinweg vorliegen haben, wobei die genetische (Anlage), die emotionale und kognitive Ebene betroffen sind. In der Therapie jedenfalls sind die Sinn- und Bewertungs-, sowie religiösen Orientierungsanteile sowohl der emotionalen wie der kognitiven Ebene zu beachten.

Wenn auch keine letzte Klärung möglich ist, so ist zumindest doch eine mögliche Kette zum Ver-



Vincent van Gogh:
Selbstbildnis. Arles,
Januar 1889.

Während einer Nervenkrise im Dezember 1888 schneidet sich Van Gogh ein Ohr ab. Die Polizei findet ihn am nächsten Morgen in tiefer Depression im Bett, den Kopf mit blutigen Handtüchern verbunden. Van Gogh wird in die Anstalt Saint-Remy gebracht. Sein Gemüt verdüstert sich zunehmend. Am 27. Juli 1890 schießt er sich eine Revolverkugel in die Brust. Nach zwei Tagen stirbt er schweigend ohne ein Wort der Klage.

fühl“, „Gefühl der Gefühllosigkeit“, „Gefühl der Nicht-Bewertungsfähigkeit“ o.ä. kommt, ist offen. Es könnte ein Stressschutz sein, was die Phänomene in die Nähe der sogenannten reaktiven Depressionen bringen würde, es kann eine Instabilität der emotionalen Bewertungsfunktion sein, genetisch angelegt oder embryonal oder frühest postnatal erworben ..., letztlich ist die Ursache nicht (zumindest mir nicht) bekannt. Außerdem muss man in jedem Einzelfall nach den jeweiligen Hintergründen und Zusammenhängen suchen, da wir hier ein komplexes sich gegenseitig beeinflussendes Zusammenspiel verschiedener Funktionen über mehrere

ständnis aufgezeigt, die Wolfersdorf zu seiner Feststellung aus der klinischen Praxis hinsichtlich der Schuldproblematik⁹⁾ führt: „Insgesamt scheint es zu einer Veränderung der Depressionssymptomatik (Hole¹⁰⁾, 1970) im Laufe der letzten Jahrzehnte gekommen sein, nämlich zu einer Abnahme von Schuldgefühlen und zu einer Zunahme körperlicher Symptomatik. Dies könnte bedeuten, dass die traditionell im christlichen Abendland vorherrschende Schuldproblematik bei depressiv Kranken doch einer gewissen Säkularisierung anheimgefallen und die eher körperbezogene Symptomatik in den Vordergrund gerückt ist. Möglicherweise hängt dies auch mit ei-

nem größeren Gesundheitsbewusstsein und einem heute ausgeprägteren medizinisch-naturwissenschaftlichen Verständnis von Krankheit bzw. Gesundheit zusammen.“

Dennoch, und darin wird er durch eine empirische Untersuchung von Anette Dörr an Depressiven unterstützt, empfiehlt Wolfersdorf: „Das individuelle Wertesystem des Patienten soll ebenfalls miteinbezogen werden, wobei hier auch wichtig erscheint, den Bereich der religiösen Wertvorstellung, die weltanschauliche Seite, selbstverständlich auch die Wertvorstellungen, die sich auf Arbeit, Leistung, Partner und Familie beziehen, zu erfragen. Möglicherweise werden Patient oder Patientin einen Moment irritiert aufschauen, dass der Arzt/Therapeut sich auch für ihre weltanschaulich-religiösen Denk- und Erlebnisweisen interessiert als Hinweis auf sein ganzheitliches Verständnis vom Menschen, hier des depressiven Patienten. Die Möglichkeit von Missverständnissen oder Unklarheiten sei eingeräumt, andererseits eröffnet dies Chancen von gegenseitigem Verständnis und Tragen, wenn Therapeut und Patient gleiche Denk- und Empfindungsebenen entdecken.“¹¹⁾

V. Religiosität und Depression

Unter dem Aspekt einer Therapie oder besser: hilfreichen Umgang mit Depressiven, aber auch im Sinne von Prävention ist es nötig, noch ein Wort zum Verhältnis von Religiosität und Depression zu verlieren. Obwohl „Religiosität zu den anthropologischen Universalien (gehört); religiöses Erleben und religiöses Verhalten – in welcher Gestalt auch immer – allgegenwärtige ... psychologische Sachverhalte (sind), die wie andere auch der empirischen Forschung zugänglich sind“, „(ist bei uns) von dem neuerlichen Aufschwung, den die religionspsychologische Forschung in den USA genommen hat, ... erst wenig zu spüren“, schreibt Prof. Tent von der Philipps-Universität in Marburg in seinem Vorwort zu einer empirisch-psychologischen Untersuchung von Anette Dörr¹²⁾, die sich mit ihrer Untersuchung – für Deutschland – auf Neuland be-

geben hat. Und sie selbst kommt im Hinblick auf die ablehnende Haltung vieler Psychologen, Therapeuten und Ärzte zum religiösen Glauben auf Grund ihrer Ergebnisse zu der Aussage¹³⁾: „Grundsätzlich ist die pauschalierende Ablehnung religiösen Glaubens aus psychologischer Sicht, wie z. B. Ellis (1980¹⁴⁾) sie vertritt, nicht gerechtfertigt. Vielmehr ist eine differenzierte Betrachtung der religiösen Einstellung des Patienten angebracht. Dies setzt voraus, dass der therapeutisch arbeitende Psychologe die Religiosität des Patienten zunächst einmal so akzeptiert, wie sie sich darbietet, und sie nicht von vornherein in Frage stellt. Möglicherweise ist dies für einen Patienten, dem sein Glaube sehr wichtig ist, eine Voraussetzung dafür, dass er Vertrauen zum Therapeuten entwickeln und sich öffnen kann. Vor allem aber erschließt sich dem Therapeuten damit die Möglichkeit, den religiösen Glauben des Patienten in die Diagnostik und die Therapie einzubeziehen.“

Und sie fährt dann fort, ihre inhaltlichen Ergebnisse ihrer Studie zusammenfassend:

„Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass es einerseits Glaubenseinstellungen gibt – die intrinsische religiöse Orientierung –, die der psychischen Gesundheit förderlich sein können, zumindest aber geeignet erscheinen, die depressive Verstimmtheit in Grenzen zu halten. Dies könnte für den Therapeuten zum Angelpunkt seiner Therapie werden.“

Andererseits findet man auch Glaubenshaltungen, die eher dazu beitragen, das psychische Wohlbefinden zu beeinträchtigen – die extrinsische religiöse Orientierung. Behutsame Einflussnahme und Korrekturen können möglicherweise eine solche kognitive Struktur in Bewegung bringen. Gerade hier erscheint die Zusammenarbeit mit einem Seelsorger, dessen geistliche Autorität einen großen Einfluss haben kann, wünschenswert und erfolgversprechend.“

Die Studie von Anette Dörr ist eine Momentaufnahme und (leider) keine Verlaufsstudie, d. h. sie sagt wenig oder fast nichts darüber aus, wie sich die Religiosität unter der Depression verändert. In der Praxis beklagen sich nicht wenige reli-

giös orientierte Patienten, die an einen sie liebenden und letztlich erlösenden Gott glauben und für die dieser Glaube für ihr Leben von zentraler Bedeutung ist (das sind in ihrer Studie die Menschen mit intrinsischer religiöser Orientierung), darüber, dass unter der Depression ihr religiöses Gefühl immer farbloser werde und nicht mehr die alte Kraft entfalte. Sie halten aber dennoch an ihrer alten Überzeugung sowie ihren früheren positiven Erfahrungen der Geborgenheit und Gehaltenheit kognitiv fest, entwickeln so ein kognitives Gegengewicht gegen den negativen emotionalen Sog der Depression und suchen ihre Emotion zu korrigieren. Dieses Verfahren scheint hilfreich für eine kognitive Stabilisierung ihrer Identität zu sein.

Da die empirischen Befunde von Anette Dörr auch einen linearen Zusammenhang zwischen Depressivität und (intrinsischer) Religiosität ergeben, in dem Sinne: je religiöser um so weniger depressiv, könnte diese Vermutung eine Stütze erfahren. In die gleiche Richtung könnte auch der Befund weisen, dass das Ausmaß an religiöser Erfahrung (emotionale Komponente) und die Positivität des Gottesbildes mit steigender Depressivität abnehmen. Die von anderen schon früher (z. B. Schulte¹⁵⁾ 1951) geäußerte These der emotionalen Entleerung des Glaubens in der Depression könnte so von ihr erhärtet werden.

Unbeschadet des sonstigen Befundes, dass eine konsequente religiöse Einstellung – ob pro oder contra – mit einem hohem Ausmaß an psychischem Wohlbefinden assoziiert ist, ist der Befund sehr deutlich, dass die Sehr-Religiösen noch weniger depressiv sind als die Nicht-Religiösen. Am schlechtesten, also mit dem höchsten Depressivitätsgrad, sind diejenigen dran, deren religiöse Einstellung extrinsisch orientiert ist, d. h. ohne persönlichen Glaubensvollzug. Ihrem Glauben liegt keine innere Überzeugung zugrunde, vielmehr halten sie, vielleicht aus Tradition oder gesellschaftlichen Gründen, an einigen Glaubenssätzen fest, ohne dem jedoch eine persönliche Bedeutung zuzumessen. Da ihre religiöse Praxis entsprechend aussieht, kann diese ihnen

in schwierigen Lebenssituationen keinen Halt geben. Im Unterschied zu den intrinsisch religiös Orientierten entspringt ihrem „Glauben“ keine lebendige Glaubenskraft, die in aktuellen Lebenssituationen reell erfahrbar ist. Auch nach den Befunden anderer (z. B. Baker¹⁶) und Gorsuch, 1982; Lovekin und Malony, 1977) ist extrinsische Religiosität mit Depressivität und Angst assoziiert. Zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn auch auf einen anderen Kontext bezogen, kommt eine andere neuere empirische Studie von Christian Zwingmann¹⁷): „Nach diesen Befunden wird für alle Zufriedenheitsmaße die weitaus geringste Lebenszufriedenheit bei Personen vorhergesagt, für welche eine hohe extrinsische und gleichzeitig niedrige intrinsische religiöse Orientierung ermittelt wird.“¹⁸)

VI. „Jein“-Entscheidungen und Depression

Parallel zu diesen Untersuchungen könnten nun auch noch jene zur „Identität“ und Identitätsbildung herangezogen werden. Schon in den achtziger Jahren wurde darauf verwiesen, dass eine Tendenz, sich alle Entscheidungen offen zu halten oder aber Entscheidungen so gestalten, dass man sie jederzeit widerrufen könne, letztlich dazu führe, dass das „Ich“ plötzlich nackt dastehe, ohne eigene Identität. „Ich habe nicht gelebt, ich wurde gelebt.“ Man kann eher eine falsche Entscheidung treffen, dann ist es aber immer noch meine Entscheidung, mit der ich mich auseinandersetzen kann, als gar keine Entscheidung zu treffen. Letzteres führt zu der Konsequenz im Erleben, dass ich in meinem eigenen Leben als „Ich“ nicht mehr vorkomme. Man kann auf diese Weise auch Bedingungen für seine Lebensgestaltung schaffen, die zum Zusammenbruch des „Ich“ und seiner zentralen Leistung der „Bewertung“ sowie zu einer affektiven Störung, die man dann Depression nennt, führen können. Man kann also Wolfersdorf nur zustimmen, wenn er, wie oben zitiert, mahnt, auch die Denk- und Wertsysteme sowie die religiöse Orientierung in der The-

rapie zu beachten und behutsam zu Korrekturen zu kommen.

Dem oben genannten Aspekt der „Außenorientierung“ widerspricht nicht die Beobachtung, dass depressiv Erkrankte häufig eine zwanghafte und rigide Persönlichkeitsstruktur aufweisen, die sich auch durch eine ausgeprägte Ordentlichkeit, Genauigkeit und einen Perfektionismus in Arbeit und Haushalt zeigt. Nicht wenige, insbesondere unter den Männern um die 50 herum, können sehr „körperbetont“ und „gesundheitsbewusst“ sein. In sportlichen Aktivitäten entwickeln sie Nebenkriegsschauplätze. Radfahrer radeln nicht nur in der Gegend herum, sondern schimpfen heftig über Fußgänger, die sie beeinträchtigen, mit mindestens 50 km/h über Waldwege zu brausen.

Auch hier kann man fragen, ob es frühestkindliche Versagenserlebnisse mit einer zentralen Erfahrung von Ungeborgenheit und Selbstwertunsicherheit sind, die Reifung, Wandel und das Verlassen gewohnter Bahnen sowie das Erschließen neuer Räume behindern und beeinträchtigen und sich auf diesem Feld kompensatorisch bahnbrechen, oder ob es sich hier – bei eingengter kognitiver Struktur und insbesondere bei den 50jährigen – um die Unfähigkeit handelt, für den 3. Lebensabschnitt eine neue sinnstiftende Perspektive ihres Lebens zu finden. Oder, oder ...

Man muss die Biographie des Einzelnen zu erfahren suchen, um zu einem hilfreichen Umgang mit dem in die Depression gekommenen zu gelangen. Dies gilt auch, wenn eine Krankheit der letzte Auslöser für die Depression gewesen zu sein scheint, denn die Depression könnte ein Teil – wenn auch untauglicher – der Bewältigungsstrategie der Krankheit sein. Da Depressionen von ihrer Ursache wie von ihrem Erscheinungsbild her nicht einheitlich sind, gilt für jeden, der mit Depressiven umgeht oder umgehen muss:

den Kranken beobachten, genaues Hinhören auf seine Beschwerden, sich einfühlen in seine Befindlichkeit, das Aufnehmen fremder Beobachtungen über den Verlauf der Symptomatik sowie sich Kenntnis zu verschaffen über die Psychodynamik seiner Konflikte und Entwicklungen.

VII. Erscheinungsbilder von Depressionen und Klassifikationen

Wolfersdorf unterscheidet¹⁹) folgende Bilder:

- *agitiert-ängstliche Syndrome* zeichnen sich durch innere Getriebenheit, äußerlich sichtbare unruhige Psychomotorik wie Spielen der Hände und Finger, rastloses Hin- und Herlaufen, unruhiges Sitzen, immer wieder Aufstehenmüssen aus und ist oft mit Angst kombiniert.... Oft findet man auch agitiert-ängstliche Syndrome mit ausgeprägter Verzweiflung, Klagsamkeit, insbesondere bei wahnhaften Denkinhalten. ... Sie sind häufig mit einem appellativen Verhalten verbunden; die „Jammer-Depression“ bezeichnet meist ein agitiert-ängstliches depressives Syndrom mit stereotypen, perseverierenden Klagen immer um die gleiche Thematik.
- *gehemmt-ängstliche depressive Syndrome* zeichnen sich durch die deutliche Verlangsamung im Bewegungsablauf aus, durch reduzierte Mimik und Gestik, eine im Sitzen gebundene Haltung, im Affektiven einhergehend mit Erstarrung der Gefühle, Freudlosigkeit, Schwingungsunfähigkeit, im formalen Denkablauf durch Hemmung und/oder Leere, durch monotone, leise und verzögerte Sprache, insgesamt durch eine intentionale Schwäche. Je nach dem Vorliegen von Apathie (kognitiv Gleichgültigkeitseinstellung) oder Angst und innerer Unruhe wird (aus psychopharmakologischen Gründen) unterschieden zwischen gehemmt-ängstlich oder
- *gehemmt-apathische depressive Syndrome*
- *apathisch-avitale depressive Syndrome* (häufig subsumiert unter gehemmt-apathische depressive Zustandsbilder)
- *vegetativ-larvierte depressive Syndrome*

Vegetativ-somatische Phänomene gehören zum allgemeinen Symptombild eines depressiven Syndroms: Schlafstörungen, Appetitstörungen, Gewichtsverlust, Kopfdruck, im engeren Sinne Einschlafstörungen, Durchschlafstörungen, wobei sich die wesentlichen Symptome bei psychogenen und endogenen Syndromen nicht unterscheiden.

Das vegetativ-somatische depressive Syndrom, oder larvierte Depression, weist einen Schwerpunkt in der körperlichen Symptomatik und in der Grundstörung „Reduktion der Vitalität“ auf.

Dieses Zustandsbild wird wohl am ehesten in internistischen und gynäkologischen Abteilungen von Allgemeinkrankenhäusern, möglicherweise auch bei Patienten mit chronischen Rückenschmerzen und Bandscheibenschäden auf orthopädischen Abteilungen zu finden sein, vor allem aber beim niedergelassenen Allgemeinmediziner, Internisten, Orthopäden, Gynäkologen oder auch beim Hautarzt.

Unter den Ärzten besteht Einigkeit darüber, dass es sich um eine Krankheitsmanifestation handelt, bei welcher der somatische Anteil des depressiven Zustandsbildes im Vordergrund steht, psychische Symptome und psychomotorische, oft kaum erkennbar, erst im Rahmen einer nachfragenden Diagnostik deutlich werden. Eine gezielte Anamnese ermöglicht das Erkennen verdeckter, jedoch nie fehlender affektiver und kognitiver Symptomatik.

Im Unterschied zum hypochondrisch depressiven Patienten, der sich durch die Überbewertung vorhandener bzw. das angstvolle Erleben nicht vorhandener körperlicher Beschwerden sowie durch Klagsamkeit, zahlreiche Arztbesuche, durch ein bis zur Lästigkeit reichendes Drängen nach somatischen Untersuchungen auszeichnet, sind vegetativ-larvierte Patienten eher ruhige, zurückgezogene, insgesamt herabgestimmte wirkende Menschen.

- *depressive Syndrome bei körperlicher Krankheit*

Ähnlich wie vegetativ-somatische Phänomene zum depressiven Syndrom gehören, weisen depressiv Kranke – depressive Erkrankung überwiegend als Erkrankung des mittleren und höheren Lebensalters – auch eigenständige körperliche Krankheit im Sinne der Multimorbidität auf. Depressive Syndrome können im Sinne der sekundären Depression bei nicht-affektiven psychiatrischen Erkrankungen auftreten und auch bei neurologischen und internistischen Erkrankungen. Dabei fällt auf, dass es sich im wesentlichen um Erkrankungen handelt, die überwiegend mit Verminderung der Lebensqualität, mit Einschränkung der Lebensverwirklichungsmöglichkeiten, mit Verlust von Lebensplanung und -konzepten, also mit depressiogenen Vorgängen, die Verlust, Trauer, Wertproblematik nach sich ziehen, einhergehen. Ähnliches gilt für das Vorkommen depressiver Verstimmungen bei Krebs-Patienten, die ebenfalls zu einem Drittel mittelschwere bis schwere depressive Zustände von klinischer Behandlungsbedürftigkeit aufweisen.

- *depressive Syndrome mit einem agitierten oder gehemmten psychomotorischen Bild mit psychotischer kognitiver Symptomatik wie depressivem Wahn, stimmungskongruenten paranoiden Eigenbeziehungen, stimmungskongruenten und vorwiegend akustischen Halluzinationen oder auch mit sich aufdrängenden Zwangsgedanken.*

Unter einer wahnhaften Depression ist ein agitiertes oder gehemmtes depressives Syndrom zu verstehen, welches mit den depressiven Wahnideen von Verarmung, Schuld, Versündigung, Krankheit, Untergang einhergeht. Diese wahnhaften Überzeugungen können als einzelne Idee, häufig jedoch als generalisierte Überzeugung eines alles umfassenden Wahns, einer Einengung des gesamten Denkens auf die Wahnthematik vorliegen. Hierzu können auch stimmungskongruente Eigenbeziehungen (z. B. verfolgt werden, weil man

schuldig geworden ist) oder stimmungskongruente Halluzinationen (vorwiegend aus dem akustischen Bereich) gehören, welche häufig strafenden, anklagenden, todesbezogenen Inhalt haben (Suizidgefahr).

Das wahnhaft depressive Syndrom zeichnet sich durch die Besonderheit der Kognitionen, durch den Denkinhalt aus und entsteht immer auf der Basis einer vitalen depressiven Herabgestimmtheit. Konsequenterweise finden sich auch alle übrigen vegetativ-somatischen Symptome. Die Basis des wahnhaft-kognitiven Erlebens stellen die durchgehende depressive Herabgestimmtheit und die Stimmungskongruenz dar, d.h. die Einbettung des kognitiven Erlebens in die affektive Herabgestimmtheit.

Weitere Kennzeichen des depressiven Wahns sind reale lebensgeschichtliche Faktoren, die als Auslöser bezeichnet werden können, wobei die „Unmöglichkeit des Inhalts“ eher im Quantitativen liegt (massive kognitive Einengung mit Übergeneralisierung und Maximierung), als von einer qualitativen Verformung des Denkinhaltes. Von einer eigentlich produktiven Symptomatik im Sinne von Neubildung kann nicht gesprochen werden (Urängste, Gewißheit des eigenen Untergangs). Da es im Zeiterleben weder Vergangenheit noch Zukunft gibt, ist der Wahn „zeitlos“.

Eine Psychotherapie mit wahnhaft Depressiven sollte nur von psychotherapeutisch Erfahrenen, die sich auch mit wahnhafter Symptomatik in längerfristiger Einzeltherapie beschäftigt haben, durchgeführt werden. Auch die biographisch-lebensgeschichtlichen Zusammenhänge sollten erst in der Phase der abgeklungenen kognitiven Symptomatik angesprochen werden.

VIII. Hilfreicher Umgang mit depressiv Erkrankten

Da es in unserem Kontext nicht um ein Kolloquium für Ärzte und Psychotherapeuten geht, ist nun

abschließend die Frage: was kann (soll) derjenige tun, der mit depressiv Erkrankten umgeht (umzugehen hat)?

Wenn der Umgang mit einem depressiv Erkrankten hilfreich sein soll, muss jedem Beteiligten klar sein, dass jeder Kontakt, jede Begegnung schon eine Kommunikation mit einer Botschaft ist, die von den Beteiligten so oder so verstanden werden kann. Mimik, Gestik, Stimmfarbe usw. können – im Unterschied zum geschriebenen Wort – eine Botschaft bekräftigen oder verstärken oder ihr u. U. sogar einen gegenteiligen Inhalt geben, als die gesprochenen Worte vom Zeichensatz her beinhalten. Der Hörer hört sie auf der Basis seines Hörer-Sprecher- und Umfeld-Systems sowie gefärbt durch seine Stimmungslage. Er kann sie entsprechend der Intention des Redenden konform wahrnehmen oder aber fast Gegenteiliges. Unter Umständen hört er Dinge, die der andere gar nicht gesagt oder gemeint hat. Dies ist schon in einer unbelasteten Kommunikation so, muss aber insbesondere Berücksichtigung finden bei Menschen, die durch ihre Niedergestimmtheit in ihrer Wahrnehmung besonders voreingestellt sind.

Auch wenn man befürchtet, selbst nicht helfen zu können, ist zunächst das Gespräch aufzunehmen – und sei es nur zu helfen, die Schwellenangst zu vermindern und einen anderen Kontakt zu vermitteln. Der Ratschlag bzw. die Forderung Wolfersdorf's²⁰) ist ernst zunehmen:

„Die aus der Suizidprävention stammende Forderung, jede suizidale Äußerung eines Menschen ernst zu nehmen und mit einem Kommunikationsangebot von Gespräch, Hilfe etc. zu beantworten, gilt grundsätzlich für den Umgang mit psychisch Kranken, hier mit depressiven Menschen, um eine Chance nicht zu vertun. Nicht zuletzt auch deswegen, weil es vielen depressiven Patienten, insbesondere wenn sie gehemmt, apathisch-avital und antriebslos sind, schwer fällt, ihr inneres Erleben selbst zu verstehen und sich einem Arzt/Therapeuten verständlich zu machen, vor allem dann, wenn noch Scham- und Versagensgefühle hinzu kommen.“

Ein sich einlassendes Gespräch ist noch keine Psychotherapie und muss es auch nicht sein, kann aber trotzdem sehr hilfreich sein. In jedem Fall sollte der uns Ansprechende, der Ratsuchende, sich von uns ernst- und angenommen fühlen. Dabei müssen keine „Therapieziele“ erfüllt werden. Dies unterscheidet den „normalen“ Kontakt- und Gesprächspartner vom Arzt und Therapeuten. Und dennoch kann dieser Kontakt, der durch „aktives Zuhören“ gekennzeichnet ist, ein Baustein für den depressiv Betroffenen sein, wieder Wertgefühl durch Wertschätzung durch andere zu entwickeln, sich deswegen auch wieder wohl gelitten, wohl zu fühlen, das Vermögen zu verspüren, aktiv zu sein. Es kann der Versuch einer Hoffnungsvermittlung sein.

Wer über solche Erstkontakte hinaus immer wieder Kontakt hat, muss sich bewusst machen, dass hilfreiche, gelungene Erstkontakte noch keine dauerhaften Erfolge bewirken. Die depressive Disposition z. B. in Kindheit und Jugend wird ja auch nicht von heute auf morgen geschaffen, sondern ist vielfach Ergebnis einer Summierung von Erfahrungen; „ein Kind“, schreibt Wolfersdorf²¹) – wie viele andere vor ihm auch schon festgestellt haben –, „wird nicht wegen einer einmaligen Frustration und Zurückweisung, eines einmaligen emotionalen Defizits depressiv, denn sonst wären wohl in ihrer subjektiven Lebensgeschichte nur sehr wenige Menschen auf der Welt nicht depressiv-melancholisch geworden. Aber, viele Wertschätzungen ergeben letztlich nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Aspekt und viele Depressive halten die schwierige Zeit ihrer tiefen Depression 'nur deshalb' durch, weil sie sich von ihrem Arzt verstanden, angenommen fühlen, weil dieser sich um sie bemüht.“

Was hier für den Arzt gesagt ist, gilt auch für die anderen Gesprächspartner. Es braucht also viel Geduld, Verlässlichkeit im „Wiederkommen-Dürfen“ und das Sich-freuen-Können über kleine vergangene Schritte, sowie Hilfen zum „Wirklichkeitsvergleich“ (Relativierung), die nicht zur Bagatellisierung des individuellen Leidens wird (Hoffnungsvermitt-

lung), Ermunterung und Ermutigung zu nächsten (kleinen) Schritten (zur Überwindung von Versager-Erlebnissen und -Interpretationen) – aber nicht das Abnehmen von Verantwortung und Entscheidungen (wobei gravierende Entscheidungen während der Behandlung nicht getroffen werden sollen), Stärken der Geduld des Betroffenen mit sich selbst.

Beim „Wiederkommen-Dürfen“ darf das Angebot von Nähe nicht völliges Aufgehen im Leid des Betroffenen bedeuten, Mitleid bis zur eigenen Handlungsunfähigkeit und Depressivität. Es heißt vielmehr verständnisvolles sich Einfühlen und Wohlwollen, aber auch Abgrenzung, was sowohl den zeitlichen Aspekt betrifft wie auch den inhaltlichen. So kann es bedeuten, dass den depressiven Klagen nur eine begrenzte Beachtung geschenkt wird und statt dessen das Gespräch auf die nicht-depressiven Verhaltensweisen gelenkt wird. Im Hinblick auf das zeitliche Engagement haben sich feste Termine und festgelegte Dauer bewährt.

Auch im Umgang mit Familienangehörigen gilt, dass einerseits der Kranke nicht um die Anerkennung seiner Krankheit kämpfen müssen soll, dass andererseits, je nach Krankheitsbild verschieden, sich die Familie gegenüber der übermächtigen Erwartung des dauernden Zur-Verfügung-Stehens und dem fast „Aufgefressen-werden“ schützen muss, damit ein hilfreiches Klima, das Erleben konkreter Wertschätzung, erhalten bleiben kann. Zur Bestimmung des optimalen Verhaltens ist die Zusammenarbeit mit dem behandelnden Arzt/Therapeuten von entscheidender Bedeutung.

Letzteres ist unverzichtbar beim Umgang mit chronisch Kranken, zu dem an dieser Stelle fast gar nichts gesagt werden kann, weil der Sachverhalt zu komplex ist.

Hinter einer sogenannten „Jammerdepression“ steht oft die Unfähigkeit des/der Betroffenen, sich über enttäuschte Erwartungen Rechenschaft zu geben und darüber reden zu können. Vielleicht stünde es ja auch an, Trauerarbeit über ein erlittenes Schicksal zu leisten oder

über den Verlust von insgeheim erwarteten Entschädigungen für erbrachte Opferleistungen usw. Auch hier ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Angehörigen und Therapeut angezeigt.

Ich bin mir bewusst, dass meine sog. Empfehlungen sehr bruchstückhaft und unzureichend sind. Aber selbst wenn sie ein Buch fül-

len würden, würden sie dem Einzelfall nicht gerecht werden. Zwei Dinge scheinen mir unverzichtbar: die Zusammenarbeit mit dem Arzt/Therapeuten und die sich einfühlende wertschätzende Einstellung dem Kranken gegenüber. Dass Letzteres besser gelingen möge, dazu habe ich versucht, einen Beitrag zu leisten.

Anmerkungen

- 1) Vortrag im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des AKS „Auditorium Kloster Stiepel“, Bochum-Stiepel, am 05.11.1996
- 2) Pöppel, Ernst, 1985, Grenzen des Bewusstseins – Über Wirklichkeit und Welterfahrung. Stuttgart (DVA); Ders.: 1993, Lust und Schmerz – Über den Ursprung der Welt im Gehirn. Berlin (Siedler Verlag); Ders.: Das Drei-Sekunden-Bewusstsein. Thomas Saum-Aldehoff sprach mit Psychologen und Bewusstseinsforscher Ernst Pöppel. PSYCHOLOGIE HEUTE, 20. Jg., H. 10 (Oktober), 58–63, 1993; Ders.: Wortsucht. Alles sagen wollen und wenig sagen können. UNIVERSITAS, 50. Jg., Nr. 591, H. 9 (September), S. 824–830, 1995
- 3) Wolfersdorf, Manfred G., 1992, Hilfreicher Umgang mit Depressiven. Zum Verstehen und Behandeln von depressiv Kranken: Beobachtungen, Erfahrungen, Empfehlungen. Göttingen, Stuttgart (Verlag für Angewandte Psychologie, Hogrefe), S. 23
- 4) Gebattel von, V. E., 1939, Die Störungen des Werdens und des Zeiterlebens im Rahmen psychiatrischer Erkrankungen. In Ch. H. Roggenbau (Hrsg.), Gegenwartsprobleme psychiatrisch-neurologischer Forschung, S. 54–71, Stuttgart (Enke)
- 5) Wolfersdorf, Manfred G., 1992, a.a.O., S. 23
- 6) a.a.O., S. 23 f.
- 7) Nach Auskunft von Biologen und Hirnforschern steuert dieses „Symmetrieprinzip“ die gesamte Evolution und wird nicht nur im physischen, sondern auch – in eigener Qualität – im psychischen Aufbau des Menschen wirksam. Wie es z. B. in Verbindung mit dem Rhythmusgefühl in der Folter-Opfer-Therapie zur Reintegration von psychisch abgespaltenen Körperteilen in das gesamte „Körper-Ich“ genutzt werden kann, so reklamiert es z. B. in Verbindung mit dem Verantwortungs-bewusstsein nicht gelingenden Gemeinschaftsbezug und seine Gestaltung oder das Steckenbleiben im „Ich-Werde-Prozess“, da das Individuum sich seiner selbst in eigener Verantwortung zur Aufgabe gestellt ist und auch emotional darum „weiß“ (Bewertungsprozeß, s.o.), wobei vor dem „Schuldgefühl“ eine Reihe von anderen Gefühlen produziert werden, als „Daseins-Rückmeldungen“ (Ulich), um das Individuum zum Handeln zu veranlassen. Usw.

- 8) ähnlich wie bei der Schmerzunterdrückung durch die Narkose, bei der mit der Schmerzunterdrückung die gesamte Bewertungsfunktion für die Narkosezeit ausgeschaltet wird und der Patient keinen Zeitbezug mehr hat und auch nicht in der Lage ist, die während der Operation aufgenommenen Informationen zuordnen zu können. Am deutlichsten fällt der Zeit“verlust“ auf, wenn er nach dem Aufwachen fragt, wann es denn mit der Operation endlich losgehe. Nach traumatischem Erleben und beim Posttraumatischen Syndrom lassen sich ähnliche Anzeichen finden.
- 9) Wolfersdorf, 1992, S. 29 f.
- 10) Hole, G., 1970, Zur Frage des Bildwandels bei der Depression. Schweizer Archiv für Neurologie, Neurochirurgie und Psychiatrie, 106, 319–328.
- 11) Wolfersdorf, 1992, S. 27
- 12) Dörr, Anette, 1987, Religiosität und Depression. Eine empirisch-psychologische Untersuchung. Mit einem Vorwort von Lothar Tent und einem theologischen Gesprächsbeitrag von Reinhard Schmidt-Rost. Weinheim (Deutscher Studien Verlag)
- 13) dies. a.a.O., S. 108
- 14) Ellis, A., 1980, Psychotherapy and atheistic values (A response to A. E. Bergin's Psychotherapy and religious values). Journal of Consulting and Clinical Psychology, 1980, 48, 635–639.
- 15) Schulte, W., 1951, Glaube und Unglaube des Depressiven. Evangelische Theologie, 11, 172–187
- 16) Baker, M. und R. Gorsuch, 1982: Trait anxiety and intrinsic-extrinsic religiosity. Journal for the Scientific Study of Religion, 21, 119–122
Lovekin, A. und H. N. Malony, 1977: Religious glossolalia. A longitudinal study of personality changes. Journal for the Scientific Study of Religion, 16, 383–393
- 17) Zwingmann, Christian, 1991, Religiosität und Lebenszufriedenheit. Empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der religiösen Orientierung. (S. Roderer), Regensburg. Er schreibt in seiner Zusammenfassung seiner Befunde (S. 129): „Stärkere Zusammenhänge lassen sich ... finden, wenn zur Vorhersage der Lebenszufriedenheit zwei voneinander unabhängige motivationale Variablen verwendet werden:
1) die extrinsische religiöse (E-)Orientierung, welche eine instrumentelle,

oberflächliche Gläubigkeit darstellt, 2) die intrinsische religiöse (I-)Orientierung, welche eine verinnerlichte Gläubigkeit als Ausdruck einer tiefen Verbundenheit mit religiösen Werten darstellt.

Die Daten zeigen, dass Lebenszufriedenheit negativ linear aus E und positiv linear aus I vorhergesagt werden kann, wobei I die Beziehung zwischen E und Lebenszufriedenheit moderiert. ... Die Religiosität jeder Person lässt sich positiv linear allein aus der intrinsischen religiösen Orientierung vorhersagen. “

¹⁸⁾ a.a.O., S. 127

¹⁹⁾ Wolfersdorf, 1992, S. 61 ff.

²⁰⁾ Wolfersdorf, 1992, S. 139 f.

²¹⁾ a.a.O., S. 145

GEFUNDEN

Psychologe kritisiert Erfolgsdenken bei Christen

Einen überzogenen Leistungsstress in der Kirche hat der Frankfurter Pastoralpsychologe Karl Frielingsdorf kritisiert. „Der Terminkalender ist vielfach wichtiger geworden als die Bibel, das Gebetbuch oder das Brevier“, sagte der Jesuit in Osnabrück vor Mitarbeitern psychologischer Beratungsstellen. „Die Zeittrends wie das Leistungs- und Erfolgsdenken, einseitiger Aktivismus und Stress sind feste Bestandteile in kirchlichen Bereichen“, sagte Frielingsdorf. Der erste Schritt aus diesem Teufelskreis sei die bewußteste Auseinandersetzung mit dem einseitigen, dämonischen Leistungsgott, hob der Pastoralpsychologe hervor.

(KNA)

CHRISTLICHES ZEUGNIS

Luther war Vorbild für katholischen Gegenreformer

Vor 400 Jahren starb der erste deutsche Jesuit Petrus Canisius

Anselm Verbeek (KNA-Korr.)

1897 erlaubte das Augsburger Domkapitel nur die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an den 300. Todestag des ersten deutschen Jesuiten Petrus Canisius. Aus Gründen des konfessionellen Friedens wurde ein Altar im Dom verweigert, obwohl Canisius 1864 durch Papst Pius IX. seliggesprochen worden war. Zu stark lastete das Trauma des wenige Jahrzehnte zurückliegenden Kulturkampfes: In manchen protestantischen Kreisen galt Canisius damals als Repräsentant einer kämpferischen und konfessionell unduldsamen katholischen Kirche. Papst Leo XIII. nannte ihn den „Zweiten Apostel Deutschlands“ nach Bonifatius.

1997 wird das Gedenken an den 400. Todestag von Petrus Canisius parallel zum 500. Geburtstag des Reformators Philipp Melanchthon gefeiert. Die großen christlichen Konfessionen sind heute, anders als noch vor 100 Jahren, zusammengerückt. Das Augsburger Domkapitel hat die Reihe der Gedenkfeiern anlässlich Canisius' Todestages (21. Dezember 1597) mit einer Festschrift eröffnet. Die Herausgeber, Bistumshistoriker Peter Rummel und der Münchner Jesuit Julius Oswald, betonen im Vorwort der reich illustrierten Monographie den Wunsch, dass die Erinnerung an Leben und Werk des Ordensmanns „zu einem fruchtbaren ökumenischen Gespräch“ beiträgt.

Petrus Canisius wurde am 8. Mai 1521 in Nimwegen als ältester Sohn des Bürgermeisters Jacob Kanis geboren. Während seiner Studienzeit empfing er in der Kölner Kartause die prägenden Eindrücke, die letztlich seinen Lebensweg zum Geistlichen bestimmten. Besonders eine katholische Reformbewegung, die „Brüder vom gemeinsamen Leben“, formten in dem jungen Niederländer eine persönlich ausgerichtete, christozentrische Frömmigkeit



mit intensivem Bibelstudium. Diese Anliegen verfolgte auch die Reformation.

Vorwürfe von katholischer und evangelischer Seite

Canisius trat 1543 dem wenige Jahre zuvor gegründeten Jesuitenorden bei und rief ein Jahr später in Köln die erste deutsche Niederlassung der „Gesellschaft Jesu“ ins Leben. Bereits in der Rheinmetropole erfuhr die junge Kommunität des Canisius Anfeindungen von katholischer wie evangelischer Seite. Gegen die unbekannte „Sekte“ des Ignatius von Loyola, deren Mitglieder weder eine traditionelle Ordenstracht trugen noch durch ein gemeinsames Chorgebet miteinander verbunden waren, wurde die Klage erhoben, sie würde „junge Leute verführen“. Dem Reformator sollten später noch häufiger ähnliche Widerstände begegnen, wenn etwa geistliche Kollegen sich durch erfolgreiche Arbeit der Jesuiten in ihren Erbhöfen bedroht fühlten.

Bereits mit 24 Jahren ist Canisius in politischer Mission hervorgetreten. Er bewog Kaiser Karl V., den Kölner Erzbischof

Hermann von Wied, der seine Diözese mit Hilfe Luthers reformieren wollte, zum Amtsverzicht zu zwingen. Als kaiserlicher Berater und Hofprediger in Wien, Innsbruck und München sowie als Teilnehmer mehrerer Reichstage hat der erste deutsche Jesuit die Kirchenpolitik seiner Zeit maßgeblich beeinflusst. An der Umsetzung der tridentinischen Beschlüsse – Konzilspolitik wurde damals an Fürstenhöfen genauso gemacht wie in der Kirchenversammlung von Trient – war Canisius als Mittler beteiligt. Die Erneuerung der katholischen Kirche förderte er durch die Gründung zahlreicher Jesuiten-Kollegien.

Als Seelsorger bemühte sich Canisius vor allem um eine Aufwertung des Predigens, das damals als pastorales Wundermittel der evangelischen Lehre angesehen wurde. Durch Publikationen auf allen theologischen Gebieten erreichte er ein Millionenpublikum auch über seinen Tod hinaus. Bis ins 18. Jahrhundert war Canisius ein vielgelesener Theologe. Besonders erfolgreich liefen seine Katechismen. Auch hier folgte er dem Vorbild Martin Luthers, der den Buchtyp einer religiösen Unterweisung in Kirche, Familie und Schule zum Klassiker machte.

INFO: Canisius-Gedenkfeiern 1997

Von April bis Juni zeigt das Bayerische Nationalmuseum eine Ausstellung mit dem Titel „Rom in Bayern. Die ersten Jesuiten und das Haus Wittelsbach“. Ein Festgottesdienst zum Jubiläumsjahr wird am 27. April in der Münchner St. Michaelskirche der Jesuiten gefeiert. Am 17., 19., und 21. Juli wird in St. Michael eine historische Kirchenoper aufgeführt. In der Frankfurter Paulskirche halten die Jesuiten vom 29. September bis 2. Oktober einen Kongress zum Thema „Petrus Canisius SJ: Humanist und Europäer“ ab. □

Philipp Schwarzerd – genannt Melanchthon

Der geistige Kopf hinter Martin Luther vor 500 Jahren geboren

Philipp Melanchthon, dessen Geburtstag sich am 16. Februar zum fünfhundertsten Mal jährte, war dereinst ein Hoffnungsträger. Der Stellvertreter des Reformators Martin Luther war für viele Zeitgenossen die wohl größte Hoffnung in der Welt der Wissenschaften des 16. Jahrhunderts.

Der Sohn eines Waffenschmieds aus dem heute badischen Bretten entwickelte sich schon früh zum Wunderkind, dem die Fürsorge seines berühmten Großonkels, des Hebraisten Johannes Reuchlin, zuteil wurde. Dieser war es auch, der Philipp Schwarzerd seinen Namen zu übersetzen bewog: Melanchthon bedeutet im Griechischen „Schwarze Erde“. Seine Auffassungsgabe und sein Sprachtalent waren weithin bekannt. Bereits mit 12 Jahren besuchte der körperlich klein geratene Knabe Philipp die Universität in Heidelberg und legte fünf Jahre später in Tübingen das Magisterexamen ab. Dort machte er sich auch mit dem Werk des Humanisten Erasmus von Rotterdam bekannt. 1518, mit 21 Jahren, folgte er einem Ruf an die neu gegründete Universität Wittenberg als Dozent für Griechisch, lateinische Literatur, Rhetorik, Dialektik und philosophische Ethik. Im Sommer 1520 heiratete er die Tochter des dortigen Bürgermeisters Katharina Krapp, die ihm drei Kinder schenkte.

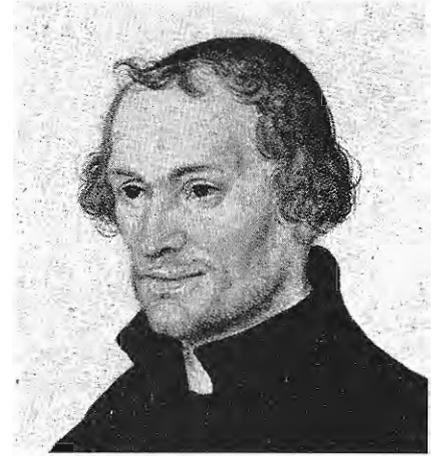
In Wittenberg traf Melanchthon auf den fast 14 Jahre älteren Martin Luther. Letzterer hatte sich ein Jahr zuvor mit seinen 95 Thesen gegen das Ablasswesen der Kirche sogar gegen den Papst gestellt. Melanchthon ließ sich rasch in den Bann des Reformators ziehen und stellte die Vielfalt seines Wissens in den Dienst der Reformation. Er hatte aber zu keiner Zeit die Absicht, Geistlicher zu werden. Sein Ziel war es, die Wissenschaft umfassend zu fördern. Durch eine Universitätsreform wollte er die Studiengänge modernisieren. Über Bildung wollte er die Welt verbessern. Seine Kolle-

gen ernennen den umtriebigen Wissenschaftler zum Praeceptor Germaniae – Lehrer Deutschlands. Über 50 Städte suchten den Rat des Humanisten für eine neue Struktur ihrer Schulen. Der überragende Bildungsorganisator des Jahrhunderts gewesen zu sein, ist Melanchthons größte Leistung.

Politisch hingegen erfüllt der schwächliche Reformator hinter Luther dessen hohe Erwartungen nicht. Er kritisiert, dass Melanchthon wie ein Blutegel die Sorgen in sich aufsaugt. Nachdem Luther das schützende Kursachsen nicht verlassen kann, gefährdet Melanchthon durch seine fehlende Ausstrahlung auf Reichstagen und bei Religionsgesprächen den Fortschritt der Reformation.

So war es kein Zufall, dass Melanchthon beim Augsburger Reichstag von 1530, als es um die Bekenntnisgrundlage der Protestanten ging, ganz selbstverständlich als deren Wortführer auftrat. Dabei stapelte er lieber tief, um den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden. So bestünden zwischen den Forderungen der Augburgischen Konfession und der Praxis der katholischen Kirche nur einige kleine Unstimmigkeiten aufgrund von Missbräuchen, die sich leicht abstellen ließen. Man selber lehre nichts, was sich von der Schrift oder auch der rechtverstandenen katholischen Lehre abhebe. Luthers salomonisches Urteil dazu: Ihm gefalle diese Ausarbeitung sehr wohl, er selber könne aber niemals so leise treten wie ein Philipp Melanchthon. Was aber hat der Reformator, trotz der verhaltenen Kritik an Melanchthon so sehr geschätzt, dass er ihn für unverzichtbar hielt? Wahrscheinlich erkannte Luther instinktiv, dass der Wittenberger Wissenschaftler als Volkspädagoge über die seltene Begabung verfügte, zu vermitteln und auszugleichen und so die neue Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken.

Als Luther in Acht und Bann getan auf der Wartburg weilt, bre-



Philipp Melanchthon,
* 16.02.1497, † 19.04.1560;
Computerzeichnung nach einem
Gemälde von Lucas Cranach d.Ä.
(1532)

chen in Wittenberg schwere Unruhen aus. Es wird nichts geringeres gefordert als eine geistliche und politische Revolution im Namen des Evangeliums. Der Stellvertreter Luthers ist geschockt und schafft es nicht, Entscheidungen zu treffen, um für Ruhe zu sorgen. Er verkriecht sich bis Luther schließlich selber durch seine Predigten die Ordnung wiederherstellt. Der 24-jährige Philipp Melanchthon ist für sein Leben traumatisiert.

Der 18. Februar 1546, der Todestag Luthers, bedeutet für Melanchthon eine schmerzliche Wende. Der vorsichtige Neuerer gerät mit seinem Schlingerkurs in kurzer Zeit zwischen alle Fronten. Er wird angefeindet von seinen Gegnern und muss sich Vorwürfe seiner Freunde und Schüler anhören. Unter dieser Last zieht er sich immer mehr zurück und formuliert verbittert: „Die Menge ist wertlos und schlecht.“

Vergrämt und vom Lauf der Dinge enttäuscht widmet er seine letzten Lebensjahre auf die Edition seiner gesammelten Schriften. Am 19. April 1560 stirbt er schließlich an einer schweren Erkältung. Seinem größten Lebenswunsch entsprechend wurde er als treuer Weggefährte Luthers in der Wittenberger Schloßkirche beigesetzt.

(bt nach Rheinischem Merkur vom 14.02.1997)

Gerhard Tersteegen, ein evangelischer rheinischer Mystiker

Der vor 300 Jahren geborene rheinische Liederdichter
ist Katholiken kaum bekannt

* 25. 11. 1697 Moers,
† 3.4. 1769 in Mülheim a. d. Ruhr,
– pietistischer Mystiker, Haupt der
niederrheinischen Erweckungsbe-
wegungen im 18. Jh.;
– schrieb geistliche Lieder, z.B.
„Ich bete an die Macht der Liebe“,
und geistliche Epigramme.

Zwar gehört Gerhard Teer-
stegen zu den bedeutendsten Per-
sönlichkeiten, die die evangelische
Kirche hervorgebracht hat, aber
für die meisten von uns ist er je
länger desto mehr ein Unbekann-
ter geworden, von dem wir gerade
noch den Namen wissen und wohl
auch die Tatsache, dass er Lieder
gedichtet hat, die in einigen Ges-
angbüchern stehen. Manch einer
verbindet mit seinem Namen auch
noch die Begriffe „Pietis-
mus“ und „Mystik“, ohne
dass ihm diese Kategori-
en viel sagen. Um Ter-
steegen, der in seiner Zeit
zu den „Stillen im Lande“
gehörte und dessen Werk
nach seinem Tode beinahe
200 Jahre lang eine starke
Prägenkraft bewiesen
hat, ist es still geworden.
Als man 1969 seines 200.
Todestages gedachte, wa-
ren es nur kleine Kreise,
die sich im Gedenken an
den Mülheimer Mystiker
zusammenfanden.

Nun wäre es aller-
dings kaum im Sinne
Tersteegens, wenn wir
uns in seine Biographie
vertiefen würden. Wer so
wie Tersteegen nur den
einen Wunsch hatte, an-
gesichts der überwältigen-
den Liebe Gottes sich
selbst zu vergessen, kann
nicht andere dazu einla-
den, an ihn zu denken. So
berichtet die sogenannte
„Alte Lebensbeschrei-
bung“, dass einige Freun-
de Tersteegen kurz vor
seinem Tode um eine Le-

bensbeschreibung bat. Er ver-
wies die Bittsteller auf die Ewig-
keit und sagte: „Da werdet ihr,
meine Brüder, mein Leben sehen;
da werdet ihr mit mir leben, und
da wollen wir, einer dem anderen,
zum ewigen Lobe Gottes unsere
Lebensbeschreibungen erzählen.“
So nennen wir hier nur in aller
Kürze die wichtigsten Daten und
Ereignisse seines Lebens:

Tersteegen wurde am 25. No-
vember 1697 in Moers am Nieder-
rhein geboren, besuchte anfangs
die Lateinschule in seiner Vater-
stadt, machte sodann in Mülheim
an der Ruhr eine Kaufmannslehre
durch und war dort kurz als Kauf-
mann tätig. Später gab er diesen
Beruf auf, arbeitete als Bandweber
und betätigte sich daneben als

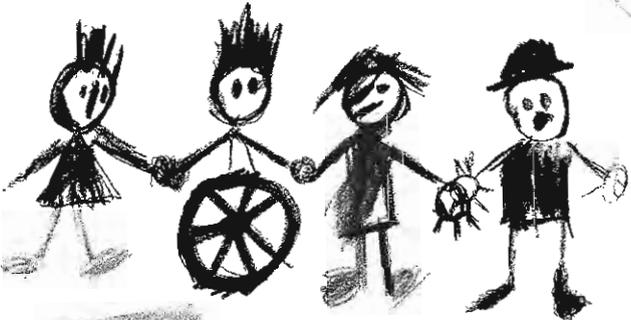
Prediger, Seelsorger und Schrift-
steller. Schließlich gab er auch das
Handwerk auf und widmete sich
ganz geistlichen Aufgaben. Ter-
steegen blieb unverheiratet und
starb am 3. April 1769.

Dass Tersteegen in der katholi-
schen Kirche weithin unbekannt
ist, ist verständlich. Mit Recht
stellt Hans Fischer in seinem Auf-
satz „Gedanken eines Katholiken
zu Gerhard Tersteegen“ fest, dass
ein Katholik zu Tersteegens Leb-
zeiten kaum die Möglichkeit hatte,
dem evangelischen Mystiker zu be-
ggnen: dass Tersteegen Prote-
stant war, genügte damals noch,
um eine Wirkung auf katholische
Christen unmöglich zu machen.
Tersteegen seinerseits hatte die
katholische Kirche hoch geschätzt,

viele katholische Auto-
ren gelesen und dankbar
von ihnen gelernt. In sei-
ner „Auserlesenen Le-
bensbeschreibung heiliger
Seelen“ hat er eine
große Zahl von Heiligen
der katholischen Kirche
behandelt. Heute kann
der Katholik Hans Fi-
scher feststellen, „dass
Tersteegen eine nicht
leicht zu bestimmende
Stellung zwischen den
Konfessionen einnimmt“. Zu den 20 Liedern Ter-
steegens, die im Evange-
lischen Gesangbuch für
Rheinland und Westfa-
len stehen, bemerkt Fi-
scher: „Ihrem religiösen
Gehalt und ihrem dichterischen Rang nach wä-
ren sie im katholischen
Gesangbuch neben den
zehn Liedern des Mysti-
kers Angelus Silesius
gewiss nicht fehl am
Platz.“

Der Beitrag ist entnommen
dem Buch von Reinhard Deich-
gräber, „Gott ist genug. Lied-
meditationen nach Gerhard
Tersteegen“. Göttingen 1975.

Jedes Kind
ist lebenswert



Woche für das Leben 

1. bis 7. Juni 1997

Eine Initiative der katholischen und der evangelischen Kirche

Kennen Sie Barsabbas?

Aus zweiter Reihe – in erster Person

Johannes Siebner SJ

Barsabbas ist ein Jünger Jesu, der es nicht in den inneren Kreis der Apostel geschafft hat, wie er meint, und daran fast zerbrochen ist. So sehr liebt er seinen Herrn, dass er schier verzweifelt, da er ihn nicht „für sich“ haben kann; nicht nur hier ähnelt er Petrus, dem Apostelfürsten. Als er die ersehnte Liebe nicht bekommen kann, verleugnet er den Geliebten, um erst auf der Via Dolorosa im Angesicht des kreuztragenden Jesus dessen Botschaft zu erkennen: „Nur meine Liebe zu Dir, Barsabbas, kann alleine Dich retten“. Immer wieder will Barsabbas etwas tun für seinen Herrn, am liebsten Heldentaten; und doch muß er sehr schmerzhaft erst annehmen lernen, daß alles schon getan ist. Als schließlich Matthias statt seiner in den Zwölferkreis gerufen wird, um Judas zu ersetzen (vgl. Apg 1,15 ff), überkommt ihn große Traurigkeit und Wut: „Ich habe den Herrn sehr geliebt. Ich bin ihm nachgegangen und habe jedes seiner Worte... in mich aufgenommen ... Ich habe ihm jeden Dienst erwiesen, den er von mir wollte, aber Er hat mich nicht wiedergeliebt. Wie gerne wäre ich sein Apostel gewesen, ... aber Er hat meinen Dienst nicht angenommen.“

Die Stunde der Apostelwahl wird „zur Niederlage“, und auch die liebevollen und verständigen Worte des Freundes Andreas, Petri Bruder, helfen nicht. Anerkennung und Befriedigung findet er nur für kurze Zeit bei den Feinden Jesu, bei Saulus aus Tarsos, der mit Haß die Kirche Jesu verfolgt. Im Angesicht des gefolterten und sterbenden Stephanus erkennt Barsabbas mit Entsetzen seinen erneuten Verrat und flieht. Er sucht den „Mantel des Vergessens“ und findet ihn in der jüdischen Gemeinde im fernen Rom, wo er heiratet und zu einem erfolgreichen Geschäftsmann wird. „Ich war am Ziel meiner Träume. Ich war reich, hatte eine schöne Frau

Uwe Bernzen

Barsabbas



Ein Lebensweg

und galt unter den jüdischen Menschen was. Vor allem mein Ansehen, das ich mir unter den Menschen errungen (!) hatte, galt mir viel, ja alles.“ Bis hin zum dargebrachten „Opfer für den göttlichen Kaiser“ biedert er sich bei den Römern an, um auch bei ihnen Ansehen und Erfolg zu finden. Schließlich aber, durch einen Zufall wie es scheint, teilt er doch noch das Schicksal des Petrus, dem er so ähnlich ist. Im Angesicht des Todes schreit er schließlich sein „Ja, ich gehöre Christus an!“ gegen die Kerkerwände.

„Du hast mich geliebt, und ich darf diese Liebe annehmen.“ So läßt sich dieses Büchlein wohl zusammenfassen. Auf ungewöhnliche Weise gelingt es dem Autor, eine eher unbeachtete Figur des Neuen Testaments in den Vordergrund zu rücken; Barsabbas legt eine Lebensbeichte ab, ‚mal verzweifelt flehend, betend, ja fast intim, ‚mal fast nüchtern erzählend. Jener Man aus der zweiten Reihe, der da in der ersten Person so ergreifend erzählt, lädt uns ganz dringend ein, unsere eigene Berufung zu überdenken.

Die acht feinwilligen Grafiken Tisa von der Schulenburgs vertiefen die Lebensbeichte des Barsabbas. Die Künstlerin versteht es, mit sparsamen Strichen den Lebensweg des vermeintlich Abgewiesenen zu begleiten.

Barsabbas – Ein Lebensweg
von Uwe Bernzen, mit acht Grafiken von Tisa von der Schulenburg
Verlag Cordier, Heiligenstadt 1996.
84 Seiten, ISBN 3-929413-30-2.

Uwe Bernzen

Am 27. Dezember 1938 in Lübeck geboren. Abitur am Katharineum zu Lübeck, Jura- und Politikstudium in Tübingen, Köln und Kiel, Promotion zum Dr. jur. Drei Jahre Staatsanwalt in Hamburg, dann zwanzig Jahre Justitiar der Hamburgischen Bürgerschaft, seit 1992 Direktor des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin. Seit 34 Jahren verheiratet, vier Kinder.

Veröffentlichungen von Kalendergeschichten und juristischer Fachliteratur.

Tisa Gräfin von der Schulenburg/
Schwester Paula

Tisa von der Schulenburg wurde 1903 als Generaltochter Elisabeth Gräfin von der Schulenburg in Mecklenburg geboren. Sie ist die Schwester des 1944 von den Nazis hingerichteten Widerstandskämpfers Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Aufgewachsen in einer preußischen Offizierfamilie, lernte sie die „Goldenen zwanziger Jahre“ Berlins und das Elend der Wirtschaftskrise kennen. Von 1925–1928 studierte sie Kunst in Paris. 1928 heiratete sie Fritz Hess, der – weil Jude – nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigrieren mußte. Sie folgt ihm ins Exil nach London. Dort wird sie in ihrem künstlerischen Entwicklung durch Henry Moore angeregt und gefördert. Scheitern der Ehe. Als sie zu ihrem sterbenden Vater 1939 nach Deutschland fährt, verweigern ihr die Engländer die Wiedereinreise. Verzweifelt kehrt sie nach Deutschland zurück, erlebt dort die Verschwörung des 20. Juli aus nächster Nähe mit. Sie flüchtet vor der russischen Front nach Westen. Nach der gescheiterten zweiten Ehe kommt es zum völligen Zusammenbruch.

1949 konvertiert sie und tritt 1950 in das Kloster der Ursulinen in Dorsten ein, wo sie die gesuchte Freiheit findet. Sie lebt hier ihrer Kunst. Ihre Werke befassen sich vor allem mit dem Bild der Bergarbeiter und der notleidenden Menschen. □

Credo

Helmut Fettweis

Der Mensch sucht nach Gott. Ob er das in der Form der Ahnenverehrung, in der Art der Götterwahl in alten Zeiten oder auch in der Suche nach dem Nirwana vollzieht, es ist ein Geheimnis im Wesen des Menschen. Nun gibt es heute etliche Angebote, die dieser Sehnsucht entgegen zu kommen versuchen. Darunter gibt es drei Religionen, die den Glauben an einen Gott lehren. Zweifellos die älteste dieser Glaubensbezeugungen ist das Judentum. Aus dem Glauben der „älteren Brüder“ entwickelte sich durch die Stiftung Christi das Christentum: Diese Religion behauptet, dass durch die Gnade Gottes Sein Wort Menschengestalt annahm – geboren von der Jungfrau Maria – und im Leben, Lehren, Leiden, Tod und Auferstehung Christi die Menschheit von einer Urschuld erlöst hat. So soll der Mensch wieder in eine Form des Daseins zurückfinden, die Gott von Anfang an der Schöpfung bestimmt hat. Auch der Muslim glaubt an einen Gott. Dieser habe sich dem Propheten Mohammed († 632) geoffenbart und ihm den Koran als Glaubens-Grundlage „diktiert“.

Weiter gibt es viele Variationen des jüdischen, christlichen und muslimischen Glaubens.

Über Glauben kann man nicht streiten. So muss also der „arme“ Mensch des „Informationszeitalters“ aus der Fülle der Angebote aussuchen.

Das wird um so schwieriger, weil es außer den Glaubensgemeinschaften, die sich auf Gott – oder einen Gott – beziehen, noch religiöse Gemeinschaften gibt, die glauben, sich selbst erlösen zu können. Geburt und Wiedergeburt, hinein-geboren werden in eine gesellschaftliche Gruppe, Ahnenkult und anderes spielen dabei eine Rolle.

So stellt sich natürlich die Frage, welche Religion ist die Richtige? Sicherlich muss man sagen, dass es eine Grundentscheidung geben muss: Gibt es einen Gott oder ist Leben eine zufällige Entwicklungsform? Gibt es einen

Der ungläubige Thomas,
Darstellung aus einer alten Kinder-
und Hausbibel, Herder 1941

Gott, dann ist die zweite Frage: ist er der Schöpfer?

Daraus resultiert: War die Schöpfung ein einmaliger Akt und dann hatte Gott keine Freude mehr an seinem „Spielzeug“ und überließ alles weitere der eingegebenen Systematik oder ist er der lebendige Gott, der den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen hat?

Weiterhin ist zu fragen, liebt er seine Schöpfung, will er sie zu einer Vollendung führen?

Aus unserem Leben wissen wir, dass der Mensch nicht umfassend gut ist. Wir wissen nicht nur von Naturkatastrophen sondern auch von unmenschlichen Untaten der Menschen an Menschen.

Da ist etwas kaputt im Menschen. Und, wenn man die Geschichte der Menschheit verfolgt, dann hat es noch keine menschliche Philosophie, kein gesellschaftliches System gegeben, die oder das den Menschen heilen konnte. Weder Liberalismus, Kapitalismus, Marxismus, Faschismus, Bolchewismus oder gar Nationalsozialismus, haben dem Menschen Glück, geschweige ein vollendetes gebracht.

Nun behaupten die „Ein-Gott-Religionen“, dass Gott den Menschen erlöst, befreit und zu sich holt. Ein Leben in einer neuen Welt entschädigt ihn für alle irdischen Leiden. Aber der Mensch kann auch weiterhin fehlen und wird dafür in unterschiedlicher Weise bestraft, von der Hölle bis zur Auflösung des Seins.

Einzig das Christentum und hier besonders die katholische Kirche sagt, dass Christus durch seinen Tod die Schuld der Menschen gesühnt und „Regeln“ verheißen hat – aufgebaut auf den Gesetzen, die Gott dem Volk Israel einst gab –, wie der Einzelne in Gottes Reich aufgenommen werden kann. Zuvorderst steht der Glaube an Jesus Christus als Sohn Gottes und Weg zu Wahrheit und Leben (vgl. Joh 14,6 ff.). Er hat für sich in Anspruch genommen, das umfassende, helfende Wort Gottes zu sein. „Wer mein Wort hört und dem glaubt, der mich gesandt hat, hat das ewige Leben;“ (Joh 5,24).



Hält man nun diese Worte im Neuen Testament für wahr, dann muss man auch die Stiftung der Kirche und der Sakramente anerkennen. Dann kommt man nicht an der Berufung der Apostel und ihrer von ihm erwählten Nachfolger (Bischöfe und Priester) vorbei. Ebenfalls kann man die Berufung des Apostels Petrus zum Vorsteher der Apostel und seiner Nachfolger als Hirten der Kirche nicht als falsch ablehnen. Somit wird deutlich, dass unter den Religionen der heutigen Zeit, die Botschaft Jesu Christi die ist, die den höchsten Wahrheitsgehalt verkörpert.

Dann muss man allerdings auch das tun, was Christus zum Heil als frohe Botschaft verkündet hat: „Kehret um, glaubt“. Umkehr in Beichte und Buße ist eine Hilfe. Die weiteren Sakramente, die Christus gestiftet hat, sind ebenfalls Hilfen, um den Weg zur ewigen Anschauung Gottes besser finden zu können. Ein Sakrament spielt dabei eine besondere Rolle. Am Abend vor seinem Leiden vollzog Christus nicht nur das bei den Juden übliche Pascha-Mahl, sondern er setzte ein zusätzliches Zeichen.

Aus den zum Sein der Menschen notwendigen „Lebens-Mitteln“ wählte er Brot und Wein, die unmittelbar der Erde entsprossen. Beide Speisen sind seit Menschen-gedenken besonders gefragt. Brot ist lebensnotwendig und Wein hat ein hohes Ansehen wegen des besonderen Arbeitsprozesses, der zur Reife notwendig ist und weil das Endprodukt helfende, heilende und stimulierende Wirkung hat.

Diese beiden Grundspeisen wählt Jesus und verwandelt sie durch seine göttliche Vollmacht in

sein Fleisch und Blut. Er gibt die in seinen Leib gewandelten Gaben seinen Jüngern, damit sie mit ihm in seiner Göttlichkeit verbunden sein sollen.

Hier muss man einfügen, dass es sich nicht um eine „Wunderdroge“ handelt, die den Willen auslöscht und den Empfänger einfach zum guten Menschen macht. Es ist eine Speise und ein Trank, zur Stärkung auf dem Weg in das Reich Gottes.

Ausdrücklich sagt Christus: Das ist mein Leib, das ist mein Blut. (vgl. Mt 26,28; Mk 14,22–24; Lk 22,19–20) Jesus betont, wie Johannes in 6,51 berichtet, „Ich bin das lebendige Brot ...“ „Das Brot, das ich geben werde, ist mein Fleisch... Und im Vers 54 sagt der Herr: „Wer mein Fleisch isst und mein Blut trinkt, hat das ewige Leben ...“

In Vers 53 verkündet Jesus, zum Entsetzen einiger jüdischer Zuhörer: „Wenn ihr das Fleisch des Menschensohnes nicht esst und sein Blut nicht trinkt, habt ihr das Leben nicht in euch“. (Zit. aus Joh)

Glaubt man nun, dass Jesus der Sohn Gottes ist, dann muss man auch seine Aussagen glauben. Aus diesen Worten kann man sich nicht einige passende Stücke herausnehmen, sondern man muss die Gesamtheit lesen, erwägen und im Glauben verstehen.

Dann aber muss man dem höchsten Gut, dem Leib des Herrn mit Ehrfurcht und Andacht begegnen. Das schließt eine innerliche Vorbereitung (Beichte) ebenso ein, wie den aufmerksamen Vollzug der Heiligen Handlung. Das bedeutet aber auch, dass man im Glauben die Religion, in der sich Gott selbst verschenkt, um den Menschen zu erlösen als die weitestgehende ansehen muss.

Sicherlich können in anderen Religionen heiligmäßige Frauen und Männer leben, auch im Umgang liebevollere Menschen beheimatet sein. Wer aber an Jesus, den Sohn Gottes glaubt, für den kann es keinen anderen Weg geben als den, den der Herr selbst gelehrt

hat. Unter diesen Gesichtspunkten kann der gläubige Christ keine anderen Religionen bevorzugen oder höher bewerten ohne selbst vom Weg in das ewige Leben abzuweichen. Das erfordert aber auch, dass der Christ nach den Geboten leben muss. Verstößt er gegen sie – und das kann täglich und stündlich sein, muss er sich auch vertrauensvoll in die Pflicht Christi nehmen lassen: Geh und sündige nicht mehr (Joh 8,11). Damit wird deutlich, das Eingeständnis der Sünden und das Bekennen sind notwendig. Um aber den weiteren Weg zum Ziel der Menschen, die Aufnahme in die Anschauung Gottes, gehen zu können, schenkte uns Jesus die Hineinnahme in seinen Leib durch die in der heiligen Eucharistie gewandelten irdischen Gaben von Brot und Wein in seine himmlische Speise.

Glauben ist mehr als nur mit dem Verstand wahrnehmen. Glauben ist auch mit dem Herzen schauen. □

Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche:

Furcht vor der Ökumene

Joachim Georg Görlich

Laut Ukrainischer Griechisch-Katholischer Kirche und deren Schwesterkirchen in ganz Osteuropa kann es dort keine echte Ökumene geben, weil die Russisch-Orthodoxe Kirche sowie deren Schwesterkirchen in den GUS-Ländern, in Bulgarien, Rumänien und Polen dafür nicht reif ist, ihren Führungsanspruch dort, wo sie die Mehrheit hat, nicht aufgeben will.

Auch sei sie nicht zur Vergangenheitsbewältigung bereit. Dazu gehört die 1946 in der UdSSR erfolgte blutige Zwangseinverleibung der Griechisch-Katholischen mit dem gesamten Kircheneigentum. Alle Gläubigen, die sich gegen diesen Willkürakt auflehnten verschwanden, nicht selten für immer, in den sibirischen Zwangslagern, derweilen nicht geringe Teile der russisch-orthodoxen Bischöfe und des Klerus eng mit den Kommunisten oder gar mit dem KGB kollaborierten.

Erst 1989 erhielten die mit Rom unierten Griechisch-Katholischen ihre Souveränität zurück. Allein in der Ukraine kehrten so 2 000 Pfarrgemeinden in den Schoß ihrer ursprünglichen Kirche zurück, was 20 Prozent aller damals russisch-orthodoxen Pfarrgemeinden ausmachte. Und es waren darunter auch orthodoxe Christen, die wegen der KP-Nähe ihrer Geistlichkeit „überliefen“.

Nichtsdestotrotz sind die 2.000 Gemeinden nur ein Teil dessen, was vor 1946 den „Unierten“ gehörte. Vergeblich mahnt die unierte Kirche der Ukraine bei den Orthodoxen seitdem die Rückgabe des Restes ihres einstigen Eigentums an. In Bulgarien und Rumänien ist es ähnlich. Die ukrainische Regierung möchte wohl mit Rücksicht auf den „großen Bruder“ im Kreml nicht ein deutliches Machtwort sprechen, heißt es.

Misstrauen herrscht auch sei-

tens der „Unierten“ gegenüber eifrigen „Ökumenikern“, die aus den Reihen der römisch-katholischen und auch aus der evangelischen Kirche (meistens aus dem Westen) kommen. Diese drängten „um des lieben Friedens und einer falsch verstandenen Ökumene willen“ die „Unierten“, doch nachzugeben. Während z.B. die Russisch-Orthodoxe Kirche von den katholischen Bischöfen und Geistlichen tatkräftig unterstützt wird, ihren Diasporagemeinden großzügig Gotteshäuser zur Verfügung gestellt werden, würden die „Unierten“ und deren Gemeinden im Westen stets zurückhaltender behandelt, „aus Angst man könnte die ökumenischen Beziehungen belasten.“ Dies wundert um so mehr, da die orthodoxe Kirche auch nicht gern römisch-katholischen Besitz herausrücke, neuerdings auf ihre Initiative aus Weißrussland katholische Priester des Landes verwiesen wurden und bei der Neueinführung der Militärseelsorge in Russland, ihren Führungsanspruch durchsetzte, so dass nur ihre Geistlichen als Feldgeistliche zugelassen wurden. □

MILITÄR UND GESELLSCHAFT

Was ist in unserer Republik eigentlich nicht umstritten? Zwei Beiträge zum gegenwärtig sehr polemisch behandelten Thema „Deutsche Wehrmacht“ erreichten die Redaktion, die wir unseren Lesern, ob sie nun Soldaten oder Zivilisten sind, nicht vorenthalten wollen. Der erste Beitrag von Generalmajor a.D. Gerd-H. Komossa ist erschienen in der Deutschen Tagespost (DT) vom 30.01.1997. Auf Seite 8 berichtet DT unter der Überschrift „Soldaten müssen Hüter ihrer Brüder und Schwestern sein“ über den Internationalen Soldatengottesdienst im Kölner Dom zum Weltfriedenstag (s.a. in diesem AUFTRAG S. 8 ff.). Unter diesem positiven Bild des Soldaten als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ folgt die Auseinandersetzung des ehemaligen Generals mit der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. Wenn, was sicherlich unbestreitbar ist, die Wehrmacht zu ihrer Zeit nicht unter dem Primat des Friedensdienstes stand, so ist es doch eine gewollte Diskriminierung einer anderen Generation von Soldaten, wenn sie heute generell als Verbrecher abgestempelt werden. Auch die Wehrmacht stand unter dem Primat der Politik. Den scharfen Ausführungen von G.-H. Komossa ist weitgehend zuzustimmen. Der zweite Beitrag von Eckhard Stuff ist die Besprechung des Buches von Philippe Masson, „Die Deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht 1935–1945“. Es ist wohlthuend, dass aus der vorurteilsfreien Sicht eines französischen Historikers das Bild der Wehrmacht sich anders als in der „deutschen“ Ausstellung darbietet. (PS)

Eine Provokation und geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören

Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ richtet sich gegen den deutschen Soldaten

Gerd-H. Komossa

Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, hat es für notwendig befunden, in der Frage, ob die Soldaten der Wehrmacht überwiegend als Mörder im Zweiten Weltkrieg in Europa hausten oder doch nur ihre Pflichten als Soldat erfüllt haben, Partei zu beziehen. Sie eröffnet die von Polemik strotzende Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Diese Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ ist eine Provokation. Sie zwingt zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Sie fordert Diskussion heraus und zwingt auch zur Parteinahme. Zwingt sie aber auch zur Parteilichkeit der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, das nach dem Willen des Grundgesetzes Wahrer der demokratischen Grundordnung und Hüter unserer Verfas-

sung sein soll und sonst nichts? Demnächst wird in München der Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt im Rathaus die Ausstellung eröffnen. In Nürnberg war sie bereits zu sehen.

Jutta Limbach scheint zu übersehen, dass den Richtern in der Bundesrepublik Deutschland die rechtsprechende Gewalt vom Staat anvertraut wurde und sie damit zur Distanz in vielen Dingen des Lebens zwingt, vor allem in politischen Fragen. Besonders im Falle des höchsten Gerichts, das ja ein eigenständiges Verfassungsorgan ist wie der Bundestag, Bundesrat oder die Bundesregierung. Dies allein sollte die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts zu besonderer Zurückhaltung in der Öffentlichkeit anregen. Wenn die Präsidentin den guten Ruf des Bundesverfassungsgerichts nicht

weiter beschädigen will, wäre ihr Zurückhaltung zu empfehlen. Gerade nach dem Spruch, der es seit 1995 ermöglicht, deutschen Soldaten Mörder zu nennen. Wer in der Sache entscheiden müsste, wenn ein Bürger prüfen ließe, wie weit das Recht auf Meinungsfreiheit in Relation zum Artikel 1 des Grundgesetzes reichen darf, der sollte sich nicht durch demonstratives Verhalten bei der Ausstellung in Karlsruhe in eine Position begeben, die zum Konflikt führen muss. Käme es zu einer Klage, müsste sich Jutta Limbach doch wohl befangen fühlen. Die Ausstellung ist jedenfalls geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Die ganze Art der verallgemeinernden Darstellung von Verbrechen durch Text und Foto könnte sogar den Tatbestand übler Nachrede und Verleumdung erfüllen (§§ 186, 187 StGB). Könnte nicht auch der Paragraph 189 des Strafgesetzbuchs greifen, wonach mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft wird, wer das Ansehen eines Verstorbenen verunglimpft?

Wichtiger als jede Bewertung der in der Ausstellung gezeigte Fotos erscheint die Ausstellung der Hintergründe dieser Akteure. Warum aber erweist ihr die Gerichtspräsidentin ihre Referenz? Mit Blick auf die Fotoausstellung ist auch nachzudenken über den Artikel 1 des Grundgesetzes. Dieser Artikel 1 hat elementare Bedeutung für das gesamte Grundgesetz. Er verpflichtet unseren Staat, den Bürger vor Verletzung seiner Menschenwürde durch andere zu schützen und zu bewahren. Da die Ausstellung den Eindruck vermittelt, daß die Soldaten der Wehrmacht in der Regel Verbrecher waren, verletzt sie die Würde jedes einzelnen Bürgers, der als Soldat im Zweiten Weltkrieg gedient hat. Zu fragen ist, ob unser Staat seiner Verpflichtung im Sinne des Artikel 1 gerecht wird. Zu fragen ist, ob die Rechtsprechung die Forderung des Grundgesetzes in bezug auf den Soldaten der Bundeswehr positiv konkretisiert.

Wenn Wissenschaftler und deren Sponsoren in dieser Diskussi-

„Es waren Menschen, die ihr Vaterland liebten“

Ein neues Buch zur Geschichte der Wehrmacht 1935–1945

Eckhard Stuff

on so tun, als gelte ihr Verbrecher-Vorwurf in erster Linie dem Soldaten der Wehrmacht, so meinen sie doch den Soldaten schlechthin, also den Soldaten der Bundeswehr. Deutschland hat seinen im Zweiten Weltkrieg gefallenen Söhnen keine Denkmäler aufgestellt. In mitteldeutschen Städten, wie in Stralsund vor der Marienkirche, stehen hingegen Ehrenmäler für andere Soldaten mit der Inschrift „Ruhm und Ehre den Helden der Sowjetunion – 1941–1945“. Bei Bewertung der Ausstellung geht es im Grunde um die Fragen:

- War die Wehrmacht im Vergleich der Armeen in ihrer Kampfführung besonders verbrecherisch?
- War im Gegensatz dazu die Kampfführung der Roten Armee durch besondere Humanität gekennzeichnet?
- War die Wehrmacht de facto nichts mehr als die Summe von Hinrichtungskommandos und Partisanenbekämpfungsverbänden?

Der nicht ideologisch belastete Zeitzeuge wie alle von der Roten Armee überrollten Deutschen aus Ost- und Westpreußen, Schlesien und Pommern kennen die Antwort.

Es ist bemerkenswert welche Entwicklung die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in den vergangenen Jahren genommen hat. Die Zeit, da ein Präsident Benda darauf achtete, dass das Gericht unmißverständlich Hüter der Verfassung war, könnte vorbei sein.

Die Ausstellung jedenfalls zeigt nicht das wahre Gesicht des Soldaten der Wehrmacht. Sie vermittelt ein Zerrbild. Die Wehrmacht war eine disziplinierte Armee. Hochgeachtet von ihren damaligen Gegnern. Die Wehrmacht, das war nicht der „verstrickte“ hohe Offizier im Führerhauptquartier, das war der Panzer- und MG-Schütze, der Kompaniechef, U-Bootfahrer und Pilot. Und dies waren keine Verbrecher. Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit und aus Verpflichtung vor unseren Toten müssen die Überlebenden des Kriegs sich gegen Verfälschungen wehren. □

Schon in Frankreich ist dem Buch Philippe Massons „Die Deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht 1935–1945“ höchstes Lob zuteil geworden. Es ist die faire Geschichte der Wehrmacht aus der Feder eines Nachbarn. Dieser Anerkennung kann sich der interessierte Leser vorbehaltlos anschließen. Dem französischen Militärexperten und Leiter der historischen Abteilung an der Seekriegsakademie ist eine vorzügliche Gesamtbetrachtung der deutschen Wehrmacht von ihrer Entstehung durch Gesetz im Jahr 1935 bis zur Kapitulation 1945 gelungen. Erstaunlich ist, daß Masson damit nicht nur eine Lücke in der französischen, sondern auch in der deutschen Geschichtsschreibung geschlossen hat, denn er geht über eine Geschichte des zweiten Weltkrieges weit hinaus. Gründlich und umfassend beschreibt er die Entwicklung der Wehrmacht bis zu ihrem Untergang. Das schließt die Entwicklung aller drei Wehrmachtsteile ein; Heer, Marine und Luftwaffe werden von Masson berücksichtigt.

Drei Eigenschaften des Buches sind besonders hervorzuheben:

1. Es ist außergewöhnlich fair im Umgang mit den Leistungen deutscher Soldaten. Francois Mitterand hat in einer seiner letzten Reden anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes in Berlin gesagt: „Ich habe erfahren, welche Tugenden, welchen Mut das deutsche Volk besitzt. Bei den deutschen Soldaten, die in so großer Zahl starben, kommt es mir kaum auf die Uniform an und noch nicht einmal auf die Ideen, die ihren Geist bestimmten. Sie hatten Mut. Sie waren in diesem Sturm losmarschiert unter Einsatz ihres Lebens. Sie haben seinen Verlust für

eine schlechte Sache hingenommen, aber wie sie es taten, hat mit dieser Sache nichts zu tun. Es waren Menschen, die ihr Vaterland liebten – dessen muß man sich gewahr werden.“ In diesem Geist hat auch Masson geschrieben. Entstanden ist ein europäisches Buch.

2. Es gelingt Masson nicht nur die akribische Abhandlung der militärgeschichtlichen Aspekte, sondern auch die Abbildung der politischen Momente inklusive der Darstellung unterschiedlicher Ansichten und Perspektiven, die in der Wehrmacht und ihrer Führung vorhanden waren. Schließlich gelingt ihm in seiner Darstellung durchgängig die Einbeziehung (kriegs-)wirtschaftlicher Aspekte und die Beschreibung von waffentechnologischen Entwicklungen in ihren Wirkungszusammenhängen. Trotz dieser Vielschichtigkeit der Darstellung bleibt das Buch immer verständlich und sehr gut lesbar.

3. Masson wagt, was ein Deutscher kaum dürfte: Er liefert ein sehr differenziertes Bild des obersten militärischen Befehlshabers Adolf Hitler: „Den ganzen Krieg hindurch wird Hitler Gefangener seines fundamental aggressiven Temperaments bleiben. Noch dazu wird er anfänglich vom Schicksal verwöhnt, von den verblüffenden Erfolgen, die gegen alle Regeln der klassischen Kriegskunst errungen wurden – in Norwegen, an der Maas bei Sedan, auf Kreta. Dass es ihm gelingt, die Krise vor Moskau 1941 zu meistern, wird ihn in der Überzeugung bestärken, daß ein Durchhalten in aussichtsloser Lage das Kriegsglück wenden kann.“

Dabei scheut sich Masson nicht, gegebenenfalls auch Entscheidungen Hitlers, die er gegen den Rat seiner Generäle trifft, abgewogen zu kommentieren, ja unter Um-

ständen aus strategischer Sicht sogar zu verteidigen. Hier gibt es für manchen Leser die eine oder andere Überraschung.

Ab 1942 wandelt sich Hitler zunehmend: „Erste Anzeichen einer Änderung treten nach der Schlacht von Moskau, mehr noch bei der Krise des Sommers 1942 auf, in dem Augenblick, da seine Armeen vor Stalingrad und dem Kaukasus auf der Stelle treten. Jodl hat vor dem Nürnberger Tribunal ausgesagt, Hitler sei in diesen Augenblicken ohne Illusionen gewesen. In seinem Hauptquartier in Winniza in der Ukraine habe er sich zwar gerne noch einmal davon überzeugen wollen, dass 'der Russe erledigt' sei. Aber instinktiv fühlt er, dass der Sieg, der 'End-

sieg', ihm aus den Händen gleitet.“ Diese berechtigten Zweifel überwindet der zunehmend kranke Hitler schließlich durch eine verheerende, gigantische Selbsttäuschung.

Das Bild, das sich nach der Lektüre des Buches vom Oberkommando der Wehrmacht und vom Oberkommando des Heeres einstellt, ist für manchen ranghohen Militär alles andere als schmeichelhaft. Und auch mit ihren Memoiren – nach dem Kriege verfaßt – hat Masson seine Probleme: „Die Vorwürfe, die die Generäle ihrem ehemaligen Kriegsherrn machen, sind weit davon entfernt, zu überzeugen.“

Die Leistung Massons aber kann überzeugen. Dieses positive

Bild wird abgerundet durch ein gelungenes Vorwort mit wichtigen Anmerkungen von Graf Kielmannsegg, der den Krieg sowohl als Offizier in drei Panzerdivisionen in den Jahren 1939 bis 1942 und 1944/45 wie auch 1942 bis 1944 als Generalstabsoffizier im OKH erlebt hat. Nach dem 20. Juli 1944 war er vorübergehend in Haft. Auch die Übersetzung von August Graf von Kageneck ist zu loben. Wer sich mit der Geschichte der Wehrmacht befasst, kommt an Masson nicht vorbei.

Philippe Masson, „Die Deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht 1935–1945“; Vorwort und Anmerkungen von J. A. Graf Kielmannsegg; Verlag Herbig, München 1996, 560 S.

Befürchtungen für die Verteidigungsbereitschaft Israels

Nachlassendes Interesse am Militärdienst

Laurence Weinbaum

Das israelische Militär – eine echte Volksarmee – wurde über eine lange Zeitspanne hinweg als die stärkste Militärmacht des Nahen Ostens angesehen. Diese besondere Stellung war zu einem großen Teil der guten, ja sogar beispiellosen hohen Moral seiner Soldaten und Bürger des Landes zuzuschreiben, die den Konflikt mit den Arabern gut verstanden haben und als es ihnen klar war, dass sie auf Leben und Tod kämpfen mussten.

Einstimmige Unterstützung

Während der ersten Jahrzehnte seines Bestehens erfreute sich das israelische Militär zunächst einstimmig der Hochachtung und der Unterstützung der israelischen Bevölkerung. In den letzten fünfzehn Jahren jedoch sind innerhalb dieser Bevölkerung viele Veränderungen vorgegangen, die die charakterisierende Übereinstimmung der allgemeinen Mei-

nungen, die die Fragen der Sicherheit betreffend, stark beeinträchtigt haben.

Das geschah nach dem Libanon-Krieg, der Erhebung der Araber in den besetzten Gebieten und nach dem man das Militär dazu einsetzte, streitige Siedlungs-Vorposten zu beschützen oder um Siedler-Protestkundgebungen zu beschwichtigen. Während der letzten Jahre allerdings, und speziell seit dem Unterzeichnen des Vertrages von Oslo im Jahre 1993, wurden die Risse im Panzer des Landes immer schlimmer und könnten durchaus unheilvolle Folgen für die künftige Verteidigungskraft des Landes haben.

Seit dem Bestehen Israels verfügen die Streitkräfte nur über eine relativ kleine Anzahl von Berufssoldaten, die sich für eine längere Frist verpflichtet haben. Es gab immer mehr wehrpflichtige Soldaten und Reservisten. Israel verlangt von seinen jungen Männern – mit Ausnahme von den ul-

tra-orthodoxen, die in speziellen Talmud-Lehranstalten studieren – eine Wehrdienstzeit von drei Jahren, und diejenigen, die ausgewählt wurden, die Offizierschule zu besuchen, müssen mindestens vier Jahre beim Militär bleiben. Abgesehen davon sind alle Männer bis zum Alter von fünfzig Jahren dazu verpflichtet, dem Aufruf zu folgen, bis zu dreißig Tage pro Jahr und in wenigen Fällen auch länger als Reserve-Soldat zu dienen. Frauen sind achtzehn Monate lang wehrpflichtig.

Früher diente die israelische Jugend begeistert in der Armee. Junge Männer wetteiferten um die begehrten Positionen in den Elite-Kampftruppen, wie Fallschirmspringer oder Unterwasser-Kommandos. Dieses Phänomen war höchstwahrscheinlich einzigartig in der westlichen Welt.

Es kam soweit, dass siebzehnjährige Jungen an speziellen privaten Kursen teilnahmen, die von ihren Eltern mit viel Geld bezahlt wurden, um ihre physischen Fähigkeiten so weit zu kräftigen, damit sie bei ihrer Rekrutierung die notwendigen Qualifikationen haben würden, um bei diesen bewunderten Prestige-Einheiten, angenommen zu werden.

Vor kurzem wurde statistisch festgestellt, dass zweiundzwanzig Prozent von den sechzehn- bis achtzehnjährigen Israelis nicht zum Militär gehen würden, wenn

Israel, Palästina und Nachbarstaaten
(Karte aus: *Der Fischer Weltalmanach 1996; Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt a.M. 1995*)

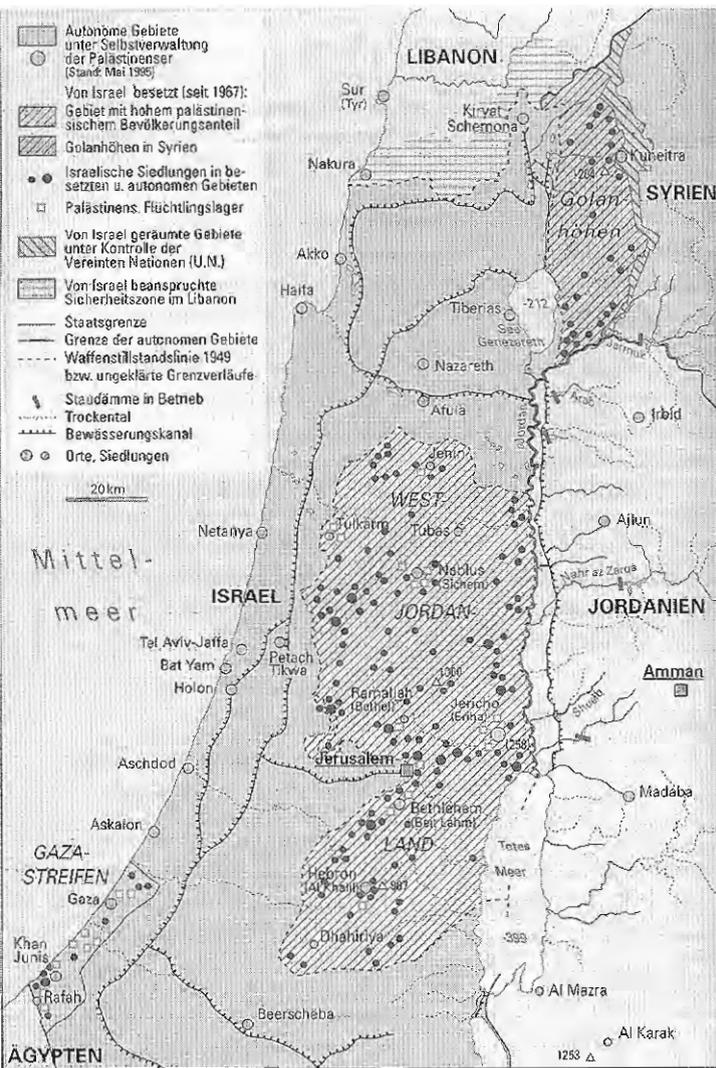
dass Israel herausgewachsen ist aus der „staatsaufbauenden“ Ideologie, mit der seine Gründer erfüllt waren und welche sie angetrieben hat, enorme Opfer für das Wohl der Nation darzubringen.

Viele schreiben die Tatsache, dass die israelische Jugend heute weniger enthusiastisch über den Dienst fürs Vaterland denkt, der „Normalisierung“ der Gesellschaft zu. Der Lebensstandard in Israel hat sich in den letzten Jahren drastisch erhöht, fast auf ein west-europäisches Niveau, und dass eben dieser Wohlstand begleitet wird von dem Verlust von Gemeinschaftsgeist und Aufgabe, die früher die israelische Jugend beflügelt hat. Die Sümpfe sind ausgetrocknet und das Land ist aufgebaut! Israel zählt heutzutage zu den zwanzig ökonomisch erfolgreichsten Ländern in der Welt. Es ist deshalb gar nicht verwunderlich, dass viele junge Leute ihren Altersgenossen in anderen westlichen Ländern gleichen wollen.

Viel Motivation

Vor Jahren stellten die israelischen Kibbuzim (Kollektive Siedlungen), die nur weniger als fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen, einen überproportional hohen Anteil von Israelis militärischer Elite dar. Der Generalstabschef des Militärs, Amnon Lipkin-Shahak machte die Öffentlichkeit auf die nachlassende Motivation der Kibbuz-Jugend aufmerksam. Das Argument der Kibbuz-Leiter lautete, dass die Gesellschaft wegen des außergewöhnlichen Beitrages der Kibbuz-Jugend nun ihre Erwartungen viel zu hoch steckt. Diese Jugend möchte endlich genauso sein wie alle anderen nach dem sie jahrelang so viel für das Land geleistet hat.

Andererseits sind diejenigen, die neuerdings dazu neigen, viel Motivation vorzuzeigen die sogenannten modernen Orthodoxen, die religiöse zionistische Jugend (oder einfach „national religiös“) öfters mit der B'nei Akiva Bewegung liiert. – Diese werden dazu erzogen, sich engstens mit der jüdischen Geschichte wie auch mit dem Zionismus zu identifizieren, um so die Verteidigung Israels wie auch die Bedeutung der jüdischen Unabhängigkeit zu begreifen.



frage: „Ich bin interessiert daran, dass mein Sohn mobilisiert wird für den Dienst in der israelischen Armee“, antworteten neunund-

sechzig Prozent der Eltern von Jugendlichen, die nicht religiöse höhere Schulen besuchen, mit „Ja“, 1995 waren es sechsundsiebzig Prozent. Die Anzahl derjenigen, die damit zufrieden waren, dass ihre Söhne in Kampftruppen dienen, fiel für die gleiche Periode von vierunddreißig auf sechsundzwanzig Prozent.

Colonel Elazar Stern, Kommandant der IDF Offizierschule, schreibt dieses nachlassende Interesse an den Streitkräften dem Überfluss in der Gesellschaft und der Tatsache zu, dass diese die Jugend nicht in dem zionistischen Geist erzieht, zu dienen und Opfer zu bringen, auch wenn die jetzige Generation glaubt, dass wir Frieden haben werden. Diejenigen, die daran zweifeln, dass der Frieden bereits am Horizont zu sehen ist, schauern vor den Folgen dieser Entwicklung.

Manche nennen diese Tendenz „Post-Zionismus“. Sie deuten an,

dies nicht gesetzlich vorgeschrieben wäre. Von der Umfrage bei dreihundert Teenagern wurde herausgefunden, dass einunddreißig Prozent der Befragten der Ansicht sind, dass wegen der momentanen Situation eine Pflicht-Rekrutierung nicht mehr nötig sei. Vierzig Prozent glauben, dass der Dienst in der Armee ihr persönliches Fortkommen behindern würde und fünfundvierzig Prozent stellen ihre eigenen persönlichen Wünsche vor die nationalen Interessen. Einundsiebzig Prozent glauben, dass ihre Eltern stärker motiviert waren als sie es sind.

Doch während die Eltern früher ihre Söhne ermutigt haben, sich auszuzeichnen – trotz einer gewissen Zurückhaltung wegen der möglichen Gefahren – fragen sich heute viel Eltern, warum ihre Kinder die selbe Mühsal durchmachen müssen, die sie selber erlebten als sie jung waren. Als die Eltern Stellung nehmen sollten zu der Um-

Nicht religiöse Israelis sind speziell jetzt in der Post-Zionistischen Stimmung weiter entfernt von der jüdischen und zionistischen Geschichte. Die scheinbare Nähe des Friedens und die allgemeine Weltanschauung vermindern die Motivation für den Militärdienst.

Ungleiche Behandlung

Gemäß der oben erwähnten Umfrage sind siebenundachtzig Prozent der Eltern von diesen national-religiösen Schülern und Studenten damit zufrieden, dass ihre Söhne in der Armee sind. Zweiundvierzig Prozent würden sich darüber freuen, wenn ihre Söhne in Kampftruppen dienen würden. Es ist jetzt tatsächlich so, dass die national-religiöse Jugend die Rolle der Kibbuz-Jugend übernommen hat, das heißt, sie bilden ein Reservoir für höchst motivierte Rekruten.

Generalstabschef Lipkin-Shahak sagte unlängst dem Verteidigungskomitee der Knesset, dass die Motivation als Reservisten zu dienen, so niedrig ist, dass er „beunruhigt und ängstlich“ sein würde, falls Israel je um sein Leben zu kämpfen hätte. Als Bestätigung dieser Folgerung deutete ein Knesset-Abgeordneter darauf hin, dass in einer Reserve-Einheit nur zehn Prozent von etwa dreihundert Reservisten dem Aufruf sich zum aktiven Dienst zu stellen, folgten.

Eine ungelöste Frage stellt die ungleiche Verteilung des Reserve-Diensts dar. Während ein Teil der Reservisten, speziell diejenigen, die für die Kampf-Einheiten ausgebildet wurden, Jahr für Jahr einberufen werden – und das für die längstmögliche Zeitspanne – werden andere überhaupt nicht vorge-laden. Selbständige Facharbeiter und Kaufleute finden ihre Reservendienst-Pflicht immer beschwerlicher. Durch eine längere militärische Dienstzeit verlieren sie öfters einen Teil ihrer Klienten und Verdienste. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass viele dieser Männer versuchen, dem Ruf zum Reservendienst auszuweichen. Hinzu kommt der große Ärger darüber, dass die ultra-orthodoxe Jugend, die in den Talmud-Lehranstalten (Yeschivoth) studieren, vom allgemeinen Militärdienst und dem folgenden Reservendienst befreit ist.

In Israel bestimmt die Einheit, in der man gedient hat, öfters den sozialen und sogar wirtschaftlichen Status. Pensionierte Offiziere erhalten garantiert fast immer wichtige Stellen in Regierungsämtern und staatlichen Unternehmungen. Da aber die „High Tech“-Industrie anfängt, eine immer größere Rolle in der israelischen Wirtschaft zu spielen, und die Industrie und der Handel unabhängig sind von der Staatskontrolle, ändert sich diese Situation.

Der Druck und der Bedarf an fachmännisch qualifizierten Kräften, die wenig oder gar nichts mit dem Militärdienst gemeinsam haben, wächst dauernd. Heute ist es nicht ungewöhnlich, dass Stellenbewerber in ihrem Lebenslauf erwähnen, dass sie höchstwahrscheinlich nicht zum Reserve-dienst gerufen werden, weil sie glauben, dass diese Tatsache sie für den potentiellen Arbeitgeber attraktiver macht. Die israelische Regierung denkt deshalb daran, einige Schritte zu unternehmen, um die Moral unter den Kampf-Soldaten zu heben, einschließlich eines Stipendiums für diejenigen, die auf Universitäten oder technischen Hochschulen lernen wollen. Das geringe Monatsgehalt der Soldaten wurde ebenfalls erhöht. Leider muss das Militär dauernd vor der Gefahr einer Kürzung des Budgets bangen.

Überdies ist die israelische Armee, die früher für makellos galt, nicht mehr frei von externer Kritik. In den letzten Jahren haben die Gerichte, der staatliche Rechnungshof und sogar Gruppen von Eltern die Aufmerksamkeit auf gewisse Unzulänglichkeiten in der Armee gelenkt, was ein ziemlich großes Interesse bei den Massenmedien hervorgerufen hat, nach dem einige Unglücksfälle und Miss-handlungen vorkamen.

Ein prominenter Kritiker, Eviatar Ben-Zedef, der über lange Jahre hinweg Redakteur der Zeitung Ma'Arachot, einer militärischen Monatszeitschrift, war – lenkte vor kurzem die Aufmerksamkeit der israelischen Öffentlichkeit auf das, was er als einen Mangel an professionellen Kräften in den Reihen der israelischen Armee ansieht. Er verurteilte was er als ihre „Antiintellektuelle Atmosphäre“ bezeichnete und das Feh-

len einer Integration der diversen Waffengattungen.

Er kritisierte darüberhinaus auch energisch den gegenwärtigen Brauch, Offiziere bereits im Alter von vierzig Jahren zu pensionieren. „Offiziere werden zu schnell befördert – noch ehe sie genügend Erfahrung gesammelt haben oder ausreichend gelernt haben ...“

Diese Politik verschwendet Geld und Zeit für die Ausbildung einer großen Anzahl von Ersatz-Offizieren. Abgesehen davon, bedeuten die jungen Rentner der israelischen Armee eine ernste Belastung des staatlichen Haushalts, weil sie bis an ihr Lebensende eine ansehnliche Pension erhalten, ohne etwas dafür zu tun.

Wohin das alles führen wird, ist gegenwärtig nur schwer zu sagen, aber es sieht so aus, als ob ein höheres Niveau an Professionalität in der israelischen Armee angebracht ist, einschließlich sorgfältig ausgesuchter Rekruten - Themen, denen von nun an größte Aufmerksamkeit gewidmet werden wird. Dank der großen Anzahl von Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, die während der letzten sieben, acht Jahre nach Israel kamen, steht dem Militär ein viel größeres Reservoir an Wehrpflichtigen zur Verfügung und man kann deshalb die Bewerber genauer aussuchen.

Droht Gefahr aus Syrien?

Das Rekrutierungskomitee hat sich schon bereit erklärt, schwierige Jugendliche zu befreien. In der ganzen Welt wurden die Armeen mit der Schwierigkeit immer wachsender Spezialisierung und der Einführung von neuartigen Waffen, die einen höheren Grad an technischem Wissen und Ausbildung verlangen, konfrontiert. Mit anderen Worten: Es muss viel mehr in jeden Soldaten investiert werden.

Da die Drohung eines Krieges mit Syrien durchaus im Bereich der Möglichkeit ist, wird die israelische Kampfbereitschaft – eher als angenommen – auf die Probe gestellt. Militärische Quellen glauben, dass ein syrischer Angriff auf Israel, um die Golan Höhen zu erobern, nicht ausgeschlossen werden kann. □

Wie können wir in Zukunft einen Völkermord verhindern?

Gedanken zum Völkermord 1994 in Ruanda

Klaus Liebetanz

Der Verfasser versucht so präzise und kurzgefasst wie möglich, die wesentlichen Defizite bei der internationalen Gemeinschaft und in Deutschland zu analysieren, die dazu geführt haben, dass der Völkermord an 500.000 bis 800.000 Tutsi in Ruanda ungehindert geschehen konnte, ohne dass effektiv eingegriffen wurde. Er schlägt kleine Schritte vor, die geeignet sein könnten, dass die Bundesrepublik Deutschland ihrer besonderen historischen Verpflichtung zur Verhinderung eines zukünftigen Völkermords als Mitglied der Vereinten Nationen entsprechen könnte. Anlass zu diesen Überlegungen bildete der erschütternde Bericht des langjährigen Afrika-Missionars, Pater Hermann Schulz, und die sorgfältige, einjährige Untersuchung der Menschenrechtsorganisation „African Rights“.

1. Die Chronologie des Völkermords

1.1 Ausschaltung der Opposition

Am 6. April 1994 wurde gegen 20.30 Uhr in Kigali die offizielle Präsidentenmaschine kurz vor der Landung abgeschossen. Der amtierende Präsident von Ruanda, Habyarimana, war an Bord. Kein Insasse hat überlebt. Habyarimana gehörte dem Mehrheitsvolk der Hutu an. Er kam gerade aus Dar-es-Salaam, wo er erfolgreiche Friedensverhandlungen mit den Tutsi-Rebellen abgeschlossen hatte. In seiner eigenen Partei, der „Nationalen Revolutionären Bewegung für Entwicklung“, MRND, hatte er entschiedene Gegner, die sich strikt gegen eine Machtteilung mit dem Minderheitsvolk der Tutsi wehrten, um nicht ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu verlieren. Noch in der glei-

chen Nacht wurden gemäßigte Hutu-Minister nach schon vorbereiteten Listen von der Präsidentengarde festgenommen und anschließend umgebracht.

Am 7. April umstellten Soldaten der Präsidentengarde ein offizielles Gebäude der Vereinten Nationen, wohin sich die amtierende Regierungschefin, Agathe Uwilingiyimana, geflüchtet hatte. Sie wurde von zehn belgischen Soldaten der UNAMIR-Truppe bewacht. Die Präsidentengarde verlangte die Überstellung der Ministerpräsidentin, einer Tutsi. Nach Rücksprache mit dem belgischen Botschafter übergaben die belgischen Soldaten die Regierungschefin. Sie wurde bestialisch ermordet. Die zehn belgischen Soldaten übergaben, ebenfalls nach Rücksprache mit dem belgischen Botschafter, ihre Handfeuerwaffen und wurden auf den Flugplatz von Kigali verbracht. Dort wurden sie ebenfalls auf grausame Weise umgebracht. Später behauptete die ruandische Interimsregierung, sie hätten Beweise für den belgischen Abschluß der Präsidentenmaschine beseitigen wollen. Daraufhin zog Belgien, das das stärkste Kontingent der UNAMIR stellte, sein Fallschirmjägerbataillon aus der UNO-Friedenstruppe zurück. An den folgenden Tagen wurden weitere Oppositionelle und gemäßigte Politiker (Hutus und Tutsis) festgenommen und erschossen. Unter ihnen befanden sich vor allem Journalisten, Richter, Gewerkschaftler und Vertreter der anderen Parteien.

1.2 Mordorgie der Miliz in Kigali

Parallel zur Auslöschung der Opposition begann die Miliz der Jugendorganisation der MRND „Interahamwe“ mit ihrem mörde-

Inhalt

1. Die Chronologie des Völkermords
 - 1.1 Ausschaltung der Opposition
 - 1.2 Mordorgie der Miliz in Kigali
 - 1.3 Ausbreitung des systematischen Mordens in der Provinz
 - 1.4 Berichte der Überlebenden
2. Die Internationale Reaktion auf den Völkermord in Ruanda
 - 2.1 Verminderung der UNO-Präsenz
 - 2.2 Erneutes Bemühen der UNO um Verstärkung der UNAMIR-Truppe
 - 2.3 Boutros-Ghali erklärt offiziell den „Völkermord“ in Ruanda
 - 2.4 UNAMIR II verzögert sich erneut
 - 2.5 „Opération Turquoise“
 - 2.6 Die Reaktion der Vereinigten Staaten
 - 2.7 Die Reaktion der Medien
3. Defizite der internationalen Gemeinschaft
 - 3.1 Defizite in der Informationsgewinnung
 - 3.2 Defizite in der Bereitstellung von „schnellen Eingreiftruppen“ für die UNO
 - 3.3 Fehlender politischer Wille, die UNO effektiv zu unterstützen
4. Kleine Schritte zur Verhinderung eines zukünftigen Völkermords
 - 4.1 Peace-Keeping-Operationszentrale verbessern
 - 4.2 AA einrichten
 - 4.3 Ein „Antigenozid-Bataillon“ vorhalten
5. Schlußbemerkungen

rischen Treiben gegen die Tutsi-Bevölkerung in Kigali. Sie verfügte nur über wenige Handfeuerwaffen und Handgranaten. Sie besaß jedoch eine große Anzahl von Macheten, Speere und Holzknüppel mit Nägeln. Die Jugendmilizionäre zogen plündernd und mordend von Haus zu Haus, um Tutsi wie Küchenschaben als „Ungeziefer“ zu vernichten. „Küchenschaben“ ist der offizielle Ausdruck für Tutsi durch den Hutu-Extremistensender „Milles Collines“, der mit seiner teuflischen Propaganda den Völkermord lange Zeit anheizen konnte, selbst noch im späteren Exil am Kivu-See. Gleichzeitig errichtete die Hutu-Miliz an den wichtigsten Straßenkreuzungen und Ausfallstraßen von Kigali Straßensperren. Tutsi wurden auf der Stelle grausam ermordet. Innerhalb von wenigen Tagen lagen Tausende von Toten auf der Straße. Überlebende retteten sich in die wenigen internationalen Hotels oder in das AMAHORO-Stadion von Kigali, in das UNAMIR-Soldaten sich zurückgezogen hatten. Zwei Minuten nach dem Abzug der Belgier aus dem UNAMIR-Kontingent wurde die Technische Hochschule (ETO), in der sich ca. 2 000 Flüchtlinge befanden, von der Hutu-Miliz gestürmt. Der belgische Militärgeistliche konnte noch im Rückspiegel den Beginn des Massakers sehen. Europäer wurden weitgehend nicht behelligt. So konnte am 10. April eine unbewaffnete von der amerikanischen und deutschen Botschaft organisierte Kolonne von ca. 160 Fahrzeugen mit u.a. 120 deutschen Staatsangehörigen von Kigali in die Hauptstadt des Nachbarlandes Burundi, Bujumbura, fahren, wo ein Flugzeug der deutschen Bundesregierung auf sie wartete.

1.3 Ausbreitung des systematischen Mordens in der Provinz

Bereits nach wenigen Tagen weitete sich die systematische Ausrottung der Tutsi in den zehn Provinzen (Präfekturen) von Ruanda aus. Fast überall verlief das Abschichten der Tutsis nach folgendem Schema:

Hutu-Aktivisten und die Miliz „Interahamwe“ machten Jagd auf Tutsi. Zunächst wurden ihre Häuser geplündert und anschließend

in Brand gesetzt. Teilweise wurde die Miliz von anderen Orten auf Lastwagen herbeigefahren. Die überlebenden Angehörigen des Tutsi-Volkes flüchteten in die Kirchenzentren der nächsten größeren Orte. Sie hofften, wenigstens in den Kirchen sicher zu sein. Oft waren es mehrere Tausend verängstigter Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Tutsi-Männer versuchten mit Steinen, die angreifenden Milizen abzuwehren. Polizisten, die zunächst auf der Seite der Verfolgten standen, wurden von offizieller Seite zurückgezogen, um dann tatenlos zu verharren.

Wenn der Tutsi-Widerstand zu groß war, forderte die Miliz Regierungssoldaten an, die dann den Widerstand zusammenschossen.

Sobald der Widerstand nach teilweise tagelangen Kämpfen erlahmte, wurde Tränengas in die Öffnungen der Kirche geworfen. Dann stürmten die Todesschwadronen der Hutu-Miliz in die Kirche und begann mit dem Abschichten der Tutsi. In den Kirchen wurde nicht geschossen, um Munition zu sparen. Außerhalb der Kirchen standen mit Handfeuerwaffen ausgerüstete Milizionäre oder Regierungssoldaten, die auf solche Tutsi schossen, welche dem Gemetzel zu entfliehen suchten.

Das Abschichten der Menschen mit Macheten, Speeren und Keulen dauerte tagelang an, da die Mörder ermüdeten und Pausen einlegen mussten. Ortsansässige Hutus beteiligten sich am Abschichten ihrer ehemaligen Mitbewohner oder wurden dazu von den Milizen gezwungen, um sich als „wahre“ Hutus zu erweisen.

Nach dem die Milizen ihren „Auftrag“ erledigt hatten, wurden die Kirchen angezündet.

Dieser Vorgang wiederholte sich in vielen Kirchenzentren aller Provinzen. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 500.000 bis 800.000 Tutsi innerhalb von drei Monaten umgebracht wurden.

1.4 Berichte der Überlebenden

Bei allen Massakern hat es Überlebende gegeben, die sich tot stellten, teilweise unter Leichenbergen versteckten oder denen ein Weglaufen gelang. Einige verdank-

ten ihr Überleben dem sexuellen Trieb oder der Geldgier ihrer Peiniger. Die englische Menschenrechtsorganisation „African Rights“ hat von April 94 bis Februar 95 über tausend Interviews mit Überlebenden in Kigali und allen anderen Provinzen geführt. Diese Berichte ergeben einen sehr präzisen Ablauf des Völkermords in Ruanda vom 6. April bis Mitte Juli 1994. Eine Vielzahl von Tätern ist namentlich bekannt. Ein großer Teil von ihnen lebt zur Zeit in Zaire, Tansania und Burundi. Nach Aussage von „African Rights“ haben einige Hauptdrahtzieher des Genozid Asyl in Frankreich gefunden, das sehr enge Beziehungen zur herrschenden Clique in Ruanda unterhalten hat. Die erschütternden Berichte der Überlebenden sowie die internationale Reaktion auf den Völkermord in Ruanda hat „African Rights“ akribisch aufbereitet und in einer 1.186 Seiten starken Publikation

„RWANDA-DEATH, DESPAIR and DEFIANCE“

festgehalten (ISBN 1 89947703 9). Der Bericht von „African Rights“ wird in seinen wesentlichen Aussagen durch eine vier-bändige Studie der OECD ausdrücklich bestätigt (Zusammenfassender Report der OECD-Studie: ISBN 87-7265-335-3).

2. Die Internationale Reaktion auf den Völkermord in Ruanda

2.1 Verminderung der UNO-Präsenz

Die Vereinten Nationen unterhielten zum Zeitpunkt des Abschusses der Präsidentenmaschine ein Kontingent von ca. 2.500 Blauhelmsoldaten (UNAMIR) zur Absicherung des Friedensprozesses zwischen Hutu-Regierung und Tutsi-Rebellen. Nach der o.a. Ermordung von zehn belgischen Soldaten der UNO-Friedenstruppe am 7. April 94 zog die belgische Regierung einseitig ihr Kontingent beim Sicherheitsrat in New York zurück. Das belgische Fallschirmjägerbataillon bildete das Rückgrat der UNAMIR-Truppe. Auf dem Höhepunkt des Völkermordes an der Tutsi-Bevölkerung entschied der Sicherheitsrat am



Ruanda nach dem Bürgerkrieg
 Karte aus: *Der Fischer Weltatmanach 1996*; Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt a.M. 1995

sich dabei um bereifte oder Kettenfahrzeuge handeln sollte, dauerte eine ganze Woche. Die ersten APC's trafen am 30. Juli 94 in Ruanda ein.

2.5 „Opération Turquoise“

Am 19. Juni 94 bot Frankreich eine rasche, auf zwei Monate begrenzte „Humanitäre Aktion“ als Zwischenlösung in Ruanda an. Bereits am 22. Juni wurde die „Opération Turquoise“ durch den Sicherheitsrat als unilaterale Aktion der UNO mit Kampfauftrag nach Kapitel VII genehmigt (Resolution 929). Am 2. Juli richtete eine 2.800 Mann starke französische Elite-Truppe eine „Humanitäre Sicherheitszone“ im Südwesten von Ruanda ein und übernahm noch zwei Flüchtlingslager mit ca. 15.000 Angehörigen des Tutsi-Volkes, die von internationalen Hilfsorganisationen betreut worden waren. Der Völkermord hatte bereits ein natürliches Ende gefunden. Die exelent ausgeführte französische Operation hätte einen Monat zuvor noch Hunderttausenden von Tutsi das Leben retten können. Die Franzosen verboten unter Androhung von Waffengewalt ein weiteres Vordringen der Patriotischen Front (Tutsis). Das genozide Interimsregime der Hutu konnte unbehelligt seinen geordneten Rückzug nach Zaire vorbereiten. Nach Angaben von „African Rights“ zeigten sich französische Dienstgrade überrascht, in der „Sicherheitszone“ Massengräber von Tutsi anzutreffen. Ihnen wurde doch gesagt, sie hätten ruandische Flüchtlinge gegen die angreifende Patriotische Front zu verteidigen.

2.6 Die Reaktion der Vereinigten Staaten

Die äußerst zögerliche Haltung für ein Engagement in Ruanda war durch die wenig erfolgreiche US-Somalia-Operation begründet, die Bill Clinton viel an Sympathie kostete. Der Präsident hatte daraufhin gerade seine sehr restriktive Weisung zur Begrenzung der US-Unterstützung für Peace-Keeping-Missionen erlassen, um der weiteren Kritik des Kongresses den Wind aus den Segeln zu nehmen (Presidential Decision Direk-

21. April 94, das UNAMIR-Kontingent von 2.500 auf 270 Soldaten zu reduzieren (Resolution 912). Diese mehr symbolische Blauhelmtruppe sollte auf einen Waffenstillstand zwischen der Hutu-Interimsregierung und der Patriotischen Front der Tutsi hinwirken. Die Vereinten Nationen vertrauten auf die irreführende Erklärung der Interimsregierung, das Morden ginge von unkontrollierten Mordbanden aus, die man bald im Griff haben werde. Eine tragische Rolle bei der falschen Lageeinschätzung der UNO spielte eine anfängliche, oberflächliche Berichterstattung der Weltmedien, die weiter hinten behandelt werden soll.

2.2 Erneutes Bemühen der UNO um Verstärkung der UNAMIR-Truppe

Erst als die großen internationalen Hilfsorganisationen, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Médecins Sans Frontières (MSF) und OXFAM über den Völkermord berichteten und der Untersekretär für Humanitäre Fragen der Vereinten Nationen, der Däne Peter Hansen, seinen Report über die Situation in Ruanda beim UNO-Sekretariat abgab, änderte sich die Meinung von Boutros-Ghali. Am 29. April 94 forderte er den Sicherheitsrat auf, „verstärkte Aktionen“ zum Schutz der Zivilbevölkerung in Ruanda zu ergreifen. Der Ausdruck „Genozid“ wurde von allen Parteien in

den Vereinten Nationen peinlich vermieden, da die UNO-Konvention über die „Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ vom 09.12.1948, ein sofortiges Handeln der Vereinten Nationen notwendig gemacht hätte. Mit Hilfe einiger afrikanischer Staaten wurde am 17. Mai 94 dem Sicherheitsrat ein Vorschlag unterbreitet, die Stärke des UNAMIR-Kontingents auf ca. 5.000 Mann anzuheben. Die Vereinigten Staaten, die nach einem festen Schlüssel 31 % aller Peace-Keeping-Operationen zahlen, verlangten überraschend eine Präzisierung des Vorschlages auf Truppenverstärkung. Weitere Zeit für ein effektives Eingreifen in den Völkermord ging verloren.

2.3 Boutros-Ghali erklärt offiziell den „Völkermord“ in Ruanda

Am 25. Mai 94 erklärte Boutros-Ghali öffentlich: „Wir sind alle verantwortlich für diese Katastrophe, nicht nur die Supermächte, sondern auch die afrikanischen Staaten, die Nichtregierungsorganisationen und die ganze internationale Gemeinschaft. Dort (in Ruanda) dauert ein Völkermord an, und die Welt spricht darüber, was zu tun ist. Es ist ein Skandal“ (Le Monde, 27. Mai 94).

2.4 UNAMIR II verzögert sich erneut

Am 8. Juni 1994 wurde schließlich die UNAMIR II - Mission durch den Sicherheitsrat gebilligt (Resolution 925). Dies geschah zwei Monate nach Beginn des Völkermords und einen Monat nach dem der UNO-Generalsekretär eine Verstärkung der Friedenstruppe in Ruanda forderte. Die Implementierung von UNAMIR II verzögerte sich um weitere zwei Monate. Dazu ein Beispiel: Die Vereinigten Staaten hatten sich bereit erklärt, ein ghanaisches Bataillon mit 50 gepanzerten Mannschaftstransport (APC) zu verstärken. Allein die Beantwortung der Frage „auf dem Dienstweg“, ob es

tive No. 25). Clinton wollte wiedergewählt werden und daher nicht das Risiko eines 2. Somalia eingehen. Erst als CNN das namenlose Elend der Goma-Flüchtlingskatastrophe in Fernsehen zeigte, starteten die Vereinigten Staaten am 21. Juli 1994 mit ihren Streitkräften eine beispiellose humanitäre Hilfsaktion. Diese war ungefährlich und brachte Pluspunkte in der Gunst der Wähler. Selbst die Bundesrepublik Deutschland sprang auf diesen Zug auf, nach dem man zuvor zum Genozid geschwiegen hatte.

2.7 Die Reaktion der Medien

Ruanda stand im April 94 nicht im Mittelpunkt der Medien. Während bei den Wahlen in Südafrika ca. 2.500 Journalisten akkreditiert waren, gab es in Kigali nach dem Abschuss der Präsidentenmaschine und nach der Ermordung der zehn belgischen Soldaten maximal 15 internationale Journalisten. Auch für diese Reporter war die Situation wegen der Ausgangssperre und den vielen Straßensperren unübersichtlich und lebensgefährlich. Die meisten großen Agenturen hatten ihre Journalisten an sicheren Plätzen, wie u.a. in Nairobi. Der allgemeine Tenor der Weltpresse war: „Marodierende Soldaten und Jugendbanden ziehen plündernd und mordend durch die Straßen von Kigali.“ Der Afrika-korrespondent der FAZ, Günter Krabbe, schreibt am 11. April 94 von seinem Hotel in Nairobi aus: „Tutsi schlachten Hutu, Hutu schlachten Tutsi ab.“ (FAZ vom 12.04.94). Beim europäischen Leser entstand der übliche Eindruck vom Afrikaner. „Wenn sich die Afrikaner gegenseitig umbringen wollen, sollten sie es tun.“ Kaum ein Journalist erkennt den beginnenden Völkermord.

Auch CNN stößt in dasselbe Horn: „Ethnische Auseinandersetzungen“. „Die Welt als globales Dorf. Nichts geschieht, ohne dass es wenige Stunden später bekannt wird.“ Diese weitverbreitete Auffassung entspricht nicht den Tatsachen. Die Berichterstattung über Krisensituationen hängt weitgehend davon ab, wo sich gerade der „internationale Medienzirkus“ befindet, und ob das jeweilige Thema „in“ und damit profita-

bel ist. Wenige Ausnahmen bestätigen die Regel. Die Desinformation der Weltmedien in Bezug auf Ruanda hatte eine verheerende Wirkung auf die Politik. Eine Ausnahme bildet die TAGESZEITUNG vom 12.04.1994, in der ein Mitarbeiter der GTZ, Hermann Unglaub, eine präzise Beschreibung des Völkermordes in Ruanda gab.

3. Defizite der internationalen Gemeinschaft

Bei der anschließenden Betrachtung geht es nicht darum irgendwelchen Personen, Institutionen oder Staaten eine Schuld zu zuweisen. Es geht vielmehr um eine nüchterne Analyse der Defizite, die bei der internationalen Gemeinschaft und bei der Bundesrepublik dazu führten, einen Völkermord geschehen zu lassen, ohne effektiv einzugreifen. Im wesentlichen sind es drei Hauptdefizite, die ins Auge fallen:

3.1 Defizite in der Informationsgewinnung

Die Planungs- und Koordinationszentrale der Peacekeeping-Operationen der UNO in New York ist extrem schwach besetzt und ausgestattet. Der niederländische Hauptmann Kees von Egmond bringt die Misere der UNO-Stabszentrale wie folgt auf den Punkt: „Keine einzige Regierung eines der 186 UNO-Mitgliedsstaaten würde für ihr Verteidigungsministerium die Bedingungen akzeptieren, unter denen wir hier arbeiten müssen“.

Die UNO-Abteilung für Humanitäre Fragen in Genf (DHA) verfügt über ein kleines, personell gering besetztes Lagezentrum. Die Hauptinformationsquelle ist CNN.

Das seit Oktober 1996 bei DHA arbeitende „Relief Web“ stellt ohne Zweifel eine Verbesserung der Informationsgewinnung dar. Diese auf INTERNET abrufbaren Situationsberichte stellen jedoch nur einen gefilterten Ausschnitt der Wirklichkeit dar und ersetzen kein funktionierendes Auswertezentrum.

Die o.a. Studie der OECD kommt nach ihren gründlichen Recherchen zu dem Schluss:

„Die Vereinten Nationen benötigen eine spezielle Einheit ohne operativen Auftrag, die in bestimmten Situationen Informationen sammelt und analysiert und eine entsprechende Antwort der UNO erarbeiten sollte“ (Band 2, S. 80).

Im Fall von Ruanda gab es eine Vielzahl von Informationen und Hinweise auf ein geplantes Massaker; aber niemand hat sie systematisch ausgewertet.

Das Auswärtige Amt in Bonn besitzt kein Humanitäres Lagezentrum, das ständig die vielfältigen Meldungen und Reporte der großen nationalen und internationalen Hilfsorganisationen und andere Informationsquellen konsequent auswertet. So ist auch zu erklären, warum die präzise Beschreibung des Völkermordes in Ruanda durch den GTZ-Mitarbeiter, Herman Unglaub, vom 12.04.1994 keinen Eindruck beim Auswärtigen Amt hinterließ.

3.2 Defizite in der Bereitstellung von „schnellen Eingriffen“ für die UNO

Die Ruandatragödie legte offen, dass die Vereinten Nationen fast drei Monate benötigten, um UNAMIR II zum Einsatz zu bringen und somit gerade zum Ende des Völkermordes in Ruanda eintrafen. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Staaten, die dem UN-Koordinator für Peace-Keeping-Operationen, dem deutschen Generalleutnant Manfred Eisele, Stand-By-Kontingente anbieten. Die Bundesrepublik Deutschland ist z.B. bereit, innerhalb von 30 Tagen das Äquivalent einer Panzerpionierkompanie auf Anforderung der UNO zu stellen. Alle nationalen Regierungen haben sich aber vorbehalten, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die angebotenen Truppenteile tatsächlich eingesetzt werden können. Langwierige Verhandlungen über die Einsatzmodalitäten der Truppe schwächen die Effizienz des Einsatzes wie in Ruanda. Es fehlt der politische Wille der Mitgliedstaaten, im militärischen Bereich auch nur einen kleinen Teil nationaler Souveränität aufzugeben.

3.3 Fehlender politischer Wille, die UNO effektiv zu unterstützen

Die o.a. französische „Opération Turquoise“ zeigte die Fähigkeit Frankreichs, mit einer schnellen Eingreiftruppe rasch in Afrika zu reagieren. Leider wurde der Befehl zum Einsatz erst beim Ende des Völkermords gegeben. Auch andere Mächte und ständige Mitglieder des Sicherheitsrats wären in der Lage gewesen, den Völkermord in Ruanda zu stoppen. Es fehlte dazu der politische Wille. Das enge nationale Interesse steht dann immer noch entgegen.

4. Kleine Schritte zur Verhinderung eines zukünftigen Völkermords

4.1 Peace-Keeping-Operationszentrale verbessern

Die Bundesrepublik Deutschland sollte durch gezielte Maßnahmen die Zentrale des Koordinators für Peace-Keeping-Operationen der Vereinten Nationen des deutschen Generalleutnants Manfred Eisele personell und ausstattungsmäßig so stärken, dass er seine Aufgabe effektiv durchführen kann.

4.2 Humanitäres Lagezentrum im AA einrichten

Das Auswärtige Amt sollte ein veritables humanitäres Lagezentrum im Arbeitsstab Humanitäre Hilfe einrichten, so wie es vom Planungsstab des AA in der Ministerialvorlage vom 10. August 1994 vorgesehen war. So könnte das Auswärtige Amt rechtzeitig auf einen Völkermord reagieren und die Bundesrepublik Deutschland ihrer Aufgabe als drittgrößter Beitragszahler gerecht werden. Zur Lagefeststellung gehört nun einmal das systematische Sammeln und Aufbereiten von Informationen, ohne die eine vernünftige Lagebeurteilung nicht möglich ist. Falls das Auswärtige Amt dazu – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sein sollte, könnte das Humanitäre Lagezentrum auch im Kanzleramt eingerichtet werden. So wichtig eine rechtzeitige und zutreffende Lage-

beurteilung sein mag, entscheidende Bedeutung kommt jedoch der Fähigkeit und dem Willen zu, überhaupt rasch und angemessen handeln zu können und zu wollen.

4.3 Ein „Antigenozid-Bataillon“ vorhalten

Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich bereit erklären, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ein „Antigenozid-Bataillon“ mit Zustimmung des deutschen Parlaments in stand-by zu halten (vgl. Weißbuch 1994, Nr. 463), das innerhalb von einer Woche vor Ort gefechtsbereit sein kann. Diese Truppe sollte ohne politische Bedingungen, zeitlich begrenzt mit Zustimmung des Sicherheitsrats eingesetzt werden können, wenn der Generalsekretär den begründeten Verdacht hat, dass Völkermord geschieht. Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte dies nur für den einzigartigen Fall des drohenden Völkermordes gelten und keineswegs als Blankoscheck für jegliche Friedensaktion der Vereinten Nationen verstanden werden. Ein Automatismus darf nicht bestehen.

Aus der bisherigen Erfahrung wird ausreichend Zeit sein, dass der Deutsche Bundestag in einer Dringlichkeitssitzung zustimmen könnte. In extremen Ausnahmefällen „bei Gefahr im Verzug ist die Bundesregierung berechtigt, vorläufig den Einsatz von Streitkräften zu beschließen und an entsprechendem Beschlüssen in den Bündnissen oder internationalen Organisationen ohne vorherige Einzelermächtigung durch das Parlament mitzuwirken und diese vorläufig zu vollziehen“ (BVerfG – 2BvE 3/92, 5193, 7193, 8/93 – Urteil vom 12.07.1994).

Diese o.a. „Feuerwehr“ sollte so früh wie möglich durch regionale Kräfte ersetzt werden, welche in der Regel Wochen oder gar Monate benötigen, um vor Ort einsatzbereit zu sein. Die deutschen Soldaten müssten für diesen Zweck nicht ständig kaserniert bleiben, vergleichbar der SEEB (Schnelleinsatzeinheit Bergung Ausland) des THW, die innerhalb von 24 Stunden bei einem Erdbeben vor Ort sein muss, um erfolgreich Verschüttete bergen zu können. Verbände könnten sich jeweils nach

sechs Monaten in dieser Aufgabe abwechseln. Deutschland würde mit diesem generösen Angebot schon aus Prestige Gründen nicht allein bleiben. Die Entwicklung würde ähnlich verlaufen wie beim „Service Packages-System des UNHCR (UNO-Flüchtlingshilfswerk). Ab 1991 hatte das Schwedische Zivile Hilfskorps eine Stabs- und Logistikeinheit erstmals für den UNHCR in stand-by gehalten. Heute sind es über zehn Länder, die solche Service-Packages bereithalten, so z.B. die SEEWA (Schnelleinsatzeinheit Wasser Ausland) des THW. Eine integrierte Lösung zusammen mit anderen Nationen besonders mit unseren Freunden und Partnern in der euro-atlantischen Gemeinschaft wäre einem deutschen Alleingang allemal vorzuziehen.

Dieses intensive diplomatische Bemühen darf bei einem drohenden Völkermord nicht zur Untätigkeit führen oder einen notwendigen Einsatz so verzögern, dass er sinnlos wird. Bei einem Völkermord wie 1994 in Ruanda sollte jedoch die sonst angemessene Zurückhaltung aufgegeben werden. Die Bundesregierung hat auch aus der Tatsache, dass die Bundeswehr im April 1994 nicht in der Lage war, zwölf eingeschlossene Angehörige der Deutschen Welle aus Ruanda herauszuholen, die richtigen Schlüsse gezogen. Zur Zeit wird ein deutsches „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) mit ca. 1.000 „Einzelkämpfern“ aufgestellt, das für solche Aufträge geeignet ist.

Zieht die Bundesregierung auch die angemessenen Schlüsse aus dem Völkermord in Ruanda? Sind 500.000-800.000 Afrikaner, meist Frauen, Kinder und ältere Menschen, die über Monate in Kirchen abgeschlachtet wurden, eine Quantité négligeable, bei der man wieder zur Tagesordnung übergehen kann? Wäre das nicht praktizierter Rassismus?

Ein moderner Industriestaat mit 80 Millionen Einwohnern wie die Bundesrepublik Deutschland sollte die wirtschaftliche und finanzielle Kraft besitzen, ein verstärktes, gut ausgebildetes Bataillon einsatzbereit zu halten. Bei einer Umfrage unter deutschen Führungspersonlichkeiten befürworteten 88% der Befragten einen Einsatz deutscher Truppen zur

Verhinderung eines drohenden Genozids (Intratest Burke Berlin 01/1996).

5. Schlußbemerkungen

Am Tage nach der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages anlässlich der Tragödie von Auschwitz beschloß der Haushaltsausschuß desselben Bundestages am 27. Januar 1995 eine zehnprozentige Kürzung der Haushaltsmittel für die humanitäre Soforthilfe, welche die Bundesregierung für lebensrettende Maßnahmen in den Krisengebieten der Welt zur Verfügung stellt. Bei den zukünftigen Verteilungskämpfen im Deutschen Bundestag, von denen wir vielleicht gerade erst einen kleinen Vorgeschmack erhalten haben, besteht die Gefahr, dass sich das wiedervereinigte Deutschland wegen finanzieller Gründe aus seiner tätigen Verantwortung für bedrohte Völker weiter zurück-

zieht. Neben den finanziellen Fragen gibt es auch erhebliche Akzeptanzprobleme für den Einsatz von deutschen Soldaten zur Verhinderung eines Völkermordes. Solange die einfache Kleinkaliber-Schußverletzung eines deutschen IFOR-Soldaten auf den ersten Seiten der deutschen Presse als Topmeldung gebracht wird, und die schwere Beinverletzung eines deutschen Feldwebels tagelang mit der gleichen Aufmerksamkeit wie das ärztliche Bulletin eines Papstes von den deutschen Medien vermeldet wird, wird jeder verantwortliche deutsche Politiker extrem zurückhaltend sein, deutsche Soldaten einzusetzen. Es gereicht der Bundesrepublik sicher zur Ehre, dass der Deutsche Bundestag den Mut besessen hat, einen Tag der nationalen Schande wie das Datum der Befreiung des Vernichtungslager Auschwitz zum ständigen nationalen Gedenktag zu erklären. Keine andere ver-

gleichbare Nation würde auch nur im Traum daran denken, etwas ähnliches zu tun, obwohl es auch dort schwerwiegende Gründe dafür gäbe. Die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollten jedoch nicht auf halben Wege stehen bleiben. Die jährlichen Holocaust-Gedächtnisfeiern zum 27. Januar dürfen nicht zu einer „Betroffenheitsorgie“ verkommen. Die Opfer würden noch einmal verhöhnt werden. Die Frage der Bundesregierung und der Abgeordneten sollte abschließend lauten, „Was müssen wir heute tun, damit solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht mehr begangen werden!“ Das wiedervereinigte Deutschland sollte auf Grund seiner einzigartigen geschichtlichen Erfahrung und aus Dankbarkeit, noch einmal davon gekommen zu sein, einen angemessenen Beitrag zur internationalen Menschlichkeit leisten. □

Polnische Militärseelsorge in der Krise

Joachim Georg Görlich

„Die Reduzierung des Etats für das Feldordinariat des polnischen Militärs um drei Viertel trägt den Samen der ideologischen Rache und Diskriminierung in sich“, stellte in einem Schreiben an den polnischen Sejmmarschall Polens römisch-katholischer Feldbischof, Divisionsgeneral (Zwei-Sterne-General) Slawoj Leszek Glodz, fest. Nach Ansicht des Bischofs wurde die Militärseelsorge während der Stalin-Ära unter dem damaligen Verteidigungsminister, Marschall Konstanty Rokossowski, finanziell besser ausgestattet.

Glodz fragt, wie im laufenden Jahr unter diesen Gegebenheiten eine normale Tätigkeit des Feldordinariats überhaupt funktionieren solle. In den Jahren 1950 bis 1990 – erinnert er – habe der kommunistische Staat insgesamt 31

Garnisonskirchen restaurieren lassen. In Finanzfragen hätten die Behörden damals mehr Verständnis für die Militärseelsorge als heute gezeigt.

Dazu: Die polnische Volksarmee war in der Ära des Kommunismus die einzige Armee des Warschauer Paktes, die mit einem Generaldechanten im Oberst Rang an der Spitze eine Militärseelsorge hatte; allerdings nur aus Repräsentationsgründen. Es war 1943 J.W. Stalin gewesen, der bei der Schaffung der polnischen Volksarmee im Gegensatz zu den polnischen Kommunisten darauf bestand, die Militärseelsorge einzurichten. Eine polnische Armee ohne Geistliche taue nichts, soll er argumentiert haben.

Mit den Stimmen der parlamentarischen Linken wurde nur durch die Sejmetat- und -finanz-

kommission der bisherige Militärseelsorgeetat von 4 Millionen Zloty um 2,86 Millionen Zloty gekürzt. Das eingesparte Geld soll für neue Rüstungsausgaben der Streitkräfte eingesetzt werden. Der Chef der Finanzabteilung im polnischen Verteidigungsministerium, General Tadeusz Grabowski, bedauerte dies in einem Brief an Generalbischof Glodz. Während eine Abgeordnete die Reduzierung mit Geldverschwendung seitens der Militärseelsorge begründet, kritisierten dies Abgeordnete der Liberalen, der parlamentarischen Mitte und Rechten.

Schon vor einem Jahr wurden auf Initiative von Abgeordneten des postkommunistischen „Bündnisses der demokratischen Linken“ Mittel für die Renovierung von Kapellen sowie Garnisonskirchen storniert. □

Die größte Seeschlacht der Geschichte

Die Schlacht von Leyte 23.–26. Oktober 1944

Eckhard Stuff

Die größte Seeschlacht der Geschichte tobte vom 23. bis 26. Oktober 1944 vor den Küsten der Philippinen. 282 japanische, amerikanische und australische Schiffe – und damit mehr als die 250 deutschen und britischen Schiffe, die im Ersten Weltkrieg die Schlacht im Skagerrak ausfochten – trafen in der Schlacht von Leyte aufeinander. In Bedeutung und Ruhm steht die größte Seeschlacht jedoch hinter anderen zurück, insbesondere der von Midway, die symbolhaft für eine Wende im Pazifikkrieg steht.

Im Oktober 1944 konnte es über den Ausgang des Krieges wenig Zweifel geben, es war vielmehr nur eine Frage der Zeit und der Bedingungen für das Ruhen der Waffen.

Die entscheidende Waffe der Seestreitkräfte im Pazifik war das Flugzeug. Der Flugzeugträger war somit wertvoller als jedes Schlachtschiff. Die Reichweite der Flugzeuge und damit ihrer Torpedos übertraf die Reichweite aller Geschütze der mächtigen Schlachtschiffe um ein Vielfaches. Das mussten die Japaner auf bittere Weise im Juni 1942 bei Midway erkennen, als sie vier ihrer großen Flugzeugträger durch amerikanische Fliegerangriffe verloren und auch viele erfahrene Piloten. Das war die Wende in der Schlacht im Pazifik.

Nach den Schlachten um Guadalcanal im November 1942 und dem darauf folgenden „Insel-springen“ der Amerikaner ging es im Oktober 1944 um die Philippinen und die japanischen Nachschubwege. Auf Grund ihrer mächtigen Produktionskapazitäten und ihrer größeren Bevölkerung waren die Amerikaner mittlerweile deutlich überlegen. Für die Japaner gab es keine Siegesaussicht mehr. Dennoch suchten sie noch immer die Chance zu einer großen Seeschlacht in der Hoffnung, das Kriegsglück wieder zu ihren Gunsten wenden zu kön-

nen. Diese Chance bot sich nun mit der Landung der Amerikaner im Golf von Leyte.

Diese größte Seeschlacht der Geschichte schildert Thomas Cutler in seinem Buch „23. bis 26. Oktober 1944. Entscheidung im Pazifik“ (Ullstein, Berlin 1996, 432 S.). Nach seiner aktiven Laufbahn als Korvettenkapitän lehrte Cutler an verschiedenen amerikanischen Militärakademien, zuletzt als Professor für Politik und Strategie am Naval War College. So liegt die Konzentration auf den Seekrieg nahe; die blutigen Landgefechte, die sich auf den Philippinen bis weit in das Jahr 1945 hineinzogen, sind nicht Teil seiner Darstellung.

Auch in der Schlacht von Leyte blieben die Japaner ihren maritimen Traditionen treu. Ihre Taktik sah wiederum zwei Elemente vor, die sie bisher mit unterschiedlichen Erfolgen angewandt hatten: eine Aufteilung der Kräfte und ein großes Täuschungsmanöver. Sie befolgten also nicht die strategische Grundregel des amerikanischen Marinetheoretikers Alfred Thayer Mahon, nach der eine Aufteilung der Kräfte vermieden werden sollte.

Für die Täuschung war Admiral Ozawa zuständig, dem es gelang, mit seiner halbleeren Trägerflotte (die Japaner hatten schon vorher in der Luftschlacht von Formosa den Großteil ihrer Flugzeuge und Piloten verloren) den US-Admiral William Halsey mit seiner mächtigen Flotte nach Norden zu locken. So konnte Admiral Kurita durch die San-Bernadino-Straße – mitten durch die Philippinen – hindurch schließlich große Gruppen amerikanischer Geleitträger und Zerstörer angreifen und auch einige versenken. Aus bis heute schwer erklärbaren Gründen brach Kurita jedoch den Angriff frühzeitig ab und verzichtete so auf noch fettere Beute. Eine dritte japanische Flotte unter Ad-

miral Nishimura, die im Süden durch die Surigao-Straße vorstieß, fuhr praktisch in einen amerikanischen Hinterhalt und wurde vernichtend geschlagen. Eine kleinere, vierte Gruppe unter Vizeadmiral Shima, die später auf diesem Schauplatz eintraf, konnte zu großen Teilen entkommen.

Cutler schildert eindringlich die Grausamkeit der Schlacht anhand der Vorkommnisse auf einem amerikanischen Schiff: „Es war 15:30 Uhr, als die Katastrophe eintrat. Ohne Vorwarnung entzündete sich das hintere Munitionslager. Die gewaltige Explosion sprengte einen großen Teil des Hecks der *Princeton* ab, und ein entsetzlich metallisches Stakkato hallte über das Wasser, während Schrapnelle jeder Form und Größe – Stücke des zeretzten Flugzeugträgers – auf den Decks der *Birmingham* einschlugen wie Kartätschen aus den Kanonen der Segelschiffe längst vergangener Zeiten. Hunderte von Männern wurden auf der Stelle getötet oder erlitten furchtbare Verletzungen. Innerhalb von Sekunden färbten sich die Speigatts rot von dem Blut aus Tausenden von grotesken Wunden, und auf dem blutverschmierten Deck lagen wie Abfälle auf dem Boden eines Schlachthauses abgetrennte Gliedmaßen herum. Der leitende Sanitätsoffizier assistierte bei einer Operation auf dem Kreuzer *Santa Fe*, und der Zahnarzt gehörte zu den ersten Todesopfern, so dass die Versorgung der Verwundeten auf den Schultern eines einzigen Arztes lastete. Viele Besatzungsmitglieder leisteten, obwohl selbst schwer verwundet, erste Hilfe bei jenen, für die noch Hoffnung bestand, und halfen, das Leiden derer zu lindern, für die es keine Hoffnung mehr gab.“

Trotz alledem sah der Erste Offizier des Schiffs, wie er später berichtete, inmitten des Grauens im ihn herum etwas Positives und Er-

hebendes: „Mir fehlen die Worte, um das wahrhaft hochherzige Verhalten der Männer angemessen zu beschreiben, der verwundeten wie der nicht verwundeten. Männer mit fehlenden Armen oder Beinen, mit klaffenden Wunden in den Seiten, mit Splitterspuren am Kopf beharrten: 'Ich bin in Ordnung. Kümmern Sie sich lieber um Joe da drüben', oder 'Vergeuden Sie das Morphium nicht an mich, Sir. Geben Sie mir einfach eins auf den Kopf.' So furchtbar die Zerstörung war, ist es doch eine Quelle höchster Genugtuung zu wissen, zu welchem Mut und welcher Selbstlosigkeit seine Schiffskameraden fähig sind.“

Nach der Schlacht um Leyte beherrschten die Amerikaner den Pazifik. Der Vorstoß auf die japanischen Mutterinseln war nicht mehr aufzuhalten. Aber viele verlustreiche Kämpfe standen noch bevor. Sie waren für die Achsenmächte militärisch so sinnlos wie die Fortsetzung des Krieges in Europa, denn am Ausgang konnte es keinen Zweifel mehr geben. Nach Leyte hatte die einst so stolze japanische Marine kaum noch Substanz, die entscheidende Trägerwaffe hatte vorher schon die fähigen Piloten verloren und war jetzt vernichtet. Thomas Cutler zieht folgende Bilanz: „Der letzte Versuch, die große Entscheidungsschlacht zu schlagen, hatte Japan vier Flugzeugträger, drei Schlachtschiffe (einschließlich eines seiner Superschlachtschiffe), neun Kreuzer und ein Dutzend Zerstörer gekostet, Hunderte von Flugzeugen waren verlorengegangen, und Tausende von Piloten und Seeleuten waren getötet worden. Es war eine in jeder Hinsicht verheerende Niederlage. Für die Amerikaner war die Schlacht zwar weniger kostspielig, aber nicht ohne Verluste gewesen. Drei Flugzeugträger, zwei Zerstörer, ein Geleitzerstörer und ein U-Boot hatten sie nicht überlebt. Hunderte von Männern waren getötet, eine weit größere Zahl war verwundet worden.“

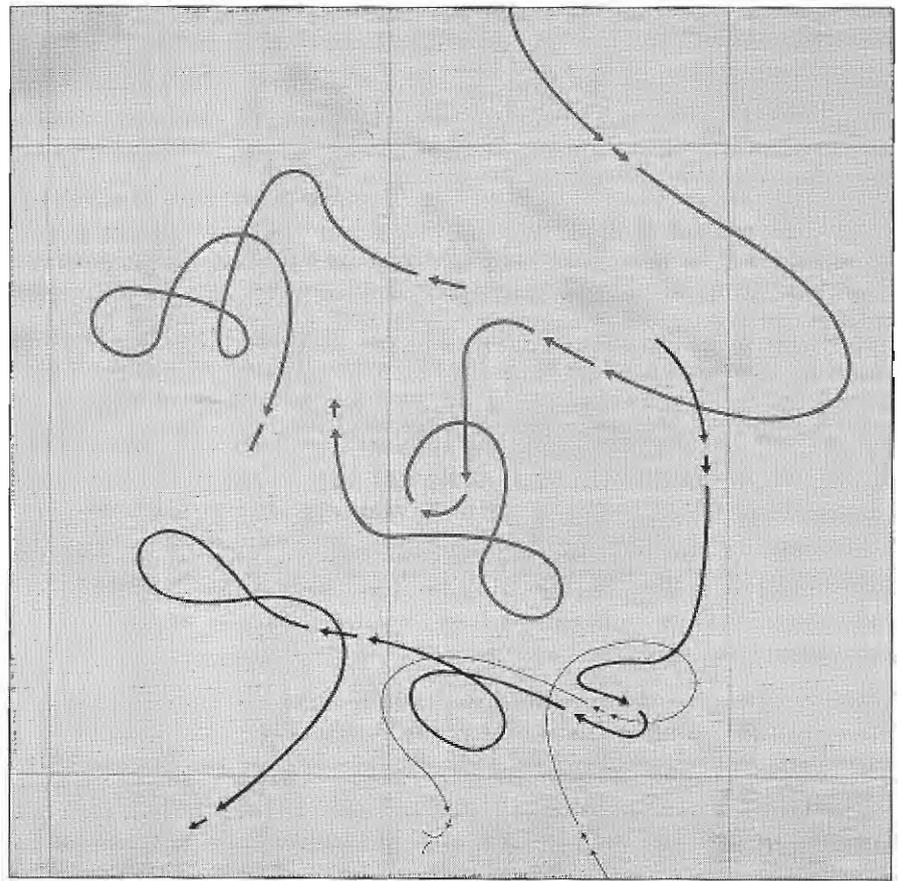
Er urteilt, dass Ozawa der einzige japanische Admiral war, der seine Aufgabe in dieser Seeschlacht erfüllte, weil es ihm gelang, die amerikanische Flotte unter Halsey vom Brennpunkt des Geschehens zu locken. Die anderen japanischen Admirale Nishimura und

Kuritakonuten konnten daraus jedoch nicht Kapital schlagen.

In der Schlacht von Leyte kam auch von japanischer Seite zum ersten Mal der „Göttliche Wind“, die Kamikazefliegerei, als offizielle Luftwaffentaktik zum Einsatz. Schon vorher gab es Piloten, die sich mit ihrer Maschine auf ein feindliches Schiff stürzten, doch jetzt wurden gezielt Einheiten dafür geschult und eingesetzt. Es waren Himmelfahrtskommandos ohne Überlebenschancen. Die Piloten sollten den Tod nicht riskieren, sie hatten den Auftrag, ihn zu suchen.

Dazu Thomas Cutler: „Trotz aller Legenden waren die japanischen Offiziere, denen Onishi (Befehlshaber der japanischen Luftstreitkräfte auf den Philippinen, Anm. d. Verf.) seinen Plan vorlegte, keineswegs versessen darauf, sich umzubringen. Aber ihr besonderer Ehrenkodex und die verzweifelte Kriegslage machten ihre Antwort auf seine Frage zur Formsache.“

Es bleibt zu hoffen, dass wir nie in eine Situation geraten mögen, in der menschliches Leben zur Formsache geraten kann.



Kein Bild nach Picassos Guernica? Die Möglichkeit des Malers, Kriegsgeschehen auf See im Bild festzuhalten: Asmus Petersen, »Die Schlacht im Korallenmeer, 1. Phase: Ungewissheit der ersten Trägerbewegung, 7. Mai 1942, 02:00- 12:00 Uhr.«

„Die Pfeile fallen als erstes auf. In zackigen Formen schnellen sie dahin oder biegen sich zu eleganten Kurven. Die einen rot (in der Wiedergabe die oberen Linien), andere schwarz (unten). Wunderschön und gefällig anzusehen wie die Skizze einer Choreographie. Aber die Bilder sind erbarmungslose Fallen, in die man tappt, ehe man sich's versieht. Aus dem Hintergrund schlagen sie zu. Entlarven die Schönheit der Oberfläche, indem sie ihr grausigen Inhalt geben: Die Pfeile tanzen auf (See-)Karten mit Kriegsdaten und Uhrzeiten, .. als Bewegungsabläufe feindlicher Fronten auf See, als Angriffslinien von Torpedoflugzeugen oder als den Untergang eines einzelnen Schiffes... Keine Illustration von Schlachten und Leichen, sondern Bilder der namenlosen Unzahl von Menschen, die ausgeführt haben, was ausgeführt werden musste, die den Befehlen folgten, ohne dem Inhalt Rechnung tragen zu können, ... Die damals namenlos waren und es heute noch sind.“

(Süddeutsche Zeitung, 23.09.1992)

AUS MILITÄRSEELSORGE, RÄTEN UND GKS

41. Gesamtkonferenz der Kath. Militärseelsorge

Rund 90 hauptamtliche Militärseelsorger – 78 Geistliche und zwölf Laien – sowie zahlreiche Gäste aus den Streitkräften, der Wehrverwaltung und Repräsentanten der Laien aus dem Apostolat der „Kirche unter Soldaten“ nahmen an der vom 11.–15. November 1996 dauernden 41. Gesamtkonferenz der hauptamtlichen Militärgeistlichen und Pastoralreferenten im Kardinal-Schulte-Haus in Bergisch Gladbach-Bensberg teil. Wichtiges Thema dieser Konferenz waren zweifellos die Konsequenzen für die Militärseelsorge aus den gravierenden Veränderungen in der Bundeswehr nach dem Erreichen der deutschen Einheit.

Neue Konzeption der Militärseelsorge

Umstrukturierung, Reduzierung und Neustationierungen erfordern auch eine Neuorganisation der katholischen Militärseelsorge. Wie Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld am 13. November in Bensberg mitteilte, habe die Militärseelsorge auch mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Zwar gebe es derzeit bei den Haushaltsverhandlungen mit Bonn überhaupt keine Schwierigkeiten, aber die Kirchensteuereinnahmen gingen deutlich zurück. Der Militärbischof erhalte zwei Drittel der Kirchensteuern der katholischen Soldaten. Allein von 1994–97 werde ein Rückgang um 20 Prozent erwartet. Oberstes Ziel sei es aber, bei der pastoralen Arbeit wie Exerzitien, Besinnungstagen oder Wallfahrten keine Einsparungen vornehmen zu müssen.

Die katholische Militärseelsorge plane bis zum Jahr 2000 eine weitere spürbare Verringerung ihrer Seelsorgebezirke. Derzeit gebe es noch 108 Dienststellen, bis zur Jahrhundertwende werde die Zahl auf 92 reduziert werden müssen, sagte der Militärgeneralvikar. Vor der Vereinigung Deutschlands habe es in den alten Bundesländern 138 Seelsorgebezirke gegeben. Um den pastoralen Anforderungen trotzdem nachkommen zu können, würden in den nächsten Jahren jeweils mehrere Bezirke zu Seelsorgeregionen zusammengefügt. Das erleichtere auch die gegenseitige Vertretung, wenn Pfarrer zu mehrmonatigen Auslandseinsätzen unterwegs seien.

Mittelfristig sei auch zu prüfen, ob beispielsweise im Katholischen Militärbischofsamt alle Dienststellen erhalten bleiben könnten.

Unter den rund 321.000 Soldaten der Bundeswehr sind nach Angaben Nabbefelds derzeit etwa 106.000 Katholiken. Hauptberuflich seien für sie 90 Seelsorger im Einsatz. Mit Blick auf die Reduzierung mahnte er, bei der Besetzung der verbleibenden Stellen könne sich die Kirche „keine allzu großen Vakanzen“ mehr leisten. Das erwarte auch die staatliche Seite. Nabbefeld sagte, auch wenn im Zuge der Vereinigung und der Reduzierung der Bundeswehr die Zahl katholischer Soldaten gesunken sei, habe der Umfang der Arbeit nicht nur wegen der größeren Zuständigkeitsgebiete zugenommen. So sei mittlerweile knapp die Hälfte aller katholischen Militärgeistlichen bereits in einem längeren Auslandseinsatz gewesen. Wie die Erfahrung zeige, wünschten Soldaten – auch konfessionslose – während der Einsätze in Krisengebieten eine deutlich intensivere Betreuung als in der Heimat. Zugleich wüchsen angesichts der Sorgen und Ängste der Familien in Deutschland auch die Anforderungen an die Seelsorge in der Heimat. Die Bilanz der bisherigen Aus-

landseinsätze bewertete Prälat Nabbefeld als ausgesprochen positiv. Der Lagebericht des Militärgeneralvikars vor der Gesamtkonferenz ist im folgenden Beitrag – ohne die Ausführungen zu „II. Lage und Perspektiven der Haushaltsentwicklung ...“ und „III. Zur Personalsituation: ...“ wiedergegeben.

Würdigung der Militärseelsorge

Die Bedeutung der Militärseelsorge für die deutschen Soldaten wird nach Ansicht der damaligen Parlamentarischen Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, Michaela Geiger (CSU), mit den neuen friedenssichernden Auslandseinsätzen der Bundeswehr noch zunehmen. Vor der Konferenz sagte die Politikerin bei einem Gästeabend am 12. November, mit diesen Einsätzen kämen auf die Bundeswehr „ganz existentielle Fragen und Grenzsituationen“ zu, die Soldaten nur bestehen könnten, wenn sie Halt im Glauben fänden oder sich zumindest an bestimmte Werte gebunden fühlten. Wörtlich sagte die Staatssekretärin: „In der Erfüllung ihrer Aufgaben zeigen unsere Soldaten Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft, Pflichtgefühl und vor allem Gemeinsinn. Menschen für die die uneingeschränkte Selbstverwirklichung die oberste Handlungsmaxime ist und die das ganz persönliche Wohl vor das Gemeinwohl stellen, sind nicht tauglich, uns Frieden, Freiheit und Demokratie zu garantieren. Staat und Kirche sind sich deshalb einig: Eine Gesellschaft wie die unsrige braucht den Gemeinsinn und die Orientierung der staatlichen Ordnung am Gemeinwohl.“

Der Kölner Kardinal Joachim Meisner betonte bei gleicher Gelegenheit, die Bundeswehr sei eine „typisch kriegsverhindernde Armee“. Unter Hinweis auf die Geschehnisse der letzten Jahre im früheren Jugoslawien, die „nach Auschwitz niemand mehr für möglich gehalten hätte“, meinte Meisner, solange der Mensch dem Mitmenschen auch immer noch „ein Wolf“ sei, werde es immer „eine Bundeswehr“ geben müssen. Anstelle des „berüchtigten Zitats“ – eine Anspielung auf den „Soldaten-sind-Mörder“-Slogan – kennzeichne die Bundeswehr der Ehrentitel „Hüterin der Brüder und Schwestern“, sagte der Kardinal.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagge dankte den katholischen Militärseelsorgern für ihre von Lebensnähe und Einsatzbereitschaft geprägte „Begleitung des soldatischen Alltags „vor allem die Hilfe in ethischen Grenzfragen“. Besondere Anerkennung verdiene die Arbeit der Militärseelsorge in den neuen Bundesländern und in den Einsatzgebieten im Ausland, wie Ex-Jugoslawien, Kambodscha oder Somalia. Für ihn gehöre die Militärseelsorge zum Konzept der Inneren Führung, bekannte der Generalinspekteur. Die Grüße des evangelischen Militärbischofs Löwe überbrachte Militärdekan Horst Henninger, der die Ökumene als Routine im Bundeswehralltag bezeichnete.

Der katholische Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß bei den bevorstehenden evangelischen Landessynoden – vor allem in den neuen Bundesländern – die gemeinsame Basis der nach katholischer Auffassung bewährten Ordnung der Militärseelsorge nicht gefährdet werde. Für die katholische Kirche herrsche hier mit Blick auf die Zukunft keinerlei Änderungsbedarf.

(PS/KNA)

Die Lage der Katholischen Militärseelsorge

Bericht des Militärgeneralvikars zur Jahreskonferenz der Militärggeistlichen

Jürgen Nabbefeld

1. Entwicklungen in der Bundeswehr und Konsequenzen für den Dienst der Militärseelsorge

1.1 Belastungen durch die Neuordnung der Bundeswehr

Die äußere Entwicklung der Bundeswehr der vergangenen Jahre war durch die Schlagworte „Reduzierung des Umfangs“ und „Neustationierung“ zu beschreiben. Der Umfang der Streitkräfte betrug im Sommer 1990 469.000, im Sommer 1996 321.000 Soldaten. Im Februar 1993 gab es 417.000 Soldaten, davon 367.000 aus den alten und 50.000 aus den neuen Bundesländern. Diese Zahlen zu nennen heißt, eine sehr intensive, bis in den Alltag hinein äußerst fordernde Phase in der Geschichte der Bundeswehr anzusprechen. Sie alle haben vor Ort bemerkt, was es bedeutet hat, die „Armee der Einheit“ aufzubauen. Um- und Neustationierungen waren in diesem Zusammenhang aus verschiedenen Gründen erforderlich.

Nicht selten haben die Militärseelsorger dann aber Enttäuschungen und Wut von Soldaten auffangen sollen, die den häufig politisch motivierten Einzelentscheidungen keinen Sinn abgewinnen konnten. Dies spitzte sich vor allem dann zu, wenn – und das nicht nur in Einzelfällen – mehrere sich aneinanderreihende Versetzungen daraus resultierten. Der Dienstherr hat den Soldaten und ihren Familien in der Tat in diesen Jahren etwas zugemutet, das für die Lebensplanung vieler Soldaten in dieser Weise nicht voraussehbar war und wofür in der Öffentlichkeit nicht nur wenig Anerkennung, sondern oft auch wenig Verständnis zu gewinnen war.

Nach dem geltenden Planungsrahmen steht dieser Umstrukturierungsprozess vor seinem

Abschluss. Mit der von Anfang an vorgesehenen Zeitverzögerung wird sich die Bundeswehrverwaltung dem anpassen – mit den daraus resultierenden Konsequenzen auch für unsere Militärseelsorge und ihre Organisation.

1.2 Politische Legitimation und Sinnfrage

Im öffentlichen Bewusstsein unserer Gesellschaft, aber auch innerhalb der Bundeswehr war die Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen zur Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen bzw. der NATO fast ein Synonym für Aufgaben und Sinn der Streitkräfte und ihrer Soldaten überhaupt. Im Rückblick, aus unserer Sicht der Militärseelsorger, darf ich wohl feststellen, dass sowohl die Führung der Bundeswehr einschließlich der hohen Kommandobehörden wie auch die Truppe bis an die sog. „Basis“ bei der Verwirklichung der im ehemaligen Jugoslawien übertragenen Aufgaben der Friedenssicherung erhebliches geleistet hat. Ich stelle das mit Bewunderung und Anerkennung fest, die ich der Bundeswehr auch in der Öffentlichkeit wünschte. Organisatorisch und personell waren erhebliche Herausforderungen zu bestehen. Dienstlich und menschlich waren nicht nur die Soldaten im Einsatzgebiet erheblich gefordert, sondern auch ihr „soziales Umfeld“ zu Hause: Kameraden, die sozusagen „doppelten Dienst“ leisten mussten, und natürlich nicht zuletzt die Familien, die über Monate auf den Vater verzichteten und die Frauen, die für diese lange Zeit ohne die gewohnte alltägliche Gemeinschaft mit dem

Gliederung

1. **Entwicklungen in der Bundeswehr und Konsequenzen für den Dienst der Militärseelsorge**
 - 1.1 Belastungen durch die Neuordnung der Bundeswehr
 - 1.2 Politische Legitimation und Sinnfrage
 - 1.3 Planungssicherheit und Motivation
 - 1.4 Werteordnung und sittliches Bewusstsein
2. ...
3. ...
4. **Zur Lage unserer Pastoral**
 - 4.1 Lebenskundlicher Unterricht
 - 4.2 Neue Formen der Intensivseelsorge finden
 - 4.3 Zeitschriftendienst
 - 4.4 Militärseelsorge in der Gesamtkirche
 - 4.5 Begleitung der Soldaten bei Friedenseinsätzen
5. **Anfragen an Struktur und Organisation unserer Militärseelsorge**
 - 5.1 Diskussion um Militärseelsorge in Deutschland
 - 5.2 Neuerungen bei Gremien der Mitverantwortung und Mitwirkung
 - 5.3 Neue Dienste für Laien in der Militärseelsorge

Partner leben mussten. Die Einrichtung der Familienbetreuungscentren hat sich aus der Erfahrung unserer Militärseelsorger sehr bewährt; wir sind froh, dass es – auf's Gesamte gesehen – zu einer guten Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorgern und diesen Betreuungszentren gekommen ist.

Die Katholische Militärseelsorge hat in enger Zusammenarbeit mit der evangelischen Militärseelsorge auch während dieses größten Auslandseinsatzes der Bundeswehr ihren kirchlichen Dienst erfüllt. Dazu möchte ich mich später noch äußern. ...

... nicht nur eine politisch interessierte Öffentlichkeit, die Soldaten und ihre Familien, sondern auch wir Militärseelsorger sind sehr daran interessiert zu erfahren, wie die Regierung sich die weitere Beteiligung deutscher Truppen an internationalen Einsätzen vorstellt. Damit der „Sinn“ solcher Einsätze den geforderten Soldaten und auch ihren Seelsorgern erkennbar wird, genügt eine politische Legitimierung allein nicht. Vor Ort, im Einsatzgebiet, lernen sie die Widersprüche kennen, die nicht selten zwischen humanitären Zielsetzungen, dem konkret ergangenen Auftrag und den realen Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung in der gegebenen Situation klaffen. Die von Politikern und anderen öffentlich immer wieder eingeklagte „Sinnstiftung“, die der Soldat als Motivation für seinen Dienst – zumal in derartigen Belastungssituationen – benötigt, kann nicht erst im Grenzfall beginnen. Andererseits werden aber wohl alle an den Entscheidungen und in der Umsetzung solcher internationaler Einsätze Beteiligten zunehmend lernen müssen, die tatsächlich engen Grenzen solcher Aktionen hinzunehmen: sicherheitspolitische Optionen und Instrumente alleine schaffen eben noch nicht den Frieden, den Menschen zum Leben brauchen.

1.3 Planungssicherheit und Motivation

In dieser Situation werden die Soldaten und ihre Geistlichen durch eine manchmal offen, oft aber eher in Zirkeln geführte, darum aber nicht weniger wirksame Diskussion um eine nochmalige Veränderung des Bundeswehrauftrages arg belastet. Viele etwa haben in der im vergangenen Sommer geführten Debatte um veränderte Bedingungen des Dienstes von Frauen in den Streitkräften politische Absichten vermutet, die Bundeswehr doch noch von einer Wehrpflicht- in eine Freiwilligenarmee weiter zu entwickeln. Die

Entscheidung unserer Nachbarn innerhalb der NATO sprechen ja eine eigene Sprache. Es ist nicht Sache der Kirche, unmittelbar zu diesen politischen Sachfragen Stellung zu nehmen. Ich möchte nur auf Irritationen und Verunsicherungen hinweisen, die in diesem Zusammenhang Platz greifen. Wenn die militärische Führung von der notwendigen Planungssicherheit spricht, so möchte ich heute den menschlichen Faktor nennen, der unsere Soldaten und ihre Familien betrifft. Wer einen oft nicht leichten, fordernden, ja herausfordernden Dienst motiviert leisten soll, muss wissen, wohin die Reise geht!

1.4 Werteordnung und sittliches Bewusstsein

Neue Aufgabenstellungen fordern ein neues Selbstbewusstsein bei denen, die sie erfüllen sollen. Wenn in der Bundeswehr intensiv über das Selbstverständnis des Soldaten nachgedacht wird, nicht nur in offiziellen Dokumenten, sondern auch im Hinblick auf den alltäglichen Dienst und jenen Rahmen, der mit den Auslandseinsätzen verbunden ist, geht es dabei im Kern darum, wie die Männer und Frauen in den Streitkräften als Personen, als sittlich in die Verpflichtung genommene Menschen, bestehen können. Wer heute in die Bundeswehr eintritt, tut dies unter anderen äußeren und inneren Bedingungen, als dies noch vor Jahren geschah. Hier findet sich auch einer der Hintergründe, warum Soldaten – heute mehr als früher – wissen wollen, ob nicht nur der Staat, sondern auch die ganze Gesellschaft ihren Auftrag und Dienst mittragen. Der von der Friedensbewegung entfachte Streit um den Mörder-Vorwurf hat gegenwärtig weiterreichende innere Konsequenzen als in früheren Jahren. Ein Soldat, der sich sehr viel

konkreter mit dem Einsatz militärischer Gewalt, mit Töten und Sterben auseinandersetzen muss, benötigt die Erfahrung, dass die gesamte Gesellschaft seinen Auftrag und seinen Dienst mitträgt. Die Aufgabe der moralischen Vergewisserung kann und darf dabei nicht an die Kirchen delegiert werden. Das soll andererseits nicht heißen, dass die Christen und ihre Kirchen hierzu nicht einen Beitrag leisten müssen. Was dies für unsere Pastoral bedeutet, möchte ich später noch ansprechen.

Selbstverständnis des Soldaten, Übernahme von Verantwortung, sittliches Bewusstsein: Mit diesen Stichworten möchte ich eine Frage benennen, die ebenfalls zu unserer Gegenwart in der „Bundeswehr der Einheit“ gehört. Im August dieses Jahres waren 38,8 % der Soldaten evangelischer Konfession, 32,1 % katholisch und 29,0 % gehörten keiner dieser beiden Kirchen an. Es kann nicht nur eine Frage der kirchlichen Seelsorge sein, ob bzw. in welchem Umfang sie sich – etwa auch im Bereich des Lebenskundlichen Unterrichtes den Soldaten zuwendet, die zwar keiner Kirche angehören, aber ein solches Angebot anzunehmen bereit sind. Die Werteordnung unseres Grundgesetzes ist, wie alle Erfahrung zeigt, bei Christen, auch unter den Soldaten, in guten Händen. Auch humanistische Traditionen, die sich vom Christentum distanzieren, sind dieser Werteordnung verbunden. Dies kann man jedoch vom Staat der SED nicht sagen. Auch Bundeswehr und Streitkräfte haben darum die Verpflichtung, Soldaten, die biographisch von der Herkunft aus der ehemaligen DDR geprägt sind, Hilfen anzubieten, innerhalb ihres Dienstes als Soldat die Identifikation mit dieser Werteordnung zu entwickeln und einzubringen.

...

4. Zur Lage unserer Pastoral

Ganz allgemein möchte ich zur Situation der Pastoral in unserer Militärseelsorge nach meinem ersten Jahr in Bonn sagen, dass allgemein gute und auch erfolgreiche Arbeit geleistet wird. Vielfach

habe ich von Soldaten, politisch Verantwortlichen und auch aus dem Raum der Kirche hören können, dass die Präsenz unserer Militärggeistlichen und Pastoralreferenten und ihrer Mitarbeiter nicht

nur als Selbstverständlichkeit gilt, sondern auch vielfach gefragt und benötigt wird. Die vielbeschworene „Verdunstung“ der Religion in unserer Gesellschaft erweist sich in dieser Lage als eine Schimäre. Wir alle erfahren immer wieder, dass Menschen auch dann Fragen an ihr Leben und an Gott haben, wenn sie den herkömmlichen Kontakt zu kirchlichen Gemeinden und Institutionen weithin oder ganz verloren haben. Wenn hier und da zu hören ist, das Angebot von Militärseelsorge könne ausgedünnt oder vermindert werden, weil kein entsprechender „Bedarf“ bestehe, geht dies schlicht an den Realitäten vorbei.

4.1 Lebenskundlicher Unterricht

Der Lebenskundliche Unterricht (LKU) stellt für uns Militärseelsorger dem Rang und dem Umfang nach eine wesentliche Aufgabe dar. Wenn über den LKU, in welcher Form und mit welchem Inhalt auch immer er erteilt wird, gesprochen wird, muss zunächst festgehalten werden, dass die entsprechende Zentrale Dienstvorschrift 66/2 nach wie vor in Geltung ist – sowohl für die Seelsorger als auch für die Soldaten. Mit Nachdruck stelle ich fest, dass aus unserer katholischen Sicht sich daran auch nichts ändern soll.

Die Praxis in den Standorten zeigt allerdings, dass sowohl der Zeitansatz von einer Doppelstunde im Monat, als auch der Zeitansatz im Hinblick auf das Quartal sehr unterschiedlich gehandhabt werden. Die neue Praxis der Einberufung durch die Bundeswehr macht einen regelmäßigen LKU in übergroßen Seelsorgebezirken zum Kraftakt für den Seelsorger. Unter diesen Bedingungen kann es sinnvoll sein, LKU-Stunden zu blocken oder zusammen zu legen. Dies aber sollte die Ausnahme bleiben, denn wenn einmal ein LKU-Block ausfällt, fehlt dann für Monate der Kontakt des Pfarrers oder Pastoralreferenten zu den Soldaten. Unverzichtbar ist für mich – und des gilt auch für unseren Militärbischof – dass der LKU auch weiterhin seinen festen Platz im Dienstplan der Truppe behält. Er ist und muss eine dienstliche Veranstaltung bleiben, deren Realisierung dem Seelsorger übertragen

ist. Der LKU ist nach wie vor der Zugang vor allem zu den jungen Soldaten. Er schafft Begegnung, eröffnet das Gespräch, ermöglicht, die Lebenswelt aller Soldaten kennenzulernen und schließlich gibt er die Chance, unsere seelsorglichen Angebote, etwa Intensivveranstaltungen, den Soldaten bekanntzumachen. Je weniger LKU stattfindet, um so weniger sind wichtige Voraussetzungen gegeben, die Seelsorge im weiteren Sinne wahrzunehmen. Wir alle müssen, jeder an seinem Platz, für den Lebenskundlichen Unterricht eintreten, damit seine Zwecksetzung – Lebenshilfe und ethische Orientierung –, die wir als unverzichtbaren Bestandteil unserer Seelsorge betrachten, nicht zur Privatsache des Soldaten und die Militärseelsorge als ganze nicht zu einer Betreuungseinrichtung verkommt.

4.2 Neue Formen der Intensivseelsorge finden

Wie sieht die Entwicklung unserer „Intensivveranstaltungen“ aus? Wir erarbeiten in diesen Wochen im Katholischen Militärbischofsamt eine Gesamtauswertung der Veranstaltungstatistik der Jahre 1988 bis 1995. Dabei stellt sich heraus, dass die Teilnehmerzahlen für Exerzitien, religiöse Wochenendveranstaltungen, Einkehrtage und Werkwochen sich von 14.744 im Jahre 1988 auf knapp 7.000 im Jahre 1995 vermindert haben. Auf die einzelnen Teilnehmergruppen bezogen stellt sich dabei heraus, dass dieser Rückgang sich vor allem im Bereich der Mannschaften und Unteroffiziere ohne Portepee ergibt. So hatten wir bei den Mannschaften im Jahre 1988 8.739 und im Jahre 1995 1.841 Teilnehmer.

Für diesen Rückgang lassen sich eine Reihe von Faktoren namhaft machen. Die Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte und der Rückgang der katholischen Soldaten in der Bundeswehr dürften dabei die wichtigsten Gründe sein. Andererseits aber zeigt sich, dass die rückläufige Tendenz nicht in allen Wehrbereichen und auch nicht in allen Seelsorgebezirken gleich stark ausfällt und zwar unbeschadet der absoluten Soldatenzahlen. Hier sind weitere Analysen sicherlich hilfreich, die wir ge-

meinsam mit den Wehrbereichsdekanen anstellen wollen, ...

Unsere sog. „Intensivveranstaltungen“ halten sich seit etwa drei Jahren zahlenmäßig auf einem erheblich niedrigeren Niveau als vorher. Der Qualität der Veranstaltungen hat das allerdings keinen Abbruch getan, eher ist das Gegenteil der Fall: In kleineren Gruppen lässt sich besser und intensiver diskutieren und arbeiten als in größeren. Ebenso kann der Seelsorger eher das Wesentliche, die christliche Botschaft, die er selbst zu verkörpern sucht, „überbringen“.

Für die nächste Zeit halte ich es aber für unumgänglich, dass die Militärseelsorger alle ihre Veranstaltungen – zumindest in wichtigen Teilen persönlich begleiten und ihnen damit durch das persönlich abgelegte Glaubenszeugnis einen unverwechselbaren Charakter verleihen.

Besonders freut mich, dass einige von Ihnen das Angebot der letzten Gesamtkonferenz angenommen haben und neue Formen der Intensivseelsorge erproben, wie etwa Sportexerzitien oder „Exerzitien mit dem Ruderboot“. Hier kann ich nur ermuntern und ermutigen, auf diesem Weg weiter zu gehen. Es geht nicht um ein „Aktualitätenkino“, sondern um zeitgerechte, d.h. den konkreten jungen Menschen gerechtwerdende Formen der Vermittlung der selben Botschaft. Ich kann Ihnen versprechen, dass derartige Veranstaltungen als Sonderveranstaltungen vom Katholischen Militärbischofsamt nicht nur genehmigt, sondern auch gefördert werden.

4.3 Zeitschriftendienst

Noch ein kurzes Wort zum Schriftendienst. Alle 16 Zeitungen und Zeitschriften, die wir kostenlos an Soldaten und ihre Familien weitergeben, sind von uns brieflich unterrichtet worden, dass wir ab 1998 unseren Schriftendienst drastisch reduzieren, vielleicht sogar einstellen müssen, und zwar wegen der uns fehlenden finanziellen Mittel. Gegenwärtig geben wir über 3 Mio DM pro Jahr für diesen Schriftendienst aus.

Davon zunächst ausgenommen bleibt unser Bistumsblatt, der „Kompaß“, den wir zusammen mit

„Weltbild“ verteilen. Allerdings wird in den nächsten Monaten auch hier über inhaltliche Fragen, und nicht nur über das Süd-Nord-Gefälle der Berichterstattung, nachgedacht und mit dem Verlag bzw. der Redaktion gesprochen werden müssen. An dieser Stelle möchte ich alle nochmals einladen, durch eigene Artikel und Fotos zur Lebendigkeit, Aktualität und zum Praxisbezug und damit letztlich zur Leserbezogenheit unseres „Kompas“ beizutragen.

4.4 Militärseelsorge in der Gesamtkirche

Wesentlich zu unserer Militärseelsorge gehört auch die Zusammenarbeit mit der Gesamtkirche. Ich nenne einige Beispiele. So hat in diesem Jahr vom 4. bis 8. September ein Internationales Symposium der katholischen Militärbischöfe in Buenos Aires in Argentinien stattgefunden. Anlässlich des 10. Jahrestages der Apostolischen Konstitution „*Spirituali Militum Curae*“ fand sie mit 70 Teilnehmern aus 25 Ländern unter der Leitung des Präfekten der Bischofskongregation, Bernhardin Kardinal Gantin, statt. Unser Militärbischof hat mich gebeten, ihn dabei zu vertreten. Militärdékan Theis hat mich begleitet. Es war interessant und beeindruckend zu erfahren, welchen Aufschwung die Militärseelsorge weltweit durch die Neuordnung durch den Heiligen Stuhl erfahren hat. Es zeigte sich die Vielgestaltigkeit der Seelsorge unter den Soldaten in sehr unterschiedlichen, oft sehr viel schwierigeren Situation als in Deutschland. Eine besondere Freude war es für mich, dass es uns gelungen ist, während dieses Symposiums eine deutschsprachige Arbeitsgruppe einzurichten, der sich auch Repräsentanten einer Soldatenseelsorge in osteuropäischen Ländern zugesellt haben. Es ist erstaunlich, dass sich historische gewachsene Verbindungen zum deutschen Kulturkreis und zu unserer Sprache auch über die Zeit der Sowjetherrschaft erhalten haben. Ich sehe es als eine unserer wichtigen Aufgaben an, diese osteuropäischen Aufbrüche nach Kräften zu unterstützen.

Auch beim Katholischen Kongress in Hildesheim vom 12. bis 15.

September diesen Jahres war unsere Militärseelsorge vertreten. Er stand unter dem Leitgedanken „Solidarität ist unteilbar“. Unsere Vertreter kamen aus dem Vorstand der Zentralen Versammlung, dem Bundesvorstand der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, den Pfarrgemeinderäten und GKS-Kreisen sowie Pfarrhelfern und Mitarbeitern im Katholischen Militärbischofsamt.

Bei der Vorstellung von Projekten brauchten wir uns nicht zu verstecken. Die Aktion der Zentralen Versammlung „Nachbarschaftshilfe für notleidende Menschen in mittel- und osteuropäischen Ländern“, das Projekt der Gemeinschaft Katholischer Soldaten „*Nowospasskoje*“ sowie das seit vielen Jahren existierende, aus dem Raum der Militärseelsorge heraus entstandene Kinderhilfswerk „*Passo Fundo*“ für Straßenkinder in Brasilien fanden viel Anerkennung. Nicht wenige Besucher des Kongresses waren überrascht, dass die im Laienapostolat unserer Militärseelsorge engagierten katholischen Soldaten sich auch sozial-caritativ engagieren. Im Gespräch unserer Teilnehmer untereinander ergab sich außerdem, dass in zahlreichen Seelsorgebezirken verschiedene, interessante und effektive Projekte und Initiativen unterstützt und gefördert werden, die das soziale Engagement in unserer Militärseelsorge unter Beweis stellen. Ich möchte Sie alle einladen und ermuntern, auf diesem Weg weiter zu gehen oder ihn neu zu beschreiten.

4.5 Begleitung der Soldaten bei Friedenseinsätzen

Einen hervorragenden und aktuellen und in der Zukunft noch wichtiger werdenden Schwerpunkt unserer Militärseelsorge bildet die geistliche Begleitung der Bundeswehrsoldaten bei Einsätzen im Ausland.

Ich möchte zunächst einiges zum Sachstand berichten, daran sollen sich einige grundsätzliche Überlegungen anschließen.

a) Während des letzten Jahres haben sechs Militärg Geistliche deutsche Soldaten, die in Kroatien mit Aufträgen in Bosnien eingesetzt waren, durchgängig

begleitet. Dabei war jeweils ein Militärg Geistlicher in Trogir am Sitz des deutschen nationalen Befehlshabers und des Feldlazarets tätig. Er nahm zugleich die Seelsorge für die Soldaten in Primosten und Solaris wahr. Ein zweiter Militärg Geistlicher leistete seinen Dienst im Standort Benkovac. Von dort aus begleitete er die Pioniere bei ihrem Einsatz in Bosnien. Zugleich war er zuständig für die Heeresflieger in Zadar. Die Einsatzdauer der Militärg Geistlichen betrug jeweils vier Monate.

Im März diesen Jahres hat unser Militärbischof die deutschen Soldaten im Einsatzgebiet in Kroatien besucht. Er wollte sich vor Ort einen persönlichen Eindruck über die Bedingungen des Einsatzes von Soldaten und den Dienst der Militärg Geistlichen verschaffen. Bei diesem Besuch nahm er auch Kontakt mit den örtlichen katholischen Bischöfen der Region auf.

Die in Piacenza und Vicenza eingesetzten Soldaten der Luftwaffe wurden von vier Militärg Geistlichen im Wechsel entsprechend der Einsatzzeit der Soldaten begleitet.

b) Die Nähe zu den Soldaten – so zeigen die Erfahrungen – und die Art und Weise, wie in aller Regel der Dienst der Seelsorger von allen Dienstgradgruppen aufgenommen wurde, vermittelte den Militärg Geistlichen den Eindruck, dass sie selbstverständlich dazugehören und dass ihr Dienst für nicht wenige der Soldaten notwendig und erwünscht ist. Das gilt übrigens auch für Soldaten, die keiner Konfession angehören, vor allem die aus den neuen Bundesländern. Kritische Einstellungen zur Militärseelsorge konnten weitgehend ausgeräumt werden, sofern sie bestanden. Erwähnung verdienen die vielen sozialen Aktivitäten unserer Militärpfarrer und Kontaktaufnahmen, die die Militärg Geistlichen mit den Vertretern der Ortskirche und kirchlicher Vereinigungen vor Ort anknüpften und weiterentwickelten.

Die Planungen für unsere katholischen Militärg Geistlichen

war mit dem Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr besprochen und abgestimmt. Es gab darüber hinaus einen fortlaufenden Erfahrungsaustausch. Dabei wurden auch kritische Fragen deutlich angesprochen. Sie bezogen sich insbesondere auf die evangelischerseits von manchen Amtsbrüdern intendierte Praxis in der Feier ökumenischer Gottesdienste. Es hat sich dabei gezeigt, dass problematische Hintergründe, was diese Frage angeht, wie sie auch hier in der Heimat zum Tragen kommen, verstärkt auftreten. Auch unklare oder so nicht hinnehmbare Erwartungen von Truppführern haben zu weniger erfreulichen Situationen beigetragen. Diese zu überwinden, müssen wir als Aufgabe der Abstimmungen in Bonn ansehen; zugleich möchte ich die Betroffenen unter Ihnen aber auch dringend bitten, in dieser Frage kooperativ und mitbrüderlich, zugleich aber auch eindeutig in der für uns unverzichtbaren Position zu sein.

Zu den positiven Erfahrungen der Militärseelsorge in der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, was die Auslandseinsätze deutscher Soldaten angeht, gehört auch die mit den Familienbetreuungscentren. Die Militärseelsorge war in ihrer Arbeit in guter Weise einbezogen. Organisatorische Probleme, wie sie bei früheren Auslandseinsätzen der Bundeswehr aufgetreten waren, wurden überwunden. Die Angebote der Militärseelsorge im Hinblick der Familienbetreuungscentren wurden mit unterschiedlicher Häufigkeit in Anspruch genommen. Die Militärg Geistlichen, in deren Seelsorgebezirk Familienbetreuungscentren eingerichtet sind, berichten, dass sie mit der Leitung dieser Einrichtungen im ständigen Kontakt stehen. Auch einen weiteren Aspekt möchte ich nicht unterschlagen: Mehrere unserer Mitbrüder berichteten, dass die Familienbetreuungscentren in ihrer Arbeit auch den Militärg Geistlichen als einen Angehörigen der Bundeswehr erkannt hatten, den sie in ihrer eigenen

Arbeit berücksichtigen wollten. Das gilt für die laufenden Kontakte, aber auch bei der Rückkehr in die Heimat. Es ist für uns Militärg Geistliche eine gute Erfahrung, auch auf diese Weise erfreulich zu erleben, dass wir von den Soldaten als „Ihre“ Pfarrer angenommen sind.

c) Auch zukünftige Einsätze deutscher Soldaten im Rahmen der Vereinten Nationen bzw. der NATO werden seelsorglich begleitet. Die Vorüberlegungen, die Friedensvereinbarungen für Bosnien weiterhin zu unterstützen, führten unsererseits in Absprache mit dem EKA zur Entscheidung, auch weiterhin jeweils zur gleichen Zeit zwei katholische und zwei evangelische Militärg Geistliche in das Einsatzgebiet Bosnien zu entsenden. Über Einzelheiten, wie z.B. Stationierungsorte und Zuständigkeitsbereiche der Militärg Geistlichen, wird zu gegebener Zeit entschieden. Entsprechendes gilt für die seelsorgliche Begleitung der eingesetzten Luftwaffensoldaten.

d) Ich möchte noch eine grundsätzliche Überlegung konzeptioneller Art zur geistlichen Begleitung bei Auslandseinsätzen anfügen. Sie verbindet sich mit dem Begriff „Pool“, d.h. einer festdefinierten Gruppe von Militärg Geistlichen, die künftig für die Begleitung bei Einsätzen zur Verfügung stehen sollen.

Um hier Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich gleich dazu sagen, warum nur Priester und nicht Pastoralreferenten zu dieser Gruppe gehören können: das humanitäre Völkerrecht kennt bekanntlich einen besonderen Schutz für Sanitätspersonal und Geistliche, die die Truppen begleiten. Intensive Abklärungen haben ergeben, dass diese völkerrechtlichen Normen keinen Schutz für Nicht-Geistliche gewährleisten, die zudem formal nicht der Bundeswehr angehören. Das bindet dann auch uns grundsätzlich in einer entsprechenden Entscheidung. Sollten hingegen – unter bestimmten Bedingungen – Pfarrhelfer un-

seren Militärg Geistlichen in Einsatzgebieten zugeordnet werden, so geschähe dies über ihre Einberufung zum Militärdienst; sie würden also im Soldatenstatus an einem solchen Einsatz teilnehmen.

Grundsätzlich gehe ich davon aus, hierbei kann ich mich auch auf unseren Militärbischof berufen, dass jeder Geistliche, der in die Militärseelsorge eintritt, grundsätzlich auch zum Seelsorgedienst bei Einsatzverbänden im Ausland bereit ist. Wer hiergegen innere Vorbehalte hätte, wäre für einen Dienst in der Militärseelsorge kaum geeignet. Soldaten würden solche Vorbehalte nicht respektieren können.

Zu der genannten Gruppe werden nur solche Militärg Geistlichen gehören, die dazu ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt haben. Es gibt schließlich neben den schon genannten, für uns nicht akzeptablen grundsätzlichen Einwänden auch andere wichtige persönliche Gründe, die hier im Wege stehen könnten. Voraussetzung ist schließlich auch die körperliche Eignung. Ggf. könnte in einem Einzelfall die Leitung der Militärseelsorge auch eine Art von „Unabkömlichkeit“ feststellen. Zur Vorbereitung einer späteren bzw. aktuellen Begleitung ist eine Teilnahme an speziellen Ausbildungen unverzichtbar. Dazu gehört ein Lehrgang bei den Streitkräften, der dem Militärg Geistlichen bestimmte grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten zum richtigen, situationsangepassten Verhalten im Einsatzgebiet verhelfen soll. Über die genaue Ausgestaltung dieses Lehrganges müssen wir uns noch weitere Gedanken machen. Ein erster Versuch hat jetzt im Oktober in Form eines zweiwöchigen Einweisungslehrgangs an der Infanterieschule in Hammelburg stattgefunden. Ergänzend dazu tritt eine hinreichende Sprachausbildung in Englisch und eine komprimierte Sanitätsausbildung, die den Begleit-Pfarrer in den Stand versetzt, Selbst- und Kameradenhilfe zu leisten. Wichtig ist darüber hinaus auch eine spezi-

elle Ausbildung, die sich einerseits mit besonderen Anforderungen an eine derartige Feld-Pastoral befasst, wie auch die Zusammenarbeit mit anderen Diensten – etwa Sanitätsdienst und Truppenpsychologie – fördern soll. Wenn, wie von der Truppe gewünscht, Militärgeistliche bei der Bewältigung von Stress und Traumata Hilfestellung leisten sollen, gehören dazu nicht nur die dazu erforderlichen Fachkenntnisse, sondern auch eine vertiefte Reflexion auf die eigenen Spiritualität unter den besonderen Bedingungen eines militärischen Einsatzes. In diesem „internen“ Lehrgang werden auch besondere Fragen der Pastoral und ethische Grundsatzfragen behandelt.

Wer also zu der besonderen Gruppe der Einsatz-Pfarrer gehört, wird sich diesen Vorbereitungen unterziehen müssen. Dazu tritt dann jeweils konkret einsatzbezogen – die allgemeine Vorbereitung, die die Bundeswehr für die teilnehmenden Offiziere vorsieht. Die entsprechende Teilnahme an Lehrgängen am Zentrum Innere Führung, der Infanterieschule Hammelburg, der Sanitätsakademie der Bundeswehr haben sich bisher schon sehr bewährt.

- ...
e) ...
Seit Beginn der Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen hat unsere katholische Militärseelsorge immer darauf verwiesen, dass grundlegende ethische Gesichtspunkte, auf die wir durch unsere kirchliche Friedenslehre verpflichtet sind, nicht nur bei der Grundentscheidung zur Wahrnehmung der Seelsorge im Rahmen eines Einsatzes von Bedeutung sind, sondern auch im Gespräch mit den Soldaten zu einem selbstverständlichen Schwerpunkt werden müssen. Soldaten sind in der besonderen Situation, die sich ja bis zum militärischen Gefecht entwickeln kann, als Mensch und Person darauf verwiesen, sich des letzten Sinnes ihres Dienstes auch moralisch neu zu vergewissern. Die Auseinandersetzung mit den damit zusammen-

hängenden Fragen kann jedoch nicht erst im Rahmen des laufenden Einsatzes erfolgen, sie ist auch im Alltag unserer Seelsorge in der Heimat unverzichtbar. Ich freue mich, dass Sie alle, wie ich weiß, sich dieser

Aufgabe mit Engagement stellen. Unsere eigene Fortbildung hat dazu offensichtlich hilfreiche Beiträge geliefert. Bedeutung und Ernst des Themas „Auslandsbegleitung“ ist uns allen bewusst. ...

5. Anfragen an Struktur und Organisation unserer Militärseelsorge

5.1 Diskussion um Militärseelsorge in Deutschland

Eine ganz grundlegende Anfrage an unsere Militärseelsorge in der Bundeswehr überhaupt – konfessionsübergreifend – verbirgt sich hinter dem Ringen der Evangelischen Kirche in Deutschland eine angemessene, die erprobten Grundlagen und die bewährte Praxis unserer langjährigen Militärseelsorge der Bundeswehr in den alten Bundesländern fortschreibende Soldatenseelsorge auch in den neuen Bundesländern zu ermöglichen. Wie Sie wissen, hat die Evangelische Kirche in Deutschland im Juni diesen Jahres mit dem Bundesminister der Verteidigung eine „Rahmenvereinbarung“ über eine evangelische Soldatenseelsorge in Ostdeutschland abgeschlossen. Sie sieht im Kern vor, einerseits inhaltliche Praxis, wie sie sich aus dem Militärseelsorgevertrag ergibt, fortzuführen, andererseits aber der Forderung der ostdeutschen Landeskirche zu entsprechen, die dort tätigen evangelischen Soldatenseelsorger nicht im Status des Bundesbeamten tätig werden zu lassen. Nach der „Rahmenvereinbarung“ gehen sie in einen Beamtenstatus der EKD über; sie unterstehen unmittelbar dem Militärbischof als dem kirchlichen Leiter der Militär- und Soldatenseelsorge in der Bundeswehr. Einzelfragen sollen in einer „Dienst-anweisung“ des Evangelischen Militärbischofs getroffen werden, die sowohl mit dem Bundesminister der Verteidigung wie auch den betroffenen Landeskirchen abgestimmt ist. Eine nicht ganz unkomplizierte Einzelfrage dabei ist die nach der Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichtes durch evangelische Soldatenseelsorger in den neuen Bundesländern.

An dieser Stelle möchte ich zuerst meiner Freude Ausdruck verleihen, dass wir nunmehr damit rechnen können, auch im Osten Deutschland evangelische Amtsbrüder und Partner in den Kasernen anzutreffen, die auf gesicherten Grundlagen mit uns gemeinsam sich den Soldaten der Bundeswehr zuwenden den jeweiligen Angehörigen der betreffenden Konfession, aber auch all den Nichtgetauften, die sich an den Seelsorger wenden. Von unserer Seite her wollen wir alles unternehmen, um die langjährige, ökumenisch gut fundierte Kooperation im Bereich der Militärseelsorge auch in den ostdeutschen Bundesländern zu entwickeln. Der evangelische Militärbischof Dr. Löwe hat uns in einem kürzlichen Gespräch versichert, dass er auch seinerseits seine Seelsorger zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den katholischen Militärgeistlichen ermuntern wird.

Ich möchte Ihnen aber nicht verschweigen, dass sowohl unser Militärbischof wie auch ich und meine Mitarbeiter im Katholischen Militärbischofsamt die evangelischerseits getroffenen bzw. vorgesehenen Regelungen und den sich damit verbindenden innerkirchlichen und auch öffentlichen Streit mit Sorge betrachten. Sowohl unser Militärbischof wie auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz haben in den vergangenen Jahren mehrfach darauf hingewiesen, dass die katholische Kirche keinen Änderungsbedarf hinsichtlich der bewährten Grundlagen und der gelungenen Praxis von Militärseelsorge sieht. Es wäre wahrscheinlich für beide Zweige der Militärseelsorge sehr nachteilig, wenn unser kirchlicher Dienst im politischen Raum zu Auseinanderset-

zungen führte. Dies ist jedoch, das möchte ich jetzt anmerken, nicht mehr auszuschließen, da maßgebliche politische Kräfte darauf dringen, die geschlossene „Rahmenvereinbarung“ durch ein Bundesgesetz, das im Bundestag zu beschließen ist, ratifizieren zu lassen. Dies und die Entscheidungen der evangelischen landeskirchlichen Synoden in Ostdeutschlands in diesen Wochen werden hoffentlich nicht zu einer Gefährdung gemeinsamer Grundlagen führen.

5.2 Neuerungen bei Gremien der Mitverantwortung und Mitwirkung

Anfragen an die Grundlagen und die Praxis der Militärseelsorge müssen wir natürlich auch an uns selber richten. Zur bewährten Basis unserer Katholischen Militärseelsorge gehören die vom II. Vatikanischen Konzil theologisch begründeten und dann von der Gemeinsamen Synode in Würzburg festgelegten Räte. Sie begründen neue Instrumente und Verfahrensweisen der innerkirchlichen Kommunikation, also von Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Das von uns übernommene Modell der Pfarrgemeinderäte hat sich aufs Ganze gesehen sehr bewährt. Sie bilden die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung von Militargeistlichen und Laien im Leben der „Kirche unter den Soldaten“. Im Anschluss an die letzten Pfarrgemeinderatswahlen im Jahre 1993 haben sich bei der Auswertung der Wahlergebnisse eine Fülle von Fragen aufgeworfen. Die Bestimmungen der geltenden Bischöflichen Ordnung für den Pfarrgemeinderat mussten geprüft und Vorschläge für ihre mögliche Überarbeitung unterbreitet werden. Mit dieser Aufgabe wurde die Arbeitsgruppe „Konzepte und Wege zum Pfarrgemeinderat 2000“ betraut. In ihr arbeiten nun seit eineinhalb Jahren regelmäßig drei Vertreter des Priesterrates, drei Vertreter aus dem Vorstand der Zentralen Versammlung sowie Militärdekan Theis und der Wissenschaftliche Referent im Referat V, Dipl.-Theologe Manfred Heinz, zusammen.

Diese Arbeitsgruppe legt nun als Ergebnis eine überarbeitete

Ordnung für den Pfarrgemeinderat vor, wobei gleich zu Beginn die Empfehlung ausgesprochen wird, des Gremium nicht mehr Pfarrgemeinderat, sondern „Katholikenrat beim ...“ zu nennen. Der Priesterrat, die Dienstaufsichtsführenden Militargeistlichen, der Vorstand der Zentralen Versammlung werden in den nächsten Wochen mit diesem Entwurf befasst, und zwar mit der Bitte um Prüfung und Zustimmung bzw. Ergänzung und Korrektur. Der Militärbischof soll sodann gebeten werden, die neue Ordnung in Kraft zu setzen und zwar „ad experimentum“, so dass auf ihrer Grundlage neue beratende Gremien der organisierten Laienarbeit auf Ebene des Seelsorgebezirkes Ende des Jahres 1997 gebildet werden können. Ziel dieser Reform ist es, die Mitverantwortung der Laien im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs mit der der Ortskirchen vergleichbar zu machen bzw. zu halten.

Auch die Geschäftsordnung des Priesterrates hat eine Neufassung erfahren, die der Militärbischof mit Wirkung vom 1. Januar 1997 in Kraft gesetzt hat. Aufgrund eingetretener Veränderungen in der praktischen Seelsorgearbeit haben die Mitglieder des Priesterrates angeregt, Vertreter aus dem Kreis der nebenamtlichen Militargeistlichen in den Priesterrat aufzunehmen. Die dienstaufsichtsführenden Militargeistlichen waren ebenfalls mit dieser Frage befasst und unterstützen die Empfehlung des Priesterrates.

Demnach wird von 1997 an jeweils ein Vertreter der nebenamtlichen Militargeistlichen aus dem Bereich Nord (Wehrbereich I, II, III und Flotte), dem Bereich Süd (Wehrbereich IV, V, VI) sowie aus dem Bereich Ost (Wehrbereiche VII/VIII) im Priesterrat vertreten sein.

Beide Neuordnungen zielen nicht auf eine Veränderung von Grundlagen, sondern auf ihre Vertiefung und Anpassung an die gegenwärtige Situation. Ordnungen müssen jedoch „Papier“ bleiben, wenn sie nicht mit Leben erfüllt werden. Darum möchte ich Sie alle bitten, das Ihre dazu beizutragen, dass das eigentliche Ziel dieser Neuordnung erreicht wird.

5.3 Neue Dienste für Laien in der Militärseelsorge

Eine aufmerksame Betrachtung der Gesamtlage unserer Katholischen Militärseelsorge verlangt natürlich auf mittlere und längere Sicht tiefgreifendere Veränderungen. Zwei Bereiche möchte ich besonders hervorheben. Da ist einerseits die Frage, wie engagierte katholische Soldaten und Soldatinnen und ihre Familienangehörigen nicht nur besser in die Mitgestaltung des Alltags der „Kirche unter den Soldaten“ einbezogen werden können, sondern in welchen Strukturen sie in neuer Weise aktiv als Träger der Seelsorge selbst tätig werden sollten. Den Umfang der uns künftig zur Verfügung stehenden personellen hauptamtlichen Kräfte habe ich schon genannt. In sehr groß gewordenen Seelsorgebezirken, in kleinen, abgelegenen Standorten und in den besonderen Situationen, wie etwa in Einsatzgebieten im Ausland, bedarf es zur Unterstützung der Arbeit der Militärseelsorger neuer Dienste, die die Kirche auch dort gegenwärtig sein lassen, wo Hauptamtliche nur bedingt präsent sein können. So stellt sich die Frage, wie Christen Gottesdienst feiern können, wenn kein Priester am Ort ist. Dafür bedarf es neuer Dienste, die wir in der Militärseelsorge nicht quasi neu erfinden müssen, sondern – modellhaft – aus der Praxis der deutschen Diözesen entlehnen können. Ich nenne hier Gottesdienst- und Kommunionhelfer; auch neue katechetische Dienste sind von Nöten, ohne die die auch in der Militärseelsorge anstehende große Aufgabe der Evangelisierung nicht vorangebracht werden kann. Dies alles kann nicht bedeuten, den Dienst von Laien quasi zu „veramtlichen“. Doch das konkrete Engagement und die Bereitschaft zum Dienst in der Kirche muss auch in Strukturen überführt werden, um sie von örtlichen und zeitlichen Zufälligkeiten unabhängig zu machen. Ich könnte mir vorstellen, dass auch in einigen Militärseelsorgen des Auslandes Modelle zu finden sind, die uns hilfreich sein dürften – so gibt es in der amerikanischen Kriegsmarine bischöflich beauftragte Laien-Helfer, die sich im Bereich von Gottes-

dienstfeiern und der Spendung der Eucharistie bewährt haben. Unseren Blick sollten wir auch über Liturgie und Verkündigung hinaus in den Bereich des christlichen Liebesdienstes, der Caritas, lenken. Gerade hier werden viele nicht kirchlich gebundene oder religionsfern aufgewachsene Soldaten den eigentlichen Kern christlicher Bruderliebe entdecken können. Vieles geschieht ja jetzt schon, aber vielleicht nur örtlich begrenzt und für viele zu wenig erfahrbar. Ich lade Sie alle ein, hier ihre eigenen Erfahrungen, gerade auch die mit den Angehörigen ihrer Pfarrgemeinderäte und der örtlichen Kreise der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, in unsere Diskussion einzubringen.

Neben dem zu stärkenden Engagement von Laien in unserer Militärseelsorge ist es aber unverzichtbar, auch die amtlichen Dienste, wie sie sich im Spektrum der Diözesen entfaltet haben, neu einzuführen und ggf. auch in veränderten Form zu akkommodieren. Für mich stellt sich hier die wichtige Frage nach der Rolle des Diakonats im Militärordinariat. In Verbindung etwa mit dem Dienst von Pastoralreferenten könnte er ja bei uns eine neue Gestalt finden. Darüber hinaus sollte aber auch in gründlicher und vorsichtiger Prüfung der Frage nachgegangen werden, ob nicht Soldaten, aktive oder doch zumindest aus dem Dienst ausgeschiedene, zum Diakonat im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs hingeführt und dann auch eingesetzt werden können. Das kirchliche Amt, so hat es unsere Kirche immer verstanden, dient ja nicht zuletzt der personalen Repräsentanz der Person und der Aufgabe Christi unter den Menschen.

Wenn ich so Ihren Blick auf eine Ausweitung von Diensten in unserer Militärseelsorge lenke, so muss ich gleichzeitig die Notwendigkeit ihrer Integration und Zusammenarbeit ansprechen. Im Zusammenhang mit der neuen Organisationsstruktur der Seelsorgebezirke habe ich bereits das Thema „Seelsorge-region“ angesprochen. Dabei kann es sich nicht vorrangig um eine neue Art von „kirchlichen Verwaltungsgemeinschaften“ handeln. Es geht in erster Linie um die Verlebendigung des Zeugnisses für Chri-

stus und sein Reich durch die Weckung und Zusammenführung aller Charismen, die diesem Bereich dienen können. Dies allerdings kann nur in der Ausbildung von Strukturen der wirklichen Einheit unserer Kirche und einer effizienten Pastoral dienen. Hier muss ich noch einmal auf ein Problem hinweisen, das seit langem besteht, aber meines Erachtens – zu wenig diskutiert – auch nicht zu hinreichenden Lösungen geführt wurde: das der Zusammenarbeit von Priestern und Pastoralreferenten. Es kann nicht dem theologischen Sinn dieser Ämter und Dienste entsprechen, wenn ein gutes Miteinander von Militärpfarrer und Pastoralreferent vor allem dadurch begründet wäre, dass sie sich wechselseitig möglichst weit – zumindest was die Alltagsarbeit angeht – aus dem Weg gehen. Natürlich ist der Pastoralreferent in der Dienststelle, von der aus er wirkt, für die Soldaten in der Regel „der Pfarrer“, oft sogar in der Anrede. In der Tat, der Pastoralreferent bzw. die Pastoralreferentin ist mehr als nur eine „Bezugsperson“ vor Ort. Er dient dem Aufbau der Gemeinde, sammelt, verkündet, feiert Gottesdienst mit Menschen. Aber weil alle diese einzelnen Dimensionen zu innerst auf des Sakrament der Eucharistie hin verstanden werden müssen, muss schon – aus theologischen Gründen – auch äußerlich das konkrete Miteinander dieser Dienste für die Betroffenen bzw. Beteiligten erfahrbar werden.

GEFUNDEN

„Dem enen sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall“

Petitionsausschuss: Militärbischofsamt soll in Bonn bleiben

Bei KNA war am 29.01.1997 und in einigen deutschen Tages- und Wochenzeitungen noch mehrere Tage danach die nachstehende Meldung zu finden:

Gegen die geplante Verlegung des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA) von Bonn nach Berlin hat sich der Petitionsausschuss des Bundestages ausgesprochen. Das Gremium unterstützte

In diese Art von pastoraler Kooperation müssen auch die Pfarrhelfer einbezogen werden. Faktisch sind sie es ja oft schon. Aber Modelle, die uns deutlich machen, in welcher Breite und in welchen Formen gemeinsame Dienste dem einen Leib unserer „Kirche unter den Soldaten“ dienen, sollten aus der Erfahrung der Praxis so formuliert und weiterentwickelt werden, dass das Gesamt der Militärseelsorge davon Gewinn hat. Praktische Gründe sprechen ohnehin für solche Arten von Kooperation. Sie ermöglicht Schwerpunktbildung, eine „pastorale Arbeitsteilung“, eine örtliche und zeitliche Regelung von Präsenz, die anders nicht herstellbar wäre. Denken wir an die Vertretungen für Mitbrüder, die im Ausland bei den Einsätzen ihren Dienst leisten müssen. Es kann doch nicht angehen, dass in diesen Monaten der Abwesenheit Militärseelsorge nur in Rumpfform im betreffenden Seelsorgebezirk geleistet wird.

Ich könnte hier noch viele Beispiele anführen, die wir vielleicht in der Diskussion nach diesem Lagebericht noch thematisieren sollten. Fertige Lösungen biete ich Ihnen heute nicht an. Ich kann es auch nicht, aber anregen möchte ich zu einem offenen Gespräch und zu einer geduldigen, vertrauensvollen und vor allen Dingen hoffnungsvollen Zusammenarbeit vor Ort und in unseren Gremien.

am Mittwoch mit Mehrheit eine von einigen Mitarbeitern des Amtes verfasste Eingabe und überwies sie der Bundesregierung zur „Berücksichtigung“. Nach Ansicht des Ausschusses sollten die für Militärseelsorge zuständigen Ämter der evangelischen und der katholischen Kirche an einem Ort untergebracht sein. Ein enger Kontakt zum Verteidigungsministerium, das in Bonn bleibt, sei „von grundlegender Bedeutung und unver-

Fortsetzung auf Seite 74

PRESSEMITTEILUNG DES KMBA

Militärseelsorge gibt Familienerholungshäuser auf

Nach Mitteilung des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn vom 24. Januar 1997 muss die katholische Militärseelsorge aus finanziellen Gründen ihre Familienerholungs- und Bildungshäuser zum Jahresende auf- bzw. in andere Trägerschaft übergeben. Infolge der stark zurückgegangenen Anzahl der Soldaten der Bundeswehr und der weiter abnehmenden Anzahl der Katholiken unter ihnen, sind in den letzten Jahren die dem Katholischen Militärbischof zur Verfügung stehenden Anteile der Kirchenlohnsteuern der Soldaten stark gesunken.

Wie der Vorstand der Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts, Dr. Hans Achim Groß, auf Anfrage mitteilte, beträgt der Einnahmerückgang 25 Prozent im Vergleich zu 1992. Drastische Sparmaßnahmen seien darum unvermeidlich. Allerdings werde hierdurch die Seelsorge im engeren Sinn nicht eingeschränkt. Nach eingehender Prüfung empfahlen die Organe der Katholischen Soldatenseelsorge Militärbischof Dr. Johannes Dyba, bis zum 31. Dezember 1997 die eigenen Häuser St. Meinolf/Möhnesee, St. Martin/Naumburg bei Kassel und St. Michael am Osser/Lohberg zu schließen. Vergleichsberechnungen

hätten, so Groß, ergeben, dass durch ein Ausweichen in entsprechende Einrichtungen der Diözesen erhebliche Mittel eingespart werden könnten.

Soldatenexerziten und -werkwochen, religiöse Familienwochenenden und das Familienferienprogramm der Katholischen Militärseelsorge sollen künftig in enger Zusammenarbeit mit diözesanen Häusern durchgeführt werden, die ihrerseits dadurch eine bessere Auslastung erfahren. Für die betroffenen Mitarbeiter werden in Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeitervertretungen Sozialpläne erstellt. Durch die Staatskirchenverträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den beiden großen Kirchen, die Militärseelsorge leisten, ist bestimmt, dass die Kosten dieser Seelsorge aus dem Bundeshaushalt bestritten werden. Der Katholische Militärbischof erhält darüber hinaus von den Diözesen zwei Drittel der von den aktiven katholischen Soldaten gezahlten Kirchensteuern, die von der Katholischen Soldatenseelsorge verwaltet werden. Nur mit Hilfe dieser kirchlichen Mittel können zahlreiche seelsorgliche und caritative Aktivitäten der katholischen Militärseelsorge finanziert werden. (KMBA)

wieder neuer, fremder Mitschüler: Wo kommst Du denn her? können Kinder von Soldaten oft nur mit einem schmerzhaften Achselzucken beantworten. War der Geburtsort gemeint, der letzte (gemeinsame) Familienwohnsitz, der Einsatzort und Standort des Vaters oder bereits der nächste Ort der Verwendung? Die politische Lage beschleunigte gerade in den letzten Jahren die „Halbwertzeit“ von Standortaufenthalt immer mehr. Mit der Wiedervereinigung schrumpfte die Aufenthaltsdauer an einem Ort auf wenige Monate. Familien mit dem „Luxus“ einer selbständig arbeitenden Frau und Mutter konnten sich das Thema Familienversetzung bald abschminken. Also blieb nur die Teilung der Familie: Zwei Haushalte mit je einem Kind oder eine „Familienbastion“ mit zwei Kindern, wenn die gymnasiale Oberstufe anstand. Nicht selten eine enorme Belastung für die „Burgfrau“, die Ehefrau und Mutter, ganz zu schweigen vom Vater.

Die äußeren Folgen dieses sogenannten Familienlebens kennt fast jede Soldatenfamilie: Familienorganisation per Kalender, exponentiell steigende Telefonrechnungen, die Suche nach mühsam zusammengedraubter gemeinsamer Zeit und die „Qualität-statt-Quantität-Ideologie“.

Wir Kinder erweiterten dies noch um den Punkt: „Wir lernen ja interessante Menschen kennen“ und Vater um den Punkt: „Ich bin jederzeit zu erreichen.“ Der Telekom sei Dank war er das dann auch. Wenn ihn keiner mehr erreichen konnte, wir Kinder fanden ihn immer – zwischen Potsdam und Sonthofen.

Aber das Sich-heimisch-Fühlen blieb immer ein Thema. Eine Heimat fanden wir tatsächlich in der katholischen Militärgemeinde und das von Anfang an. Warum gerade hier?

Hier brauchten wir nicht erst eine lange Einleitung zu halten im Stile eines: „Wir-kommengerade-aus ..., sind-hierhin-umgezogen, aber-bleiben-schon-eine-Weile-hier.“ Hier waren alle umgezogen,

Eine Sicht betroffener Familien: Das Ende der katholischen Familienseelsorge in der Bundeswehr?

Claudia Klein

Die katholischen Militärgemeinden sorgen sich um den Kern ihrer Arbeit: die Seelsorge für und mit den Familien.

Die Nachricht schlug ein wie der Blitz. Viele an der Basis, in den Militärgemeinden und Verbänden, konnten es kaum glauben: Die drei eigenen Häuser der Militärseelsorge sollen verkauft werden.

Der Unmut und ein regelrechtes Unverständnis bei vielen Soldatenfamilien, die oft schon seit

Jahren hier Gemeinde ganz hautnah erfahren und mitgestaltet haben, regte sich. Von Sparzwängen war die Rede und von einem sinkenden Haushalt. Durchaus bekannte Begriffe heute. Aber sie rühren an den Nerv von Familien, für die mit ständigen Versetzungen der Männer und Väter das Wort „Heimat“ an sich schon problematisch ist.

Die simple Frage bei der x-ten neuen Schule von Seiten schon

hier waren alle irgendwie fremd, aber hier wurden alle gemeinsam heimisch.

Einen ganz wesentlichen Anteil hatten dabei die Familienwochenenden und ganz besonders die Familienwerkwochen- und -ferien. Man lebte zusammen in einem Haus, sei es nun in Naumburg, in St. Meinolf oder in Lohberg. Man diskutierte, feierte oder bildete einfach nur eine ganz normale Familie. Die Familienwochenenden waren und sind heiß begehrt. Zusätzlich entwickelten sich Kinder- und Jugendfreizeiten. Unvergessen die Zeltstadt im Park von St. Meinolf – das mußte selbst ein Jugendlicher aus Ostdeutschland zugeben.

Über Jahre entstanden Kontakte unter den Familien, man traf sich immer wieder, Kinder wuchsen miteinander auf, stellten Schnitzeljagden durch den Arnsberger Wald zusammen, planten fulminante Bunte Abende oder feierten mit vielen anderen Grillfeste bis tief in die Nacht.

Immer bildete das Religiöse die Klammer und den Mittelpunkt: Von ungewöhnlichen Morgengebeten und selbstgestalteten Gottesdiensten bis hin zu Agapefeiern. Viele lernten Gemeinde hier als echte „communio“ kennen. Kirche blieb nicht abstrakt, Kirche war und ist für diese Familien ein Teil ihres Familienlebens.

Und die Ortsseelsorge?

Immer begann (wenn überhaupt) die Vorstellung der Familie gegenüber dem Ortpfarrer mit der üblichen Entschuldigungslitanei: „Wir sind eine Soldatenfamilie, aber jetzt bleiben wir erst einmal hier.“ (Mehr hoffend als wissend, dass dies so sei). Und auch die Antwort war meist ähnlich: „Ach so, dann ziehen sie ja bald wieder weg. Das muss schwierig sein.“

Unseren Militärpfarrer kannten wir immer, die wechselnden Ortpfarrer selten. Später, je größer wir wurden, kannten wir auch die Wehrbereichsdekane – und was mindestens genauso wichtig war, sie kannten uns. Sie wussten, daß die eine Tochter gerne die Fürbitten formulierte, die andere gerne die Messdienerin war, dass der eine Sohn ein Fußballfan war und der andere tolle Collagen herstellen konnte für den Familiengottesdienst.

Wir machten schon Familiengottesdienste, da überlegten die Ortsgemeinden noch, ob diese Form überhaupt dem Ritus entsprach. Wir praktizierten schon Ökumene, wenn Eltern verschiedenen Konfessionen angehörten, da war von offiziellen gemeinsamen Kirchentagen der beiden Konfessionen noch lange keine Rede. Und wir lebten an wenigen Familienwochenenden und in Werkwochen ein ganz normales Familienleben – eben nur mit vielen anderen tollen Familien zusammen. Und dies eben in Häusern, die uns vertraut waren, die uns gehörten, wo niemand durch Ballspielen gestört wurde. Wo gemeinsame Aktivitäten – auch der Kinder ohne die Eltern – möglich waren, wo Eltern sich austauschen konnten und Kinder stabile Freundschaften eingehen konnten. Wir lernten miteinander Kirche im Kleinen zu verwirklichen, tolerant zu sein und miteinander etwas zu gestalten. Hier durften Jugendliche gemeinsam mit Erwachsenen über Erziehung reden, und hier wurden ehemalige Kinder später zu Referenten gegenüber Zuhörern, die sie von klein auf kannten.

Für uns war und ist die Militärseelsorge so etwas wie ein Schutzraum, und ganz besonders wurde sie es für die Familien, deren An-

gehörigen im ehemaligen Jugoslawien im Einsatz waren und sind. Unvergessen blieb mir das Geständnis einer „Soldatenfrau“ auf einem der letzten Wochenenden: „Als nichts mehr ging, weil mein Mann die Hilflosigkeit in seinem Einsatz in Jugoslawien nicht bewältigen konnte, habe ich unseren Militärpfarrer angerufen.“

Und in Zukunft?

Ohne Haus wird Heimat gerade auch für Soldatenfamilien wieder schwierig.

Aber es gibt doch genügend Bildungshäuser, war die Antwort der Finanzwächter. Aber müssen wir, die wir als Angehörige eines Berufes, der ständig den Unwägbarkeiten wechselnder Einsatzorte ausgesetzt sind, in Zukunft auch „unsere“ Wochenenden und Werkwochen wieder nach dem Terminplan anderer ausrichten? Wenn Kolping, Kirchenchor und andere „ihr“ Wochenende gebucht haben, bekommt die Militärseelsorge (die eh' keiner kennt) gnädig einen Termin?

Es bleibt schwierig. Aber wollen wir wirklich in die Steinzeit der katholischen Militärseelsorge zurückfallen?

Wir brauchen kreative Lösungen – zugunsten der Familien. Geld darf nicht die „ultima ratio“ sein.

□

Fortsetzung von Seite 72

„Dem enen sin Uhl, ...

zichtbar“, heißt es. Die Beschwerdeführer hatten argumentiert, sie hätten kein Verständnis, dass der Entschluss für den Umzug erst vier Jahre nach dem Umzugsbeschluss des Bundestages vom Juni 1991 gefasst worden sei. Es sei zu fragen, ob der Militärbischof aufgrund der Päpstlichen Statuten berechtigt sei, seine Kurie zu verlegen, und ob das Verteidigungsministerium hierbei kein Mitbestimmungsrecht habe. Demgegenüber argumentiert das Militärbischofsamt, dass die Statuten die Arbeit des Amtes „am Sitz der Bundesregierung“ vorsehen. Dies sei dem Verteidigungsministerium im vergangenen Jahr offiziell mitgeteilt worden. – Der Umzug des Amtes ist für 1999 vorgesehen.

Bundestag nimmt Votum zum Militärbischofsamt „zur Erwägung“ an

Am 20. Februar hat nun der Bundestag das Votum des Petitionsausschusses gegen eine Verlegung des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA) von Bonn nach Berlin angenommen. Das Parlament billigte das Votum des Ausschusses, stufte dessen Empfehlung allerdings auf den zweithöchsten Grad „zur Erwägung“ zurück. Der Petitionsausschuß hatte den Abgeordneten seine mehrheitlich getroffene Empfehlung mit dem Vermerk „zur Berücksichtigung“ zugeleitet; dies ist das „höchste“ Votum, das das Gremium abgeben kann. Jetzt muss die Bundesregierung in den nächsten sechs Wochen ihre Stellungnahme abgeben.

□

Der Bamberger Alterzbischof und ehemalige Militärbischof, Elmar Maria Kredel, wird 75

Jörg Hammann (KNA)

Heute lebt Alterzbischof Elmar Maria Kredel wegen seiner angeschlagenen Gesundheit zurückgezogen in Bamberg. Bis 1994 trug Kredel, der am Montag 75 Jahre alt wird, eine doppelte Bürde: Er war Bischof der fränkischen Diaspora-Erzdiozese Bamberg und als Militärbischof oberster Seelsorger der katholischen Soldaten (Mai 1978 bis November 1990). Beide Ämter verlangten Kredel ein enormes Reisepensum ab. Er war ständig unterwegs zu seinen diözesanen Pfarrgemeinden und zu den Truppenstandorten.

Kredels Nachfolger als Militärbischof, der Fuldaer Oberhirte Johannes Dyba, bescheinigte seinem Vorgänger, in mehr als zwölf Jahren ein „guter Hirte der Kirche unter Soldaten“ gewesen zu sein und den Bundeswehrangehörigen in ihrem „schwierigen Dienst am Frieden“ ethische Orientierung gegeben zu haben. Kredel ließ unter anderem das „Institut für Theologie und Frieden“ errichten, des wissenschaftliche Fragen der Friedensethik bearbeitet. Auch sein Nachfolger auf dem Bischofsstuhl des 1007 gegründeten Bistums Bamberg, Erzbischof Karl Braun, nennt Kredel einen „guten Hausvater“, der immer verständnisvoll und hilfsbereit sei. Durch „unbeirraren Zeugendienst für Christus“ habe er der Botschaft des Evangeliums den Weg in die Herzen vieler Menschen gebahnt. Kredels bischöflicher Wahlspruch lautet: „Für Christus leisten wir Botschafterdienst“.

Der Nürnberger Beamtensohn schlug nach den Erlebnissen als Soldat im Zweiten Weltkrieg den Weg zum Priesteramt ein. 1950 wurde er geweiht. Die Promotion

Titelseite der Dokumentation zur Katholischen Militärseelsorge 19; hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt, Bonn 1990, aus Anlass des Wechsels im Amt des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr. Aufgabe des Militärbischofs ist es gem. den Statuten für seine Jurisdiktion, „die Seelsorge unter den zur Bundeswehr gehörenden Katholiken zu ordnen, zu leiten und wirksam zu gestalten“.

in Innsbruck und ein bibelwissenschaftliches Spezialstudium in Rom folgten. Kredel setzte aber nicht auf die wissenschaftliche Karriere, sondern kehrte nach vier Jahren als Assistent in München in die Seelsorge seines Heimatbistums zurück. Die Stadt Hollfeld, wo er Pfarrer war, dankte es ihm mit der Goldenen Bürgermedaille. 1967 erfolgte die Wahl ins Bamberger Metropolitankapitel. Damit gehörte Kredel der Bistumsleitung an. Er war verantwortlich für Erwachsenenbildung, Jugendseelsorge und Caritas. Papst Paul VI. machte ihn erst zum Ehrenprälaten und berief ihn dann 1977 zum Erzbischof. Kredel will, daß die Kirche und ihre Verantwortlichen „ein Zeichen der menschenfreundlichen Liebe Gottes in der Welt“ sind.

Noch kurz vor Ende seiner Amtszeit setzte der Erzbischof zwei Reformanliegen um. Das „Bamberger Modell“ für Pfarreien ohne eigenen Pfarrer am Ort überträgt Laien Leitungsaufgaben. Ehren-



Für
Christus
leisten
wir
Botschafter-
dienste

Militärbischof
Elmar
Maria
Kredel

oder hauptamtliche Laien werden „feste Ansprechpartner“ für die Gläubigen. Allerdings hat weiterhin ein Pfarrer die „Letztverantwortung“. Außerdem brachte Kredel das Bamberger Pastoralgespräch über die „Situation der Kirche unter den veränderten Vorzeichen der heutigen Zeit“ auf den Weg. Es wurde durch den Amtswechsel kurz unterbrochen, aber von Erzbischof Braun aufgegriffen und soll nun bis zum Jahr 2000 durch einen breit angelegten Gesprächsprozess eine neue Ausrichtung der Seelsorge erreichen. Auch in der Sorge um die Familien wird die Bamberger Linie fortgeführt. Erzbischof Kredel mahnte die Pfarreien stets, mehr für Familien zu tun, denn sie seien „Zellen zur Weitergabe des Lebens“ und von Gott gewollt. Sein Nachfolger hat eine familienpolitische Initiative „Zukunft mit Herz“ begonnen. Dazu gehören unter anderem ein Wohnprojekt für kinderreiche Familien und „Stadtteil-Unterstützungs-Netzwerke“.

DAS INTERVIEW

„Glauben Pfarrer an Gott?“

Fragen an den Militärpfarrer im Nebenamt
Jürgen Wiechert, Jüterbog

AUFTRAG: Zum Einstieg wäre es interessant, wenn Sie kurz Ihren bisherigen Lebenslauf schildern würden.

J.W.: Ich wurde am 16. Februar 1943 in Berlin geboren und bin in Berlin Schmöckwitz (also am südlichen Rand des Stadtgebietes Ost) aufgewachsen, wo mein Vater über dreißig Jahre als evangelischer Gemeindepfarrer tätig war. Dort ging ich auch zur Grundschule; das Gymnasium besuchte ich jedoch als „Grenzgänger“ in Britz (Berlin-West).

Mit der Jugendarbeit bin ich groß geworden: Jungschar, „Junge Gemeinde“, christliche Pfadfinderschaft (illegal) in Ost-Berlin. Mein anderes Standbein – neben der kirchlichen Jugendarbeit – war das politische Engagement: Mitglied der Jungen Union, Abgeordneter im West-Berliner Schülerparlament, Mitherausgeber einer Schülerzeitung und Leiter einer oppositionellen Jugendgruppe in Ost-Berlin.

Fünf Tage nach dem Mauerbau, am 18. August 1961, wurde ich mit anderen Mitgliedern der „Jungen Gemeinde“ von der Stasi verhaftet und erst zweieinhalb Jahre später wieder entlassen. Danach habe ich mit dem Theologiestudium an der ev.-kirchl. Hochschule („Sprachenkonvikt“, Borsigstraße) begonnen, wurde aber im Februar 1965 erneut verhaftet und im Juli des gleichen Jahres vom Westen freigekauft („Kaufpreis“: 80.000,— DM). Anschließend habe ich in Mainz und Münster mein Studium fortgesetzt, das Examen abgelegt und war dann Vikar in Soest (Westf.). Danach wurde ich ev. Pfarrer, zunächst in Werl (Westf.), dann in Hamburg-Harburg.

Im Laufe der Jahre habe ich jedoch durch gezieltes theologisches Suchen und Nachdenken gemerkt,

dass es da etliche „Defizite“ im Protestantismus gab, so z.B. die Unterbewertung des Abendmahls, welches nur zwei bis dreimal im Jahr an Predigtgottesdienste „angehängt“ gefeiert wurde. Hinzu kam die unklare, dem persönlichen „Empfinden“ überlassene Einstellung zur Gegenwart des Herrn im Altarsakrament, die Frage nach der Vollmacht des Amtsträgers, die beinahe schon „chaotische“ Vielfalt evangelischer Lehre(n) und die Unmöglichkeit, sie wenigstens in wesentlichen Aussagen auf einen Nenner zu bringen und einiges andere mehr.

So kam es, dass ich 1976 in Hamburg „St. Marien“ gemeinsam mit meiner Familie sprechen konnte: „Ich glaube alles, was die heilige katholische Kirche zu glauben lehrt“. Nach Konversion und Priesterweihe (ein Jahr später) war ich dann als katholischer Pfarrer in Moosham (Bistum Regensburg) tätig.

AUFTRAG: Warum haben Sie sich von Moosham nach Jüterbog versetzen lassen?

J.W.: Als die Mauer fiel, habe ich mir gesagt: „Jetzt willst du wieder nach Hause“. Obwohl es mir in Moosham sehr gut gefallen hatte, wollte ich wieder zurück nach Berlin. Jüterbog ist natürlich nicht Berlin, liegt aber nur 70 Kilometer südlich. Außerdem war ich der Auffassung, dass jemand, der die kirchliche wie die gesellschaftliche Situation in Ost und West kennengelernt hatte, hier durchaus am rechten Platz sein könnte.

AUFTRAG: Wie groß ist Ihre Jüterboger Gemeinde?

J.W.: Das Datenmaterial ist noch ziemlich unvollständig, deshalb haben wir noch keine genauen Zahlen. Es müssten aber so ungefähr 750 Mitglieder sein.

AUFTRAG: Was hat es für Sie bedeutet, von Moosham, wo fast nur Katholiken leben, nach Jüterbog zu kommen, wo der Anteil der Katholiken unter zehn Prozent liegt?

J.W.: Damals, als ich gegangen bin, habe ich das als Herausforderung aufgefasst. In der Regensburger Gegend „läuft der Katholizismus von alleine“. Dort habe ich so manches aufgebaut und dann festgestellt: es gibt für mich nicht mehr viel zu tun. So war es für mich eine Herausforderung, zu sehen, welche Möglichkeiten es hier geben könnte.

Nach den dreieinhalb Jahren, die ich nun hier bin, muss ich sagen, dass vieles von dem, was den Katholizismus prägt und ausmacht, verlorengegangen ist; nicht nur alleine durch die vierzig Jahre DDR, sondern auch vorher schon, in der preußisch-protestantisch beeinflussten Vergangenheit. Die DDR hat dann auch noch die letzten Reste zerstört, wie z.B. die öffentliche Fronleichnamsprozession. Die Gemeinden haben sich weithin so daran gewöhnt, in ihrer „zugestandenem“ (und kontrollierten) religiösen „Nische“ auf „Sparflamme“ zu kochen, dass sie den Verlust gar nicht mehr empfinden! „Sich einigeln und sich totstellen“, das ist für viele zur „normalen“ katholischen Existenzweise geworden. Noch größer war meine Enttäuschung darüber, dass ich hier nicht lauter „im Feuer gehärtete“ Christen antraf, sondern eher solche, die auch unter erschwerten Bedingungen aus „Konvention“ und „Tradition“ katholisch blieben – vielleicht noch mehr als in meiner bayerischen, volksskirchlichen Wahlheimat.

Das alles bedauere ich zwar, aber es frustriert mich nicht; ich versuche, diese Dinge – zumindest im Kleinen – zu beeinflussen und neues Bewußtsein zu schaffen.

AUFTRAG: Was hat Sie bewogen Militärseelsorger zu werden?

J.W.: Die Tatsache, dass junge Männer plötzlich aus ihrer gewohnten Lebenssituation herausgerissen werden. Ich habe festgestellt, wie sehr ihnen das zu schaffen macht. Das reicht vom Verlust des Arbeitsplatzes über die abrupte Änderung der Lebensgewohnhei-

ten bis hin zur Trennung von Eltern/Freundin/Familie); hinzu kommt für die meisten eine ungewohnte körperliche und psychische Belastung. Gottesdienste und Bibel-Glaubens-Gespräche biete ich zwar auch an, aber sie stehen bei rund 80 Prozent Konfessionslosen/Ungetauften nicht gerade im Mittelpunkt. Vielmehr ist die Lebenssituation der Rekruten dermaßen im Umbruch, dass in dieser geschlossenen Gesellschaft genauso spezifische Seelsorge stattfinden muss wie im Krankenhaus, in einer Justizvollzugsanstalt, im Seniorenheim, unter Studenten, beim Zirkus.

Aus der Erfahrung heraus lässt sich die Notwendigkeit dafür vielleicht an drei Beispielen festmachen: Nach nur wenigen Unterrichtsstunden (Lebenskundlicher Unterricht) kamen drei Soldaten zu mir mit den unterschiedlichsten Anliegen. So bat mich der erste, seine Ehe zu retten. Der zweite war am Wochenende zu Hause von Sektierern angesprochen worden und wollte nun wissen, was diese Sekte lehre, und wie er sich verhalten solle. Ich lud ihn daraufhin zur Teilnahme an einem unserer Gesprächskreise ein. Ein dritter meinte schließlich, es sei gut, dass ich da sei. Mit mir könne man reden, ohne gleich befürchten zu müssen: „Das ist ein Vorgesetzter, da muss ich aufpassen, was ich sage“.

Hinzu kommen ethische Fragen, die neu aufbrechen; man hat plötzlich ein Gewehr in der Hand und soll auf einen Pappkameraden schießen. Viele bewegt dann doch die Fragen, „schaffe ich das?“ und „wo fängt legitime Gewaltanwendung an, wann hört sie auf, legitim und moralisch erlaubt zu sein?“

Für die Kirche ist das schließlich die große Chance, mit der Verkündigung an die Leute heranzukommen, ihnen ein überzeugendes Glaubensbeispiel zu geben, wenn man z.B. gefragt wird: „Warum glauben Sie? Ist Glaube nicht unwissenschaftlich? Ist Glaube nicht dumm?“

Ein besonderes Erlebnis für mich war das erste Biwak, an dem ich teilnahm. Gemeinsam mit den Soldaten bin ich durch Unterstände und Schützengräben gekrochen, als mir ein Unteroffizier die Frage stellte, „Glauben Pfarrer an

Gott?“, antwortete ich ihm darauf: „Anders würden wir diesen Job kaum aushalten“.

Beim anschließenden „Picknick“ schließlich wurden seitens der Soldaten hochphilosophische Fragen an mich gestellt. Als dann am Tag vor dem Gelöbnis ein Feldgottesdienst stattfinden sollte, an dem die Soldaten auf freiwilliger Basis ohne jeglichen Zwang teilnehmen konnten, fragte ich, wieviele denn kommen würden. „Höchstens dreißig“, bekam ich zur Antwort.

Wie ich dann den Gottesdienstplatz dort betrat, war ich doch sehr überrascht, dass ca. 150 Soldaten da waren. Als ich schließlich kurz vor 20.00 Uhr anfangen wollte, sagte man mir, ich müsse noch einen Moment warten, die zweite Kompanie käme ja auch noch. Die Soldaten sind zum einen gekommen, weil ich mit ihnen im Biwak war, nach dem Motto „kommst Du zu uns, kommen wir zu Dir“, zum anderen, weil sich wohl viele vor dem Gelöbnis Gedanken über dessen Inhalt gemacht haben.

Ich habe volle Bewegungsfreiheit in der Kaserne; ich kann die, die im „Arrest“ sitzen, ohne Begleitung aufsuchen. Ich kann zwischen Fahnenflüchtigen und dem Kommandeur vermitteln; ich kann dafür sorgen, dass Rauschgiftsüchtige zuerst dem Stabsarzt und nicht dem Kompaniechef in die Hände fallen.

Ich habe festgestellt, dass ich durch meine Tätigkeit als Militärseelsorger einiges erreichen kann; es lassen sich zwar nicht gleich alle taufen, aber ich bin da, wenn sie Sorgen und Nöte haben. Ich kann dazu beitragen, dass das negative Image, das Kirche und Glauben in der ostdeutschen Gesellschaft dank DDR-Umerziehung haben, aufgebrochen wird.

AUFTRAG: Welche Standorte mit wievielen Soldaten werden durch Sie betreut? Und wie hoch ist der Anteil der Katholiken?

J.W.: Ich betreue vorerst (seit 1. März 1996) nur die „Wilhelm-Leuschner-Kaserne“ in Hennickendorf, ca. 50 km südlich von Berlin. Dort sind zwei Instandsetzungskompanien mit rund 180 Soldaten, Rekruten und Stammpersonal, stationiert. Es ist also ein sehr kleiner Standort, was für die Militärseelsorge unschätzbare Vorteile

bringt: Man lernt sich persönlich kennen, läuft sich dauernd über den Weg ... Der Katholikenanteil liegt beim Stammpersonal bei 0,5 Prozent, bei den Rekruten wechselnd zwischen etwa zwei und fünf Prozent.

AUFTRAG: Sie sind Militärseelsorger, Dekanatsjugendseelsorger, Pfadfinderkurat, Leiter der Kroatischenhilfe, Leiter zweier Jugendchöre, Gemeindepfarrer und Familienvater. Wie läßt sich das alles zeitlich miteinander vereinbaren oder gibt es Dinge, die unter der Aufgabenfülle leiden müssen?

J.W.: Mit der zeitlichen Verbindung hapert es bei mir manchmal. Für mich gibt es drei wichtige Bücher: die Bibel, mein Brevier und den Terminkalender. Es wird des öfteren zeitlich schon sehr eng. Ob meine Familie zu kurz kommt, müssten meine Frau und meine Kinder gefragt werden. Ich meine aber, dass es nicht allein von der „Menge an Zeit“ abhängt, die man mit seiner Familie verbringt, sondern dass es vor allem darum geht, was man in der gemeinsamen Zeit miteinander anfängt.

Ich habe dabei natürlich auch das große Glück, dass ich meine Familie immer wieder in der Gemeindearbeit antreffe. Bei fast allem, was ich mache, ist jemand aus der Familie dabei. Auch dadurch, dass ich viel hier im Pfarrhaus erledige, merkt man „Der andere ist da“; so ist doch ein ständiger Kontakt gegeben. Dadurch, dass wir eine sehr große Familie und die Kinder inzwischen schon älter sind, brauchen sie mich vielleicht auch nicht mehr ganz so oft. Was jedoch zu kurz kommt, ist: mal einfach in die Gegend zu fahren und Sehenswertes zu zeigen. Ich würde aber sagen, dass die Beziehung der Kinder zu ihrem Vater darunter nicht leidet. Dass das Vertrauensverhältnis in der Wurzel intakt ist, kann man daraus ersehen, dass alle meine Kinder bei mir beichten!

Die Rechtfertigung des Zölibates mit der Begründung, dass ein lediger Priester mehr Zeit für seine Gemeinde habe, ist Unsinn. Wenn einer faul ist, ist er es so oder so; wenn einer viel arbeitet, tut er das auch in jedem Fall, mit oder ohne Familie.

AUFTRAG: Welche Hobbies – sofern Sie dafür noch Zeit haben – pflegen Sie?

J.W.: Ab und zu „pflege“ ich den Teich, den wir im Garten haben; bei schönem Wetter setze ich mich auch nach der Sonntagsmesse gern an den Teich: zum Schauen, welche Tiere wieder da sind, zum Entspannen und zum Nachdenken. Wenn ich Zeit habe, denke ich überhaupt gerne nach – nicht über Andachten oder Predigten, sondern einfach nur so. Aus Leidenschaft und aus den Erfahrungen heraus, die ich gemacht habe, helfe ich bei unserer „Kroatiennothilfe“ mit. Inzwischen war ich an die 35 mal mit Hilfstransporten in Kroatien und Bosnien.

AUFTRAG: Was gibt Ihnen Ihr Glaube?

J.W.: Alles. Ich versuche, manchmal mir vorzustellen, wer oder was ich ohne Glauben wäre; ich kann es nicht. Glauben ist für mich eine Lebenshaltung. Gott zu leugnen wäre, als würde ich die Sonne leugnen, von deren Licht und Wärme ich lebe. So stellt sich mir nicht die Frage: „Was bringt mir das, was habe ich davon?“, sondern ich erkenne einfach die Realität an. Ein Fisch fragt auch nicht: „Was bringt mir das Wasser?“. Ich lebe im Licht des Glaubens und Gottes, in dem Bewußtsein, dass Gott da ist und mich umgibt, und dass er in Jesus Christus Gesicht, Stimme, „Hand und Fuß“ bekommen hat, auch für mich.

Diese Selbstverständlichkeit ist natürlich im Laufe der Jahre gereift. Als Kind und als Jugendlicher habe ich auch gefragt: „Wo ist Gott, warum lässt er so Ungeheuerliches geschehen?“ Heute sind solche Fragen für mich zweitrangig. Ich weiß: Gott ist da, auch wenn er das Leiden zulässt. Ich fühle mich übrigens als Katholik ausgesprochen wohl. Ich spüre nichts von „dogmatischer Enge“ oder „moralischer Engstirnigkeit“. Ich erlebe nur Weite, Größe, Schönheit, Wahrheit und Freiheit. Natürlich auch Ordnung und Klarheit. Aber wer will schon das Chaos?

AUFTRAG: Was macht Ihnen an Ihrer Arbeit am meisten Freude?

J.W.: Gottesdienst feiern, und zwar in all seinen möglichen und sinnvollen Formen. Primär natür-

lich als Heilige Messe, aber auch als Prozession, als Anbetungsgottesdienst, als Stundengebet, als tiefes Schweigen. Dabei geht es „weiß Gott“ nicht darum, nur „liturgisch zu schwelgen“ und die Alltagsrealitäten zu vergessen. Aber Heilige Messe ist für mich die Mitte eben dieser Realitäten. Sie ist für mich nicht eine religiöse Veranstaltung „unter anderen“, vielmehr ist alles ohne Bezug zur Heiligen Messe nur Stückwerk, ungeordnet, ungedeutet, ohne Trost und Verheißung.

AUFTRAG: Sie sind Pastor in Brandenburg. Wie stehen Sie zu LER – Lebenskunde, Religion und Ethik –, was in Brandenburg als „Ersatzunterrichtsfach“ für den von den Kirchen erteilten Religionsunterricht eingeführt wurde?

J.W.: LER soll „neutral“ über religiöse, weltanschauliche, ethische und gesellschaftliche Zusammenhänge, Hintergründe und Fragestellungen informieren. Da es aber keine „Standortbestimmung“ für den Lehrer gibt – und auch keine Verantwortlichkeit für Wertung oder Aufbereitung der Inhalte auszumachen ist – kann in diesem Fach „alles und jedes“ angeboten, ja sogar undurchsichtig-manipulativ aufbereitet werden; je nach persönlicher „Einstellung“ des Lehrers; also durchaus auch – befürwortend vertreten – Marxismus-Leninismus! Bei unseren diversen „roten Socken“ unter den Lehrern darf man einiges erwarten! Ein „Ersatz“ für den verfassungsgemäß erteilten Religionsunterricht kann LER auf keinen Fall sein, bestenfalls ein Alternativ-Angebot. Ich könnte mit LER leben, bin aber der Meinung, dass neben LER auch (eventuell ökumenischer) Religionsunterricht stehen sollte. In dem Brandenburger Vorhaben, nur LER an den Schulen zu unterrichten, sehe ich den Versuch, sich an der Verfassung vorbeizumogeln. Denn das Grundgesetz legt Wert auf eine christliche Erziehung. Dieses ist meiner Meinung nach auch nötig, denn:

1. Ein neutraler Staat ist kein „wertefreier“ Staat! In der Präambel des Grundgesetzes heißt es: „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“; ein Passus, den ich im Hinblick auf die Ver-

gangenheit unseres Landes für unbedingt notwendig erachte.

2. Wir können unsere Geschichte nicht begreifen und bewältigen, ohne die prägende Kraft des Glaubens zu würdigen. Selbst der Atheismus in unserem Land hat seine Wurzeln im Christentum!

Auch LER kann nicht „wertneutral“ unterrichtet werden, sondern wird immer mit Interpretation, Zustimmung oder Ablehnung des Christlichen verbunden sein. In katholischen Ländern wie Bayern muss Ethikunterricht auf Verlangen selbst für ein oder zwei konfessionslose Kinder an einer Schule erteilt werden. Warum sollte es hier nicht möglich sein, Religionsunterricht für ca. 25 Prozent christliche Schüler (20 % evangelisch, 5 % katholisch) anzubieten?

AUFTRAG: Haben Sie als Nebentätigkeit als Militärpfarrer schon einmal Kontakt zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten gehabt, und haben Sie überhaupt schon Erfahrungen mit dem Laienapostolat in der „Kirche unter Soldaten“ machen können?

J.W.: Nein, wenn man davon absieht, dass bei der jährlichen Großen Dienstbesprechung im Januar 1996 ein Vertreter der GKS eingeladen war, um die Gemeinschaft vorzustellen.

AUFTRAG: Kennen Sie den AUFTRAG und was halten Sie von dieser Zeitschrift der GKS?

J.W.: Ein Exemplar AUFTRAG habe ich bei Dienstantritt vor einem Jahr „informationshalber“ mit tausend anderen Papieren erhalten – infolge dessen auch nicht gelesen! Dann nichts mehr, da ich wohl nicht auf der Bezieherliste stand?! – die letzten beiden Ausgaben wurden mir zugeschickt. Ich habe sie gelesen und finde sie ausgesprochen interessant, vielseitig in der Themenwahl, abwechslungsreich und sehr „anspruchsvoll“ im Niveau – vielleicht sogar zu anspruchsvoll??

AUFTRAG: Vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Ulrich Wiczorek.

Frauen in der Bundeswehr

Jürgen Nabbefeld

Nach Ansicht von Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld (KMBA) handelt es sich bei der Frage nach einem allgemeinen Dienst von Frauen in der Bundeswehr nicht um ein ethisches Problem, sondern um eine politische Entscheidung. Den kirchlichen Standpunkt macht der Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes anhand von acht Thesen deutlich, die Nabbefeld am 11. November 1996 in Bonn anlässlich einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Frauen und Bundeswehr“ vortrug. Zu dieser Anhörung hatte die Vorsitzende der Gruppe „Frauen“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, MdB Bärbel Sothmann, eingeladen. Über die Auffassung der Vorsitzenden des BDKJ Karin Kortmann hat AUFTRAG in Heft 227 kurz berichtet (S. 56, „BDKJ gegen allg. Dienstpflicht“).

Während bei der Anhörung die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld (CDU) ihre nach vielen Gesprächen in der Truppe gewachsene Skepsis angesichts zahlreicher praktischer Probleme deutlich machte, gab sich die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin im BMVg, Michaela Geiger (CSU), als kämpferische Befürworterin von mehr Frauen in der Bundeswehr. Bärbel Sothmann bemerkte eingangs: „Wir möchten zwar die weite Öffnung der Bundeswehr für freiwillige Frauen. Die Frage ist nur – wie weit?“

Die von Militärgeneralvikar Nabbefeld aufgestellten acht Thesen decken sich weitgehend mit den von der GKS vertretenen Auffassungen. Sie verdichten und verdeutlichen, was bisher eher diffus vorhanden war. Insbesondere die abschließende Bemerkung, dass der Wert eines historisch gewachsenen Schutz-Status der Frauen nicht leichtfertig dem Gleichberechtigungsgrundsatz geopfert werden solle, verdient weite Beachtung. (PS)

1. Ob und inwieweit Frauen in der Bundeswehr im Soldatenstatus in neuen Feldern zum Einsatz kommen sollen, ist grundsätzlich eine politische Entscheidung. Für den Verantwortungsbereich der Katholischen Militärseelsorge ist hier zuerst festzustellen, dass alle Soldaten, ob männlich oder weiblich, durch Militärseelsorger in ihrem Dienst – in der Heimat und bei Auslandseinsätzen – geistlich begleitet werden.
2. Als Faktum ist hier in Rechnung zu stellen, dass durch die Entwicklung in vielen, auch in verbündeten Staaten innerhalb der NATO, weibliche Soldaten nicht nur im Nicht-Kombattantenstatus, sondern auch als Kombattanten zum Einsatz kommen. Daraus ergeben sich faktisch gesellschaftliche und politische Konsequenzen für die Diskussion und für Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland.
3. Die katholische Kirche hat sich grundsätzlich zu der Frage, ob Soldatinnen auch im Kombattantenstatus zum Einsatz kommen dürfen bzw. sollen, bisher nicht geäußert. Prinzipielle Einwendungen wurden von ihr auch in jenen Ländern, wo dies der Fall ist, nicht erhoben.
4. Aus katholischer Sicht ergibt sich unter dem Aspekt gleicher personaler Würde von Frauen und Männern nicht zwingend die Konsequenz, dass Frauen dieselben Zugänge zu Berufen finden müssen, wie sie traditionell bisher Männern vorbehalten waren.
5. Nach katholischer Tradition resultiert also aus der Tatsache gleicher Würde und der sich daraus ableitenden Forderung grundsätzlicher Gleichberechtigung nicht eo ipso die Konsequenz identischer Rechte und Pflichten. Die inhaltliche Bestimmung von Rechten und Pflichten bedarf also zusätzlicher Begründungen aus in einer bestimmtem Kultur allgemein geltende Maßstäben und konkreten Umständen und Sachverhalten.
6. Unter Berücksichtigung des Gesagten ist zu bedenken, dass sich aus einer absoluten bzw. abstrakten Begründung eines uneingeschränkten Frauen-Dienstes in den Streitkräften mit logischer Konsequenz die Forderung ergäbe, einen solchen Dienst auch allgemein als Pflicht aufzuerlegen, sofern eine Allgemeine Wehrpflicht besteht.

7. Aufgrund der in anderen Armeen gemachten Erfahrungen stellt sich die Frage, ob bei einem Einsatz von Frauen im Kombattantenstatus das Innere Gefüge unserer Bundeswehr nicht belastet würde, wenn in etwaigen Kampfeinsätzen solche Soldaten anders eingesetzt würden als männliche Kameraden. (Wie mir bekannt wurde, hat in der Vergangenheit etwa die israelische Armee Soldatinnen aus den Kampfverbänden herausgenommen, die an die Front herangeführt wurden.)

8. Nach den Beobachtungen und Erfahrungen unserer Militärgeistlichen sind Soldatinnen im Sanitätsdienst der Bundeswehr gut in die Truppe integriert und von den männlichen Kameraden voll akzeptiert. Bei einer Erweiterung möglicher Einsatz-Bereiche muss dafür Sorge getragen werden, dass besonderen Erfordernissen (Unterbringung, besonderer Schutz des Intimbereiches, Respekt vor natürlich gegebenen physischen Belastungsgrenzen, Mutter-schutz und Sorge für Familie, insbesondere die Kinder) Rechnung getragen wird.

Bitte erlauben Sie mir noch eine abschließende Bemerkung, die sich m.E. aus einer historischen Betrachtung ergibt: Die völkerrechtliche Durchsetzung eines besonderen Schutz-Status (Nicht-Kombattanten) für Frauen und Kinder hat im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit Jahrhunderte gedauert. Durch den Dienst von Frauen in den Streitkräften, darf dieser Sonderstatus nicht grundsätzlich oder allgemein zur Disposition gestellt werden. Schließlich halte ich es für fatal, wenn unter einer vorrangigen Hervorhebung des Gleichberechtigungs-Grundsatzes die Besonderheit soldatischen Dienstes mit seinen spezifischen psychischen, physischen und auch moralischen Herausforderungen, vernachlässigt würde. Auch Soldaten in der Bundeswehr müssen heute bei Auslandseinsätzen damit rechnen, dass sie in Kampfhandlungen verwickelt werden und mit den Grundfragen von Tod, Töten, Verwundung, Gefangenschaft und Geiselnhaft konfrontiert werden. □

PERSONALIA



Ehrenkreuz der Bundeswehr für Johannes Schulz

Der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle hat Amtsinspektor Johannes Schulz (59), Sachbearbeiter im Referat „Kirche und Gemeinde“ des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn, das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold für sein großes, über den Dienst hinausgehendes Engagement in der Katholischen Militärseelsorge verliehen.

Im Rahmen eines Neujahrsempfangs, zu dem Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nahbefeld am Freitag, den 24. Januar 1997 Mit-

glieder des Vorstandes der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten und des Exekutiv-ausschusses der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in das Haus des Katholischen Militärbischofs in Bonn eingeladen hatte, überreichte Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, Kommandeur des Instandsetzungsregimentes 10 in Sigmaringen und Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die Auszeichnung. Schulz habe sich über die Wahrnehmung seiner berufli-

chen Aufgaben hinaus in besonderer Weise um die Soldaten bemüht, die im Rahmen der Auslandseinsätze der Bundeswehr in Kambodscha, Somalia und im ehemaligen Jugoslawien ihren Dienst geleistet hätten bzw. noch leisteten. Dazu zähle die Kontaktpflege mit der Heimat, die Beschaffung von Betreuungsmitteln und organisatorische Maßnahmen, sagte Klein in seiner Laudatio. Mit gleich großem Engagement unterstütze Schulz auch die Belange und Zielsetzungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Hier habe er besonders denjenigen vorbehaltlos geholfen, die innerhalb der GKS ehrenamtlich tätig seien.

Der gelernte Bäcker Schulz war von 1958 bis 1966 Soldat der Luftlandtruppe; der Stabsunteroffizier hatte vor seinem Übertritt in die Bundeswehrverwaltung verschiedene Fallschirmspringer-Abzeichen erworben. Seit 1971 ist er im Katholischen Militärbischofsamt tätig.

Unter den Gästen des Leiters des Katholischen Militärbischofsamtes waren Ministerialdirigent Lothar Bregenzer, Unterabteilungsleiter R I im Bundesministerium der Verteidigung und der Präsident des Apostolat Militaire International (AMI), Brigadegeneral Giancarlo Naldi aus Italien anwesend. (M. Beyel, KMBA)

Brinkmann und Thiele in den Orden von Yuste berufen

Der deutsche Kaiser aus dem Geschlecht der Habsburger, Karl V., der unter dem Namen Karl I. zugleich König von Spanien und eines Großteils der Länder der Neuen Welt war, gilt – obwohl vom Einfluss des Zeitgeistes seiner Epoche (1500–1558) nicht frei – als ein Herrscher von außerordentlich christlich-europäischer Prägung. Nachdem er 1556 die Kaiserwürde abgelegt und zugunsten seines Sohnes Philipp II. auch der Krone Spaniens entsagt hatte, zog er sich in die Einsamkeit Extremaduras zurück. Er ließ am Südrand der Sierra de Gredos ein Kloster und im unmittelbaren Anschluss daran einen bescheidenen Palast errichten, in dem er die letzten zwei Jahre seines Lebens der Welt entzo-

gen verbrachte. Der Pflege seines Andenkens und seines Gedankengutes widmet sich der „Königliche Orden der Ritter des Klosters von Yuste“. Im Jahr 1996 wurden mit Oberst a.D. Jürgen Bringmann und Oberst i.G. Franz Thiele erstmals zwei deutsche Offiziere in diese Vereinigung aufgenommen und durch den Prior des Klosters zum „Caballero de Yuste“ ernannt. Damit werden die langjährigen Verdienste dieser beiden Offiziere um die deutsch-spanische Zusammenarbeit gewürdigt, nicht zuletzt im „Apostolat Militaire International“, dem weltweit agierenden katholischen Soldatenverband, der vor 35 Jahren in Santiago de Compostela gegründet wurde. (AMI)

„Botschafter des Glaubens“

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Bamberger Alterzbischof Elmar Maria Kredel in einem Glückwunschschreiben zum 75. Geburtstag als „Botschafter des Glaubens“ gewürdigt.

Ausdrücklich dankte der Kanzler dem Alterzbischof für sein zwölfjähriges Engagement als katholischer Militärbischof. Kredel habe maßgeblich zur Anerkennung des ethische begründeten Dienstes der Soldaten für das freiheitliche demokratische Gemeinwesen beigetragen und nach Kräften ein besseres Verständnis der kirchlichen Friedenslehre gefördert. (PS nach KNA)

Sozialethiker Franz Furger gestorben

Der Moralthologe Professor Dr. Franz Furger, Direktor des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, ist am 5. Februar nach kurzer Krankheit im Alter von 62 Jahren gestorben. Der gebürtige Berner war nach dem Studium der Philosophie und Theologie in Löwen und Rom und der Priesterweihe 1961 zwei Jahrzehnte Professor für Ethik und Moralthologie in Luzern, ehe er 1987 die Leitung des 1893 von Franz Hitze gegründeten Instituts für Christliche Sozialwissenschaften in Münster übernahm.

In zahlreichen Veröffentlichungen setzte sich Furger in den letzten Jahren mit Fragen der Ethik und Moral, insbesondere in der Wirtschaft, der Medizin und im Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt auseinander. Er war Berater der Glaubenskommission und der Kommission für Soziale und Gesellschaftliche Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der Bioethischen Kommission des Europarats. Als Leiter der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Ethik“ der Deutschen Bischofskonferenz, aber auch eines Forschungsprojekts der Volkswagenstiftung zu Verbands- und

Unternehmenskodizes sowie als Vorstandsmitglied des Zentrums für Umweltforschung der Universität Münster war Furger die Umsetzung ethischer Einsichten in gesellschaftliche Strukturen ein besonderes Anliegen.

Prof. Furger war bei Gründung des Instituts für Theologie und Frieden (IFF Barbüttel) im Jahr 1978 durch Militärbischof Elmar Maria Kredel in den Wissenschaftlichen Beirat berufen worden. Er hat immer die Auffassung vertreten, „Wo in voller Verantwortung auch vor seinem Glauben ein Christ den Wehrdienst auf sich nimmt, hat er ein Anrecht auf eine begründete Antwort auf die Frage, die sachlich dann lauten muss: Darf, ja muss der Christ bedrohtes Leben unter Umständen auch durch den Einsatz von Gewalt schützen, dies selbst dann, wenn die Gewalt bis zur Zerstörung des Lebens des Bedrohten geht?“ Zur Antwort auf diese Frage hat er selbst wichtige und wesentliche Beiträge unter anderem in der Broschüre „Bewaffnet gewaltlos?“ geliefert. Diese 1981 in der Reihe SPIELREGELN DES LEBENS erschienene Argumentationshilfe ist allen, die sich in den 80er Jahren an der Friedensdiskussion beteiligt haben, noch heute in guter Erinnerung. (PS/KNA)

KURZ BERICHTET

Bischof Spital fordert „Bewegung“ bei Friedensdienst-Frage

Der Präsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, der Trierer Bischof Hermann Josef Spital, hat die Politiker aufgefordert, sich in der Frage des Zivilen Friedensdienstes zu „bewegen“. Der Vorschlag zur Einrichtung eines solchen Friedensdienstes habe zwar im vergangenen Jahr in den Spitzen der Bundestagsfraktionen „ein gutes Echo gefunden“, eine angekündigte interfraktionelle Initiative sei aber bislang nicht zustande gekommen, bedauerte Spital am 22. Februar in Berlin auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Spital und der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, gehörten zu den Teilnehmern eines „Runden Tisches für einen Zi-

vilen Friedensdienst in Deutschland“, zu dem rund 40 Vertreter von kirchlichen und anderen Gruppen in Berlin zusammengekommen waren.

Die Initiative für einen Zivilen Friedensdienst dürfe „nicht versanden“, sondern müsse im Bundestag behandelt werden, meinte Spital. Das Treffen in Berlin solle dazu beitragen, öffentlichen Druck auf die Politiker zu erzeugen. „Wir lassen nicht nach, dies zu fordern, weil es notwendig ist, weil es vernünftig ist und weil wir anders den Einsatz von Truppen nicht rechtfertigen können“, betonte der Bischof. Während das Militär aktuellen Streit verhindern und streitende Gruppen auseinanderhalten solle, gehe es bei dem Friedensdienst darum, „die

Generalmajor a.D. Wilhelm Heß gestorben

Generalmajor a.D. Wilhelm Heß ist am 18. Januar 1997 in München im gesegneten Alter von 89 Jahren verstorben. Den „Alten“ in der GKS ist der ehemalige Kommandeur der Heeresoffizierschule III (1958–62) und spätere Befehlshaber im Wehrbereich VI (1962–68) als ranghoher Förderer des Laienapostolats in der Militärseelsorge noch gut in Erinnerung. Von Beginn an prägte Wilhelm Heß gemeinsam mit anderen, deren Namen heute noch einen guten Klang in der GKS haben – Brigadegeneral Heinz Karst, Oberst Dr. Helmut Korn, Oberst Helmut Fettweis, Oberst Günter Reichel, Kapitän zS Norbert Schütz, General Dieter Clauß – den Geist und das Selbstverständnis des 1961 gegründeten Königsteiner Offizierkreises (KOK) sowie die inhaltliche Gestaltung der Königsteiner Offizierbriefe (KOB, Vorläufer des AUFTRAGS). Nur ein Beispiel ist das bei der 5. Woche der Besinnung (heute Woche der Begegnung) gehaltene, viel beachtete Referat „Der Beruf des Offiziers heute“ (KOB Heft 12/13, 1964), in dem es um die ethische Reflexion des Offizierberufes in den neuen Streitkräften des deutschen freiheitlichen Rechtsstaates ging.

1962 gründete GM Heß den KOK München. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst behielt er dem KOK bzw. später der GKS München die Treue und unterstützte sie engagiert als Referent und als Autor. (PS)

verfeindeten Menschen zueinander zu führen“. Dafür bedürfe es, ähnlich wie bei den Entwicklungsdienstern, ausgebildeter Kräfte.

In einer „Berliner Erklärung für einen Zivilen Friedensdienst“ forderten die Teilnehmer des Treffens die Einrichtung eines „Friedens-Fachdienstes, der in nationalen und internationalen Konflikten mit den Methoden der gewaltfreien Konfliktaustragung tätig wird“. Damit solle erreicht werden, den Ausbruch von Gewalt zu verhindern oder zu beenden und nach gewaltsamen Konflikten Prozesse der Versöhnung in Gang zu setzen. An Bundestag und Bundesregierung appellierten die Unterzeichner, den Weg für die Einrichtung des Dienstes frei zu machen. (KNA)



Bundesvorstand gründet Verein zur Förderung der GKS

Ziel ist die Förderung der Aufgaben, Aktivitäten und Publikationen der Gemeinschaft sowie die Betreuung der ehemals aktiven Soldaten

Satzung des Vereins

„Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e. V.“

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.“ (FGKS). Der Verein hat seinen Sitz in Bonn. Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben, Gemeinnützigkeit

1. Zweck des Vereins ist die Förderung aller Ziele und Aufgaben der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ gemäß deren „Ordnung“ in der jeweils gültigen Fassung (Anlage zur Satzung des FGKS). Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Förderung der Herausgabe von Zeitschriften und Schrifttum seitens der GKS, Förderung von Veranstaltungen und Aktivitäten der GKS sowie durch ideelle und sächliche Unterstützung der GKS.
2. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitglieder des Vereins

1. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Geborenes Mitglied ist der Bundesvorsitzende der GKS. Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen sein, die sich an die in der „Ordnung“ der GKS festgelegten Ziele und Aufgaben gebunden fühlen. Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Er teilt dem Antragsteller die Aufnahme oder die Ablehnung seines Antrags schriftlich mit.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, schriftliche Austrittserklärung oder durch den Ausschluß. Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt, kann es durch Beschluß des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlußfassung muß das Mitglied gehört werden. Der Beschluß des Vorstandes ist dem Mitglied schriftlich begründet mitzuteilen. Gegen den Beschluß kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung binnen einem Monat nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einlegen. Der Vorstand hat binnen zwei Monaten nach fristgemäßer Einlegung der Berufung eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die abschließend über den Ausschluß entscheidet. Bis dahin ruhen sämtliche Rechte und Ehrenämter des vom Vorstand ausgeschlossenen Mitglieds. Bleibt ein Mitglied mit einer Zahlungsverpflichtung länger als sechs Monate schuldhaft in Verzug, ruhen seine Rechte aus der Mitgliedschaft. Der Ausschluß nach Ziffer 2. kann eingeleitet werden.

§ 5 Mitgliedsbeitrag

Es wird ein Mitgliedsbeitrag erhoben, dessen Höhe durch den Vorstand festgelegt wird.

§ 6 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand.

§ 7 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig, die in der Tagesordnung zu berücksichtigen sind:

1. Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes und der Kassenprüfer

2. Entlastung des Vorstandes
3. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden und des Schatzmeisters
4. Abwahl des Vorstandes (nur bei grober Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung)
5. Wahl der Kassenprüfer
6. Beschlußfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins
7. Beschlußfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluß des Vorstandes.

§ 8 Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal im Jahr statt. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand unter Beachtung von § 7 fest.
2. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter läßt zu Beginn der Mitgliederversammlung über die beantragte Ergänzung abstimmen; sie ist mit einfacher Mehrheit der Stimmen angenommen.
3. Anträge zu Satzungsänderungen sowie zur Abwahl des Vorstandes müssen den Mitgliedern mit dem Einladungsschreiben schriftlich bekanntgegeben werden; ansonsten sind sie unzulässig.

§ 9 Außerordentliche Mitgliederversammlung

1. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
2. Sie muß einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins verlangt oder wenn die Einberufung von ¼ der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Vorschriften wie für die ordentliche Mitgliederversammlung.

§ 10 Beschlußfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder dem Schatzmeister, geleitet. Ist kein Vorstandesmitglied anwesend, so bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Steht der Versammlungsleiter zur Wahl eines Amtes an, so ist für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion die Versammlungsleitung an einen Wahlleiter zu übertragen, der von der Versammlung zu wählen ist.
2. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muß geheim durchgeführt werden, wenn ein erschienenenes stimmberechtigtes Mitglied dies beantragt.
3. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.
4. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer beschlußfähig.
5. Die Mitgliederversammlung faßt Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, sofern nicht Gesetz oder diese Satzung etwas anderes vorschreiben. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
6. Zur Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
7. Eine Änderung des Zwecks des Vereins ist grundsätzlich nicht möglich. Für eine Ergänzung des Vereinszwecks ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die schriftliche Zustimmung der an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmenden Mitglieder ist bis Sitzungsbeginn gegenüber dem Vorstand schriftlich zu erklären. Erfolgt keine Erklärung, ist von Zustimmung auszugehen.
8. Bei Wahlen ist derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wenn von mehreren Kandidaten niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Dann ist derjenige gewählt, der mehr Stimmen als der Gegenkandidat erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das vom Versammlungsleiter zu ziehende Los.

9. Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Schriftführer und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Bei Satzungsänderungen ist der genaue Wortlaut zu protokollieren.

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:
Strasse:	PLZ, Ort:	Telefon:
Beruf/Dienstgrad:		Fax:

Antrag zur Aufnahme in den Förderkreis
der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in den Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. (FGKS), Bonn.

Außer mir wollen folgende Familienmitglieder aufgenommen werden:

- Name, Vorname, Geb.Datum, Beruf, Wohnanschrift
- 1.
- 2.
- 3.
- 4.

Mit der Aufnahme in den Verein erkenne ich die Satzung des FGKS an und verpflichte mich, mindestens den festgesetzten Mitgliedsbeitrag (Stand zum 01.02.1997: DM 60,- Jahresbeitrag) regelmäßig zu zahlen.

Zahlungsart: Lastschriftinzug / Dauerauftrag / Überweisung (nicht zutreffendes streichen)

Bankverbindung: Förderkreis GKS e.V., 53111 Bonn, Breite Str. 25, KtoNr.: 100 9439 010
BLZ: 391 601 91 Pax-Bank eG Aachen

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

§ 11 Der Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister.
2. Zur Vertretung des Vereins sind jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinsam berechtigt.

§ 12 Zuständigkeit des Vorstandes

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, sofern sie nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Führung der laufenden Geschäfte des Vereins; Verwaltung und Einsatz der Haushaltsmittel
2. Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung
3. Ausführen von Beschlüssen der Mitgliederversammlung
4. Ordnungsgemäße Buchführung, Erstellen der Jahresberichte, Aufstellen eines Haushaltsplans
5. Beschlußfassung über die Aufnahme oder den Ausschluß von Mitgliedern.

§ 13 Wahl und Amtsdauer des Vorstandes

1. Vorsitzender des Vereins ist der jeweilige Bundesvorsitzende der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten.“
2. Der stellvertretende Vorsitzende und der Schatzmeister werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt.
Der Vorstand bleibt jedoch bis zur Neuwahl der Vorstandesmitglieder im Amt.
3. Scheidet ein Mitglied während seiner Amtsdauer vorzeitig aus dem Vorstand aus, so wählt der verbliebene Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen den sogleich beim Amts-(Register-)gericht anzumeldenden kommissarischen Nachfolger.
4. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 14 Geschäftsführung des Vorstandes

Der Vorstand erstellt eine Geschäftsordnung für seine laufende Geschäftsführung, die durch die Mitgliederversammlung beschlossen wird.

§ 15 Kassenprüfer

1. Zwei Kassenprüfer sind von der Mitgliederversammlung für jeweils zwei Jahre zu wählen. Diese haben die Aufgabe, das jeweils zurückliegende Geschäftsjahr des Vereins buchhalterisch zu prüfen.
2. Den Kassenprüfern sind zur Prüfung sämtliche Unterlagen des Vereins, Rechnungen, Bankauszüge und einschlägige Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Kassenprüfung soll spätestens einen Monat vor der Mitgliederversammlung abgeschlossen sein.

§ 16 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung darf nur der Tagesordnungspunkt „Auflösung des Vereins“ stehen.
2. Die Auflösung kann nur mit einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
3. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der Schatzmeister gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.

4. Bei Auflösung des Vereins (oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke) fällt das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen des Vereins an die Katholische Soldaten-seelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – mit der Pflicht zur Verwendung für Zwecke der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ aufgrund von deren Vorgaben.
5. Dies gilt entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 17 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist der Sitz des Vereins.

Bonn, den 1. Februar 1997

PS: Der Mindest-Jahresbeitrag wurde für Einzelmitglieder auf DM 60,- und für die Familienmitgliedschaft auf DM 100,- festgesetzt.

Name, Vorname:

Wohnanschrift:

Einverständniserklärung zum Lastschriftinzugsverfahren

Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass der Förderkreis der GKS e.V. (FGKS), Bonn, meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe vonDM bei entsprechender Deckung von meinem Girokonto per Lastschrift einzieht.

Konto-Nr.:

Bankleitzahl:

Bankname:

Diese Einzugermächtigung gilt bis auf Widerruf.

Ort, Datum:

Unterschrift:

Nowospasskoje – die Heimat des Komponisten Glinka

Das Dorf Nowospasskoje ist die Heimat des Begründers der nationalrussischen klassischen Musik, des Autors und Komponisten der russischen Nationalhymne. Der Ort befindet sich an einer landschaftlich wunderschönen Stelle der Smolensker Hochebene, wo aus hochgelegenen Quellen der Fluß Desna seinen Ursprung nimmt.

Im Zentrum eines alten Gutes mit Obstgarten und einem Eichen- und Lindenpark, im Haus des Großvaters, wurde am 1. Juni (nach alter Zeitrechnung der 20. Mai) 1804 Michail Iwanowitsch Glinka geboren. Bereits am 2. Juni wurde er in der Kirche von Nowospasskoje getauft, wo auch seine Eltern getraut worden waren.

Der Großvater von Michail Glinka, Nikolai Aleksejewitsch Glinka, war ein ruhiger, guter und tiefgläubiger Mensch. In den Jahren 1784–1786 erbaute er eine steinerne Kirche, deren Hauptaltar zu Ehren der Ikone der heiligen Mutter Gottes von Tichwin geweiht wurde (s.a. AUFTRAG 227, S. 80, Ein Kirchenfest in guter Tradition). Ein zusätzlicher Altar, welcher aus der alten Holzkirche übernommen wurde, ist zum Ruhm der Verklärung des Herrn geweiht.

Durch ihre unauffällige Architektur (Provinzbarock mit Übergang zum russischen Klassizismus), die Helligkeit des Innenraumes und die besondere Gnade des heiligen Ortes hinterläßt die kleine Kirche beim Besucher einen unauslöschbaren Eindruck. Aber wirklichen Ruhm haben ihr die Glocken mit ihrem weichen, angenehmen Klang gebracht. Diesen Glockenklang hatte sich Michail, dem zukünftigen großen Komponisten, schon in der Kindheit eingeprägt. Ihre Melodie erklingt im erhebenden „Sei gepriesen!“ der Oper „Iwan Susasin – ein Leben für den Zaren“ (entstanden 1836), und im Sommer 1945 wurden die „Befreier-Soldaten“ auf dem Roten Platz bei der Siegesparade mit ihr begrüßt.

Die Glocken der Kirche von Nowospasskoje sind ein Teil der russischen Geschichte. Das Talent des Komponisten hat sich auf der Grundlage dieser Glocken und der heimatlichen Blasmusik entfaltet.



Das Haus des Komponisten Michail I. Glinka, heute Museum, in Nowospasskoje (Foto: W. Schrader)

Die fünf Glocken wurden auf Bestellung des Großvaters im Jahr 1791 gegossen. Nach Ende des Krieges gegen Napoleon im Jahr 1812 wurde aus der Bronze eines Beutegeschützes, nun auf Betreiben von Michails Vater, Iwan Nikolajewitsch, im Gießereibetrieb von Wjasma die sechste Glocke gegossen. Sie hat ein Gewicht von 106 Pud (1 Pud 16,38 kg). Zum Zeichen des Sieges über Napoleon wurde durch ein Sondermanifest im Jahr 1814 ein „ganztägiges“ Glockengeläut verfügt, und zwar von „Morgenröte zu Morgenröte“ läuteten feierlich die Glocken von Nowospasskoje und priesen so die Befreier Russlands.

Im Jahr 1933 wurde die Kirche durch die gottlosen Kommunisten geschlossen und beraubt. Verschwunden war die Handkopie der wundertätigen Ikone, die der Großvater aus dem Kloster Tichwin mitgebracht hatte. Die Glocken wurden vom Turm hinabgestürzt, wobei die größte Glocke zerschellte. Bis in unsere Tage ist nur eine der Glocken erhalten geblieben. Sie befindet sich jetzt im M. I. Glinka-Musikkulturmuseum in Moskau.

Die Kirche in Nowospasskoje ist das einzige Bauwerk aus der Glinka-Zeit, das als architektonisches Denkmal erhalten geblieben ist. Heute ist diese Kirche ihrer Gemeinde zurückgegeben, sie wird

instandgesetzt und das letzte Bauwerk des Gutsensembles dient wieder seiner ursprünglichen Bestimmung. Auf wunderbare Weise wurden im Ural neue, wunderschön klingenden Glocken gegossen, und der Glockenturm wurde auch wieder aufgebaut. Nach dem Zeugnis von Fachleuten ist er einer der schönsten Glockentürme der Smolensker Eparchie. Es fehlt nur noch die 106-Pud-schwere Hauptglocke. Jedoch hoffen die Gemeindemitglieder und beten darum, dass auf irgendeine Art und Weise diese Glocke einmal wieder erklingen möge.

Auf der Grundlage der Glocken von Nowospasskoje hat Michail Glinka das „Patriotische Lied“ komponiert, das heute zur majestätischen Hymne Russlands geworden ist. Wie man in Russland sagt, basiert die gesamte Musik Glinkas auf dem Glockengeläut russischer Kirchen, welches sogar die Luft um die Gotteshäuser reinigt. Und man hofft, daß seine Musik auch die Menschen moralisch reinigen möge. (Übersetzung aus dem Russischen Bernhard Mroß)

Die GKS unterhält eine bescheidene Patenschaft zur orthodoxen Kirchengemeinde von Nowospasskoje. AUFTRAG berichtet in Heft 226, S. 62 ff., und Heft 227, S. 80 f., über einen Hilfstransport. Spendenkonto: GKS im Wehrbereich I, KtoNr: 70182211 bei der Sparkasse Schleswig Flensburg, BLZ 216 501 10, Stichwort „Nowospasskoje/GKS“.

GKS IM WB I

Der Heilige Nikolaus bei den bosnischen Kriegsflüchtlings

Erst zwei Monate alt ist Dino, Jossip hingegen schon vier. Sie sind geboren in Schleswig, haben ihren Wohnort in Süderbrarup und sind dennoch keine Deutschen, denn sie gehören zu den 33 Mädchen und Jungen unter 16 Jahren, die als bosnische Kriegsflüchtlinge in der ehemaligen Kaserne in Süderbrarup wohnen.

Mit ihren Eltern zusammen hatten sie sich in einem festlich de-

koriiertem Saal eingefunden und warteten auf den Nikolaus. Mucksmäuschenstill war es, als von außen dreimal gegen die Tür geklopft wurde. Und dann kam er. Festlich gekleidet betrat er den Raum. In seinem Gefolge, der Rutenträger Knecht Ruprecht. Große, glänzende Augen machten die Kinder, als die beiden zwei schwere Säcke mit Geschenken öffneten. Nach der Begrüßungsre-

de, die durch eine Dolmetscherin übersetzt wurde, rief der Nikolaus die Kinder einzeln zum geschmückten Weihnachtsbaum, um ihnen Geschenke zu überreichen. Für jedes Kind war ein altersgerechter Spielzeug und notwendige Kleidungsstücke durch die Leitung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) angeschafft worden. Dieses war unter anderem durch eine großzügige Geldspende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Wehrbereich I ermöglicht worden. Gehörig Respekt flöbte der Nikolaus den GU-Bewohnern ein, da er so manches Detail aus den vergangenen Monaten zu berichten wusste – nicht nur von den Kindern, nein, auch von den Erwachsenen. Diese mussten sich dafür leichte Rutenberührung gefallen lassen. Entschädigt wurden sie dafür aber auch mit einem kleinen Präsent.

Nach einer gemeinsamen Tasse Kaffee verabschiedeten sich der Heilige Mann und sein Knecht mit dem Versprechen, im nächsten Jahr wiederzukommen.

An dieser Stelle bedankt sich die GKS im WB I beim Ehepaar Kaiser aus Süderbrarup, das sich, wie schon oft, uneigennützig in den Dienst der Sache gestellt hat. (Für die nüchternen Realisten unter den Lesern sei angemerkt, dass Michael Kaiser in die Rolle des Nikolaus und seine Frau Marinain die des Knecht Ruprecht geschlüpft waren.) (Walter Schrader)



Luther – Thema beim Christkönigstreffen

Vom 22. bis 24. November 1996 trafen sich GKS-Mitglieder mit ihren Familien aus dem Wehrbereich I, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zu dem traditionellen Christkönigstreffen der GKS im Kloster Nütschau, in der Nähe der Stadt Bad Oldesloe, in Schleswig-Holstein.

Das Thema, Martin Luther, war von den Teilnehmern gewünscht worden und sicherlich sehr passend im Lutherjahr 1996. Als Referentin konnte Frau Dr. Gabriele Borger gewonnen werden. Sie, eine evangelische Pastorin die über Luther promoviert hat, brachte uns

seine Person, die damalige Zeit und die Reformation auf wunderbare Weise nahe. Mit Interesse folgten wir ihren Ausführungen und begeistert wurde in drei Arbeitsgruppen unter den Themen

1. Luther als Reformator
2. Luther als Familienvater und Freund
3. Luther und der Soldatenberuf mitgearbeitet.

Auch wenn zeitweise die Gespräche in den Bereich Ökumene, Annäherung der beiden großen Konfessionen, Wiedervereinigung der Kirchen abglitten, wurden wir durch die Referentin immer wieder auf das Ursprungsthema zurückgeführt.

Fazit: Ein gelungenes, interessantes Wochenende, das uns die Person Martin Luthers und alles

was damit im Zusammenhang steht, näher gebracht hat. Das aber auch gezeigt hat, dass in unserem Kreis ein Bedarf besteht sich mit der anderen Konfession intensiver zu befassen.

Dass dieses Wochenende auch zu einer Stärkung unserer Gemeinschaft geführt hat, ist unbestritten und wird besonders durch die Aussagen einiger Familien deutlich:

Sich mit Gleichgesinnten zu treffen, ein gemeinsames Thema zu bearbeiten, etwas anderes tun als sonst, neue Menschen kennenlernen und Gespräche führen, Gemeinschaft zu leben und zu erleben, alles das ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir freuen uns, dass wir das erleben durften und mit dabei sein konnten.

GKS IM WB III

Wie geht es weiter mit der NATO?

Karsten Voigt bei der GKS Bonn

Bernd Englert/Karl-Heinz Woitzik

Der GKS-Kreis Bonn lädt in regelmäßigen Abständen Politiker zu Gesprächen und Vorträgen ein, in denen sicherheitspolitische Fragen im Vordergrund stehen. An dieser Stelle sei an die Aussprache mit dem Vorsitzendem des Verteidigungsausschusses Dr. Klaus Rose und an das Gespräch mit seinem Stellvertreter Dieter Heistermann erinnert.

Diese Reihe wurde am 28. November 1996 mit einem Vortrag von MdB Karsten Voigt fortgesetzt, der zur Zukunft der NATO vor allem aus der Sicht eines NATO-Parlamentariers Stellung nahm. So wurde dieses für das Bündnis bedeutsame Thema, das bereits im Frühjahr im GKS Kreis Bonn vom Deutschen Militärischen Vertreter beim MC, Generalleutnant Wiesmann, beleuchtet wurde, aus einem anderen Blickwinkel analysiert.

Karsten Voigt hat neben seinen Tätigkeiten als außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Experte für Sicherheitspolitik seiner Partei zwei Jahre das Amt des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, die einem NATO-Parlament gleichgesetzt werden kann, wahrgenommen.

Der Vortrag von MdB Voigt, der gemeinsam mit dem Arbeitskreis Bonn der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft veranstaltet wurde, stieß auf sehr großes Interesse, so daß der Vorsitzende des GKS Kreises Bonn, Oberst i.G. Bernd Englert, mehr als 250 Zuhörer im Moltkesaal auf der Hardthöhe begrüßen konnte.

Besonders erfreulich war, daß auch junge Wehrpflichtige aus Ulmen in der Eifel und zahlreiche ausländische Lehrgangsteilnehmer aus der Sprachenschule in Hürth zu diesem Anlass nach Bonn geeilt waren.

Nachdem Englert die Ziele der Gemeinschaft Katholischer Solda-

ten und ihr auf der Basis christlicher Wertvorstellungen geprägtes Bild des Soldatenberufes einleitend dargestellt hatte, erläuterte Karsten Voigt seine Auffassung zur Zukunft der NATO:

Mit der bevorstehenden Erweiterung um mittel- und osteuropäische Staaten und einer Reform der integrierten Kommando-Struktur reagiert das nordatlantische Bündnis auf die veränderten weltpolitischen Bedingungen.

Gerade auf deutschem Boden haben sich in den letzten Jahren umfangreiche sicherheitspolitische Veränderungen ergeben. Die Zahl der hier stationierten ausländischen Soldaten hat sich um eine Million verringert, die Anzahl deutscher Soldaten wurde halbiert, und für Verteidigung wird bei uns nur noch 1,9 Prozent des Bruttosozialproduktes aufgewendet. Voigt: Es gibt hier keine Kurzstrecken-Raketen mehr und alle nuklearen Gefechtsfeldwaffen wurden abgezogen beziehungsweise vernichtet.

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden europäischen Integration gewinnt die Kooperation der NATO mit anderen an der Zusammenarbeit interessierten Staaten eine neue Qualität. Nach Meinung von Voigt sollten diese Nichtmitglieder nicht nur an militärischen Übungen und Einsätzen teilnehmen, sondern auch schon im Vorfeld von Planungen einbezogen werden, wie es die NATO erfolgreich auf dem Balkan getan habe und im Programm „Partnerschaft für den Frieden“ anbiete.

Im Nebeneinander verschiedener Organisationen, die sich gegenseitig ergänzen, aber nicht wechselseitig austauschen lassen, sieht Voigt eine Chance, in und für Europa eine Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die Handlungsfähigkeit nach außen und innere Stabilität erzeugt. Die politisch-ökonomischen Bedingungen sind dabei

mitbestimmend für zukünftige sicherheitspolitische Entwicklungen einzelner Länder und damit für die Aufnahme in oder Assoziierung zu den verschiedenen Organisationen in Europa.

Öffnung der NATO und Erweiterung nach Osten sind ein geschichtlicher Prozess, der nicht mehr aufgehalten werden kann, da sonst Unsicherheit und Instabilität die Folge sind. Gleichzeitig muss das Verhältnis zu Russland auf eine neue, tragfähigere Basis gestellt werden.

Das vereinte Deutschland ist das kleinste, im Hinblick auf das Verhältnis zu seinen Nachbarn, aber das glücklichste, das es je gab, stellte Voigt abschließend fest. In dieser Lage aber auf die Verteidigungsfähigkeit zu verzichten, hieße die Feuerwehr abzuschaffen, nur weil es seit längerem nicht mehr gebrannt habe. □

Adventswanderung mit Tannenbaumschlagen des GKS-Kreises Köln

Am Sonntag, dem 15. Dezember trafen sich zahlreiche Familien – insgesamt rund 50 große und kleine Wanderer – der GKS Köln im kalten und winterlichen Bergischen Land zur traditionellen Adventswanderung mit Tannenbaumschlagen. Alte Hasen konnten den gut einstündigen Weg zur Familie des Waldbauern Kley, doch der holperige und stellenweise gefrorene Waldboden machte eine diesjährige „Rekordzeit“ zunichte. War es die feuchtkalte Witterung, oder lag es am Duft des Glühweins, dass fast jeder recht schnell seinen Baum ausgesucht und „erlegt“ hatte? Bald saß alles im Hof des „Waldarbeiters“. Hier wurde natürlich noch einmal über Fichten, Nordmantannen, Krippen und anderes mehr gefachsimpelt, bevor es nach einem erholsamen GKS-Familiensonntag in der Adventszeit wieder nach Hause zu den abschließenden Vorbereitungen auf das Weihnachtsfest ging.

(Willi Dohr)

Erlebte Geschichte: Thementag der GKS Köln

Die GKS-Kreis Köln veranstaltete am 23.10.1996 einen Vortragsabend, sowie am 26.10.1996 einen Thementag zu den Ereignissen der Ardennenoffensive der Wehrmacht an der deutschen Westfront während des Jahreswechsels 1944/45. Hier zwei sehr unterschiedliche Teilnehmerberichte.

Gedanken eines Kriegsteilnehmers zum Thementag

Eine gewisse Unruhe machte sich bemerkbar, insbesondere in Erwartung der bevorstehenden Tagesfahrt am 26.10.1996 zu den Orten, die in meiner Erinnerung bis daher unerschwinglich vorhanden waren. Man bedenke, dass ich die Schrecken der Ardennenoffensive als 18-jähriger Soldat durchlebt habe. Bei der gemeinsamen Fahrt vom Gerätedepot Bovigny nach Bastogne entstanden plötzlich die Schreckensbilder von der furchtbaren Zerstörung der Ortschaften um Bastogne vor meinen Augen und ein unbeschreibliches Gefühl der Trauer überfiel mich in Gedanken an die vielen Soldaten auf beiden Seiten und die vielen unbeteiligten Menschen aus den Dörfern und Ortschaften, die durch die Kämpfe ihr Leben lassen mussten. Gleichzeitig empfand ich aber auch, bei allem was in mir innerlich ablief, den Dank an unseren Herrgott. Er hatte mich – schon zu damaliger Zeit als junger Soldat und bis zu meinen nun 70. Lebensjahr – unter seinen Schutz genommen und mich vor allem eben diese furchtbaren Kriegswirren gesund überstehen lassen. Auch wusste ich plötzlich wieder von meiner Angst, die ich als 18-jähriger gehabt habe als der bevorstehende Großangriff auf Bastogne stattfinden sollte. Der Tod war unser ständiger Begleiter.

Die Filmvorführung während des Museumsbesuches zeigte im vollen Ausmaß die eigenen Erlebnisse und hat mich sehr bewegt. Viele der ausgestellten Waffen und Geräte stammen aus unserer Division, deren Erkennungszeichen noch sichtbar ist. (26.V.G.D. Dom Div.).

Vom Museumsbesuch tief beeindruckt, besuchten wir den Soldatenfriedhof „Recogne“. Hier, wo auch einige mir bekannte Kameraden zur letzten Ruhe gebettet sind, habe ich es als wohltuend empfunden, dass wir in der Gemeinschaft zu einer kleinen Andacht zusammengefunden haben, in deren Verlauf mir Namen und Gesichter der Verstorbenen in Erinnerung gebracht wurden.

Ich durfte das „Inferno“ überleben und kam am 15.01.45 bei Bastogne in amerikanische Gefangenschaft. Nach dreieinhalb-jährigem Aufenthalt in England, durfte ich dann im Jahre 1948 die Heimat wiedersehen. (Heinz Kordes)

Die Ardennenoffensive als Geschichte aktiv erleben

Zur Einführung auf das Thema fanden sich zum Informationsabend im Unteroffizierheim der Lüttich-Kaserne ca. 30 Zuhörer ein. Der Referent, Major Jahnke, SDH, gab einen hervorragenden Überblick über die Vorkommnisse des Jahres 1944, wobei die Ardennenoffensive im Mittelpunkt stand.

Hierauf fuhren 25 gut motivierte Teilnehmer vom Rasthof Ville in Richtung Belgien zum Materialdepot (Bw) Bovigny. Nach Empfang durch den Depotkommandanten, OTL Sauer, und einem guten Mittagessen erlebten die Mitreisenden einen informativen und interessanten Nachmittag. Bei einer Busfahrt durch das während der Offensive stark umkämpfte Gebiet, bekam man ganz neue Vorstellungen davon, unter welchen Bedingungen Soldaten damals lebten. Man sah keine bunten Karten oder Folien, auf denen irgendwelche Kampflinien eingezeichnet waren, nein, man sah den damaligen Kriegsschauplatz.

Erster Höhepunkt war der Besuch eines Museums, mit originalen Ausrüstungsgegenständen, Erläuterungen von Gefechtszenen, Vorführung eines Kurzfilms mit Originalaufnahmen und einer Diashow zur Darstellung des Ge-

fechtsgeschehens in seinem zeitlichen Ablauf.

Die Besucher waren nicht nur von den Eindrücken fasziniert, sondern machten sich auch Gedanken über das, was geschehen war; besonders, als ein von den Amerikanern erbautes Denkmal und anschließend der deutsche Soldatenfriedhof Recogne besucht wurde, wo 6.803 Toten bestattet sind. In einer kleinen Andacht wurde ein Brief verlesen, der beispielhaft über eines der vielen Schicksale dieses Krieges berichtete.

Die Tagestour schloß mit einem Besuch am Dreiländereck Belgien, Luxemburg und Deutschland, einer Stätte zur Erinnerung an die Anfänge der Europäischen Union.

Beim Abendessen in Bovigny dankte der Vorsitzender der GKS Köln, Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, im Namen aller Teilnehmer dem Kommandanten, OTL Sauer und seiner Familie für die wertvolle Unterstützung sowie Major Artur Ernst für die Organisation und Vorbereitung dieser Veranstaltung. (Christian Ernst)

Shabbat – Shalom

Familienwochenende der Militärgemeinde Köln zum Thema Judentum und Christentum

Mit einem freundlichen „Shabbat – Shalom“ begrüßte am 9. November nach dem Morgengebet Major Bernhard Fischer, der Referent des Familienwochenendes, die elf Familien, die der Einladung in die Erholungsstätte der Katholischen Militärseelsorge St. Meinolf am Möhnesee gefolgt waren. In seinem fesselnden Referat zum Thema „Judentum und Christentum“ führte Fischer die teilnehmenden Erwachsenen in das Judentum als eine „Religion der Tat und des Lernens“ ein, erklärte Neues und stellte Zusammenhänge zur eigenen christlichen Religion her.

Die Kinder nutzten währenddessen die Lernphase der Eltern, um unter Anleitung von Pfarrhelfer H.-W. Jung und unterstützt durch zwei Betreuerinnen Laternen für den abendlichen Martinsumzug zu basteln.

Abenteuerlust und finanzieller Anreiz tragen nicht

Mit Unterstützung des Kommandeurs der Technischen Truppschule des Heeres in Aachen, BrigGen Dipl.-Ing. Rolf Bernd führte die GKS des Standortes Aachen/Eschweiler einen Vortragsabend zum Thema „Anforderungen an den militärischen Führer am Beispiel des IFOR-Einsatzes im ehemalige Jugoslawien“ durch. Der Referent, Major Rüdiger Attermeyer, stellvertretender Vorsitzender der GKS im Wehrbereich III, war im ersten deutschen IFOR-Kontingente von Februar bis April 1996 als Kompaniechef im Einsatz- und Unterstützungsverband in Kroatien eingesetzt gewesen. Attermeyer schilderte seine Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes. Dabei wies er auf den Zeitdruck hin, unter dem das Unternehmen

stand. Die Vorbereitungen hätten zu einem Zeitpunkt beginnen müssen, als das Abkommen von Dayton noch nicht getroffen war und der Bundestag seine Zustimmung zum Einsatz noch nicht gegeben hatte. Für die weit überwiegende Zahl der beteiligten Soldaten – die im übrigen aus unterschiedlichen Verbänden kamen – sei ein solcher Auftrag neu gewesen. Wichtig sei, so Attermeyer, dass neben der deutlichen politischen Legitimation und einem breiten gesellschaftlichen Konsens, jeder einzelne Soldat die Sinnhaftigkeit des Einsatzes erkennen könne. Eingebettet in ein geordnetes und gesichertes soziales Umfeld und eingebunden in eine feste Wertordnung könne er sich den Anforderungen stellen und voraussichtlich ohne Schaden

an Leib und Psyche den gestellten Auftrag erfüllen, meinte Attermeyer. Besonders der Vorgesetzte müsse durch Charakterfestigkeit und durch beispielhaftes Verhalten den Anforderungen gerecht werden können. Nach Auffassung Attermeyers könnten ein christlich geprägtes Menschenbild und gelebte Nächstenliebe das entscheidende Korsett militärischer Führer bei schwierigen Auslandsmissionen sein.

Der Vorsitzende des GKS-Kreises Aachen/Eschweiler, Oberstleutnant Jürgen Werner, der den Abend im vollen Vortragsaal der Tagungszentrums in der Gallwitz-Kaserne moderierte, stellte in seiner Zusammenfassung heraus, dass Abenteuerlust und finanzielle Anreize für eine lange Einsatzzeit in Krisengebieten nicht tragen. (N.N.)

WEHRBEREICH IV

Herbstarbeitskonferenz

Die Herbstarbeitskonferenz des Wehrbereichsdekan IV, Msgr. Carl Ursprung, fand in Verbindung mit der Wehrbereichskonferenz der GKS vom 4. bis 6. Oktober 1996 im Haus St. Martin bei Naumburg statt. Von den 14 Seelsorgebereichen im WB waren lediglich die Standorte Homburg (Efze), Mainz, Stadtallendorf, Saarlouis und Zweibrücken vertreten, obwohl die Konferenzen als Familienwochenende durchgeführt wurden.

MD Ursprung berichtete über die personelle Situation der Militärseelsorge im WB IV und beklagte ebenso wie der Moderator der Arbeitskonferenz und Vorsitzender der GKS im WB IV, Hauptmann Günter Neuroth, die mangelnde Präsenz der Seelsorgebezirke/GKS-Kreise bei dieser Tagung. Informationen und Gedankenaustausch waren die Schwerpunkte des Treffens. Dies war besonders für die Erstteilnehmer – darunter der neue Pastoralreferent für den Standort Saarlouis Hedrich – wichtig. Als Gäste nahmen an den Konferenzen Militärdekan Walter

Wakenhut, Leiter Referat Personal im KMBA, und Brigitte Matthias, Vorsitzende des Sachausschusses „Frau und Familie“ im Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV), teil.

MD Wakenhut referierte über die (personelle) Entwicklungen in der kath. Militärseelsorge. Frau Matthias informierte über Struktur und Arbeitsweise der ZV, stellte das Nachbarschaftsprojekt Nitra vor und wies auf die rechtzeitige Wahl von Delegierten für die Woche der Begegnung im April 1997 hin. Bei dieser ZV stehen Vorstandswahlen an.

Bereichert wurde das Wochenende durch eine Führung des stellvertretenden Leiters des Hauses St. Martin in den Ortsteil Netz des benachbarten Waldeck/Edersee. In der evang. Kirche „St. Maria und die Vier Gekrönten“ erklärte er den um 1370 gemalten dreiteiligen Flügelaltar, der biblische Szenen von der Verkündigung Mariens, über den Tod und die Auferstehung Jesu bis hin zum Pfingstwunder darstellt. (H. Dorndorf)

Neuer Standortpfarrer in Koblenz

Grund zur Freude gab es am 31. Oktober 1996 bei den katholischen Soldaten und ihren Familien im Standort Koblenz. Nachdem im März der ehemalige Standortpfarrer des Bereiches Koblenz 1, Militärdekan Rainer Schadt, das Amt des Wehrbereichsdekans III in Düsseldorf übernommen hatte, war seine Stelle als Seelsorger in Koblenz unbesetzt geblieben. Nach sieben Monaten, konnte als neuer Militärpfarrer in der Rhein-Mosel Stadt Koblenz Norbert Achcenich (38) begrüßt werden. Der gebürtige Berliner war zuletzt Standortpfarrer in Nienburg an der Weser (Wehrbereich II/Niedersachsen) gewesen. Seine Versetzung nach Koblenz sieht er als positive „Herausforderung“ an, die er „gern und spontan angenommen“ hat. – Der Militärpfarrer des Bereiches Koblenz 1 hat rund 2.000 Soldaten zu betreuen. (Alexander Wenz)

WEHRBEREICH VI

25 Jahre GKS-Kreis Freyung

Bei einem Festakt in der Kaserne „Am Goldenen Steig“ feierte der GKS-Kreis Freyung am 5. Juli 1996 sein 25jähriges Bestehen. Viel Lob hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten von den zahlreich erschienen Ehrengästen für ihre Arbeit erhalten. Oberstabsfeldwebel a. D. Heinrich Vierlinger, bis zu seiner Pensionierung langjähriger Vorsitzender des Kreises, wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Eingeleitet wurde der Festakt mit einem Festgottesdienst, der von Militärpfarrer Morawietz (Standortpfarrer von Bogen und Feldkirchen) für den erkrankten Militärpfarrer im Nebenamt Studiendirektor Msgr. Konrad Prinz zelebriert wurde. Konzelebranten waren die früheren Militärpfarrer Pfarrer Matthias Wilhelm und Pater Alwin Dröge. Pfarrer Morawietz betonte bei dem Gottesdienst, es sei ein gutes Recht, sich nicht nur bei Leid, sondern auch bei Freude an Gott zu wenden. Die Feier des 25jährigen Bestehens des Freyunger GKS-Kreises sei dafür ein guter Grund. Ein solcher Anlass biete die Möglichkeit, die sonstige Betriebsamkeit abzulegen, „da die Arbeit nicht der letzte Lebenszweck ist“.

Nach dem Festgottesdienst, der unter Beteiligung aller Soldaten des Standortes durchgeführt wurde, hatte die GKS zu einem Empfang geladen. Der Vorsitzende, Hauptfeldwebel Josef Waggmann, konnte zahlreiche Repräsentanten aus Kirche, Landes- und Kommunalpolitik sowie aus befreundeten Organisationen begrüßen.

Bei den Grußworten gratulierte Wehrbereichsdekan Prälat Peter Rafoth der GKS Freyung und stellte sie als „Glücksfall und Aushängeschild aller Standorte der Bundeswehr“ heraus. Sie sei nicht nur als eine der ersten Gemeinschaften gegründet worden, sondern stelle sich auch als eine der lebendigsten und besten, vom Geist Gottes getragene Gemeinschaft dar. Rafoth übermittelte auch die Grüße von Militärbischof Johannes Dyba.

Kommandeur Oberstleutnant Albert Pröpster bezeichnete die GKS, der er selbst angehört, als „aus dem Leben nicht mehr wegzudenkende Einrichtung im Inneren Gefüge des Soldatenlebens.“ Die Verhinderung des Krieges sei das Ziel der Ausbildung eines Sol-

daten. Im Einsatzfall sollte aber jeder im Gegner auch den Familienvater sehen. Sich damit auseinanderzusetzen sei auch in der Gemeinschaft ein ernstes Thema.

Der 3. Bürgermeister der Stadt Freyung und Bezirksvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes von Niederbayern, Willi Arens, stufte die Aktivitäten des Kreises als hervorragend ein.

Grüße übermittelten der Diözesanbischof von Passau, Dr. Franz Xaver Eder, und dessen Generalvikar, Domdekan Lorenz Hütner, sowie der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Karl-Jürgen Klein.

In seiner Festrede hielt der Vorsitzende noch einmal Rückblick auf die letzten 25 Jahre. Aus dem Königsteiner Offizierskreis hervorgehend, in dem bald Klarheit darüber herrschte, daß nach dem Schriftwort (Röm 2.11) „Denn es gibt kein Ansehen der Person bei Gott“ die Mitgliedschaft nicht nur Offizieren vorbehalten sein durfte, wurde 1970 die GKS geschaffen. Und hier beginnen auch bereits die Wurzeln des Freyunger Kreises. Im Sommer 1971, so wird vom ersten Sprecher, dem damaligen Hauptfeldwebel Leopold Schuster übermittelt, war die Gründungsversammlung mit 35 Personen. Weitere GKS-Sprecher waren Hauptmann Leopold Kilger, Oberstabsfeldwebel Heinrich Vierlinger und heute Hauptfeldwebel Josef Waggmann.

Die damals gesteckten Ziele, die Kontakte zwischen Soldaten und Soldatenfamilien zu fördern und zu festigen, vor allem durch Familienveranstaltungen auch Frauen und Kinder in die Gemeinschaft einzubinden und durch Vorträge und Diskussionen neue Informationen zu vermitteln, um so das Leben zu bereichern, haben bis heute noch ihre Gültigkeit. Dass wir als Laien in der Kirche, als Soldaten in der Bundeswehr und als

Bürger im Staat Verantwortung wahrzunehmen haben, wurde von Waggmann noch einmal hervorgehoben.

Gerade in dieser Region, wo bis vor nicht allzu langer Zeit noch der sogenannte „Eiserne Vorhang“ vor der Haustüre der Kaserne war, hat die GKS-Freyung geprägt und über Jahre zu einem Kreis werden lassen, der in der Bundesrepublik wohl einzigartig ist. Dies wird alleine schon durch die hohe Mitgliederzahl von 151 Personen dokumentiert. „Dass unser Kreis so fabelhaft dasteht, liegt sicherlich auch an einem Mann, der über die Hälfte der 25jährigen Geschichte die Geschicke des Freyunger GKS-Kreises als Vorsitzender gelenkt hat, nämlich Heinrich Vierlinger betonte der amtierende Vorsitzende. Als Anerkennung für die großen Verdienste wurde Heinrich Vierlinger unter dem Beifall der zahlreichen Festgäste zum Ehrenvorsitzenden des GKS-Kreises Freyung ernannt.

In Freyung hat die GKS in den letzten 25 Jahren weit über 200 Veranstaltungen selbst durchgeführt oder nahm an nationalen und internationalen Wallfahrten teil. Einige Höhepunkte dabei waren die Gründungsversammlung 1971, die internationale Soldatenwallfahrt 1982 nach Rom, Fußwallfahrt 1983 nach Altötting mit 250 Soldaten, ebenfalls 1983 der erste Weltfriedenstag mit Bischof Franz Xaver Eder aus Passau, der Besuch der Papstmesse 1987 in München zur Seligsprechung von Pater Rupert Mayer. Auch der Besuch im Jahr 1993 der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) aus Oberösterreich mit 90 Gästen aus Linz, Freistadt und Wels würde erwähnt.

Abschließend stellte Vorsitzender Waggmann fest, daß die Arbeit des Kreises im „grünen Bereich“ liege. Doch gerade weil der Kreis so lebendig sei, müsse auch in Zukunft alles getan werden, um ihn so aktiv halten zu können. Niemand dürfe sich auf den Lorbeeren der letzten 25 Jahre ausruhen.

(Josef Waggmann)

Familienwochenende des GKS-Kreises Ingolstadt

Mit dem Gleichnis des barmherzigen Samariters beschäftigte sich der GKS-Kreis Ingolstadt bei seinem letzten Familienwochenende in Aschau vom 25. bis 27. Oktober 1996. Dieses war der Auftänger für eine Auffrischung von Erste-Hilfe-Kenntnissen. Mit 74 Teilnehmern, davon 23 Kinder, die durch die Erzieherin Conny Pfeilstifter betreut wurden, war das Pater Rupert Mayer-Haus bis auf das letzte Bett belegt, da sich auch noch eine weitere Gruppe eingefunden hatte. Nach einer kurzen Vorstellung des Hauses, das jedoch für die meisten nicht mehr

unbekannt ist, und der Lebensgeschichte von Pater Rupert Mayer, dem Namensgeber der Familien-Erholungsstätte der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), durch den Vorsitzenden des GKS-Kreises Ingolstadt Norbert Rödl, stieg man am Freitag nach dem Abendessen in das Thema ein. Man versuchte, die Aussagen des zuvor verlesenen Bibeltextes auf die heutige Zeit zu übertragen. Dabei wurden bei vielen Teilnehmern Ängste deutlich, bei der „Ersten Hilfe“ etwas falsch zu machen. Durch eine sachkundige und auf Einzelfälle zugeschnittene Auffrischung der Kenntnisse durch den Rettungsassistenten Ernst Kunze konnte bei vielen diese Hemmschwelle abgebaut werden. Auch praktische Übungen am Sams-

tagvormittag trugen dazu bei. Den freien Nachmittag nutzen viele, um die nähere Umgebung im Chiemgau zu erkunden oder auch nur zu einer gemütlichen Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen in einer der zahlreichen Gasthöfe. Nach dem Vorabendgottesdienst in der Hauskapelle ging man in den gemütlichen und geselligen Abend über. Dabei konnte so mancher seine Uhr zeitgerecht von der Sommer- auf die Winterzeit umstellen. Bei vielen Geschichten und Liedern mit Gitarrenbegleitung wurde es dabei niemandem langweilig. Nach einer Zusammenfassung und dem Mittagessen, bei dem sich Norbert Rödl für die Gastfreundschaft bei der Heimleitung und der Belegschaft bedankte, begab man sich auf die Heimreise. (Helmut Häckl)

WEHRBEREICH VII/VIII

Bundesverdienstkreuz für Prälat Heinrich Hecker

Militärdekan Prälat Heinrich Hecker (59), Katholischer Wehrbereichsdekan VII/VII, Potsdam, wurde am 6. Januar 1997 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Der Leiter der Abteilung Recht im Bundesministerium der Verteidigung, Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau überreichte Prälat Hecker die vom Bundespräsidenten verliehene Auszeichnung im Haus des Katholischen Militärbischofs (KMBA) in Bonn.

Geehrt wurde der Katholische Wehrbereichsdekan für seine unermüdete und weit über das Maß hinausgehende Arbeit im Osten der Bundesrepublik.

1991 begann Hecker die Aufgaben und Strukturen der Katholischen Militärseelsorge in den Neuen Ländern bekannt zu machen und neue Dienststellen für Militärseelsorger einzurichten. Mit Kompetenz und Einfühlungsvermögen habe er den hauptamtlichen sowie den zahlreichen nebenamtlichen Militärseelsorgern einen guten Zugang zu den Soldaten verschafft, sagte Dr. Dau in seiner Laudatio. Für die aus dem Westen in den Osten versetzten katholischen Soldaten sei so von Anfang an ein Stück Heimat gegeben worden. Die aus Ostdeutschland stammenden Soldaten hätten wahrgenommen, dass ihr Dienst mit den Grundsätzen der kirchlichen Friedenslehre



Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande an Militärdekan Prälat Heinrich Hecker. Im Bild v.l.: Ministerialrat Dr. F.W. von Gilsa, Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau, rechts von Prälat Hecker Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld. (Foto: M. Beyel, KMBA)

übereinstimme und von der Kirche als wichtig und ernst anerkannt werde. Militärdekan Hecker habe durch sein Werk, den Aufbau und die Organisation der Katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern, einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Einigung erbracht.

Hecker wurde am 8. März 1937 in Leipzig geboren. 1947 siedelte die Familie nach Essen um. Nach dem Abitur studierte er Philosophie und Theologie in Bonn und Innsbruck. 1961 wurde er in Essen zum Priester geweiht. Dort war er Kaplan in verschiedenen Pfarreien mit Schwerpunkt in der Jugendseelsorge. Im Oktober 1969 begann er seinen Dienst bei den Soldaten und ihren

Familien am Standort Schwanewede. Hötter, Hannover und Göttingen waren die weiteren Stationen, ehe er am 1. Februar 1982 ins Katholische Militärbischofsamt als Referatsleiter „Theologische Grundsatzfragen für die Praxis der Militärseelsorge und die Fortbildung der Militärgeistlichen“ berufen wurde. Seine Vorliebe für die direkte Seelsorge an den Soldaten und ihren Familien veranlasste ihn im Oktober 1988, das KMBA zu verlassen und die vakante Stelle des Standortpfarrers in Oldenburg zu übernehmen. Mit der Deutschen Einheit kam auf Hecker die bedeutende Aufgabe des Aufbaus der Kath. Militärseelsorge in den neuen Ländern zu. (M. Beyel, KMBA)

AKADEMIE OBERST
HELMUT KORN



SOLDAT IM INTERNATIONALEN FRIEDENSDIENST

SINN – IDENTITÄT – ETHIK

6. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn zum Selbstverständnis katholischer Soldaten vom 3. bis 7. November 1997

Einstimmung

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten und das Bonifatiushaus Fulda laden zum 6. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn ein, das vom 3.-7. November 1997 unter dem Thema

**„SOLDAT IM INTERNATIONALEN FRIEDENSDIENST
SINN – IDENTITÄT – ETHIK“**,

in Fulda stattfindet.

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Einrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie findet alle zwei Jahre jeweils Anfang November statt. Ihr Ziel ist es, jüngeren Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld zwischen Beruf und Politik, Führungsverantwortung und Ethik aufzuzeigen.

Die Akademie ist nach dem Mitbegründer und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn († 1983), benannt. Sie wird geleitet vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz.

Im Bonifatiushaus, einer Bildungsstätte der Diözese Fulda, hat die GKS einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche

Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

Mit dem Thema der sechsten GKS-Akademie stellt sich die GKS den Anforderungen, die das erweiterte Einsatzspektrum der Bundeswehr – vor allem die neuen, internationalen Friedensaufgaben – an die Soldaten und besonders an die militärischen Führer stellen. Fragen der Ethik für den soldatischen Dienst allgemein, für Führungsverhalten und Führungsverantwortung, der geistig-geistlichen Vorbereitung von Einsätzen und Bewältigung von kritischen Situationen sollen gestellt und aus unterschiedlicher Sicht beantwortet werden.

Eingebunden in das Seminar wird wiederum ein Ausflug nach Thüringen mit Begegnungen und Gesprächen über den Zaun hinweg, diesmal mit dem Provinzial der Thüringischen Ordensprovinz der Franziskaner, Pater Claudius Groß, und den Patres eines neuen Konvents in Schmalkalden.

Edgar Trost
Generalleutnant

Schirmherr der Akademie

Dr. Antonius Gescher
Direktor des
Bonifatiushauses

Programm

Montag, 3.11.1997

- bis 14.00 Uhr Anreise, Kaffee
- 14.30 Uhr Begrüßung, Einweisung in das Seminar
- 16.00 bis 17.30 Uhr Gespräch mit und Empfang beim Oberbürgerbürgermeister der Stadt Fulda, Dr. Wolfgang Hamberger
- 18.00 Uhr „DAS BERUFSBILD DES SOLDATEN ZWISCHEN POLITIK, GESELLSCHAFT UND ETHISCHER LEGITIMATION“, *GenMaj Rüdiger Drews, Bfh Wehrbereich V und Kdr 10. PzDiv, Sigmaringen*; offener Akademieabend (Abendessen zwischen Vortrag und Aussprache)

Dienstag, 4.11.1997

- 08.25 Uhr Morgenlob, anschl. Frühstück
- 09.30 Uhr „DIE BEDEUTUNG DER ETHIK FÜR DEN DIENST DES SOLDATEN“, *Pater Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer, Salzgitter*
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.30 Uhr Kaffee
- 15.00 Uhr „ERFAHRUNGEN EINES SOLDATEN IN FÜHRUNGSVERANTWORTUNG BEI INTERNATIONALEN EINSÄTZEN“, *Vortrag mit Aussprache: BrigGen Friedrich Riechmann, stv Kdr KdoLbwglKräfte, Regensburg*
- 18.30 Uhr Eucharistiefeier mit dem Militärbischof in der Stadtpfarrkirche St. Blasius Fulda,

anschl. Abendessen mit kl. Weinprobe
im Schoppenkeller am Paulustor

Mittwoch, 5.11.1997

- 07.45 Uhr Frühstück
- 08.15 Uhr „EINWEISUNG IN DIE HISTORISCHE BEDEUTUNG SCHMALKALDENS“, Dr. Antonius Gescher, anschl. Abfahrt zur Exkursion nach Schmalkalden
- 10.30 Uhr „CHRISTLICHES ENGAGEMENT – GRENZENLOS? FRANZISKANER IN MITTEL- UND OSTEUROPA NACH DER WENDE“, P. Claudius Groß, Provinzial der Thüringischen Ordensprovinz der Franziskaner und P. Christian Warth, Schmalkalden
- 14.30 Uhr Besichtigung der Wilhelmsburg und Stadtgang
- 17.00 Uhr Wortgottesdienst in der Kirche St. Helena mit den Franziskanern des Konvents Schmalkalden anschl. Rückfahrt nach Fulda

Donnerstag, 6.11.1997

- 08.25 Uhr Morgenlob, anschl. Frühstück
- 09.30 Uhr „SEELSORGLICHE BEGLEITUNG BEI INTERNATIONALEN FRIEDENSEINSÄTZEN“,

- 12.30 Uhr Mittagessen anschl. Kaffee
- 13.45 Uhr „BONIFATIUS UND DIE EUROPÄISCHE TRADITION“, Gespräch mit Domkapitular Prof. Dr. Werner Kathrein, Führung zum Bonifatiusgrab und zur Michaelskapelle
- 17.15 Uhr kleiner Imbiß
- 18.00 Uhr „INTERNATIONALE KONFLIKTE – INTERNATIONALES KRISENMANAGEMENT. DIE BUNDESWEHR ALS EIN FAKTOR DEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK“, MdB Karsten Voigt (SPD), Akademieabend mit Gästen aus Bundeswehr und Gesellschaft
- 20.00 Uhr Empfang des Katholischen Militärbischofs DDr. Johannes Dyba „10 JAHRE GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN“

Freitag, 7.11.1997

- 08.00 Uhr Gottesdienst zum Ausklang der Akademie, Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld
- 09.30 Uhr Ende des Seminars und Abreise

Organisation

Zielgruppe für die Teilnahme an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

- jüngere Offiziere und Offizieranwärter
- jüngere Unteroffiziere

Anmeldung

- ab sofort möglich,
Termin: bis spätestens 1. September 1997
- über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar an den Referenten beim Bundesvorstand der GKS:
Oberst a.D. Jürgen Bringmann
Breite Straße 25, 53111 Bonn
Tel: 0228-638762, Fax: 0228-638763
- soll folgende Angaben enthalten: Name, Vorname, Geb. Datum, Dienstgrad, Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift, Privatanschrift, Tel/Fax.
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch den Bundesgeschäftsführer.

Kostenbeitrag: Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche, gestaffelte Tagessatz für 4 Tage erhoben:

- Wehrsoldempfänger 4 x 7,00 = DM 28,00
- bis Bes.Grp A8 4 x 10,00 = DM 40,00
- Bes.Grp A9-A12 4 x 15,00 = DM 60,00
- Bes.Grp A13-A15 4 x 18,00 = DM 72,00
- ab Bes.Grp A16 4 x 25,00 = DM 100,00

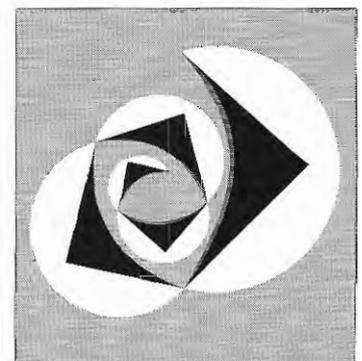
Der Eigenanteil ist beim Eintreffen am Seminarort zu entrichten. Sollten Sie Ihre Anmeldung kurzfristig – d.h. nach dem 01.10.97 – zurückziehen, muß der Veranstalter eine Ausfallgebühr in Höhe des Eigenanteils in Rechnung stellen. Diese kann durch Teilnahme einer von Ihnen benannten Ersatzperson vermieden werden.

Hinweis auf Urlaubsregelung:

Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der SUV (ZDv 14/5, F 511) Nr. 78 u. 79 Abs. 1 beantragen. Das Seminar ist durch die Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn als förderungswürdig im Sinne des § 7, Satz 1 Nr. 3, der Verordnung über Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst anerkannt.

An- und Abreise: Die Fahrtkosten werden – auch bei Benutzung von Privat-Pkw – in Höhe einer Militärdienstfahrkarte 2. Klasse und ggf. Mitnahmeentschädigung erstattet. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr.

Bekleidung während des Seminars:
Dienstanzug „Grundform“ jeweiliger TSK, weißes Hemd zum Bischofsempfang am Donnerstag.



Logo des Fuldaer Bonifatiushauses

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

Bayerlein, Dr. Walter

von Beruf Richter, ist Mitglied des Diözesanrates München und des ZdK. Von 1976 bis 1988 war er dessen Vizepräsident.

Ditzer, Karl-Heinz,

Professor für Psychologie und Pastoralpsychologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Redemptoristen in Hennef/Sieg, Direktor des Bildungshauses der Diözese Hildesheim „Kloster Steterburg“ in Salzgitter.

Dutkowiak, Pater Richard

OFM Cap., Provinzial Rheinisch-Westfälischen Kapuzinerprovinz.

Faymonville, Rolf

arbeitet ehrenamtlich in der Begleitung Aids-Kranker. Bevor er im Oktober 1996 als Abteilungsleiter für höhere Fach- und Führungslehrgänge an die Malteser-Akademie in Engelskirchen-Ehreshoven wechselte, hat er die Malteser Fachstelle Hospizarbeit in Köln aufgebaut.

Gillner, Dr. Matthias

Wissenschaftlicher Referent am kath. Institut für Theologie und Frieden; Vortrag zum Friedenstag der Katholischen Militärseelsorge am 22.01.1997 in Rendsburg.

Joachim Georg Görlich

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Jörg Hammann

Korrespondent der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA).

Heinz, Dipl.-Theol. Manfred

wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat V „Kirche und Gemeinde“ im KMBA, Geschäftsführer der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Hosse, Franz-Josef

Büroleiter beim Katholischen Wehrbereichsdekan I, Kiel.

Klein, Claudia

Referendariat für das höhere Lehrfach mit den Fächern Germanistik und Geschichte; GKS- Mitglied.

Komossa, Gerd-H.

Generalmajor a. D., ist Präsident der Gesellschaft für die Einheit Deutschlands. Er war früher Chef des Militärischen Abschirmdienstes, Adjutant des Generalinspektors sowie Kommandeur der 12. Panzerdivision.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., freier Mitarbeiter im Referat „Not- und Katastrophenhilfe“ des Auswärtigen Amtes.

Nabbefeld, Prälat Jürgen

Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Bonn.

Schätzler, Prälat Wilhelm

bis 1996 Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn.

Siebner, Pater Johannes

Mitglied der Societas Jesu (SJ).

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG.

Theis, Prälat Walter

Militärdekan, Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt, Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Verbeek, Anselm

Korrespondent der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA).

Weinbaum, Laurence

der Beitrag „Befürchtungen für die Verteidigungsbereitschaft Israels – Nachlassendes Interesse am Militärdienst“ ist in der Deutschen Tagespost vom 08.01.1997 erschienen.

Wieczorek, Ulrich

ehrenamtlicher Chefredakteur der LUPE, des Pfarrbriefes der Gemeinde St. Michael Waldbröl.

Termine 1997

21.03.	AK WB I in Kiel	13.–15.06.	WB III: AK/WB in St. Meinolf
21.–23.03.	WB II: WB-Konferenz in Worpahausen	14.–16.05.	Haupttagung GKMD
22.03.	SA S+F, Bonn	23.06.–04.07.	Jakobuswallfahrt Bremen Münster
01.–05.04.	Jahresrüstzeit CoV in Dassel	11.–13.07.	WB V: WB/AK Heiligkreuztal mit Familien
09.–13.04.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg, zu diesem Seminar gibt es noch freie Plätze	08.09.	Sitzung EA in Bonn
21.–26.04	37. Woche der Begegnung in der Wolfsburg/Mülheim; dabei: 19.–20. Vorkonf., 21.–24. ZV, 23.–26. BK GKS	17.–19.09.	Akademie "Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand" in Bonn
25./26.04.	Vollversammlung ZdK	08.–12.10.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg
28.05.–03.06.	Internat. Soldatenwallfahrt nach Lourdes	10.–12.10	WB IV: WB/AK Kloster Springgiersbach
09.06.	Sitzung EA in Bonn	WB VI: WB/AK	
14.06.	Sitzung Vorst. ZV in Bonn	24./25.10.	Sitzung BV GKS in Mainz
04.–08.06.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Münster	03.–07.11.	6. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda
		10.–14.11.	Gesamtkonferenz der Militärfarrer
		21./22.11.	Vollversammlung ZdK
		21.–23.11.	WB II: WB/AK in Worpahausen
		24.11.	Sitzung EA in Bonn

BUCHBESPRECHUNGEN

Johannes Paul II.: „Geschenk und Geheimnis, zum 50. Jahr meiner Priesterweihe“

Styria-Verlag, Graz, Wien, Köln, ISBN 3-222-12501-5, 117 Seiten, einige sehr eindringliche Bilder.

Der Rezensent hat vielen Menschen persönlich begegnen können, die über ihr Leben geschrieben haben. Einige waren durch ihr Erscheinen andere durch ihre Werke eindrucksvoller. So soll nicht verschwiegen werden, dass die Begegnungen mit Johannes Paul II. kritisch waren. Wenn sich dieses „Abstandhalten“ nach meiner letzten längeren Begegnung (21.03.85) auch weitgehend geändert hat, so muss ich dennoch auch alte Eindrücke mitverarbeiten. Man kann als Mensch das Werk eines Anderen nicht nach Computamentalität bewerten.

Nach einer solchen Zeit der kritischen Befasstheit mit einem Menschen, legt man an sein Werk, das über ihn selbst aussagen soll, eine hohe Erwartung an. Andererseits eröffnet eine solche Aussage aber auch Zugänge zum Wesen der Person und in diesem Fall auch zu der Überlegung, welche Kraft kann es gewesen sein, die den Menschen Karol Wojtyła auf diesen Weg geführt hat.

Der Papst ist davon überzeugt, dass Gott ihn gerufen hat. Vergleicht man die Möglichkeiten, die ein so begabter Mann hätte ergreifen und ausfüllen können, dann muss man sagen, dass die Berufung zum Priester in der Tat ungewöhnlich ist. Hinzu kommt, dass der junge Karol einfach „nur“ Priester werden wollte, um den Mitmenschen den Weg zu Gott zu weisen.

Ungeschönt und daher besonders überlegenswert ist der weitere Weg. Warum schickt man den jungen Priester 1947 nach Rom? Was war der Anlass den Studenten nach Frankreich, Belgien und Holland zu schicken? Das Erlebnis der Arbeiterpriester bewegte ihn. Und 1948 wird dann der, der ein anderes Europa kennengelernt hat, Kaplan in einer Landpfarrei.

In Krakau wird er Religionslehrer und Studentenseelsorger. Warum gerade in Krakau, der Stadt der Könige von Polen und später

Schnittstelle der geistigen Auseinandersetzungen zwischen westlichem und ostwärtigem Denken?

Der Autor zeichnet seinen Lebensweg über Lublin wieder nach Krakau, wo er Erzbischof und 1967 Kardinal durch Papst Paul VI. wird. Immer wieder durchzieht diese Selbstdarstellung ein gewisses „Erstaunen“ vor dem eigenen Lebensweg.

Es ist das mysterium fidei, das Geheimnis des Glaubens. Und diesem Mysterium verdankt der Papst das Geschenk des Priesterberufes. Gott ist für ihn immer da, der mehr schenkt als man erwarten, erhoffen oder gar erträumen kann. Aus diesen Gründen ergibt er sich in die Heiligkeit des Berufes. Da er vor der Allmacht Gottes seine eigene Kleinheit erkennt, wählt er den Wahlspruch „Totus Tuus“. Er vertraut sich der Gottesmutter an, um durch ihre Fürsprache der Huldigung an die Ehre der Dreifaltigkeit würdig zu werden.

Ein Buch, das in seiner Diktion gut zu lesen ist und in seinem Inhalt zeigt, dass ein Mensch aus unserer Mitte berufen wird, Gott in besonderer Weise zu dienen. Man wird angeregt, nachzudenken.

Pater de caelis, Deus – miserere nobis – Gott Vater, vom Himmel – Erbarme Dich unser. (H.F.)

Joseph Kardinal Ratzinger: „Salz der Erde, Christentum und Katholische Kirche“

ein Gespräch mit Peter Seewald, Deutsche Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart, ISBN 3-421-05046-5, 302 Seiten.

Selten hat der Rezensent ein Buch mit größerer innerer Anspannung gelesen. Das beruht nach meiner Meinung auf drei Faktoren.

Einmal ist Kardinal Ratzinger für viele der „Buhmann der Kirche“. Nichts ist davon zu spüren. Zum Zweiten: Die Fragestellung durch Peter Seewald – vor langer Zeit aus der Kirche ausgetreten – ist präzise, die Antworten sind es ebenfalls. Zum Dritten: Die Sprache ist deutlich, entspricht der heutigen Mentalität und ist daher gut zu verstehen.

Das Buch gliedert sich in drei Kapitel

- zur Person
- Probleme der katholischen Kirche
- An der Schwelle der neuen Zeit.

Dabei werden keine Streitpunkte ausgespart, weder „Volkskirche“, „Unfehlbarkeit“, „Zölibat“, „Empfängnisverhütung“, „Wiederheirat Geschiedener“ bis zum Papsttum und Ökumene. Kirchensteuer und westliches Wirtschaftssystem werden ebenso angesprochen wie die Fragen nach Herkunft und Entwicklung des Professors Ratzinger zum „obersten Glaubenshüter“ der katholischen Kirche. Es ist ein Buch, das in jeder Zeile zum Nachdenken anregt, ja teilweise zwingt.

Die Antworten des Kardinals sind nicht immer leicht zu schlucken, oftmals überraschend aber immer nachdenkenswert – auch, und besonders hilfreich für den, der nicht und den der glaubt. (H.F.)

Bücher, die an anderer Stelle in diesem AUFTRAG besprochen wurden:

Franz Senn, Harmonie in Form und Farbe – gemalte Glaubenserfahrungen, mit 38 Bildern und Meditationen.

Verlag Butzon und Berker, Kevelaer 1996, 80 S. (s. S. 27)

Uwe Bernzen, Barsabbas – Ein Lebensweg, mit acht Grafiken von Tisa von der Schulenburg. Verlag Cordier, Heiligenstadt 1996. 84 Seiten, ISBN 3-929413-30-2. (s. S. 48)

Philippe Masson, „Die Deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht 1935–1945“; Vorwort und Anmerkungen von J. A. Graf Kielmannsegg. Verlag Herbig, München 1996, 560 S. (s. S. 52 f.)

Thomas Cutler, „23. bis 26. Oktober 1944. Entscheidung im Pazifik“. Verlag Ullstein, Berlin 1996, 432 S. (s. S. 62 f.)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. sechsmal jährlich. Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn. Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur. Zuschriften: Paul Schulz, PF 3768, 51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf. Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Konto-Nr.: 1009439010, BLZ: 391 601 91, Pax Bank eG Aachen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 6,- an den ausliefernden Köllen Verlag.